

Alexander Häusler/Michael Fehrenschild

FASCHISMUS IN GESCHICHTE UND GEGENWART

EIN VERGLEICHENDER ÜBERBLICK ZUR
TAUGLICHKEIT EINES UMSTRITTENEN BEGRIFFS

26

Faschismus in Geschichte und Gegenwart
Ein vergleichender Überblick zur Tauglichkeit
eines umstrittenen Begriffs

Alexander Häusler/Michael Fehrenschild

**FASCHISMUS IN GESCHICHTE
UND GEGENWART**

EIN VERGLEICHENDER ÜBERBLICK
ZUR TAUGLICHKEIT EINES
UMSTRITTENEN BEGRIFFS

Erarbeitet vom Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA)

Autoren:

Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei FORENA.

Michael Fehrenschild ist freier Mitarbeiter bei FORENA und beruflich tätig
als Lektor, Publizist und historisch-politischer Bildner.

Unterstützung bei der Interviewdurchführung:

Dr. Mareen Heying ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Lehrgebiet Geschichte
der Europäischen Moderne der Fern-Universität in Hagen.

Stefan Laffin ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Arbeitsbereich Geschichte moderner
Gesellschaften der Fakultät für Geschichtswissenschaft, Philosophie und Theologie,
Universität Bielefeld.

IMPRESSUM

MANUSKRIPTE – Neue Folge wird herausgegeben
von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig

V. i. S. d. P.: Albert Scharenberg

Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de

ISSN 2194-864X · Redaktionsschluss: März 2020

Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin

Layout/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100 % Recycling

INHALT

Vorwort: Alles Faschismus oder was?	7
Einleitung	9
1 Faschismus: Begriff und Entwicklung	13
1.1 Genese und vergleichende Merkmale	13
1.2 Arbeitsdefinition	17
2 Länderspezifische Entwicklungen	19
2.1 Italien	19
2.2 Deutschland	27
2.3 Österreich	36
2.4 Ungarn	45
3 Die Linke und der Faschismus	54
3.1 Marxistische Faschismusanalyse	54
3.2 Faschismus und Wirtschaft	59
4 Vergleichende Deutungen und Kontroversen	63
4.1 Vergleichende Merkmale des Faschismus	63
4.2 Faschismus versus Nationalsozialismus?	67
5 Rechtsextremismusforschung und Faschismus	72
5.1 Rechtsextremismus und Neofaschismus	72
5.2 Faschismus und Populismus	77
5.3 Radikaler Nationalismus und autoritärer Etatismus	81
6 Schlussbemerkungen und offene Fragen	85
7 Interviews mit Faschismusexpert*innen	90
Literatur	141

VORWORT: ALLES FASCHISMUS ODER WAS?

Mit dem Aufschwung rechtsradikaler Parteien in Deutschland und Europa drängt auch der historische Faschismus wieder verstärkt ins politische Blickfeld. Zum einen verharmlosen rechtsradikale Formationen immer wieder den Faschismus oder greifen gar bestimmte Elemente desselben positiv auf. Zum anderen nehmen antifaschistische und antirassistische Initiativen in ihren Analysen oftmals allzu schnell Zuflucht zu historischen Analogien, als handele es sich beim heutigen Rechtsradikalismus um eine Reinkarnation der faschistischen Massenbewegungen der Zwischenkriegszeit.

Die Frage, wo die historischen und aktuellen Formationen sich tatsächlich ähneln und wo sie sich unterscheiden, ist Gegenstand der vorliegenden Studie, die ein Team des Forschungsschwerpunkts Rechtsextremismus und Neonazismus (FORENA) an der Hochschule Düsseldorf für die Rosa-Luxemburg-Stiftung erarbeitet hat. Die Beantwortung dieser Frage wiederum ist von entscheidender Bedeutung für die aktuellen Auseinandersetzungen, da sich nur auf der Grundlage eines angemessenen Verständnisses des Rechtsradikalismus und seiner historischen Vorläufer eine zeitgenössische antifaschistische Gegenstrategie formulieren lässt, die sich auf das reale Problem bezieht – anstatt auf das jeweilige Bild desselben.

In der Studie geht es also darum zu untersuchen, wo sich die historischen faschistischen und die aktuellen rechtsradikalen Formationen ähneln und wo sie sich unterscheiden. Auch wenn von einer einzelnen Studie kaum erwartet werden kann, diese Frage umfassend zu beantworten, leistet die Arbeit doch einen wichtigen Beitrag dazu, historische Analogien auf ihren tatsächlichen Gehalt hin zu prüfen. Ziel der Studie ist eine verbesserte, empirisch gestützte analytische Grundlage für die Formulierung antifaschistischer Gegenstrategien und die politische Bildungsarbeit. Dabei soll auch das begriffliche Instrumentarium präzisiert und die Frage beantwortet werden, ob der Begriff des Faschismus überhaupt auf die heutigen rechtsradikalen Formationen angewendet werden kann.

Die unter Leitung von Alexander Häusler erstellte Studie besteht aus mehreren Teilen. Einer Begriffseinordnung folgend werden zunächst vier prominente Länderbeispiele – Italien, Deutschland, Österreich und Ungarn – diskutiert. In einem zweiten Schritt werden linke Faschismustheorien dargestellt und vergleichende Deutungen des Faschismus im Kontext der Rechtsextremismusforschung erörtert. Transkribierte Interviews mit internationalen Faschismusexpert*innen beschließen den Band; sie bieten einen exzellenten Einblick in den Stand der einschlägigen Forschung.

Ich wünsche allen Leser*innen eine produktive Lektüre.

Daniela Trochowski
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied
der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Berlin, März 2020

EINLEITUNG

Die vorliegende Studie hat die Auseinandersetzung mit dem Faschismus als historischem Ereignis, als Gegenwartsphänomen und als theoretischer Konzeptualisierung zum Gegenstand.

In der Bundesrepublik Deutschland galt der Faschismusbegriff – insbesondere von den 1960er bis hinein in die 1980er Jahre – als Streitpunkt «in der wissenschaftlichen Debatte mit politischen Obertönen» (Kocka 1983: 1). Oftmals wurde der Nationalsozialismus hierbei als ein Ausdruck des Totalitarismus gedeutet – eine Perspektive, aus der zugleich eine Strukturähnlichkeit mit autoritären Systemen im sogenannten Realsozialismus abgeleitet wurde. Der Historiker Axel Schildt beschreibt den Diskursrahmen zur Zeit des Kalten Krieges der 1950er und 1960er Jahre als Ausdruck einer «sehr rigide[n] Grenze des Sagbaren»:

«Staatspädagogische Tugendwächter vermuteten regelmäßig linke Gesinnung oder gar eine Affinität zur marxistisch-leninistischen Geschichtsideologie der DDR, wenn in der Öffentlichkeit überhaupt von Faschismus und nicht – soweit auf Deutschland bezogen – von ›Nationalsozialismus‹ oder von ›Totalitarismus‹ hinsichtlich des Vergleichs der ›beiden deutschen Diktaturen‹ die Rede war.» (Schildt 2015: 12)

Ähnliches galt nach Einschätzung des Historikers Wolfgang Schieder, Vorreiter für eine vergleichende Faschismusforschung, lange Zeit für Versuche zum historischen Vergleich rechtsautoritärer Regime:

«Der naheliegende und vielleicht historisch zwingende Vergleich von Hitlers Regime mit dem Mussolinis in Italien wurde vermieden und stattdessen der Vergleich mit dem kommunistischen System Stalins in der Sowjetunion als ›totalitärem Regime‹ bevorzugt. [...] Jeder Versuch, eine vergleichende Faschismusforschung in Gang zu bringen, stand daher

in Westdeutschland unter einem besonderen Verdacht. Auf der einen Seite geriet man in Gefahr, mit marxistischen Positionen identifiziert zu werden, und auf der anderen Seite handelte man sich den Vorwurf ein, aus dem antitotalitären Konsens auszuscheren.» (Schiefer 2008: 8)

Auch heute noch gelten in der politischen Diskussion der Begriff des Faschismus sowie erst recht der des Antifaschismus oftmals eher als Kampfbegriffe von links und nicht als Ausdruck einer analytischen Kategorie oder – im Falle des Antifaschismus – als normative Haltung, als Ausdruck von Verantwortung gegenüber den Schrecken der Vergangenheit und als Mittel zur Verteidigung von Demokratie, Menschen- und Grundrechten.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat eine Untersuchung des Faschismusbegriffs in Auftrag gegeben, konzentriert auf die Frage, welche Bedeutung ihm für die heutige Beschäftigung mit rechten und reaktionären Politikansätzen zukommt. Die in diesem Rahmen von der Stiftung aufgeworfenen Fragen zur Geschichte und Gegenwart des Faschismusbegriffs und seines jeweiligen Gehalts sind für all diejenigen von Relevanz, die sich mit den historischen und aktuellen Erscheinungsformen von «antidemokratischem Denken» (Sontheimer 1962), Neofaschismus und autoritärem Nationalismus auseinandersetzen. Diese Fragen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Was waren die zentralen Triebfedern und Triebkräfte des Faschismus?
- Wie gelang faschistischen Bewegungen eine Massenmobilisierung?
- Wie wurde der Faschismus damals und wie werden er und seine Auswüchse heute interpretiert und gedeutet?
- Welche Relevanz hat der Begriff des Faschismus zur Deutung der Gegenwart?

In Auftrag gegeben wurden eine verdichtete Zusammenfassung des Forschungsstands sowie knappe und ausgewählte Einblicke in länderspezifische faschistische und rechtsautoritäre Entwicklungen. Gewünscht wurde hierbei konkret die Auseinandersetzung mit den historischen und gegenwartsbezogenen Verläufen faschistischer Politik in Deutschland, Italien und Ungarn, ein Anliegen, das wir mit der Hinzunahme der Entwicklung in Österreich aufgegriffen haben.¹

1 Es gibt triftige Gründe dafür, die Reihe der genannten Länderbeispiele zu erweitern. Besonders Frankreich, das unter anderem für den israelischen Faschismusforscher Zeev Sternhell (ders. u.a. 2004) als geistige Wiege faschistischer Bewegungen gilt, spielt zum Verständnis der Genese faschistischer Bewegungen eine bedeutende Rolle. Spanien unter Franco und der Spanische Bürgerkrieg haben erhebliche historische und symbolische Bedeutung für ein internationalistisches Verständnis von Antifaschismus. Auch ließen sich für einen europäischen bis internationalen Vergleich zahlreiche Argumente anführen. Mit Blick auf die dichte Aufgabenbeschreibung und den Wunsch nach einer im Umfang handlichen Darstellung haben sowohl weitere länderspezifische Beispiele wie auch vergleichende Überblicksdarstellungen der Entwicklung über Europa hinaus in der vorliegenden Studie keinen Raum einnehmen können. Den Blick ergänzend auch auf die (historische) Situation in Österreich zu werfen erschien jedoch sinnvoll, weil die historischen und aktuellen Verbindungen der autoritären und faschistischen Rechten zwischen Deutschland und Österreich von besonderem Interesse sein dürften, insbesondere für einen deutschsprachigen Kreis von Leser*innen.

Für den Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus der Hochschule Düsseldorf (FORENA) ergeben sich aus der Aufgabenstellung folgende Grundsatzzfragen:

- Welche Argumente sprechen für eine vergleichende Faschismusforschung?
- Lässt sich – vor dem Hintergrund der Singularität des deutschen Vernichtungsansemitismus und der Dimensionen des Massenmordes in Tötungsanstalten, Konzentrations- und Vernichtungslagern – das Deutsche Reich überhaupt mit dem Mussolini-Regime und anderen faschistisch geprägten Regimen vergleichen und unter dem gemeinsamen Begriff Faschismus fassen?
- Lassen sich weiterführende Ansätze linker, (neo-)marxistischer Faschismusdeutungen benennen, die hilfreich sein können für eine zeitgemäße Analyse von Autoritarismus, Rechtspopulismus und Strukturen, Akteuren und Praxen der extremen Rechten in Europa?

Die Annäherung an diese Fragen erfolgt nach einer einführenden Begriffsklärung und Begriffsgeschichte zunächst durch die Erstellung einer eigenen Arbeitsdefinition zum Begriff Faschismus (s. Kapitel 1). Daran schließen vier Überblicksdarstellungen zur Entwicklung in den fokussierten Ländern an, um Unterschiede und Vergleichbarkeiten veranschaulichen zu können (s. Kapitel 2). In einem weiteren Schritt werden linke und vergleichende Faschismusanalysen vorgestellt (s. Kapitel 3); daran anknüpfend wird die Problematik der Vergleichbarkeit des italienischen Faschismus mit dem deutschen Nationalsozialismus behandelt (s. Kapitel 4). Anschließend rückt die aktuelle Rechtsextremismusforschung ins Blickfeld der Untersuchung, befragt auf ihre Schnittmengen mit der Faschismus-, der Autoritarismus- und der (Rechts-) Populismusforschung (s. Kapitel 5). Abschließend werden offene Fragestellungen in der Auseinandersetzung mit der aktuellen Relevanz des Faschismusbegriffs aufgegriffen und auf ihre praktische Bedeutung hin befragt (s. Kapitel 6). Wohl wissend um vorhandene Beschränkungen bei der Auseinandersetzung mit diesem groß angelegten und breit diskutierten Thema bemühen wir uns weniger um fertige Antworten als vielmehr um argumentative Hilfestellungen und Präzisierungen von bestehenden Herausforderungen.

Zur inhaltlichen Ergänzung der Literaturoswertung haben wir Expert*innen aus der historischen und der vergleichenden Faschismusforschung, der Soziologie und den Politikwissenschaften, der Forschung zur extremen Rechten und Fachleute aus dem Feld aktueller antifaschistischer und antirassistischer Recherche und Analyse befragt. Die Ergebnisse dieser Befragungen sind in Auszügen in den Haupttext der Studie eingeflossen. Eine vollständige Dokumentation der Befragungen steht im Dokumentenanhang zur Verfügung. Die Interviews ermöglichen einen separaten, eingängigen und beispielreich konkreten Zugang zu zentralen Fragestellungen der Studie. Für die Beantwortung unserer Fragen bedanken wir uns ganz herzlich bei Karin Priester, Roger Griffin, Brunello Mantelli, Lutz Klinkhammer, Stefano Cavazza, Kurt Bauer, Andreas Peham, Bulcsú Hunyadi, Endre Borbáth, Christoph Schulze,

den Redaktionen der beiden antifaschistischen Zeitschriften *der rechte rand* und *Lotta – Antifaschistische Zeitung aus NRW, Rheinland-Pfalz und Hessen* sowie dem Team vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e. V. (apabiz). Für ihre Unterstützung bei der Durchführung und Übersetzung der Interviews geht unser Dank an Mareen Heying und Stefan Laffin.

Um unsere Herangehensweise an das Thema selbstkritisch überprüfen zu können, haben wir wiederholt Thesen zum Aufbau und Inhalt dieser Arbeit in einer studienbegleitenden Diskussionsrunde erörtert, die aus Mitwirkenden am Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA) der Hochschule Düsseldorf zusammengesetzt war. Für Unterstützung und kritische Anregungen aus diesem Kreis danken wir den Historikerinnen Anke Hoffstadt und Sabine Reimann, dem Leiter unserer Forschungseinrichtung Fabian Virchow sowie dem Historiker Joachim Schröder, Leiter des Erinnerungsorts Alter Schlachthof der Hochschule Düsseldorf.²

Wir hoffen, mit der vorliegenden Studie hilfreiche Grundlagen und Anregungen zur vertiefenden Auseinandersetzung anbieten zu können, selbst dort, wo eine Vertiefung der Debatte im Format dieser Überblicksdarstellung fehlen muss.

2 Die begleitenden Diskussionen haben uns geholfen, Annahmen und Thesen argumentativ zu präzisieren und bei aller Literaturvielfalt zum Thema Faschismus die gesetzten Aufgabenstellungen im Blick zu behalten. Unvermeidbare Leerstellen oder Streitfragen bleiben nicht zuletzt aber in der Entscheidung und Verantwortung der Autoren.

1 FASCHISMUS: BEGRIFF UND ENTWICKLUNG

Wir nähern uns dem Phänomen des Faschismus zunächst mit einer kurzen und zusammenfassenden Erläuterung von dessen begrifflicher Herkunft und einer Beschreibung von dessen Genese, bevor wir in einem weiteren Schritt unsere Arbeitsdefinition des Faschismus vorstellen.

1.1 Genese und vergleichende Merkmale

Der Begriff des Faschismus ist ebenso wie der des Nationalsozialismus ursprünglich eine Eigenbezeichnung einer spezifischen Ausrichtung der extremen Rechten. Ideengeschichtlich betrachtet kann der Faschismus als Gegenentwurf sowohl zur Aufklärung³ sowie zum Liberalismus und Marxismus verstanden werden. Seine weltanschaulichen Grundannahmen entstanden im Übergang zum 20. Jahrhundert aus einem Mix aus Nationalismus, Antisemitismus, Rassismus, Antifeminismus, Autoritarismus, Antiliberalismus, Antimarxismus und Gewaltverherrlichung. Für ideologische Anleihen bedienten sich die faschistischen Bewegungen sowohl bei völkischen Populisten,⁴ Esoterikern und den präfaschistischen Denkern der sogenannten konservativen Revolution wie auch beim französischen Syndikalismus. In der Zwischenkriegszeit formierte sich nach Einschätzung von Eric Hobsbawm (1997: 147) eine «natürliche» Allianz der Rechten aus «traditionellen Konservativen – unter Einbeziehung der Reaktionäre alten Stils – bis hin zu den äußersten Randgruppen der faschistischen Pathologie».

3 Für den Faschismusforscher Zeev Sternhell ist der Faschismus als ein «primär kulturelles Phänomen» zu verstehen, das «im Kampf gegen die ideologische Moderne, das heißt gegen die französische und Kant'sche Tradition der Aufklärung» seinen Ausgang hatte und nach einer langen Inkubationszeit durch den Ersten Weltkrieg günstige Aufstiegsbedingungen erfuhr (Sternhell 2011: 31 f.).

4 Für Bezeichnungen von Gruppen, deren Mitglieder zu einer deutlichen Mehrheit Männer sind, verwenden wir nicht das Gendersternchen, auch wenn Frauen zu diesen Gruppen gehören.

Zu Beginn der faschistischen Epoche in Europa, als über 20 Prozent der Wählerschaft faschistischen Parteien zuneigten, zählten Italien, Deutschland, Österreich, Ungarn und Rumänien zu den faschistischen Kernländern. Nennenswerte faschistische Parteien entwickelten sich auch in Spanien und Kroatien, doch als neue politische Erscheinungsform war der Faschismus ein gesamteuropäisches Phänomen. Die faschistische Bewegung übernahm die Rutenbündelsymbolik aus der Antike. Das Wort leitet sich vom lateinischen *fascēs* (Bund, Bündel) ab. Im antiken Rom galt das Rutenbündel, zusammengehalten durch eine Verschnürung und gruppiert um ein Beil, als Herrschaftszeichen der römischen Liktores. Es symbolisierte den bündischen Zusammenhalt und zeigte die Berechtigung, Körper- und Todesstrafen zu verhängen. In der italienischen National- und Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts symbolisierte das Rutenbündel die Einheit der italienischen Nation (vgl. Bauerkämper 2006: 13).

Benito Mussolini, ehemals ein führendes Mitglied in der italienischen Sozialistischen Partei, griff diese Symbolik auf und gründete 1919 nach dem Ersten Weltkrieg «Kampfbünde» aus Nationalisten und Kriegsveteranen, die sich «Fasci di Combattimento» nannten. Der Kern des angestrebten totalitären Staates war «eine eigenständige *cultura*. Sie sollte den künstlerischen und intellektuellen Bereich gleichermaßen umfassen wie den politischen und moralischen» und dadurch die Basis schaffen für eine Entfaltung des Faschismus als «säkulare politische Religion» (Scholz 2001: 438). Mit der Machtübertragung des italienischen Königs Vittorio Emanuele III. an Mussolini kam der Faschismus am 29. Oktober 1922 zur Macht (vertiefend dazu s. Kapitel 2.1). Damit verlieh Mussolini in den folgenden Jahren «dem Faschismusbegriff eine universale Bedeutung, vor allem nachdem Adolf Hitler am 30. Januar 1933 die Macht in Deutschland errungen hatte» (Bauerkämper 2006: 15). Zwar wandelten sich die Rollen beider Diktatoren nach dem Sturz Mussolinis und dessen Befreiung durch deutsche Fallschirmjäger und SS-Leute: Doch trotz des Tatbestands, dass die danach in Salò am Gardasee ausgerufenen «Repubblica Sociale Italiana» ein Marionettenregime der Nazis war (vgl. Kershaw 200: 783), besteht am «faschistischen Ursprung der nationalsozialistischen Rituale wie überhaupt am fundamentalen, keineswegs nur äußerlichen Vorbildcharakter des Italo-faschismus» für die nationalsozialistische Bewegung nach vergleichenden Forschungsergebnissen «kein Zweifel» mehr (Schieder 2005: 162). Der Gegenentwurf der völkischen Vergemeinschaftung zur «dekadenten» Gegenwart war propagandistisch mit der politischen Ästhetik der Moderne verkoppelt: «In der Substanz eklektisch, aber «technisch auf der Höhe» beanspruchte der Faschismus, den irritierenden Herausforderungen der Zeit eine «durchschlagend» neue Antwort zu geben.» (Peukert 1982: 292)

Der Erste Weltkrieg mit seinen Folgeerscheinungen kann als «Geburtsstunde des Nationalsozialismus» gedeutet werden, während ihm die «Weltwirtschaftskrise den Sprung zur Massenpartei» ermöglichte (Grüttner 2014: 46). Demnach war es erst «die scheinbar ausweglose Staats- und Gesellschaftskrise von 1930–1933 in der Bevölkerung», welche die massenhafte «Aufnahmebereitschaft für ein charismatisches Erlösungsangebot» bereitstellte (ebd.).

Die grundlegenden Ansichten und Ziele der Nationalsozialisten wurden von Hitler in seiner programmatischen Kampfschrift festgehalten: «Mein Kampf» und andere Publikationen der 1920er Jahre enthüllen ein in sich geschlossenes Weltbild, das im Wesentlichen vier Grundelemente enthielt: 1. einen rassistisch aufgeladenen Sozialdarwinismus, 2. eine aggressive Lebensraumpolitik, 3. einen manichäischen Antisemitismus und 4. einen völkischen Radikalnationalismus.» (Grüttner 2014: 41)

Die ideologischen Eckfeiler der NSDAP waren fast allesamt keine «Erfindung» Hitlers, sondern vielmehr ein Konglomerat aus der Ideenwelt rassistischer und antisemitischer, völkisch-nationalistischer, antifeministischer, antidemokratischer und rechtsautoritärer Strömungen und Geisteshaltungen aus der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg, die nach der deutschen Niederlage von durch Gewalt verrohten Nationalisten mit faschistischen Erhebungsversprechen verknüpft wurden. Schon in der deutschen Romantik des 18. Jahrhunderts verbanden sich antireformerische Haltungen gegenüber dem Prozess der Aufklärung mit reaktionären Beschwörungen eines angeblich abendländischen Geistes. Eine solche Geisteshaltung fand in der Vorzeit des Nationalsozialismus auch Eingang in die rechten Intellektuellenkreise: Die präfaschistischen Vordenker der sogenannten Konservativen Revolution (vgl. Sontheimer 1962) verknüpften ihre antidemokratischen und autoritär-nationalistischen Einstellungen mit kulturkämpferischen Kriegsfantasien. Neben Ernst Jünger und Carl Schmitt legte auch der Kulturhistoriker Oswald Spengler mit seinen Schriften einen politischen Grundstein für die Geisteshaltungen der entstehenden rechtsautoritären und faschistischen Bewegungen. Spenglers Hauptwerk mit dem Titel «Der Untergang des Abendlandes» verweist auf den apokalyptischen Duktus eines solchen organisch-völkischen Kulturverständnisses. In der Folgezeit fand die Abendlandmetapher auch Eingang in die nationalsozialistische Kriegspropaganda: «Unternehmen Barbarossa» war der Deckname der Nationalsozialisten für den Überfall auf die Sowjetunion mit Bezugnahme auf den während eines Kreuzzugs verstorbenen früheren Stauferkaiser, den Hitler zum Vordenker eines «germanischen Kulturgedankens» verklärt hatte (Mayer 1989: 340). Der kriegerische rassistische Wahn der Nazis und ihr Vernichtungsantisemitismus wurden mit kulturkämpferischen Parolen zum «Erhalt der arischen Rasse» gerechtfertigt. Um eine Kultur bewahren zu können, so Hitler in seiner Propagandaschrift «Mein Kampf», müsse der sie erschaffende Mensch erhalten werden. Und diese Erhaltung sei «gebunden an das eherner Gesetz der Notwendigkeit und des Rechts des Sieges des Besten und Stärkeren» (Hitler 1933: 316).

Der Faschismus stilisierte sich als dynamisch, kompromisslos und «revolutionär», als antibürgerliche wie transzendente Kraft zur nationalen Erneuerung, als neuer «dritter Weg» zwischen Kapitalismus und Sozialismus – als Weg in eine neue (Volks-)Gemeinschaft. George L. Mosse hebt die Bedeutung dieser Gemeinschaftsutopie hervor:

«Allen westlichen Formen des Faschismus war die Flucht vor der Wirklichkeit in eine gefühlsmäßige und mystische Ideologie gemeinsam. Diese Art der Revolution bewegte

sich von einer Ablehnung der Realität hin zu einer Glorifizierung der Ideologie. So war es möglich, dass die faschistische «Revolution» die bestehenden Gesellschaftsstrukturen, und damit auch das Recht auf Privatbesitz, bestehen lassen und gleichzeitig die Revolution predigen konnte.» (Mosse: 1991: 328)

Das sozialistische Erhebungsversprechen wurde hierbei affirmativ aufgegriffen und antimaterialistisch und nationalistisch gewendet: Nicht die Klasse, sondern die Nation – verkörpert im «Volk» als organisch verstandener Entität – galt als Träger des faschistischen Erhebungsversprechens. Merkmalsprägend für die faschistische Propaganda war deren quasireligiöses mit revolutionärem Gestus vorgetragenes, vermeintlich klassen- und schichtenübergreifendes Erhebungs- und nationales Erlösungsversprechen. Das faschistische Revolutionsverständnis war laut Zeev Sternhell (1999: 310) nicht sozialrevolutionär, sondern ästhetisch aufgeladen, da es einem Denken entsprach, «das in der Überzeugung wurzelte, die existenziellen Fragen siedelten sich auf kulturellem, gefühlsmäßigem und affektivem Gebiet an». Die Grundannahme faschistischer Revolution bestand Sternhell zufolge in der Auffassung, «dass man das gesellschaftliche Leben tiefgreifend verändern konnte, ohne in die bestehenden Wirtschaftsstrukturen einzugreifen» (ebd.).

In der historischen Rückbetrachtung des Mussolini-Regimes bestätigt Brunello Mantelli (2004: 9) diese Einschätzung: Zwar habe sich der italienische Faschismus auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet als «revolutionär» bezeichnet, tatsächlich sei aber die soziale Ordnung nicht verändert worden. Die faschistische Herrschaft könne somit trefflicher als «Revolution von oben» bezeichnet werden. Zu zentralen Bestandteilen faschistischer Rhetorik avancierten Schlagwörter wie «Moral», «Sittlichkeit», «Tugend» und «Gewalt». Die faschistischen Deutungsangebote und Praktiken stießen auf bereits vorhandene, nicht selten «national» aufgeladene Haltungen und Einstellungsmuster der Adressat*innen, die sich seit dem späten 19. Jahrhundert «im Fundus ästhetischer, symbolischer und theatralischer Politik von den nationalkulturellen Bewegungen bis zur Arbeiterbewegung angesammelt» hatten (Reichel 2010: 45 f.).

Kurzum: Eingebettet im Kanon kriegsverrohter antidemokratischer und antikommunistischer Propaganda im Kontext von sozioökonomischer und politischer Krise entpuppte sich der Faschismus als ein zunehmend anschlussfähiges nationalistisches Vergemeinschaftungsangebot und Heilsversprechen. Mit antiindividualistischer Stoßrichtung wurde die völkisch-nationalistische Gemeinschaft als Hort der Zugehörigkeit gegen die pluralistische und zunehmend globalisierte Gesellschaft angepriesen. Versinnbildlicht wurde dies in der Parole des italienischen Faschismus «Glauben, gehorchen, kämpfen»⁵ sowie in der Naziparole «Du bist nichts, dein Volk ist alles» (Wildt 2014: 6).

5 Unter dieser Parole als Buchtitel veröffentlichte der italienische Marxist Angelo Tasca schon 1938 eine frühe Analyse des faschistischen Mussolini-Regimes (Tasca 1969).

1.2 Arbeitsdefinition

Da zahlreiche unterschiedliche Deutungen und Interpretationen des Faschismus existieren und dementsprechend ebenso viele Definitionen des Begriffs, liegt diesem Text eine Arbeitsdefinition zugrunde. Demnach ist Faschismus als merkmalsprägender Begriff für diejenigen rechtsautoritär orientierten Bewegungen und Parteien zu verwenden, die in ihrer Weltanschauung und Propaganda, ihrem politischen Stil der Selbstinszenierung, in ihrer politischen Praxis, sozialen Ausrichtung und Funktion folgende Merkmale aufweisen:

(1) *Gesellschaftsbild und Propaganda*: organische Gesellschaftsauffassung; sozialdarwinistisches, patriarchales, rassistisches/antisemitisches Gesellschafts- und Menschenbild; antikommunistisches, antidemokratisches, antiliberales und autoritäres Politikverständnis; völkisch-nationalistische Untergangsprophetieungen; Erhebungsversprechen für nationale Erneuerung/«Wiedergeburt»; pseudosozialistische und antimarxistische «Kapitalismuskritik»

(2) *Politischer Stil*: autoritaristische, charismatische Führerherrschaft; patriarchal-soldatisch-militaristische Inszenierung als kämpferischer «Männerbund»; quasireligiöse Ritualisierung nationalistischer Erweckungszeremonien

(3) *Politische Praxis*: paramilitärische Organisation von Partei und Gesellschaftsstrukturen; dynamische, kumulative Radikalisierung; exzessive und strukturelle Gewalt; autoritär-etatistische, pro-kapitalistische, militaristische und imperialistische Stoßrichtung; Radikalisierung des Konservatismus

(4) *Soziale Basis und Funktion*: Mittelschichten und Kleinbürger*innen als Kernbasis in der Anfangsphase; Bündnis mit traditionellen Eliten im Übergang zur Machtphase; klassen- und milieuübergreifende Anhängerschaft; klassenübergreifende antidemokratische Mobilisierung; politische Spaltung der Bewegung der Arbeiter*innen; Sicherung kapitalistisch-autoritärer Gesellschaftsstrukturen

Zudem ist grundsätzlich zu differenzieren zwischen (a) einem Faschismus als sozialer und politischer Bewegung⁶ und (b) einem Faschismus als Macht- und Herrschaftssystem.⁷ Dies ist deshalb von großer Bedeutung, weil alle faschistischen Parteien sich in erster Linie als «Bewegung» zur politischen Mobilisierung der Massen verstehen und eine «nationale Erhebung» anstreben. Zudem ist zu berücksichtigen, dass sich einzelne weltanschauliche Merkmale der Faschismen je nach Ursprungs-, Bewegungs-, Konsolidierungs- und Regimephase teilweise massiv gewandelt haben (vgl. Reichardt 2007: 15).

Um die unterschiedlichen Erscheinungs- und Entwicklungsformen des Faschismus vergleichend betrachten zu können, schlägt der US-amerikanische Faschismusforscher Robert O. Paxton vor, den Faschismus als Zyklus von fünf aufeinanderfolgenden Stadien zu betrachten: «(1) Die Entstehung einer Bewegung; (2) ihre Verwurze-

6 Grundlegend ist hierzu immer noch Schieder (1976).

7 Zum historischen Vergleich Italiens und Deutschlands als Bewegung und Regime vgl. Bach/Breuer (2010).

lung im politischen System; (3) ihr Griff nach der Macht; (4) die Machtausübung und schließlich (5) die längerfristige Entwicklung, wobei für faschistische Regime hier die Alternative Radikalisierung oder Niedergang lautete.» (Paxton 2004: 41) Eine solche differenzierte Betrachtung ist dazu dienlich, das Prozesshafte in der faschistischen Radikalisierung kenntlich zu machen:

«Die meisten Faschismen kamen irgendwo zum Stillstand, machten Rückschritte, und manchmal blieben auch Merkmale verschiedener Stadien gleichzeitig erhalten. Während zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts in den meisten modernen Gesellschaften die Saat faschistischer Bewegungen keimte, hatten nur wenige schließlich auch faschistische Regime. Und nur in Nazideutschland erreichte ein faschistisches Regime die äußersten Horizonte der Radikalisierung.» (Paxton 2004: 41)

Eine prozesshafte Betrachtung unterschiedlicher faschistischer Entwicklungsstadien ermöglicht zudem eine differenzierte (Vergleichs-)Analyse über den Grad faschistischer Einflussmöglichkeiten und Gefährdungspotenziale.

2 LÄNDERSPEZIFISCHE ENTWICKLUNGEN

Zur vergleichenden Betrachtung unterschiedlicher historischer Entwicklungen und Ausdrucksformen im Rechtsaußenspektrum zur Zeit der faschistischen Epoche sowie nachfolgender rechtsautoritärer Bewegungen und Parteien werden folgend vier Länder in den Blick genommen: Italien, Deutschland, Österreich und Ungarn.

2.1 Italien

Die Situation in Italien vor dem Ersten Weltkrieg

In Italien erfolgte ähnlich wie im Deutschen Reich eine vergleichsweise späte Gründung eines Nationalstaats. Das Land war geprägt von einem Nord-Süd-Gegensatz: einem unterentwickelten und halbfeudalen Süden inklusive Sizilien einerseits und einem weitgehend industrialisierten Norden andererseits. Der Süden Italiens verharrte bis nach dem Zweiten Weltkrieg in diesem Zustand, die damit zusammenhängende Entwicklung der Mafia untermauert bis heute für viele Italiener*innen die Rückständigkeit der Landesteile südlich von Neapel. Doch auch Norditalien wies sozial gespaltene Verhältnisse auf: Eine in katholischen oder sozialistischen Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft und eine Landbevölkerung, die unter halbfeudalen Lebensbedingungen litt, standen Großgrundbesitzern und Industriellen entgegen. Der Staat war organisiert als parlamentarisches System, in dem ein extremes Zensuswahlrecht – nur Männer mit hohem Einkommen und Vermögen durften wählen – die Mehrheit der Bevölkerung ausschloss und eine wirtschaftsliberale Politik die Lebensbedingungen bestimmte. Dies führte zu extremen sozialen Spannungen, die bereits in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg eskalierten:

«Klassenkampf und Bürgerkrieg waren keine leeren Worte, sondern bittere und blutige Realität. Monat für Monat, ja Woche für Woche verschärfen sich die sozialen Spannungen, in Handel und Gewerbe ebenso wie in der Landwirtschaft.» (Woller 2016: 39)

Zu jener Zeit begann Benito Mussolini als Chefredakteur der Parteizeitung *Avanti!* seine politische Karriere im linken Flügel der Sozialistischen Partei (PSI). Als Reaktion auf die Dauerkrise traten ein extremer Nationalismus sowie eine aggressive Außenpolitik in den Vordergrund des politischen Handelns. Bereits 1887 sowie 1896 erlitt das italienische Heer empfindliche Niederlagen beim Versuch, Abessinien zu besetzen, 1911 wurden dann bei der Annexion Libyens im Krieg gegen das Osmanische Reich eklatante Schwächen der italienischen Armee deutlich. Dies war ein Ausdruck davon, dass die nationalen Modernisierungsbestrebungen Italiens nicht mit denen anderer europäischer Mächte mithalten konnten und es Italien deshalb schwerfiel, eigene Großmachtsansprüche real durchzusetzen.

Der Erste Weltkrieg

Italien war vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs zusammen mit Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reich Mitglied des Dreibunds, blieb aber vorerst neutral. Die sogenannten Interventionisten, unter anderem von Mussolini unterstützt, votierten jedoch für einen Kriegseintritt Italiens an der Seite der Westmächte, der 1915 auch erfolgte. Der Kriegsverlauf war für Italien kein Erfolg. Trotz schwerer Verluste gehörte das Land zu den Siegermächten, hatte aber den Krieg militärisch nur mithilfe der Alliierten überstanden. 1917 stand es kurz vor dem militärischen Zusammenbruch, nachdem eine deutsch-österreichische Offensive die italienische Armee völlig überrollt hatte und 300.000 Soldaten in Gefangenschaft gerieten. Etwa 651.000 gefallene Soldaten, zudem Abertausende tote Zivilist*innen und fast eine Million Verletzte war am Ende die verheerende Bilanz dieses Krieges.⁸

Zwischenkriegszeit und das Ende der Demokratie

Umso ernüchternder war für große Teile der Bevölkerung, wie wenig Reparationen Italien nach dem Frieden von Versailles für diese Opferbereitschaft zugesprochen bekam. Die von der politischen Rechten verbreitete Parole vom «verstümmelten Sieg» erreichte eine ähnliche Wirksamkeit wie die sogenannte Dolchstoßlegende im Deutschen Reich. Um das Ausmaß der Enttäuschung zu verstehen, muss erwähnt werden, dass in der hektischen Diplomatie vor Italiens Kriegseintritt beide Seiten versucht hatten, das Land zu beeinflussen. Der Entente – dem Bündnis von England, Frankreich und Russland – ging es um Italiens Kriegsbeteiligung, um eine weitere Front gegen die ökonomisch und zahlenmäßig schwächeren Mittelmächte Österreich-Ungarn und Deutschland eröffnen zu können. Diese wiederum setzten alles daran, Italien neutral zu halten, damit die Verzettelung ihrer Kräfte sich nicht noch mehr ausweitete. Die Ergebnisse, die für Italien nach dem Krieg in den Friedensverhandlungen von Versailles erzielt wurden, entsprachen in etwa dem, was die Mittelmächte 1914/15 als

8 Vertiefend zu den Verlusten im Ersten Weltkrieg vgl. die Internetseite des Europazentrums Robert Schuman unter: www.centre-robert-schuman.org.

Lohn für eine Neutralität Italiens angeboten hatten. Italien hätte also diese politischen Zugewinne ebenso ohne Kriegsbeteiligung und Menschenverluste erhalten können. Die besonders unter den demobilisierten Soldaten vorhandenen Frustrationen über die Ergebnisse der Nachkriegsverhandlungen nutzte die faschistische Bewegung für ihre Propaganda. Der Dichter Gabriele D'Annunzio, der 1919 mit einer Truppe von Kriegsveteranen die Jugoslawien zugeschlagene Stadt Fiume, das heutige kroatische Rijeka, besetzte, bis er von der damaligen liberalen italienischen Regierung durch Truppen vertrieben wurde, galt in diesem Zusammenhang als wichtiger Stichwortgeber des Faschismus.⁹

Die bereits in der Vorkriegszeit starken sozialen Spannungen brachen schnell wieder aus. In den industrialisierten Städten Norditaliens formierte sich eine starke Streikbewegung, in den ländlichen Bereichen wurden von der sozialistischen und der katholischen Bewegung der Landarbeiter zahlreiche Kooperativen gegründet und Großgrundbesitz besetzt; für manche Italiener*innen schien sich das Land auf eine linke, das Privateigentum gefährdende Revolution hinzubewegen. In dieser Situation wurde die faschistische Bewegung für Großgrundbesitzer, Industrielle, aber auch kleine Landbesitzer und Kleinbürger attraktiv. Die «antirevolutionäre Revolution» (Nolte 1979: 64) setzte mit erstaunlicher Gewalttätigkeit ein.¹⁰ So konstatiert Lutz Klinkhammer: «Die historische faschistische Rechte war gekennzeichnet durch eine terroristische Gewaltpraxis, die die der nationalsozialistischen SA in der Spätphase der Weimarer Republik antizipierte.» (Interview Klinkhammer 2019)

Der frühe Faschismus – 1919 als *Fasci di Combattimento* von Mussolini gegründet, als *Partito Nazionale Fascista* ab 1921 als Partei formiert, aber in freien Wahlen zunächst nicht sonderlich erfolgreich – war eine Bewegung von ehemaligen Frontsoldaten, vor allem aus den früheren Angriffsdivisionen der italienischen Armee, ehemaligen Sozialisten, die sich 1915 für den Kriegseintritt Italiens starkgemacht hatten, und auch Intellektuellen mit Einfluss, wie etwa den Futuristen. Der Aufstieg des Faschismus beruhte weniger auf dem Erfolg als Partei, sondern mehr auf der Präsenz und der Militanz als Bewegung vor Ort, wo die «Schwarzhemden» genannten paramilitärischen Squadristen ganze Ortschaften überfielen und terrorisierten. Dies führte vor allem auf dem Land zu Gewaltexzessen, da diese Gruppen planmäßig linke Zeitungen, Parteibüros, Kooperativen und ähnliche Projekte ausschalteten und zahlreiche Menschen dabei ihr Leben verloren. Stilbildende Unterstützung erfuhr der italienische Faschismus durch die künstlerische Avantgarde des Futurismus. In ihren Manifesten kamen faschistische Ideologie, Kriegsverherrlichung und Frauenverachtung zum Ausdruck. Daran wird eine Besonderheit vor allem des italienischen Faschismus deutlich: Denn von der bildenden Kunst bis hin zur modernen Propaganda

9 Für viele neue Details zur Rolle D'Annunzios und der Stadtbesetzung Fiumes vgl. Knipp (2018).

10 Eine exemplarische Darstellung zum Anfang des Agrarfaschismus findet sich im Kapitel über die Ereignisse in der Poebene bei Robert O. Paxton (2006).

durch Film und Rundfunk zeigte sich das Regime eben nicht nur reaktionär, sondern stand zugleich für Modernität in Form und Stil der Selbstinszenierung. Diese Inszenierung wies zudem propagandistische Formen im Sinne historischer «Wiedererweckung» auf, wie der italienische Historiker Emilio Gentile betont:

«Die vom Regime eingeführten neuen ‚heiligen Festtage‘ wie die Gründung Roms oder die Entstehung der Fasci bedeuteten vor allem eine Ästhetisierung der faschistischen Mythologie, die von der Beschwörung der Größe Roms bis zur ‚Wiedergeburt‘ der Nation durch Kriegseintritt, Krieg und faschistische Revolution reichte.» (Gentile 1998: 253)

Die italienische liberale Regierung Anfang der 1920er Jahre schaute all dem zu. Die Sozialistische Partei und auch die katholischen Arbeiterorganisationen waren dem Straßenterror nicht gewachsen. Nachdem ein Generalstreik der Sozialistischen Partei 1922 gescheitert war, organisierten die Faschisten den «Marsch auf Rom», der vor allem ein medienwirksames Ereignis war, denn der König hatte Mussolini bereits vorher zum Regierungschef ernannt – es handelte sich also real nicht um einen Akt von Machteroberung durch die Straße. Zwar war, wie später im Deutschen Reich, die faschistische Bewegung einerseits auf der Straße in der direkten physischen Auseinandersetzung mit ihren Gegnern erfolgreich, kam jedoch vor allem durch ein Bündnis mit den alten Eliten an die Macht. Denn diese alten Eliten wandten sich grundsätzlich gegen eine Demokratisierung der feudalen Strukturen.

In den ersten Jahren seiner Herrschaft wandelte Mussolini Italien langsam in eine Einparteiendiktatur um, benötigte dazu allerdings einige Jahre. Selbst die Kommunistische Partei Italiens wurde nicht sofort, sondern erst 1926 verboten. Auch in dieser Zeit ging der Terror gegen Andersdenkende weiter, ein besonders aufsehenerregender Fall von Verbrechen dieser Art war die Ermordung des Generalsekretärs der Sozialistischen Partei Giacomo Matteotti am 10. Juni 1924. Gegen Ende der 1920er Jahre waren alle nicht-faschistischen Parteien in die Illegalität gedrängt und freie Gewerkschaften abgeschafft worden. Von da an bis zum Beginn des von Kriegsverbrechen geprägten Abessinienkrieges im Oktober 1935 herrschten in Italien relative Ruhe und Stabilität. Auch das intellektuelle Klima in der italienischen Gesellschaft hatte sich weitgehend an das Regime angepasst. Lutz Klinkhammer zieht gerade zu diesem Punkt eine eher ernüchternde Bilanz:

«Das faschistische Regime mit seinem enormen Propagandaapparat und der dazugehörigen Ideologieproduktion verhiß gerade für Intellektuelle Stellenchancen und Aufstiegsmöglichkeiten. Von den über 1.000 Universitätsprofessoren lehnten 1931 nur zwölf Hochschullehrer den Eid auf das Regime ab. Auch andere Berufskategorien dienten sich dem Regime an: neben Journalisten auch Künstler, Musiker, Schriftsteller und andere mehr. Viele von ihnen versuchten, eine Audienz bei Mussolini zu erhalten, um bessere Vermarktungschancen für ihre Werke zu haben.» (Interview Klinkhammer 2019)

Obwohl das Regime diktatorisch geführt wurde, war es nicht in Gänze totalitär, denn das Königshaus, die Eliten und vor allem die katholische Kirche blieben unangetastet. Letztere profitierte besonders von dem faschistischen Regime, da der persönlich nicht fromme Duce 1929 einen Vertrag mit ihr abschloss. Beide Seiten hatten davon große Vorteile: Seit den sogenannten Lateranverträgen gibt es den Vatikanstaat. Und für den Faschismus wurde die Integration der Katholik*innen einfacher, oder wie der Historiker und Experte für moderne Kirchengeschichte Olaf Blaschke süffisant formuliert: «Das Problem, wie man zugleich fromm und faschistisch sein konnte, entspannte sich.» (Blaschke 2019: 22) Zudem war das Regime nach den extrem terroristischen Anfangszeiten zurückhaltender und nicht mehr ganz so gewalttätig, die Anzahl der politischen Gefangenen verringerte sich.

Der Zweite Weltkrieg

Der faschistische Traum von der Großmacht führte das Land, das technologisch und industriell für eine eigenständige Umsetzung dieser Ziele nicht weit genug entwickelt war, erst in den sogenannten Stahlpakt mit Deutschland und dann in den Zweiten Weltkrieg. Einerseits war Italien Achsenpartner des NS-Regimes, stand andererseits aber auch in Konkurrenz zu diesem. Italien annektierte 1939 Albanien und griff im Juni 1940, als Frankreich bereits militärisch durch die deutsche Wehrmacht geschlagen war, an Deutschlands Seite in den Krieg ein – wobei Italien zwar politisch zu den Siegern gehörte, aber alle Gefechte gegen die französische Armee verloren hatte. 1940 endete auch die Invasion Griechenlands für Italien in einer schweren Niederlage. Der Widerspruch zwischen faschistischer Kriegspropaganda und der tatsächlichen Durchsetzungsfähigkeit des Regimes blieb eklatant.

Im Zuge des Kriegsverlaufs veränderte sich das Verhältnis der Achsenpartner: Italien wurde vom Vorbild zum schwächelnden Verbündeten, dem NS-Deutschland immer wieder zur Seite springen musste. So hätte etwa ohne das Eingreifen der deutschen Wehrmacht die italienische Kolonie Libyen bereits viel früher aufgegeben werden müssen. Der Mangel an Effizienz und die militärischen Rückschläge – etwa die leichte Eroberung von Lampedusa und Sizilien durch die Alliierten sowie die völlige Schutzlosigkeit von Rom und Neapel gegenüber alliierten Bombenangriffen 1943 – waren verheerend für die Moral der Bevölkerung und der Truppen, das faschistische Regime verlor schnell an Unterstützung. Ein weiterer Tiefschlag für den Faschismus war das Schicksal der italienischen Soldaten, die vom Regime an die Ostfront geschickt worden waren und oft nicht einmal über Winterkleidung verfügten.

Aus all diesen Fehlschlägen resultierte im Juli 1943 der Sturz Mussolinis, der vom Faschistischen Großrat zunächst abgewählt, dann vom König entlassen und verhaftet wurde. Die neue Regierung unter General Badoglio – einem Militär, der an zahlreichen Kriegsverbrechen des Regimes zum Beispiel in Abessinien beteiligt war – wechselte die Seiten, woraufhin im Norden Italiens 1943 die sogenannte Republik von Salò unter der Führung Mussolinis – deutsche Soldaten hatten ihn aus der Haft be-

freit – als Kollaborationsregime entstand, während im Süden die Badoglio-Regierung unter Beteiligung auch von Antifaschist*innen die Alliierten unterstützte. Die Trennungslinie zwischen beiden Machtbereichen war die Front, die von den alliierten Streitkräften nur sehr langsam und unter hohen Verlusten nach Norden verlagert werden konnte.

Die Republik von Salò und das Ende des italienischen Faschismus

Die Italienische Sozialrepublik, in Anlehnung an Mussolinis Regierungssitz im Norden Italiens am Gardasee Republik von Salò genannt, entsprach im Vergleich zu den Vorkriegsjahren eher einem Radikalfaschismus. Der deutsche Einfluss war sehr viel größer, da Italien nicht in der Lage war, sein Territorium selbst gegen die alliierten Angriffe zu verteidigen. Die politische Ausrichtung dieses neuen faschistischen Staates war mehr an den Anfängen des Regimes orientiert, so wurden teilweise pseudosozialistische Elemente wieder aufgenommen,¹¹ aber auch der Antisemitismus wurde deutlich stärker. Große Teile der Bevölkerung trugen das Regime nicht mehr, daher nahm die squadristische Gewalttätigkeit im Kampf gegen die Partisan*innen zu. Zudem unterstützte das Regime nun die deutschen Behörden bei der Verfolgung und Ermordung von Jüdinnen und Juden.

Gegen Ende des Zweiten Weltkriegs wurde der Faschismus in Italien nicht nur von den alliierten Armeen, sondern auch von einer von breiten Bevölkerungsschichten getragenen Widerstandsbewegung zerschlagen, der Resistenza. Dies geschah in einem brutalen und verlustreichen Bürgerkrieg. Anders als in Deutschland beinhaltete dies auch eine Abrechnung mit den Trägern des Regimes: Mussolini selbst wurde am Comer See am 28. April 1945 von Partisanen erschossen. Sein Leichnam wurde zusammen mit dem seiner ebenfalls erschossenen Geliebten öffentlich zur Schau gestellt.

Nach dem Krieg

Ein Ergebnis des Widerstands gegen die Republik von Salò war eine starke kommunistische Partei, die Partito Comunista Italiano (PCI), die stärkste kommunistische Partei Westeuropas, die noch 1984 bei der Europawahl 33,3 Prozent der Stimmen erhielt. Ihr gegenüber standen vor allem die Sozialistische Partei (PS) und die Christdemokraten (DC). Die DC dominierte das politische Geschehen im Nachkriegsitalien. Laut Schilderungen des Publizisten Jens Renner (2010: 147) gab es in Italien kein den Nürnberger Prozessen vergleichbares Großverfahren, sondern die «Resistenza rechnete selbst mit den Faschisten ab». Zur justiziellen Ahndung faschistischer Verbrechen wurden unter anderem außerordentliche Schwurgerichte gebildet: «In keinem anderen Land Europas – Frankreich vielleicht ausgenommen – gingen die Gerichte so rasch und so massiv gegen belastete Faschisten vor. Nirgendwo sonst mussten sich

11 Vertiefend zu sozialistischen Elementen vgl. das entsprechende Kapitel bei Mittermaier (1995).

schon 1945 so viele Repräsentanten des untergegangenen Regimes für ihre Schandtaten verantworten wie in Italien.» (Woller 2010: 218) Diese Entwicklung endete unter anderem durch ein im Juni 1946 verabschiedetes Amnestiegesetz sowie mit der Weigerung der italienischen Regierung, Forderungen nach der Auslieferung italienischer Soldaten an andere Staaten wegen begangener Kriegsverbrechen nachzukommen.

Am rechten Rand gründete sich bereits 1946 der Movimento Sociale Italiano (MSI) als neues Sammelbecken der faschistischen Anhängerschaft. Der MSI, 1995 umbenannt in Alleanza Nazionale (AN), stand für den Versuch der rechten Rehabilitierung des Faschismus im Nachkriegsitalien – als politischer Angriff auf den antifaschistischen Nachkriegskonsens. Der vom Historiker Renzo De Felice entfesselte erste italienische Historikerstreit ab dem Jahr 1975, der «auf der historiografischen Ebene das reproduzierte, was auf der politischen Ebene teilweise bereits vollzogen worden war: das Ende des antifaschistischen Paradigmas» (Klinkhammer 2010: 260), hatte zugleich die «Normalisierung» der AN und die Dezimierung der PCI zur Folge. Die zunehmende Diskreditierung des Antifaschismus schlug sich auch im Umgang mit der Geschichte nieder: Der Faschismus wurde nach Ansicht von Jens Renner zwar nur von einer Minderheit offen verherrlicht, «eine Mehrheit aber findet eine Diskussion über seine Vor- und Nachteile keineswegs abwegig. Revisionistische Historiker, (nicht nur) rechte Politiker und die Medien halten diese Diskussion am Kochen.» (Renner 2010: 65)

Zu Beginn der 1990er Jahre implodierte das Parteiensystem Italiens innerhalb von wenigen Jahren. Die PCI spaltete sich nach dem Ende des realen Sozialismus in mehrere sozialdemokratische, sozialistische und kommunistische Parteien auf, ein Trend, der auch in anderen europäischen Ländern zu beobachten war. Ungewöhnlich war jedoch der Zusammenbruch der DC. Die Problematik der Partei, die phasenweise fast die Hälfte der Wähler*innen Italiens an sich binden konnte, ist personifiziert in Giulio Andreotti. Dieser Politiker, der über Jahrzehnte hinweg als Außenminister oder Regierungschef wichtige Ämter innehatte, musste sich in einem großen Prozess verantworten, in dem es um seine Verstrickungen mit der Mafia ging. Für viele Italiener*innen waren Andreotti und der Generalsekretär der Sozialistischen Partei Bettino Craxi schlicht korrupte Kriminelle. Die im Auseinanderbrechen dieser Parteien sichtbar werdende Krise des Parteiensystems ermöglichte die Durchsetzung des Rechtspopulismus als Massenphänomen: Politiker wie Gianfranco Fini, Silvio Berlusconi, Umberto Bossi und andere profitierten von dieser Entwicklung.

Neue Tendenzen

Laut Karin Priester konkurrieren in Italien «derzeit mindestens vier neofaschistische Parteien um die Hegemonie über die rechte «schwarze» Galaxie: Fiamma Tricolore, Forza Nuova, CasaPound und Fratelli d'Italia. Das Movimento Sociale Italiano (Fiamma Tricolore) ist gewissermaßen die Mutterpartei, versteht sich als Nachfolgeorganisation des Faschismus der Zwischenkriegszeit und hat diverse Abspaltungen radikalerer Kräfte erlebt.» (Interview Priester 2019)

Als medial bekannteste Strömung gilt CasaPound Italia (CPI), eine Gruppe, die sich, ähnlich wie die Identitäre Bewegung, ein modernes Image zulegen konnte. Der Name leitet sich von dem amerikanischen Dichter Ezra Pound ab, der ein Unterstützer Mussolinis war und während des Faschismus in Italien lebte. Teil der Inszenierung als systemoppositionelle Strömung ist die Nutzung eines besetzten Hauses als Hauptquartier der Partei in Rom (vgl. Koch 2016). CPI ist einerseits deutlich rassistisch, antisemitisch, antifeministisch und antidemokratisch, hat aber andererseits vor allem im Bereich der Aktionsformen und des Nutzens von aktueller Jugendkultur auch moderne Züge. Trotzdem ist sie eine klassisch neofaschistische Gruppe, wie auch der Bezug zum früheren Faschismus und die Solidarität mit Kriegsverbrechern wie dem SS-Mann Erich Priebke zeigt. Nachdem die Partei nur 0,33 Prozent der Stimmen bei der Europawahl im Juni 2019 erhielt, gab sie bekannt, sich nur noch als Bewegung zu betätigen. Wegen des Erfolgs der Lega scheint zurzeit für die Neofaschisten nicht viel zu gewinnen zu sein. Die zukünftige Vorgehensweise der Partei erläutert Parteisekretär Simone di Stefano wie folgt:

«Politik mit Wahlen zu verwechseln ist ein großer Fehler. Es wird weiterhin CasaPound-Märsche, CasaPound-Plakate, politische CasaPound-Vorschläge, Solidaritätsaktionen für Italiener, Medienaktionen zur Bekämpfung des Globalismus, Gegeninformation, Kulturinitiativen, Sportgruppen, Sozialmedizin, Freiwilligenarbeit, Katastrophenschutz und die Intensivierung der Erinnerung an die Italiener geben, die sich geopfert haben, um uns eine Nation zu schenken, die unendliche Liebe für unser ITALIEN.» (Di Stefano 2019)

Diese selbsternannten «Faschisten des dritten Jahrtausends» lassen sich weniger als neue soziale Bewegung darstellen, sondern vielmehr als modernisierte Organisationsform faschistischer Provenienz, die mit zeitgemäßen Mitteln versucht, die soziale Frage nationalistisch umzudeuten. Hierbei besetzt CPI von «rechts eine Lücke im politischen Spektrum», die durch die drei Berlusconi-Regierungen seit 1994 entstanden ist, weil «die Interessen eines Großteils der italienischen Bevölkerung qua politischem Vollzug kapitalistischer Logiken» verletzt worden sind (Becher 2018: 462).

Jenseits solcher neofaschistischen Interventionsbestrebungen auf der Straße erwirkt der Rechtspopulismus realpolitische Veränderungen im politischen Machtzentrum. Lutz Klinkhammer sieht in dem vollzogenen Umbau des Parteiensystems auch eine Konsequenz der Abkehr vom antifaschistischen Nachkriegskonsens:

«Bis 1989 gab es die Ausgrenzung der neofaschistischen Partei aus dem Kreis der verfassungstragenden Parteien, dies ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des traditionellen italienischen Parteiensystems weggefallen. Seit 1994 sind neue Akteure an die Regierung gelangt – Lega Nord, MSI/Alleanza Nazionale und Berlusconis Forza Italia –, die sich mit der aus der Resistenza geborenen Nachkriegsrepublik nicht mehr verbunden fühlen. Das sehr elastische italienische Regierungssystem hat diese Spannungen bis heute

ausgehalten und weitgehend über die parlamentarischen Mechanismen ausgetragen.» (Interview Klinkhammer 2019)

Die Berlusconi-Ära hat nach Ansicht des Historikers Aram Mattioli innerhalb «von nicht einmal 20 Jahren» Italien so entscheidend verändert, «dass es von den Gründungsvätern der Nachkriegspolitik nicht mehr wiedererkannt [werden] würde» (Mattioli 2010: 153). Berlusconi ging Allianzen mit der neofaschistischen AN sowie mit der separatistischen Lega Nord ein und betrieb eine Politik nicht endender Skandale. Doch nicht dies, sondern der «Druck der Finanzmärkte» brachte ihn Ende 2011 zu Fall, «weil das Land am Rande des wirtschaftlichen Bankrotts angelangt war» (Gallmetzer 2019: 141). Fortan entwickelte sich die rechtsradikale Lega Nord zum Vorreiter des italienischen Rechtspopulismus. Matteo Salvini, 2013 zunächst Parteisekretär, bevor er 2017 Parteivorsitzender wurde, verpasste der Partei einen neuen Kurs: «Die Hauptfeinde sind jetzt nicht mehr die SüditalienerInnen und Rom, sondern die EinwanderInnen und die Europäische Union.» (Camilli 2019: 51) 2018 benannte sich die Partei in Lega um; aus «dem historischen Motto ›Der Norden zuerst‹ wurde ›Die Italiener zuerst‹» (ebd.: 52) und mit diesem neuem Kurs wurde die Partei zur stärksten Kraft des rechten Lagers. Salvini scheute sich nicht, mit dem neofaschistischen CPI «sogar ein ganz offizielles Bündnis in Form des Vereins ›Sovranita‹ zu gründen (Tizian/Vergine 2019: 217). Nach einer gescheiterten Regierungskoalition mit der populistischen 5-Sterne-Bewegung steht die rechtsradikale Lega als stärkste Oppositionskraft in Wartestellung für eine Regierungsübernahme.

Zusammenfassend kann betont werden, dass ein Ursprung des italienischen Faschismus in der totalen Erschütterung der rückständigen und gespaltenen Gesellschaft Italiens durch den Ersten Weltkrieg lag. Dieser Faschismus wurde zum Vorbild für zahlreiche ähnliche Bewegungen in Europa. Die verheerende Niederlage im Zweiten Weltkrieg und die Beteiligung weiter Teile der Bevölkerung bei der Niederschlagung des Regimes sorgten nach dem Krieg für eine jahrzehntelange Nischenexistenz der parteiförmigen neofaschistischen Rechten. Der bewegungsförmige Neofaschismus hingegen entfaltete wiederkehrend neue Dynamik und hohes Gewaltpotenzial. Seit der Auflösung des Nachkriegsparteiensystems ab den 1990er Jahren eröffneten sich neue Möglichkeiten und Spielräume für rechtspopulistische Parteien und neofaschistische Gruppierungen. Salvini's Lega gilt vielen Rechtsaußenparteien in Europa als «Vorreiter des modernen Nationalpopulismus» (Gallmetzer 2019).

2.2 Deutschland

Voraussetzungen für die Entstehung ultrarechter Bewegungen

Vor 1914 war im wilhelminischen Deutschen Reich unvorhersehbar, dass sich schon knapp 20 Jahre später in Deutschland die extremste Form des Faschismus, der Natio-

nalsozialismus, etablieren würde. Der entsprechende Radikalisierungsprozess vollzog sich nach 1918 ruckartig. Nach 1933 und erst recht während des Zweiten Weltkriegs erscheint der Unterschied zu anderen Faschismen so enorm, die Verbrechen des Regimes so monströs, dass manche Wissenschaftler*innen das NS-Regime als eigenständigen Typus von Diktatur deuten. Ernst Nolte – zahlreiche andere Historiker*innen haben das übernommen – hat mit seiner Unterscheidung zwischen Normalfaschismus (zum Beispiel der Faschismus an der Macht in Italien) und Radikalfaschismus (der deutsche Nationalsozialismus) einen Ansatz geliefert, um überhaupt Faschismus und Nationalsozialismus vergleichen zu können (vertiefend dazu s. Kapitel 4.2).

Die Radikalisierung der deutschen Gesellschaft innerhalb von so kurzer Zeit bleibt ein schwer nachvollziehbares Phänomen. Vor 1914 war der den Nationalsozialismus kennzeichnende Antisemitismus für Jüdinnen und Juden noch vergleichsweise weniger gefährlich als zum Beispiel im Russischen Reich. Sogar eine Demokratie wie Frankreich schien auf den ersten Blick während der Dreyfusaffäre¹² stärker vom Antisemitismus geprägt zu sein. Tatsächlich gab es aber bereits vor 1914 extremen Antisemitismus, auch Rassenantisemitismus, der von Theodor Fritsch in Pamphleten wie seinem «Antisemiten-Katechismus» seit 1887 oder auch in den Schriften von Paul de Lagarde und Julius Langbehn verbreitet wurde. Erinnerung sei zudem daran, dass der Begriff Antisemitismus aus Deutschland stammt, wohl als Wortschöpfung des Journalisten Wilhelm Marr, der sich damit von religiös motivierter Judenfeindschaft absetzen wollte und seine Aversion gegen Jüdinnen und Juden rassistisch begründete.¹³ Vor 1914 war der politische Antisemitismus im Deutschen Reich von eher geringerem Einfluss, die verschiedenen kleinen antisemitischen Parteien hatten bis dahin politisch noch wenig Zulauf. Die Bestrebungen etwa von Adolf Stoecker, wie in Österreich eine vom Antisemitismus dominierte Christlich-soziale Partei (CSP) als Pseudoarbeiterpartei und Konkurrenz zur SPD in Deutschland zu etablieren, oder der Versuch von Otto Böckel und seiner Deutschen Reformpartei (DRP), mit Antisemitismus politische Macht zu erlangen, blieben ohne großen Erfolg. Stoeckers Partei richtete sich zwar programmatisch an die Arbeiter und versprach soziale Reformen bei gleichzeitigem Bekenntnis zu Nationalismus und Antisemitismus, kam aber überhaupt nicht gegen die SPD an und blieb eine erfolglose Splittergruppe. «Bei den Reichstagswahlen im Juli 1878 erhält Stoeckers Partei weniger Stimmen, als die Partei Mitglieder hat.» (Zumbini 2003: 157) Böckel war allerdings der erste vorwiegend wegen Antisemitismus gewählte Reichstagsabgeordnete der deutschen Geschichte. Die

12 Ab 1894 spaltete ein Justizskandal die französische Gesellschaft: Nach einem Verrat von Militärgeheimnissen wurde der einzige jüdische Generalstabsoffizier Alfred Dreyfus schnell als vermeintlich Schuldiger ausfindig gemacht. Das erwies sich als Komplott und führte zu erheblichen Auseinandersetzungen und einem extremen Anstieg des Antisemitismus in Frankreich. Eine umfassende Quellensammlung liefert Siegfried Thalheimer (1986).

13 Eine umfassend detaillierte Darstellung des frühen Antisemitismus im Deutschen Reich liefert Massimo Ferrari Zumbini (2003).

soziale Basis seiner Gruppierung setzte sich vor allem aus kleinen Bauern mit sehr geringem Landbesitz und armen Handwerkern zusammen.

Zudem wirkte der Alldeutsche Verband zu jener Zeit als antisemitisch geprägte Vereinigung, die schon einige der Inhalte der späteren NS-Bewegung propagierte, sich jedoch nicht als Partei formierte. 1901 hatte der Verband etwa 22.000 Mitglieder, er überlebte das Kaiserreich, stand während der Weimarer Republik der Deutschnationalen Volkspartei (DNVP), einer nationalistischen, antidemokratischen und antisemitischen Gruppierung, nah und wurde durch die Nationalsozialisten erst 1939 mit der Begründung aufgelöst, sein Programm sei erfüllt.

Auch im kulturellen Bereich gab es verschiedene protofaschistische Tendenzen, die hier nur angerissen werden können. Ein Teil der deutschen Akademiker und Künstler waren betont antisemitisch eingestellt, so etwa der damals berühmte Historiker Heinrich von Treitschke sowie der Komponist Richard Wagner und sein Bayreuther Zirkel (vgl. Hamann 2002).

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen

Der Erste Weltkrieg gilt als Schlüsselereignis für den Aufstieg des Nationalsozialismus. Nach vier Jahren eines Krieges, der laut Kaiser Wilhelm II. nur ein paar Wochen dauern sollte, waren zwei Millionen deutsche Soldaten umgekommen, Hunderttausende Zivilist*innen hatten wegen der erbärmlichen Versorgungslage ihr Leben verloren. Das alte Kaiserreich war gegen Ende des Konflikts daher restlos diskreditiert. Noch während der Endphase des Krieges wurden erste Tendenzen sichtbar, Sündenböcke für die absehbare Niederlage zu schaffen. Eine sogenannte Judenzählung wurde im Winter 1916/17 initiiert, um die Propaganda extremer rechter Gruppen zu überprüfen, die von der Feigheit der Juden sprachen, die sich vor der Front drücken würden. Nachdem die Untersuchung ergab, dass der Anteil der Soldaten und auch der Gefallenen ziemlich genau dem Anteil der Juden in der Bevölkerung entsprach, veröffentlichte die Regierung dieses Ergebnis allerdings nicht – was den antisemitischen Unterstellungen weiterhin Raum ließ.¹⁴

Darüber hinaus wurden nach 1918 alle Demokrat*innen, vor allem aber die Linke und die Jüdinnen und Juden als Verantwortliche für die Kriegsniederlage attackiert. Die sogenannte Dolchstoßlegende wurde ein wichtiges Propagandainstrument, um zu behaupten, dass das deutsche Heer im Felde unbesiegt gewesen sei und nur wegen der «linken Aufrührer» in der Heimat, die der Front in den Rücken gefallen seien, den Krieg habe abbrechen müssen. Trotzdem etablierte sich nach der Novemberrevolution und dem Sturz der Monarchie eine parlamentarische Demokratie im Deutschen Reich, die allerdings von Anfang an einige erhebliche Probleme zu bewältigen hatte.

¹⁴ Die Bedeutung dieses Ereignisses darf nicht unterschätzt werden. Die spätere Nazipropaganda über Juden als «Drückeberger» und «Kriegsgewinnler», wie sie auch Hitler in «Mein Kampf» betrieb, hatte einen wesentlichen Ursprung hier. Zur sogenannten Judenzählung vgl. den Beitrag von Volker Ullrich in: Schoeps/Schlör (1996).

Die Arbeiterbewegung war gespalten, SPD und KPD standen sich unversöhnlich gegenüber, wobei die SPD für eine parlamentarische Demokratie, die KPD für ein an der Sowjetunion orientiertes sozialistisches System stand (vgl. Abendroth 1981).

Zur Niederschlagung von linken Umsturzversuchen bediente sich die sozialdemokratische Reichsregierung unter Friedrich Ebert ultrarechter Gruppen, den sogenannten Freikorps. Wie in anderen Ländern auch, die später faschistisch wurden, sammelten sich in solchen Verbänden vor allem ehemalige Frontsoldaten, die sich mit der Niederlage nicht abfinden konnten und die Kameradschaft einer Männerwelt im Schützengraben verinnerlicht hatten. Manche Männer suchten aber auch schlicht ein Dach über den Kopf, Nahrung und Kleidung. Viele hatten protofaschistische Einstellungen. Mit äußerster Brutalität gingen sie zum Beispiel gegen die als «Spartakusaufstand» diffamierten Revolutionsversuche in Berlin oder gegen die Münchner Räterepublik 1919 vor, manche malten dabei bereits Hakenkreuze an die Kampfwagen. Allein in München kamen Hunderte Linke ums Leben, zahlreiche Menschen fielen dem Terror auch willkürlich zum Opfer – die Ereignisse sind auch in ihrer Gewalttätigkeit mit der Niederschlagung der Räteregierung in Ungarn vergleichbar.

Insgesamt etablierte sich in diesen ersten Nachkriegsmonaten und -jahren eine militante Rechte, die auch in Form von paramilitärischen Gruppen, wie beispielsweise der Organisation Consul (vgl. Sabrow 1999), systematisch Terror gegen demokratische Politiker wie Matthias Enzensberger, Philip Scheidemann und Walter Rathenau verbreitete. Diese wurden vor allem für den von vielen Deutschen abgelehnten Friedensvertrag von Versailles verantwortlich gemacht. Einige der Täter aus dem Freikorpsmilieu agierten äußerst flexibel, so findet sich der Mörder von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Waldemar Pabst, später bei den österreichischen Heimwehren wieder. 1918/19 traten in München in Gestalt der Thule-Gesellschaft (vgl. Heller/Maegerle 1998) Prototypen des Nationalsozialismus in Erscheinung. Dietrich Eckart bewegte sich in diesem Umfeld, und die Reichswehr warb in diesen Kreisen einen Soldaten als Spitzel an, der sich diverse politische Gruppen anschauen sollte: Adolf Hitler, einen jungen Österreicher, der dann sehr bald in München in die erst kurz zuvor gegründete Deutsche Arbeiter Partei (DAP) eintrat, aus der die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) hervorging. In den frühen 1920er Jahren war diese eine unter unzähligen deutschnationalen, rechtsextremen Gruppen. All diese Formationen bestanden hauptsächlich aus Männern, die die Zivilgesellschaft verachteten sowie antisemitisch und antikommunistisch eingestellt waren. Viele waren extrem gewalttätig, die Kriegserfahrungen hatten große Teile dieser Generation verroht. Im Gegensatz zur Vorkriegszeit wurde der Antisemitismus ein entscheidendes ideologisches Element: «Die Deutschen standen in dieser Zeit in Europa an der Spitze, was die Anzahl von Demonstrationen und die Masse antisemitischer Literatur betrifft.» (Borejsza 1999: 108) 1923 unternahm Hitler einen Putschversuch – an den «Marsch auf Rom» anknüpfend, der sein Vorbild Mussolini an die Macht gebracht hatte –, scheiterte aber kläglich. Er kam für zehn Monate in Festungshaft, die Partei wurde

zunächst verboten. Im Gefängnis schrieb er «Mein Kampf», seine Pseudoautobiografie. Langsam entwickelte er sich zu der charismatischen Führergestalt, die faschistische Bewegungen brauchen, und das, was Ian Kershaw 1987 als «Hitler-Mythos» beschrieben hat, wurde erkennbar. Trotzdem schien spätestens ab 1924 die Weimarer Republik gestärkt, die weitaus größte Oppositionsgruppierung war die linke KPD, der rechte Rand bestand aus einer Vielzahl konkurrierender nationalistischer und demokratiefeindlicher Gruppierungen.

Das Ende der Demokratie und das Aufkommen des Faschismus

«Hitlers Gelegenheit kam mit der nächsten Krise, dem wirtschaftlichen Zusammenbruch der 1930er Jahre.» (Paxton 2004: 136) Die Instabilität kam zurück, die Arbeitslosenzahlen stiegen 1932 auf 6,5 Millionen an, und das in einer Zeit, in der der Verlust des Arbeitsplatzes den völligen sozialen Absturz verursachte und oft die totale Verarmung bedeutete.

In der Linken versprach die KPD als Fundamentalopposition die Lösung der Probleme im Sozialismus und erreichte damit vor allem bei Arbeitslosen wachsenden Zuspruch bei den in immer kürzeren Abständen stattfindenden Wahlen. Sie wurde immer stärker, im November 1932 erreichte sie sogar 16,9 Prozent. Die SPD verlor an Zustimmung, vor allem Facharbeiter*innen stimmten jedoch nach wie vor für sie, im November 1932 erreichte sie noch 20,4 Prozent. Als erstaunlich immun gegen den Trend nach rechts erwies sich der politische Katholizismus der Zentrumspartei, die in den letzten Jahren der Weimarer Republik konstant bei etwa zwölf Prozent lag. Die kleineren bürgerlichen Parteien wie die Deutsche Volkspartei (DVP), Deutsche Demokratische Partei (DDP) verloren fast vollkommen an Einfluss. Für die klassischen reaktionären Gruppen wie die Monarchisten blieb die DNVP maßgeblich, die Partei, die von einem nicht kleinen Teil des deutschen Großkapitals unterstützt wurde. Aber die herausragende Veränderung der letzten Jahre der Weimarer Republik war der schnelle Aufstieg der NSDAP von einer bedeutungslosen Splitterpartei 1928 (2,6 Prozent) zur größten Massenbewegung 1932 (im Juli 37,4 Prozent) (vgl. Pätzold/Weißbecker 2009). Dies gelang nicht zuletzt durch die Nutzung modernster Methoden der Wahlkampfführung; so erschien Hitler gern im Flugzeug zu den Massenkundgebungen.¹⁵ Die soziale Basis der NSDAP war vielschichtig. Tendenziell bleibt festzuhalten, dass der Arbeiteranteil für eine sich «Arbeiterpartei» nennende Formation recht gering war, der Anteil der kleinbürgerlichen Schichten und der von Armut bedrohten Landbevölkerung groß. Zudem haben deutlich mehr Protestant*innen als Katholik*innen und mehr Männer als Frauen die NSDAP gewählt (vgl. Kühnl 1980: 98 f.). Die Partei schien Ende 1932 aber trotzdem den Zenit überschritten zu haben und fiel bei den letzten freien Reichstagswahlen auf 33,1 Prozent zurück.

15 Zu Verehrung und Erfolg des «Führers» durch seine Anhänger*innen vgl. Herbst (2010).

«Obwohl die NSDAP bei den Reichstagswahlen vom 6. November 1932 34 Mandate verloren hatte und in eine Krise geraten war, die möglicherweise zu ihrem Niedergang geführt hätte, kam es auf Veranlassung führender Repräsentanten der deutschen Großindustrie, der Landwirtschaft sowie einiger Politiker im Umkreis des Reichspräsidenten v. Hindenburg zum Sturz des Reichskanzlers v. Schleicher und zur Bildung einer Koalitionsregierung unter Führung Adolf Hitlers.» (Wippermann 1983: 55)

Machterlangung des Faschismus

Der Zentrumspolitiker Franz von Papen personifizierte geradezu den Versuch des deutschen Großbürgertums, die Krise der Weimarer Republik diktatorisch zu beenden, die Bewegung der Arbeiter*innen zu beseitigen und einen autoritären Staat mithilfe der NSDAP aufzubauen. Dabei gingen die Akteure davon aus, die Nationalsozialisten kontrollieren zu können. Zu diesem Zweck betrieb von Papen die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler durch den Reichspräsidenten Hindenburg (vgl. Barth/Friederichs 2018). Die daraus resultierende Koalitionsregierung aus NSDAP und DNVP war also nicht durch die Bevölkerung gewählt worden, Hitlers Kanzlerschaft aber auch kein Ergebnis eines Putsches. Es war eine Machtübertragung. Die Einbindung der NSDAP durch die Konservativen erwies sich schnell als Irrtum: «Die erste Zeit der Naziherrschaft war von der ‹Gleichschaltung› nicht nur der potenziellen Gegner, sondern auch der Konservativen geprägt.» (Paxton 2004: 190) Die neue Regierung verbot alle anderen Parteien, zerschlug die Gewerkschaften, schuf ein Terrorsystem und fing sofort an, Jüdinnen und Juden aus dem öffentlichen Leben auszuschließen und politische Gegner*innen zu ermorden oder in die schnell gegründeten Konzentrationslager zu bringen. Zudem veränderte sich in kürzester Zeit das geistige Klima im Deutschen Reich. Die ‹Gleichschaltung› vollzog sich nicht nur im politischen Sektor extrem schnell, auch das intellektuelle Klima änderte sich rasch. Die Weimarer Republik hatte in den letzten Jahren ihrer Existenz eine große kulturelle Pluralität entwickelt, die im Nationalsozialismus sofort beendet wurde und, neben der Emigration jüdischer und linker Deutscher, zu einem Exodus von tausenden Wissenschaftler*innen, Künstler*innen und Schriftsteller*innen führte. Im NS-Staat war eine individualistische Lebensführung schlicht nicht mehr möglich. Diese Umwälzung war vor allem in den ersten Monaten des Regimes mit enormem Straßenterror der Parteiorganisationen Sturmabteilung (SA) und der Schutzstaffel (SS) verbunden, die als Hilfspolizei fungierten. Nach der ersten Konsolidierung der Macht beseitigte Hitler im Juni 1934 die Führung der SA, nicht zuletzt um die Wehrmachtselite zufriedenzustellen, die die Konkurrenz einer Parteiarmee fürchtete. Danach war die Phase der unmittelbaren Machtsicherung vorbei und das Regime nicht nur gegenüber äußeren Gegnern, sondern auch gegenüber abweichenden Strömungen innerhalb des Nationalsozialismus konsolidiert (vgl. Longenrich 2003).

Bis auf die Kirchen und die Wehrmacht gab es nahezu keine von der Partei unabhängigen Großorganisationen mehr, auch diese waren extrem eingeschränkt und teil-

weise im nationalsozialistischen Sinne ideologisiert. Die neue Regierung formte dabei ähnlich wie die Faschisten in Italien die Gesellschaft um, ohne das Wirtschaftssystem und die Besitzverhältnisse infrage zu stellen, solange es sich nicht um jüdischen Besitz handelte. Der Antisemitismus war von Anfang an Staatsprojekt, erkennbar an den Nürnberger Rassegesetzen oder dem Novemberpogrom 1938.

Auch in der Außenpolitik agierte der Nationalsozialismus äußerst aggressiv. Den Vertrag von Versailles aufzuheben war das Ziel. Deutschland rüstete auf und unterstützte bereits 1936 den Putsch des Generals Franco gegen die demokratisch gewählte linke Regierung der Spanischen Republik auch mit Kampftruppen. 1938 wurde dann Österreich zum «Anschluss» gezwungen, im März 1939 Prag okkupiert, bis schließlich am 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg durch den Überfall auf Polen entfesselt wurde.

Weltkrieg und Völkermord

Die Geschichte des Zweiten Weltkriegs und des Holocaust kann hier nur grob angerissen werden. Ausbruch und Verlauf des Krieges führten zu einer noch nie dagewesenen Radikalisierung eines Regimes. Stanley Payne (2001: 436) fasst pointiert zusammen: «Der Nationalsozialismus predigte Krieg und Gewalt als notwendige Form des Handelns, welche die inneren Qualitäten der Herrenrasse hervortreten lassen sollte.» Von Anfang an wurde während des Krieges deutlich, dass das NS-Regime keinerlei Regeln wie etwa das Völkerrecht oder die Haager Landkriegsordnung akzeptieren würde. Schon im Feldzug gegen Polen wurden Tausende vorwiegend jüdische Männer, aber auch polnische Intellektuelle durch Einsatzgruppen der SS ermordet. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 begann das Regime sehr schnell mit extremen Kriegsverbrechen und dem Völkermord an den europäischen Jüdinnen und Juden. Vom ersten Tag an war dieser Krieg als Vernichtungskrieg geplant. So wurden keinerlei Vorkehrungen für die Versorgung der sowjetischen Kriegsgefangenen getroffen, insgesamt starben etwa 3,3 Millionen Rotarmisten in deutscher Gefangenschaft, zumeist an Hunger.¹⁶ Als sich der Widerstand an der Ostfront verstärkte, ging das Regime dazu über, Jüdinnen und Juden zu ermorden, anfangs durch die sogenannten Einsatzgruppen, Spezialverbände, die der vorrückenden Wehrmacht folgten, später in Vernichtungslagern wie Auschwitz, Treblinka, Sobibor, Chel'mno und anderen. Von einem durchorganisierten Völkermord kann spätestens ab Herbst 1941 gesprochen werden. Bis zum Ende des Krieges wurden rund sechs Millionen Jüdinnen und Juden ermordet.¹⁷ Hinzu kamen unzählige Opfer aus anderen Gruppen wie Roma und Sinti, Menschen mit Beeinträchtigung, politische Gegner*innen des Regimes und Zwangsarbeiter*innen.

16 Das Buch «Keine Kameraden» von Christian Streit war die erste umfassende Dokumentation zum Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen – einem der größten Verbrechen des NS-Regimes – und hat die Diskussion über die Verbrechen der Wehrmacht teilweise vorweggenommen (Streit 1978).

17 Vertiefend und mit einigen weniger bekannten Blickwinkeln zum Verlauf der Shoah vgl. Lehnstaedt (2017).

Das Ende des Faschismus

Die totale Niederlage des NS-Regimes war vor allem militärischer Natur. Bis in den Untergang des Regimes wurden die Radikalität und der Wille, extremste Verbrechen zu begehen, beibehalten. So wurden die ungarischen Jüdinnen und Juden 1944 in einer Phase des Krieges vernichtet, in der es vollkommen offensichtlich war, dass NS-Deutschland den Krieg verlieren würde. Die Mobilisierung und propagandistische Beeinflussung der Deutschen gingen so weit, dass zumindest gegen die Rote Armee teilweise noch nach Hitlers Selbstmord weitergekämpft wurde. Als am 8. Mai 1945 die Waffen in Europa schwiegen, lag das Deutsche Reich in Trümmern. Jede deutsche Großstadt war von Bombardierungen und oft auch noch von Kämpfen mehr oder weniger verwüstet worden, die moralische Niederlage war angesichts der NS-Verbrechen umfassend (vgl. Kershaw 2011). Die Mehrheit der Deutschen wandte sich vom NS-Regime ab, ohne sich jedoch mit der Vergangenheit und ihrem Anteil an Aufstieg und Verbrechen des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Nach 1945 wollte die Bevölkerung vor allem überleben und dem gefürchteten alliierten Strafgericht entgehen. Das Strafgericht blieb jedoch weitgehend aus, die Kriegsverbrecherprozesse gegen das Spitzenpersonal des «Dritten Reichs» wurden von der Bevölkerung mit Distanz und teilweise sogar unter dem Begriff der «Siegerjustiz» wahrgenommen. 1949 wurde das besiegte Deutsche Reich in zwei neue deutsche Staaten geteilt, die in den jeweiligen politischen Block integriert wurden: die Bundesrepublik Deutschland als Teil der westlichen Verbündeten und alsbald Mitglied der Nato und die Deutsche Demokratische Republik als Teil der sozialistischen Staatengemeinschaft und des Warschauer Pakts.

Das Weiterbestehen faschistischer Elemente

Nach 1949 wurde die Bundesrepublik vor allem von zwei Volksparteien gestaltet: von der aus dem Zentrum hervorgegangenen CDU/CSU als christlich-konservative Richtung und der SPD. Insbesondere in der von Konrad Adenauer geführten Union war der Anteil ehemaliger Nationalsozialisten groß. Adenauer war fest davon überzeugt, dass sich der Wiederaufbau ohne diese Bevölkerungsgruppe nicht bewältigen lassen würde. Bis in höchste Kabinettsposten ignorierte der Kanzler die NS-Vergangenheit zahlreicher Parteifreunde und erwirkte dadurch ihre Integration in das politische System. Allerdings war für offenen Antisemitismus – im Gegensatz zum immer noch propagierten Antikommunismus und Rassismus – offiziell kein Platz. Nicht integrationswillige vormalige Nationalsozialisten versammelten sich schon ab 1949 in neuen faschistischen Gruppen wie der Sozialistischen Reichspartei (SRP), einer so offensichtlichen Nachfolgeorganisation der NSDAP, dass sie 1952 vom Bundesverfassungsgericht verboten wurde. Die Partei hatte bei einigen Landtagswahlen größere Erfolge, aufgrund des Verbots konnte sie sich jedoch nicht etablieren. Der ähnlich orientierten rechtsextremen Deutschen Reichspartei (DRP) gelang zwar 1959 der Einzug in den Landtag von Rheinland-Pfalz, doch die Partei verlor in der Folgezeit an Einfluss. Aus

ihren Reihen ging die 1964 gegründete Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hervor. Diese Partei steht als Wegmarke hin zu einer neuen Erscheinungsform der extremen Rechten in der Bundesrepublik – einem «angepassten Faschismus», wie ihn der Historiker Lutz Niethammer für die damalige Zeit beschreibt: «Aus einem Abfallprodukt der Ära Adenauer könnte ein Produktionsfaktor der Formierten Gesellschaft werden», weil «in der NPD die Sackgasse des Postfaschismus der DRP im Zeichen eines neuen, nun wieder innenpolitisch orientierten Neofaschismus überwunden wurde» (Niethammer 1969: 272).

Doch der NPD hing – wie in der Folgezeit auch der Deutschen Volksunion (DVU) oder zum Teil auch den Republikanern – immer noch das Etikett der «Ewiggestrigen» an. Eine breitenwirksame Modernisierung des Rechtsextremismus gelang nicht, sodass diese Parteien isoliert am rechten Rand standen. Die NPD hätte es 1969 trotzdem beinahe in den Bundestag geschafft, scheiterte mit 4,3 Prozent aber relativ knapp an der Fünfprozenthürde und versank danach für lange Zeit in der politischen Bedeutungslosigkeit. Der Erfolg der Partei in den 1960er Jahren kann sicher auch als Reflex gegen das modernisierende Element der 1968er Protestbewegung gedeutet werden.

Gleichzeitig entwickelte sich in der Bundesrepublik eine rechtsterroristische Szene: Beispiele wie die Verstrickung der Wehrsportgruppe Hoffmann in das Bombenattentat auf das Münchner Oktoberfest 1980 zeigen diese Tendenz schon lange vor der Vereinigung der beiden deutschen Staaten und dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) (vgl. Virchow 2016). Der neonazistische Untergrund in der Bundesrepublik blieb zwar bis 1990 weitgehend isoliert und ohne Anbindung an die demokratische Gesellschaft, neonazistische Gruppierungen wie die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) und die mit ihr verbundene Gruppe um Michael Kühnens Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA) schafften es aber, Kader für einen Übergang vom Alt- zu einem bewegungsorientierten Neonazismus zu formen (vgl. Christians 1990).

In der DDR war ein offenes Auftreten neonazistischer Organisationen kaum möglich. Trotzdem gab es auch im realen Sozialismus Anzeichen dafür, dass mehr rechts-extremes Gedankengut überlebt hatte, als äußerlich erkennbar war. Trotz des staatlichen Antifaschismus gab es bereits vor 1989 eine Skinheadszene, die teilweise von der Staatssicherheit geduldet wurde, denn die Neonazis gingen rabiat gegen Punks und Systemkritiker*innen vor. Zudem waren Angriffe auf Migrant*innen, zumeist Vertragsarbeiter*innen aus verbündeten sozialistischen Staaten, nicht selten, manchmal kam es sogar zu Todesfällen (vgl. Waibel 1996). Als dann 1990 die staatliche Repression wegfiel, entfaltete sich im Kontext neonazistischer Infiltration durch westdeutsche Kader ein rapide ansteigendes neofaschistisches Organisations- und Gewaltpotenzial (vgl. Lausberg 2012). Die rassistischen Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock, aber auch die Brandanschläge im Westen wie die von Mölln und Solingen offenbarten eine neue Dimension neofaschistischer Gewalt (vgl. Sundermeyer 2012: 48 ff.) – einer Gewalt, die in ihrem terroristischen Ausmaß erst durch die Aufdeckung

der Mordserie des rechtsterroristischen NSU im Jahr 2011 bekannt wurde und die bis zum heutigen Tag ihrer vollständigen Aufklärung harrt (vgl. Schultz 2018).

Neue Tendenzen

Galt der Rechtsextremismus in Deutschland jahrzehntelang als gesellschaftliches Randphänomen, so änderte sich das mit dem Aufkommen neuer rechtspopulistischer Parteien. 1994 gründete sich eine neue deutsche Partei, an deren Spitze sich der ehemalige FDP-Vorsitzende Bayerns Manfred Brunner stellte und die heute beinahe vergessen ist: der Bund freier Bürger – Offensive für Deutschland (BFB). Sie hatte eine wirtschaftsliberale Ausrichtung verbunden mit einer fundamentalen Kritik an der Europäischen Union. Teile dieser Gruppierung orientierten sich an der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und deren damaligem Vorsitzenden Jörg Haider. Damit formte sie einen Prototyp einer neuen Partei, die nicht so offen rechtsextrem wie NPD, DVU und Republikaner in Erscheinung trat. Der BFB blieb nahezu bedeutungslos, stellte jedoch ein Vorläufermodell für die 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD) dar. Die AfD entwickelte sich in der Folgezeit zur bislang erfolgreichsten radikal rechts orientierten Partei seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland und zum parteipolitischen Dach des zersplitterten politischen Rechtsaußenspektrums. Ihr fortwährender rechter Radikalisierungsprozess kennzeichnet sie als aktuell extrem rechts orientierte Partei, die geprägt ist von einem völkisch-autoritären Populismus (vgl. Häusler 2018) (vertiefend dazu s. Kapitel 5).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass der deutsche Nationalsozialismus sich anfangs durchaus am italienischen Faschismus orientierte, aber allein schon wegen seiner antisemitischen Vernichtungspraxis als ungleich extremer zu bewerten ist. Trotz dieser Menschheitsverbrechen und einer absoluten Niederlage im Zweiten Weltkrieg begleiteten neofaschistische Bestrebungen und Gewalttaten die bundesdeutsche Nachkriegsgeschichte. Der rechte Rand kann sich seit der Wiedervereinigung und dem Entstehen neuer rechter Organisationsstrukturen wieder offener artikulieren. Erfolgreiche Rechtsaußenparteien wie die AfD distanzieren sich einerseits vom Nationalsozialismus, revitalisieren andererseits jedoch einen völkischen Nationalismus und das Vokabular des Nationalsozialismus. In vielen ländlichen und kleinstädtischen ostdeutschen Regionen lassen sich neue Tendenzen einer zunehmenden alltäglichen Faschisierung feststellen, die durch rechtspopulistische Agitation und Kampagnenpolitik angefeuert werden (vgl. apabiz 2019).

2.3 Österreich

Voraussetzungen für die Entstehung faschistischer Bewegungen

In Österreich traten bereits vor dem Ersten Weltkrieg zahlreiche Gruppen in Erscheinung, die als protofaschistisch oder sogar als protonationalsozialistisch bezeichnet

werden können. So propagierte zum Beispiel die Alldeutsche Bewegung um Georg von Schönerer gegen Ende des 19. Jahrhunderts Rassenantisemitismus, Führerkult und Antiliberalismus – und Deutsch-Österreich als Teil des Deutschen Reichs in strikter Ablehnung des Vielvölkerstaats Österreich-Ungarn. Auch die Christlich-soziale Partei (CS) unter dem überaus populären Wiener Bürgermeister Karl Lueger bestritt ihre Wahlkämpfe bereits vor der Jahrhundertwende mit antisemitischen Slogans. Auf beide Politiker hat sich Adolf Hitler in «Mein Kampf» positiv bezogen.¹⁸

Zudem entwickelten sich in Österreich extrem rassistische Zirkel wie die sogenannten Ariosophen, die den «Arier» als Kulturträger identifizierten und ihm vor allem Juden, aber auch Schwarze und Asiaten als Feinde gegenüberstellten (vgl. Goodrick-Clarke 2000). Diese Entwicklungen verdeutlichen, dass es in Österreich schon vor dem Ersten Weltkrieg in der auseinanderdriftenden Vielvölkermonarchie einen sich als deutschnational artikulierenden Ultrationalismus und – vor allem nach der jüdischen Flüchtlingswelle aus dem Russischen Reich nach der gescheiterten Revolution von 1905 – einen immer extremeren Rassenantisemitismus gab. So war die Hauptstadt Wien einerseits ein Schwerpunkt für Alldeutsche, Rassenesoteriker und Profaschisten sämtlicher Prägungen, hatte aber andererseits auch mit etwa 175.000 Menschen eine der größten jüdischen Gemeinden Europas und eine starke sozialistische Arbeiterbewegung. Der aggressive Einstieg der Habsburgermonarchie in den Ersten Weltkrieg überdeckte in nationalistischer Stoßrichtung nicht zuletzt diese Widersprüche. Die sogenannten Alldeutschen begründeten in Österreich eine an das Deutsche Reich angelehnte Tradition des Rechtsextremismus, während es auch einen rechten, österreichisch-nationalistischen Extremismus gab, der diese Ausrichtung ablehnte. Dem gegenüber stand als gemeinsamer Feind die Linke in Form der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ), die vor allem in der Hauptstadt Wien tonangebend war.¹⁹

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen

Die Anzahl der Kriegstoten, -verwundeten und Gefangenen ging auch in Österreich in die Hunderttausende. Die Niederlage sorgte zudem für einen Systemwechsel – und für den Sturz einer Weltmacht in die politische Bedeutungslosigkeit. Wien war im Jahr 1905 die fünftgrößte Stadt der Welt und Zentrum des nach Russland größten Staates in Europa. In der Nachkriegsordnung stellte Österreich nunmehr einen Kleinstaat mit der riesigen Metropole Wien mit etwa zwei Millionen Bewohner*innen, aber mit landesweit insgesamt nur etwa 6,5 Millionen Einwohner*innen dar – ein Staat, der von vielen seiner Bürger*innen als nicht überlebensfähig angesehen wurde.

18 Die politische Szenerie in Wien vor dem Ersten Weltkrieg hat den jungen Hitler beeinflusst. Er besuchte politische Massenveranstaltungen, aber auch das Parlament. Zu den politischen Hintergründen der Stadt Wien und der Doppelmonarchie vgl. Hamann (1999).

19 Vertiefend zu Österreichs Innenpolitik vgl. den Beitrag von Lothar Höbelt in: Cornwall (2004).

Eine mögliche «Lösung» der vor allem enormen ökonomischen Probleme war für fast das gesamte politische Spektrum die Idee des «Anschlusses» an das Deutsche Reich. Die Siegermächte verboten im Zuge der Versailler Nachkriegsordnung Österreich im Vertrag von St. Germain aber genau das.

Das Ende der Demokratie

Österreich litt in den 1920er Jahren an Instabilität. Wie in zahlreichen anderen Staaten in Europa wurde die alte Ordnung am Kriegsende durch eine Revolution beseitigt. Eine Demokratie entstand, die stark von zwei Parteien geprägt war: der SPÖ – sie firmierte bis 1934 als Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschösterreichs – und der Christlichsozialen Partei als starkem katholisch-konservativen Element, die auch während der Ersten Republik mit Antisemitismus um katholische Wählerstimmen warb. Die große Koalition beider Volksparteien scheiterte schon 1920, danach wurde das Land konservativ regiert, mit der bedeutenden Ausnahme der Hauptstadt Wien, die links dominiert blieb. Bis zum Beginn der Dollfuß-Diktatur bestimmten diese zwei nahezu gleich großen Lager die politische Situation in Österreich.

Zugleich gab es von Beginn an auch eine militante rechte Entwicklung, die sogenannten Heimwehren, die sich als bewaffnete Gruppen zum Beispiel in Tirol gegen italienische, im Burgenland gegen ungarische und in Kärnten gegen jugoslawische Ansprüche gründeten. Sie waren die Keimzelle des späteren sogenannten Austrofaschismus. Diese Heimwehren blieben ein militantes Reservoir, das oft weit rechts von den Christsozialen stand, aber sich insgesamt zumeist nicht großdeutsch orientierte (obwohl manche etwa in Kärnten schon früh mit dem Hakenkreuz marschierten), sondern österreichisch-patriotisch agierte. Sie waren bewaffnet und sahen ihren Feind in der Linken.

Hinzu kam ein oft «Drittes Lager» genannter Teil der Gesellschaft: die österreichischen Nationalsozialisten. Sie waren schon ab 1918 in Form der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei (DNSAP) organisiert, die sich bald an der etwas später gegründeten NSDAP im Deutschen Reich orientierte. Der Ursprung dieses österreichischen Nationalsozialismus ist in den verschiedenen nationalistisch-sozialistischen Arbeiterparteien der Vorkriegszeit identifizierbar, als direktes Bindeglied diente die bereits 1903 gegründete Deutsche Arbeiterpartei (DAP). Die soziale Basis dieser Gruppen war anfangs und bis zum Verbot der Partei 1933 «traditionell kleinbürgerlich» mit Beamter*innen, Angestellten und Selbstständigen und mit wenigen Arbeiter*innen, Bäuerinnen und Bauern, was sich nach der Illegalisierung änderte. Die Partei konnte danach eher alle gesellschaftlichen Gruppen zu ihren Aktivist*innen und Unterstützer*innen rechnen (vgl. Garscha 2012: 103). Nach der Machterlangung der NSDAP 1933 in Deutschland forderten sie immer vehementer den Anschluss, was jedoch spätestens ab 1933 von der SPÖ, aber auch den anderen Parteien abgelehnt wurde, die sich solche Annäherungen nur mit einem demokratisch verfassten Deutschland vorstellen konnten.

Die Rechte in Österreich war bis 1938 grundlegend gespalten, wobei das Kernproblem die Frage der nationalen Unabhängigkeit Österreichs war. Die Christlichsoziale Partei und die Heimwehren waren gegen die Vereinigung mit NS-Deutschland, die Nationalsozialisten aus Österreich hingegen befürworteten dies. Hier wiederholte sich der alte Konflikt der Alldeutschen Partei, die vehement gegen das Vielvölkerreich der Habsburger eintrat, mit der katholisch-konservativen Rechten, die patriotisch zu Österreich-Ungarn stand. Dieser Konflikt sollte später manchen rechtsorientierten Österreicher in KZ-Haft bringen.

Als dritte Kraft im Land ist bis 1934 die Linke zu nennen, die im Gegensatz zum Deutschen Reich nicht unter einer großen Spaltung litt. Die übergroße Mehrheit der Arbeiter*innen blieb der SPÖ verbunden, die eher links von der deutschen SPD stand. Die 1918 gegründete Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ) war vergleichsweise sehr klein. Aufgrund der ständigen Gewalt vonseiten der Heimwehren und der Nazi-Gruppen stellte auch die SPÖ ab 1923 einen republikanischen Schutzbund auf.

Aufkommen und Machterlangung des Faschismus

Zwischen 1927 und 1934 erodierte das demokratische System immer mehr, was auch in Österreich von der Weltwirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit mitverursacht wurde. Schon 1927 gab es ernsthafte soziale Unruhen, als ein Gerichtsurteil gegen Arbeiter für Großdemonstrationen sorgte, in die die Polizei schießen ließ. Dies kostete 89 Menschen, mehrheitlich Arbeiter, das Leben. 1931 gab es dann einen Heimwehraufstand in Kärnten, der mangels Unterstützung durch andere Heimwehrverbände aus anderen Teilen Österreichs scheiterte. Schon 1933 wurde die kleine KPÖ verboten, das parlamentarische System aufgehoben. Im Februar 1934 wurde die SPÖ nach einem kurzen Bürgerkrieg mit Hunderten Toten ebenfalls verboten. Im Juli kam es zum Putschversuch durch die Nationalsozialisten, der scheiterte und in dessen Verlauf Kanzler Engelbert Dollfuß getötet wurde. Dollfuß hatte in den Monaten vorher versucht, sich vor allem am faschistischen Italien zu orientieren, und einen eigenen christlichen Ständestaat als antidemokratische Gesellschaftsform angestrebt, der von seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg weiter vorangetrieben wurde. Die Auswirkungen dieses Systems beschreibt Steven Beller wie folgt:

«Während der Zeit der sozialistischen Herrschaft über Wien galt die Stadt als Zufluchtsstätte für Juden, doch der Aufstieg des ‚austrofaschistischen‘ Regimes Engelbert Dollfuß’ und Kurt Schuschniggs in den 1930er Jahren brachte eine Rückkehr der – zumindest inoffiziellen – antisemitischen Diskriminierung durch den Staat mit sich. Zugleich zielte der Austrofaschismus auf die Bewahrung einer konservativ-katholischen Vorherrschaft über Sozialisten und Nazis.» (Beller 2009: 126)

Bis heute ist die Diskussion über die Intention der Christlichsozialen Partei und ihrer Anführer nicht beendet. Gern wird auf ein Zitat von Schuschnigg (vgl. Flügge 2019:

54) verwiesen, in dem der Kanzler betonte, dass man die braune Welle nur aufhalten könne, indem man das, was die Nazis versprochen und in Deutschland taten, selber machen müsse.²⁰ Allein auf dieses Argument verkürzt erscheint die Dollfuß-/Schuschnigg-Ära allerdings als verharmlost. Die Repression gegen SPÖ, Linke und auch gegen Nationalsozialisten war zwischen 1934 und 1938 enorm, die Regierung schreckte nicht vor der Errichtung von Lagern für politische Gefangene zurück, wie dem berühmten Lager in Wöllersdorf, in dem im Juli 1934 insgesamt 4.767 Häftlinge einsaßen, eine, gemessen an der Bevölkerungsgröße, hohe Zahl. So betont der Historiker Wolfgang Neugebauer (2012: 305): «Sowohl während der Februartkämpfe als auch im Zuge des Juliputschs kam es zu schweren Übergriffen, die mit Justiz nichts mehr zu tun hatten.» Zudem war 1933 mit der Vaterländischen Front (VF) eine Organisation entstanden, die durchaus faschistoide Züge trug und eine vergleichsweise moderne, am deutschen Nationalsozialismus angelehnte Propaganda organisierte, beispielsweise Massenaufmärsche und entsprechende Symbolik wie Flaggen mit einem sogenannten Krukenkreuz. Doch diese Organisation hatte nicht die Dynamik einer gewachsenen faschistischen Massenbewegung. Sie war auf Befehl von «oben» gegründet worden, sodass zum Beispiel alle Beamten automatisch Mitglieder sein mussten und die Anhänger der nun aufgelösten Heimwehren und Parteien in sie eintreten sollten. Die soziale Basis des Regimes und damit auch der Vaterländischen Front umschreibt der Historiker Jerzy W. Borejsza wie folgt: «Eine Stütze der Diktatur von Dollfuß waren die Vertreter derjenigen sozialen Gruppen, die sich vor allem von links bedroht fühlten, aber gleichzeitig Schutz vor der extremen Rechten suchten, also die Bürokratie, die katholische Kirche, ein Teil der Bourgeoisie und der Landbesitzer.» (Borejsza 1999: 182) Die Vaterländische Front «setzte sich [...] aus vielen Opportunisten und passiven Mitgliedern zusammen» (ebd.: 181). Gleichzeitig blieb ein Teil der Ideologie immer katholisch geprägt: Dementsprechend wurde auch in der Verfassung von 1935 festgelegt, dass Österreich ein christlicher Ständestaat sei. Die Rolle der Frau als Mutter wurde nicht nur propagiert, sondern fand auch in einer entsprechenden antifeministisch motivierten Ausgrenzung von Frauen in der Berufswelt eine praktische Umsetzung.²¹

Für einige Historiker*innen gilt Österreich zwischen 1934 und 1938 als eine eigene Form des Faschismus, für andere eher als reaktionär-katholisches Regime, Dritte wiederum ziehen es – wie Arnd Bauerkämper in seinem Grundlagenwerk «Der Faschismus in Europa 1918–1945» – gar nicht erst zu Faschismusvergleichen heran. Demgegenüber hält Emmerich Tálos (2012: 400) fest: «Die Nähe zur Ideologie des deutschen und italienischen Faschismus ist unüberschbar.» Insgesamt bleibt in der vergleichenden Faschismusforschung eine gewisse Unsicherheit in Bezug auf Öster-

20 Für eine Beschreibung der letzten Tage Wiens vor dem «Anschluss» vgl. Flügge (2019).

21 Vertiefend zum «christlichen Ständestaat» als Männerstaat vgl. den Beitrag von Irene Bandhauer-Schöffmann in: Tálos/Neugebauer (2012).

reich erkennbar, so erklärt Stanley Payne (2001: 309) im Gegensatz zu Tálos: «Die charakteristischen Doktrinen und Ziele des Faschismus wurden vermieden, denn es bestand nicht die Absicht, einen «neuen Menschen» zu schaffen, der sich vom patriotischen Österreicher unterschied.» Ob der Begriff Austrofaschismus nun gebraucht wird oder nicht, die «Kanzlerdiktatur» (Interview Bauer 2019) ab 1933/34 bedeutete definitiv das Ende der Demokratie in Österreich.

Besonderheiten der österreichischen Entwicklung und das Ende des Faschismus

Die Konflikthaftigkeit des austrofaschistischen Regimes bestand darin, dass es permanent unter Druck seitens NS-Deutschlands stand. Die österreichischen Nationalsozialisten bedrohten Linke wie Rechte im Land, gipfelnd in der Ermordung von Kanzler Dollfuß 1934. Infolge dieses «Juliputsches» wurde die Naziartei zwar verboten, agierte aber bis zum «Anschluss» weiter aus der Illegalität heraus. Zwischen 1934 und 1938 wurde von der NS-Regierung der Druck auf das Land dahingehend immer weiter verstärkt, seine Souveränität aufzugeben und sich NS-Deutschland zu beugen. In letzter Konsequenz wurde der unabhängige Staat Österreich in diesen Jahren zunehmend von Mussolinis Italien als Schutzmacht am Leben gehalten.²² Als jedoch Hitler die mit Italien strittige Südtirolfrage zurückstellte und Mussolini wegen der internationalen Ächtung seines Abessinienkriegs neue Verbündete suchte, was zur Annäherung beider Regime führte, wurde es immer schwieriger, dem Druck, der bis hin zu Einmarschdrohungen ging, standzuhalten. Als Kanzler Schuschnigg 1938 eine Volksbefragung zur österreichischen Unabhängigkeit ansetzte, beschloss die NS-Regierung schließlich, einen Krieg zu riskieren: Am 11. März 1938 marschierte die deutsche Wehrmacht in Österreich ein. Aber das österreichische Heer blieb in den Kasernen und weder die Westmächte noch Italien griffen ein.

Schuschnigg kam bis Kriegsende in Lagerhaft, der Terror, vor allem gegen die jüdischen Bürger*innen, setzte sofort und radikal ein. In Österreich wurde die Entwicklung, die in NS-Deutschland über fünf Jahre gebraucht hatte, in wenigen Wochen vollzogen. Das Land wurde kurzum an das Deutsche Reich angegliedert. Die Erwartungen der einheimischen Rechtsextremen auf Eigenständigkeit im Verhältnis zum Deutschen Reich erfüllten sich daher nicht, Karrieremöglichkeiten boten sich jedoch zuhauf: Österreicher waren zum Beispiel in der SS überrepräsentiert und stellten zahlreiches führendes Personal für die NS-Vernichtungspolitik.

Der Neuanfang der Republik

In Österreich wurde das NS-Regime schlicht militärisch von der Roten Armee besiegt, Wien im April 1945 befreit. Nach Kriegsende schaffte es die Zweite Republik, den Mythos vom «ersten Opfer Hitlers» zu popularisieren. Viele Österreicher*innen

²² Vertiefend zur Außenpolitik Österreichs vor 1938 vgl. den Beitrag von Karl Stuhlpfarrer in: Tálos/Neugebauer (2012).

waren real Opfer des NS-Regimes gewesen und etwa im Konzentrationslager Mauthausen eingesperrt worden. Allerdings gab es einen gewaltigen Unterschied zu den anderen von NS-Deutschland okkupierten Staaten im Hinblick auf den Stellenwert der Zusammenarbeit mit den Besatzern. Kollaboration existierte überall, wie gesagt gab es sogar gute Aufstiegsmöglichkeiten – zum Beispiel in den besetzten Gebieten West- und Nordeuropas und, vor allem für junge Männer, in der Waffen-SS. In Osteuropa sah die Zusammenarbeit deutlich anders aus: Politische Gruppen und Bewegungen wie die von General Andrei Andrejewitsch Wlassow, Stepan Banderas Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) oder auch die Pfeilkreuzler in Ungarn waren zwar rechte bis rechtsextreme oder faschistische Gruppen, wurden von Deutschland aber erst spät im Krieg angesichts der drohenden Niederlage eingesetzt und gefördert, die OUN nur in geringem Ausmaß. Österreicher*innen hingegen waren gleichgestellte Reichsbürger*innen, hatte doch Adolf Hitler persönlich 1938 feierlich erklärt, dass Österreich heimkäme in das Deutsche Reich. Und ein großer Teil der österreichischen Bevölkerung fühlte und handelte auch entsprechend.

Im Unterschied zu Deutschland wurde die Entnazifizierung von den Alliierten schon Anfang 1946 weitestgehend der österreichischen Regierung übertragen. Dies zog eine Debatte nach sich, wer nun «Nazi» und wer nur «Mitläufer» gewesen sei: «Der Begriff des «Mitläufers», der nicht nur in Österreich als Entlastungsbegriff der Entnazifizierung schlechthin fungierte, wurde zunehmend ausgeweitet und meist entlastend mit dem Topos von Zwang und Verführung in Verbindung gebracht.» (Reiter 2019: 20) Besonders die konservative Österreichische Volkspartei (ÖVP) trat schon im Oktober 1945 für eine bedingungslose Amnestie all jener ein, die laut Parteimeinung «unter Zwang und Terror der NSDAP als Mitglied eingetreten waren, ohne sich jemals nationalsozialistisches Gedankengut angeeignet zu haben» – eine eigenwillige Interpretation, die der ÖVP den Ruf als «Reinwaschanstalt» für ehemalige Nationalsozialisten einbrachte (ebd.). Aus dem «Ehemaligen»-Milieu heraus entwickelten sich die Keimzellen rechtsextremer Neuformierungen (ebd.: 32 ff.).

Die drei Lager Österreichs

Alles in allem knüpfte die Zweite Republik nach dem Zweiten Weltkrieg an die Parteienkonstellation von vor 1934 an. Die drei traditionellen großen gesellschaftlich relevanten Gruppen dominieren das Land bis heute, wenn auch modernisiert. Die SPÖ als linke sozialdemokratische Partei, die über Jahrzehnte den Kanzler stellte, zeigte wenig Ambitionen, sich mit der Vergangenheit zu befassen, und ging später als erste der großen Volksparteien eine Koalition mit der FPÖ ein (allerdings in der Vor-Haider-Ära). Die zweite Gruppe ist die ÖVP als neue christlich-sozial-konservative Partei, die zusammen mit der SPÖ jahrzehntelang den Staat mitbestimmte. Auch sie hatte keineswegs ein kritisches Verhältnis zum Austrofaschismus der Kanzler Dollfuß und Schuschnigg, die lange Zeit durchaus Vorbildfunktion für die ÖVP hatten. In der österreichischen Verfassung gilt bis heute ein Verbot, sich nationalsozialistisch zu

betätigen, und zudem ein Anschlussverbot an Deutschland. Trotzdem entstand mit der FPÖ eine Partei, die alldeutsche und NS-Traditionen wiederaufnahm. Die 1956 gegründete FPÖ entstand als Nachfolgeprodukt aus der schon 1949 gegründeten Partei Verband der Unabhängigen (VdU), die als Partei der «Ehemaligen» in Erscheinung trat. So waren die beiden ersten Vorsitzenden Anton Reinthaller und Friedrich Peter hochrangige Nationalsozialisten gewesen, Peter zuletzt im Rang eines SS-Obersturmbannführers. Ihre deutschnationale Anlehnung in den Anfangszeiten hat «die FPÖ, die das Alleinerbe des Dritten Lagers für sich in Anspruch genommen hat, lange dem Vorwurf ausgesetzt, sie sei eine anti-österreichische Partei» (Steininger 2007: 11).

Die Waldheim-Affäre

Kurt Waldheim war nach dem Zweiten Weltkrieg ein Karrierediplomat und stieg 1971 zum UN-Generalsekretär auf. Im Zuge seiner Kandidatur für das Amt des österreichischen Bundespräsidenten verdichteten sich Mitte der 1980er Jahre die Hinweise auf seine Nähe zur NSDAP, etwa als Mitglied einer SA-Reiterstandarte, und sein Wissen um die Kriegsverbrechen der deutschen Wehrmacht. Waldheim beteuerte, unschuldig zu sein und von NS-Verbrechen nichts mitbekommen zu haben. Diese Haltung und Argumentationsweise war in seiner Generation häufig anzutreffen. Waldheim war Stabsoffizier in der deutschen Heeresgruppe E unter Generaloberst Alexander Löhr, der wegen Kriegsverbrechen in Jugoslawien zum Tode verurteilt und 1947 hingerichtet worden war. Löhr, ebenfalls Österreicher und zu Kriegsende Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Jugoslawien, hatte unter anderem die Bombardierung Belgrads ohne Kriegserklärung zu verantworten. Angesichts Waldheims Position als Stabsoffizier ist es höchst unwahrscheinlich, dass er nichts von der «Bandenbekämpfung» und dem Holocaust in diesen Gebieten mitbekommen hat. Die Waldheim-Affäre steht paradigmatisch dafür, wie unkritisch und verantwortungslos viele Österreicher*innen mit ihrer eigenen Geschichte, Krieg und Holocaust umgingen. Noch bis 2015 wurde Alexander Löhr mit Gedenktafeln gewürdigt; Kurt Waldheim wurde trotz zahlreicher Presseberichte zu seiner Kriegsvergangenheit 1986 als ÖVP-Kandidat zum Bundespräsidenten gewählt, ein Affront gegenüber diversen Staaten und Menschenrechtsorganisationen, die Aufklärung über seine Rolle während des Krieges verlangten. Die Waldheim-Affäre führte zudem zu einer erneuten rechten Radikalisierung der FPÖ, die vor 1986 zwischenzeitlich einen gemäßigeren Kurs eingeschlagen hatte.

Rechtspopulistische Erneuerung der FPÖ

Eine deutliche Radikalisierung erfuhr die FPÖ mit der Wahl von Jörg Haider zum Obmann 1986. In seiner Ära wurde die FPÖ als eine Partei des Dritten Lagers und zugleich als populistisch modernisierte Partei zu einem Vorbild für andere Rechtsaußenparteien in Europa. Jörg Haider gilt als der Prototyp des charismatischen Anführers einer rechtspopulistischen Partei, die mit teilweise faschistischen Inhalten und Symbo-

len spielt, aber zumindest offen keinen diktatorischen Anspruch erhebt. Haider schaffte es, mehrfach zum Landeshauptmann von Kärnten gewählt zu werden. Er wettete gegen die von ihm so titulierten «Altparteien», hetzte gegen Muslim*innen und pflegte gleichwohl Kontakte zu Diktatoren wie Saddam Hussein und Muammar al-Gaddafi. Ähnlich wie heutige Rechtspopulist*innen provozierte Haider, dessen Eltern überzeugte Nationalsozialist*innen waren, mit Bemerkungen, die weit genug gingen, um zu zeigen, wie rechts er stand, ohne dass diese jedoch strafrechtlich relevant waren. So lobte er zum Beispiel die Beschäftigungspolitik im «Dritten Reich».

Trotz dieser positiven Bezugnahmen auf die Nationalsozialisten schaffte es Haider, seine FPÖ in eine Koalition mit der ÖVP zu führen, was im Jahre 2000 weltweit Proteste auslöste. Bei der 2017 gebildeten ÖVP-FPÖ-Koalition unter Kanzler Sebastian Kurz hingegen hatte der Protest ein wesentlich geringeres Ausmaß, die Gesellschaft, aber auch das Ausland, hatten sich an rechtspopulistische Wahlerfolge gewöhnt. Die sogenannte Ibiza-Affäre 2019²³ offenbarte hingegen, wie weit entfernt von demokratischen Verhaltensweisen die Spitze der FPÖ, damals um Heinz-Christian Strache, war, aber andererseits auch, dass trotz eines Skandals derartiger Ausmaßes die Reformierung dieser radikal rechten Partei ohne allzu große Wahleinbußen gelingen konnte. Die Vorbildfunktion der FPÖ für rechtspopulistische Parteien in Europa ist bis heute nicht zu unterschätzen. Mit ihrem neuen Vorsitzenden Norbert Hofer präsentiert die Partei nicht nur ein Mitglied einer völkischen Verbindung: Nach Einschätzung des österreichischen Publizisten Hans-Henning Scharsach ist der Parteichef «ein rechtsextremer Politiker» (2018: 193). Über den Kern der FPÖ urteilt der Politikwissenschaftler Andreas Peham:

«Was dann bis in die jüngere Vergangenheit und bei der FPÖ bis heute wichtig ist, ist der Kampf gegen die Idee einer österreichischen Nationalität, der Deutschnationalismus. Die FPÖ hat 2011 das Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft, das Jörg Haider 1998 aus taktischen Gründen streichen ließ, wieder ins Parteiprogramm aufgenommen. Das zeigt auch auf programmatischer Ebene, dass die FPÖ nach der Abspaltung des BZÖ [Bündnis Zukunft Österreich] von Haider 2005, wieder das wurde, was sie vorher war: eine rechtsextreme Partei, getragen von Burschenschaftlern.» (Interview Peham 2019)

Trotz ihres skandalträchtigen Gangs in die Opposition unter ihrem neuen Vorsitzenden Norbert Hofer ist die FPÖ eine nach wie vor starke rechtsextreme Partei. Sie gilt als Vorbild für die deutsche AfD und teilt mit ihr völkisch-nationalistische Ziele.

23 Bei der sogenannten Ibiza-Affäre handelte es sich um die Veröffentlichung eines Videos, in dem der damalige Vizekanzler und FPÖ-Vorsitzende Heinz-Christian Strache gemeinsam mit dem geschäftsführenden FPÖ-Klubobmann Johann Gudenus eine angebliche russische Oligarchin politisch umwerben und so ihre politische Bestechlichkeit zum Ausdruck bringen. Infolge der Veröffentlichung platzte die Regierungskoalition zwischen ÖVP und FPÖ.

Festzuhalten ist, dass sich in Österreich in den späten 1920er Jahren eine Konkurrenz zweier rechtsextremer Blöcke herausbildete: der «austrofaschistische» und der ungleich extremere, an NS-Deutschland orientierte Nationalsozialismus, die oft gemeinsam gegen Demokratie und Arbeiterbewegung agierten. Zwischen 1938 und 1945 war Österreich in allen Belangen an der faschistischen Kriegs- und Mordpolitik beteiligt. Österreicher*innen waren in diesen Jahren schlicht Bürger*innen von NS-Deutschland. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Beteiligung Österreichs an den NS-Verbrechen heruntergespielt und verdrängt, da das Land gleichzeitig auch Opfer war. Der Aufstieg der FPÖ im Kontext des Niedergangs der SPÖ verdeutlicht die Verschiebungen im Kräfteverhältnis der ehemals vorherrschenden drei Lager Österreichs.

2.4 Ungarn

Voraussetzungen für die Entstehung ultrarechter Bewegungen in Ungarn

Im europäischen Revolutionsjahr 1848 hatte die kaiserliche Regierung Österreich-Ungarns ungarische Unabhängigkeitsbestrebungen gewaltsam niedergeschlagen. Seit 1867 war Ungarn ein gleichberechtigtes Königreich im Rahmen des «Ausgleichs» in der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Zu jener Zeit kreisten die politischen Konflikte der nächsten Jahrzehnte bis zum Ersten Weltkrieg zumeist um folgende Konstanten: Die ungarische Politik versuchte, die Spielräume gegenüber den Habsburgern zu vergrößern, das Fernziel war für viele die völlige Unabhängigkeit. Gleichzeitig wurde im Inneren eine stark repressive Politik gegenüber den nationalen Minderheiten wie Rumän*innen, Kroat*innen, Jüdinnen und Juden, Deutschen und anderen verfolgt. Protofaschistische Tendenzen sind in Ungarn daher weniger in den Strömungen christlich-sozialer, deutsch-völkischer und antisemitischer Ideen in der deutschen Minderheit zu sehen, sondern eher in der ultra-nationalistischen Politik der ungarischen Regierungen. So sträubte sich Ministerpräsident Tisza noch 1905 gegen Wahlrechtsreformen, die in Wien vorgeschlagen worden waren, um Stimmen für ethnische Minderheiten und Sozialisten zu verhindern. Die ungarische Innenpolitik war von der Idee geprägt, die Minderheiten zu «magyarisieren» (alles «Ungarische» zu fördern, so beispielsweise in der Sprachenpolitik) und der erdrückenden Mehrheit der Bevölkerung das Wahlrecht zu verweigern – Tendenzen, an die faschistische Gruppen später anknüpfen konnten.²⁴

Der Erste Weltkrieg und seine Folgen

Ungarn gehört zu den großen Verlierern des Ersten Weltkriegs. Die Anzahl der Menschen, die ihr Leben verloren, war enorm. Die in der Literatur angegebenen Zahlen sind Schätzungen, sie differieren teilweise erheblich und beinhalten oft auch die Ver-

24 Vertiefend zur ungarischen Innenpolitik vgl. F. Tibor Tsuppáns Beitrag in: Cornwall (2004).

luste der bis 1918 zu Ungarn zählenden ethnischen Minderheiten im Vielvölkerstaat Österreich-Ungarn. Etwa eine halbe Million Soldaten waren bis Kriegsende gefallen und ebenso viele verwundet und gefangengenommen worden.²⁵ Jede Betrachtung der Nachkriegszeit und der Horthy-Ära muss vor diesem Hintergrund geschehen.

Im Oktober 1918, als die Niederlage offensichtlich wurde, kam es zu Unruhen und Demonstrationen: Die Habsburger wurden in der sogenannten Asernrevolution gestürzt, und die Demokratische Republik Ungarn wurde ausgerufen, in der ein Mehrparteienbündnis unter Leitung der Sozialdemokratie tonangebend war.

Doch die Nachkriegsgesellschaft in Ungarn war nicht nur wegen der vielen Kriegsoffer traumatisiert: Hinzu kam der Absturz in die politische Zweitrangigkeit infolge des Vertrags von Trianon, der 1920 die Nachkriegsordnung in Osteuropa festschrieb und der, ähnlich wie der Vertrag von Versailles im Deutschen Reich, von fast allen Ungar*innen abgelehnt wurde. Ungarns Territorium schrumpfte laut Vertrag um rund 67 Prozent von 279.090 Quadratkilometer auf 93.030 Quadratkilometer, etwa jede*r vierte Ungar*in lebte nun außerhalb der Landesgrenzen. So war der neu gegründete demokratische Staat nicht nur im Innern instabil, sondern sah sich auch von Beginn an mit Gebietsansprüchen der Nachbarstaaten konfrontiert, die ungarische Territorien beanspruchten und besetzten. Hinzu kam die harte Haltung der Siegermächte gegenüber Ungarn mit dem Resultat des schnellen Scheiterns der linken demokratischen Regierung.

Das Ende der Demokratie

Im März 1919 wurde durch die Kommunistische Partei eine Räterepublik nach sowjetischem Vorbild ausgerufen. Die neue Regierung unter Béla Kun konnte anfangs Erfolge verbuchen, wobei vor allem die Ablehnung der gerade entstehenden Nachkriegsordnung für Zuspruch auch unter Nicht-Kommunist*innen sorgte. Sie wurde aber trotzdem von außen – vor allem durch Niederlagen gegen die rumänische Armee (Rumänien gehörte zu den Siegermächten) – und von innen – durch nationalistische, rechtsautoritäre Kräfte unter Admiral Horthy schon nach wenigen Monaten im August 1919 gestürzt. Der «rote» Terror, der das Bürgertum traumatisiert hatte, wurde durch den «weißen» Terror der Nationalisten nach dem Sturz der Räterepublik um ein Vielfaches übertroffen (vgl. Paxton 2006: 43). Trotzdem wurde die Angst vor dem Sozialismus in Ungarn zum Schreckgespenst des Bürgertums. Über die Revolutionäre der Räterepublik schrieb Francis L. Carsten:

«Ihre doktrinären und terroristischen Regierungsmethoden erreichten, dass die große Mehrheit der Ungarn leidenschaftliche Antikommunisten wurden – genau wie die Bayern nach dem Experiment der Münchner Räterepublik.» (Carsten 1969: 199)

25 Vertiefend zu den Verlusten im Ersten Weltkrieg vgl. www.centre-robert-schuman.org.

Antikommunismus wurde infolge linker Revolutionsversuche nicht nur in Ungarn zu einer der Triebfedern des Rechtsextremismus. Er weitete sich auch auf Liberale und Sozialdemokrat*innen aus und entwickelte sich zu einer allgemeinen Demokratiefeindlichkeit. Infolge der Niederschlagung der Räterepublik wurde Miklós Horthy als Reichsverweser²⁶ Staatsoberhaupt und blieb die beherrschende Figur der ungarischen Politik bis 1944. Das Land war in der gesamten Zeit zwar formal ein Königreich, Horthy verhinderte jedoch mehrfach die Rückkehr der Habsburger. Die verschiedenen mehr oder weniger rechtsautoritären Regierungen nach 1920 gingen allesamt hart gegen die Kommunistische Partei vor, was zur Marginalisierung der ungarischen Linken führte. Auch die Sozialdemokrat*innen waren Repressionen ausgesetzt und büßten vor allem auf dem Land vollkommen an Einfluss ein. In Ungarn herrschte ein erkonservatives, halbfeudales Regime, allerdings keine totale Diktatur, denn ein eingeschränktes Maß an Pluralität blieb bestehen. «Das Rückgrat des ungarischen Machtgefüges war eine Klasse überkommener und abgewirtschafteter Generäle und Grundbesitzer», urteilte der Holocaustforscher Raul Hilberg (1990: 860). Das Land wurde ein Unikum, eine «echte Rarität, ein wahrhaft reaktionärer Staat, der die Ordnung des 19. Jahrhunderts so weit wie möglich bewahren wollte.» (Payne 2001: 175)

Unter Horthy wechselten sich rechts- und nationalliberale Regierungen mit rechts-extremen Regierungen ab. So war Ungarn das erste Land nach dem Ersten Weltkrieg, in dem antisemitische Gesetze erlassen wurden: Die «Numerus Clausus»-Gesetze von 1920 sollten den Anteil der jüdischen Studenten an den Universitäten des Landes auf fünf Prozent reduzieren.²⁷ Die gesamte ungarische Rechte einte neben dem Antisemitismus der Wunsch, die Nachkriegsordnung zu revidieren. Dazu kam der Antikommunismus: «Die Entstehung des Faschismus in Ungarn war gleichermaßen vom außenpolitischen Revisionismus wie von der Distanzierung von der revolutionären Räterepublik Béla Kuns bestimmt.» (Bauerkämper 2006: 145)

Aufkommen des Faschismus

Es war aufgrund der geschilderten Entwicklung für faschistische Gruppen wie die 1932 gegründeten Sensenkreuzler und die etwas später entstandenen Pfeilkreuzler schwer, sich von den «bürgerlichen» Rechtsextremen und vom Horthy-Regime abzugrenzen. Denn Antisemitismus und Antikommunismus wurden bereits von den diversen ungarischen Regierungen der Vorkriegszeit vertreten. Um Wähler²⁸ und Mitglieder zu erreichen, warfen die Faschisten daher «fast gegen ihren Willen» (Nolte

26 Horthy war als Reichsverweser formal nur der Stellvertreter eines allerdings seit dem Ende des Krieges nicht mehr vorhandenen Königs.

27 Vertiefend zur antisemitischen Politik in Ungarn vgl. den Beitrag von Margit Szöllösi-Janze in: Dipper/Hudemann/Petersen (1998).

28 Frauen erhielten in Ungarn erst 1945 das Wahlrecht.

1966: 208) soziale Fragen wie die nach einer Landreform auf. Diese Kampagnen waren erfolgreich, da es in der Horthy-Ära keine Linke mehr gab, die soziale Themen wirkungsvoll hätte artikulieren können, und alle ungarischen Regierungen der Zwischenkriegszeit nach der Räterepublik mehr oder weniger rechte Regierungen waren.

Bereits in den 1920er Jahren entwickelten sich in Ungarn zahlreiche sehr kleine faschistische oder nazistische Gruppen. Ihr Einfluss war überschaubar, ihr Führungspersonal rekrutierte sich aus den Spitzen der Gesellschaft. So wurde 1932 Graf Alexander Festetics zum Führer der Ungarischen Nationalsozialistischen Partei ernannt, was Ernst Nolte (1966: 209) zu der Bemerkung veranlasste: «So stand schon wenige Jahre nach der Gründung einer der reichsten Großgrundbesitzer Ungarns an der Spitze der dem Vernehmen nach sozialrevolutionären Partei.» In den Jahren der Weltwirtschaftskrise dominierte dann der rechtsextreme Politiker Gyula Gömbös mit seiner Partei der Ungarischen Nationalen Unabhängigkeit (auch als Rassenschutz-Partei bekannt) die politische Szene des Landes. Gömbös war von 1932 bis 1936 Ministerpräsident und suchte erst die Nähe zu Mussolinis Italien und dann die Anlehnung an NS-Deutschland, vor allem in der Hoffnung, die Grenzen verändern und die Gebietsverluste revidieren zu können. Gömbös starb 1936, seine Nachfolger suchten mehr Distanz zu NS-Deutschland. Horthy erlaubte weiterhin diverse rechte Regierungen, wünschte aber keinen offenen Nationalsozialismus, wie ihn Gömbös noch vor seinem Tod für Ungarn angekündigt hatte.

Nicht alle vom Faschismus faszinierten Ungar*innen waren indes einverstanden mit einem rechtsautoritären und halbfeudalen Regime oder Kopien ausländischer Faschismen; einige suchten einen originär «ungarischen Weg». Der Offizier Ferenc Szálasi gründete 1935 die Partei des Nationalen Willens, aus der die Pfeilkreuzler hervorgingen. Die Pfeilkreuzler waren Anfang der 1940er Jahre eine Volkspartei mit rund 250.000 Mitgliedern, was bei etwas über sieben Millionen Einwohner*innen ein erstaunlicher Erfolg ist.²⁹ Danach sank ihr Einfluss. Anfang 1944 sollen es aber immer noch 116.000 Parteimitglieder gewesen sein. Eines der Hauptziele der Pfeilkreuzlerbewegung war die «nationale Wiedergeburt» Ungarns, nicht nur als Großmacht, sondern auch unter Ausschluss der aus rassistischen Motiven abgelehnten Gruppen wie Jüdinnen und Juden sowie Roma und Sinti. Da in Ungarn viele Mitglieder der eher bürgerlichen Schichten wie Kaufleute und vor allem klassische Freiberufler*innen im Gesundheitsbereich oder im Pressewesen Jüdinnen und Juden waren, die vor allem in der Metropole Budapest lebten, äußerte sich der Antisemitismus auch oft in antiurbanen Tendenzen. Aber sie befand sich immer auch in Konkurrenz mit der Regierung.

Es ist möglich, die Konflikte zwischen dem rechtsautoritären Horthy-Regime und faschistischen Gruppen wie den Pfeilkreuzlern auch als Auseinandersetzungen innerhalb der ungarischen Herrschaftsgruppen zu sehen. Die Regierung stand für

29 Wer sich für die Pfeilkreuzler interessiert, wird wenig Literatur in deutscher Sprache finden. Vertiefend zur Stärke und sozialen Basis der Pfeilkreuzler im Standardwerk von Szöllösi-Janze (1989).

das offenere Taktieren innerhalb der europäischen Machtpolitik, etwa in Richtung Italien. Die ungarischen NS-Gruppen waren auf NS-Deutschland fixiert, auch die Pfeilkreuzler kamen 1944 nur durch deutschen Einfluss an die Macht. Unter Horthy wurden die ungarischen Jüdinnen und Juden bereits diskriminiert, so waren bis 1944 diverse an den NS-Vorbildern orientierte antisemitische Gesetze erlassen worden. Aber bis zum deutschen Einmarsch im März 1944 wurden die Menschen nicht den NS-Behörden zur Vernichtung überlassen. Lange Zeit bekamen die Pfeilkreuzler auch kaum Unterstützung aus NS-Deutschland. Für die NSDAP blieb eine rechtsautoritäre, berechenbare Regierung wie das Horthy-Regime bis kurz vor Kriegsende der bevorzugte Partner. Beide Seiten profitierten voneinander: Ungarn gewann ab 1938 Teile der 1918 bis 1920 verlorenen Gebiete zurück, während die NS-Regierung militärische Unterstützung an der Ostfront erhielt, aber kein Interesse an sozialen, «hungaristischen»³⁰ Experimenten zeigte. Horthy trat im Juni 1941 an der Seite NS-Deutschlands in den Zweiten Weltkrieg ein und schickte ungarische Truppen an die Ostfront. Diese erlitten im Januar 1943 massive Niederlagen, die ungarische 2. Armee ging ähnlich unter wie die deutsche 6. Armee in Stalingrad, etwa 100.000 Ungarn starben in wenigen Wochen.

Besonderheiten der ungarischen Entwicklung, Machterlangung und Ende des Faschismus

Angesichts der sich abzeichnenden deutschen Niederlage versuchte das Horthy-Regime, aus dem Bündnis mit dem «Dritten Reich» auszuscheren. Die Wehrmacht besetzte deswegen im März 1944 das Land, anfangs noch, ohne Horthy formell abzusetzen. Die Ermordung der ungarischen Jüdinnen und Juden begann sofort, fast 600.000 Menschen fielen ihr bis Anfang 1945 zum Opfer. Horthy verhandelte weiterhin heimlich mit der Sowjetunion. Nachdem dies bekannt wurde, setzte Hitler ihn ab. Im Oktober 1944 übertrug Hitler den Pfeilkreuzlern unter Ferenc Szálasi die Regierung, die in der Endphase des Krieges entsetzliche Gräueltaten an den noch in Budapest lebenden Jüdinnen und Juden begingen und etwa 50.000 Menschen allein in der Hauptstadt ermordeten.

Das zuletzt errichtete faschistische Regime Europas wurde von der Roten Armee besiegt, im Februar 1945 wurde Budapest befreit. Wolfgang Wippermann zog folgendes Resümee:

«Obwohl Szálasis ebenso blutige wie kurze Herrschaft eher den Charakter eines bloßen Kollaborationsregimes trug, besteht doch kein Zweifel, dass es sich bei den Pfeilkreuzlern um eine eigenständige faschistische Partei mit Massenbasis gehandelt hat, die über einen

30 «Hungarismus» gab der faschistischen Ideologie der Pfeilkreuzler einen Namen. Mit dem Begriff ist die Wiedergeburt der ungarischen Nation unter Ausschluss der nationalen Minderheiten und die Einführung eines «wahren» Nationalsozialismus gemeint. Weiter dazu vgl. Szöllösi-Janze (1989).

bemerkenswert großen Rückhalt gerade in den Kreisen der industriellen und ländlichen Arbeiterschaft verfügte, deren «Machtergreifung» allerdings von dem autoritären v. Horthy-Regime mit allen Mitteln verhindert wurde.» (Wippermann 1983: 96)

Die unmittelbare Nachkriegszeit

1946 wurden Ferenc Szálasi und andere Faschistenführer öffentlich hingerichtet. Unmittelbar nach Kriegsende wurde Ungarn Republik und in den ersten Nachkriegsjahren von der Unabhängigen Partei der Kleinlandwirte, der Landarbeiter und des Bürgertums, zumeist nur Partei der kleinen Landwirte oder Kleinlandwirtpartei genannt, regiert. Diese schon 1930 gegründete Partei wurde in den ersten freien Wahlen nach dem Ende des Krieges mit Abstand stärkste Kraft in Ungarn. Sie war eher rechtskonservativ orientiert und bekam immense Unterstützung von der immer noch unter den Großgrundbesitzern leidenden Landbevölkerung. Unter dem Horthy-Regime gehörte sie zur tolerierten Opposition. Hier wird deutlich, dass die Frage der Landreform, für die sich die Kleinlandwirtpartei einsetzte, in Ungarn entscheidende Bedeutung hatte. Seit dem Ende des real existierenden Sozialismus tritt eine solche Partei erneut als extrem rechts orientierte Splittergruppe in Erscheinung, die mit der neofaschistischen Jobbik zusammenarbeitet.

Die kommunistische Zeit

Wie in anderen osteuropäischen Staaten auch setzte sich in den ersten Jahren nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs die als Partei der ungarischen Werktätigen (MDP) firmierende kommunistische Partei durch. Ungarn wurde ein sozialistischer, autoritär regierter Staat, der sich an die Sowjetunion anlehnte. Die Kleinlandwirtpartei wurde Teil der Volksfrontregierung des sozialistischen Ungarns. Im Jahr 1956 erschütterte ein Aufstand das kommunistische Regime, dessen Unterdrückung durch die Rote Armee eine starke Emigrationswelle auslöste. Nach der Niederschlagung wurden über 350 Ungar*innen hingerichtet, einschließlich des populären Ministerpräsidenten Imre Nagy (von Klimó 2006: 33). Dieses Ereignis wird bis heute von vielen Ungar*innen als Revolution und Freiheitskampf gesehen, was in einer intensiven Erinnerungskultur gewürdigt wird. Die Frage, wie die Ereignisse von 1956 bewertet werden müssen, spaltet die Gesellschaft bis heute, denn gleichzeitig waren in Ungarn viele Politiker*innen noch in der Nachwendezeit tätig, die schon im Sozialismus Karriere gemacht hatten.

In den 1960er Jahren schlug die Parteispitze in Ungarn einen im Ostblock ungewöhnlichen Kurs ein. «Innere Reformen und eine vorsichtige Liberalisierung wurden durch eine pragmatische – am sowjetischen Kurs orientierte – Außenpolitik abgesichert. Innenpolitisch charakterisierte die Idee des Brückenschlags zwischen kommunistischer Führung und Bevölkerung das System, das sich offen vom Stalinismus distanzierte und durch ökonomische Reformen sowie eine Entpolitisierung der Bevölkerung auffiel. Wirtschaftsreformen ab 1968 sorgten für kleinere ökonomische

und bald auch gesellschaftliche Freiheiten und einen vergleichsweise hohen Lebensstandard.» (Göllner 2007) Entsprechend hatten Ungar*innen mehr Möglichkeiten, zu reisen oder private Geschäfte zu tätigen, als andere Ostblockbürger*innen. In der gesamten realsozialistischen Zeit war kein Raum für öffentliche rechtsextreme Äußerungen, aber erste Tendenzen zur Rehabilitierung von «nationalen» Politikern – wie zum Beispiel Béla Miklós, dem ersten Ministerpräsidenten Ungarns nach 1945, der einer der führenden Militärs unter Horthy gewesen war – fielen noch in die realsozialistische Zeit.

Die Wende

Nach den Revolutionen in Mittel- und Osteuropa 1989, bei denen Ungarn nicht zuletzt durch die Erteilung der Durchreisegenehmigung für Geflüchtete aus der DDR in Richtung Bundesrepublik Deutschland eine wichtige Rolle spielte, wurde das Land von Sozialist*innen und Liberalen regiert, deren Spitzenpersonal sich zu Teilen aus der MDP bzw. der Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (MSZMP) rekrutierte, die das Land bis 1989 autoritär regiert hatten. Der Aufstieg der Rechten in Ungarn hat viel mit dieser Nachwendezeit zu tun, denn die Sozialist*innen und Liberalen waren einerseits mit dem kommunistischen Regime verflochten, aber andererseits verantwortlich für die Liberalisierung des Marktes und eine harte Sozialpolitik in Ungarn, die viele Menschen materiell zurückwarf. In einer Rede gab der sozialistische Regierungschef Ferenc Gyurcsány 2008 zu, dass seine Partei die Öffentlichkeit über Ausmaß und Folgen dieser Reformen jahrelang belogen hatte. Dies entfachte einen politischen Aufruhr, der teilweise zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führte. Diese Ereignisse prägen die politische Kultur Ungarns bis heute. Linke Politik wird von vielen Menschen mit der kommunistischen Diktatur, aber auch mit den marktwirtschaftlichen Härten der Nachwendezeit gleichgesetzt.³¹

Neue Tendenzen

Der Wahlsieg von Viktor Orbáns Partei «Fidesz – Ungarischer Bürgerbund» im Jahr 2010 leitete eine neue Ära in Ungarn ein: die des Rechtspopulismus an der Macht. Die Partei war 1988 zunächst als eine sich an die Jugend wendende Gruppierung entstanden und stark im universitären Milieu verankert. Sie regierte Ungarn bereits von 1998 bis 2002 in einer Koalitionsregierung. In dieser Zeit wurde aus der ursprünglich eher liberalen Partei mehr und mehr eine rechtskonservative Partei, die mit der Christlich-Demokratische Volkspartei (KDNP) fusionierte; seitdem ist die offizielle Bezeichnung Fidesz-KDNP. Mit Viktor Orbán als Ministerpräsidenten entwickelte sie sich seit 2010 zu einer rechtspopulistischen Kraft, die für viele Rechtsaußenparteien in Europa zum Vorbild wurde. Die Politik der Fidesz ist geprägt von

31 Vertiefend zur Nachwendepolitik in Ungarn vgl. Reinhold Vetter (2017).

der Ablehnung des Kommunismus sowie des Liberalismus, von Homophobie, Antifeminismus, Rassismus, Gegnerschaft zur Migration, insbesondere der fehlenden Akzeptanz gegenüber muslimischen Geflüchteten, und auch von Antiziganismus und Antisemitismus, obwohl das Land über ein Minderheitenschutzgesetz verfügt. Zudem wird eine nebulöse Rückkehr zu Ungarns angeblich ursprünglicher Größe und die «Wiedergeburt der Nation» proklamiert. Aufgrund von Veränderungen des Wahlrechts ist die Fidesz-KDNP bis heute die stärkste politische Kraft in Ungarn. Die Orbán-Regierung steht dabei jedoch unter Druck, und zwar von ganz rechtsaußen. Die Jobbik-Partei – Bewegung für ein besseres Ungarn wie auch die MIÉP, die Ungarische Wahrheits- und Lebenspartei, sind eindeutig dem neofaschistischen Spektrum zuzuordnen. Zu diesem Spektrum gehören paramilitärische Organisationen wie die Ungarische Garde bzw. – nach deren Verbot – die Neue Ungarische Garde, die durch zahlreiche Angriffe auf Minderheiten wie Roma und Sinti auffielen, wobei 2008 und 2009 sechs Menschen ermordet wurden.

«Im real existierenden Sozialismus war Romafeindlichkeit allgegenwärtig, staatlich wie nicht-staatlich, obwohl sie offiziell als diskreditiert galt. Nach der Wende steigerte sich die antiziganistische Rhetorik, verbreitete sich ganz ohne Tabus und gepaart mit brachialen biologischen Rassismen.» (Koob/Marcks /Marsovszky 2013: 64)

Antisemitismus zeigt sich in Ungarn nicht nur in der Schändung von Holocaust-Denkmalern, sondern auch in der Verteufelung des Milliardärs und Förderers der Zivilgesellschaft George Soros, der aufgrund seiner jüdischen Herkunft zur Zielscheibe rechter Propaganda wurde – so beispielsweise bei der Europawahl 2019, wo er zusammen mit dem damaligen EU-Ratspräsident Jean-Claude Juncker in der Wahlkampagne von Fidesz verunglimpft wurde. Der Einfluss von Jobbik und anderen neofaschistischen Gruppierungen scheint durch den Rechtstrend von Fidesz zurückzugehen. Zum Rechtspopulismus der Regierungspartei passt auch der Umgang mit der Vergangenheit: So richtete die Regierung 2002 eine Gedenkstätte im ehemaligen Pfeilkreuzlerhauptquartier in der Andrásy-Straße in Budapest ein, in der zur jüngeren Geschichte Ungarns wie in vielen osteuropäischen Ländern Totalitarismusthesen im Sinne einer politisch motivierten Gleichsetzung von NS-Terror und stalinistischen Verbrechen vertreten werden. Das funktioniert hier vordergründig, da das Gebäude bis 1951 nach dem Krieg der stalinistischen Geheimpolizei als Gefängnis diente. Der Politikwissenschaftler Bulcsú Hunyadi betont:

«Gleichzeitig mehren sich jedoch Fälle, in denen führende Funktionäre/Funktionärinnen von Fidesz die Horthy-Ära öffentlich loben, Horthy-Statuen einweihen usw. Das Orbán-Regime knüpft an das Horthy-Regime als sein politisches Vorgängerregime an und verwendet auch viele symbolische Elemente dieser Ära.» (Interview Hunyadi 2019)

Zusammenfassend stellt Ungarn hinsichtlich der Geschichte des Faschismus einen Sonderfall in Europa dar. Es war vor dem Zweiten Weltkrieg rechtsautoritär beherrscht, kurz vor Ende des Krieges kam eine faschistische Partei nur durch deutsches Eingreifen an die Macht. Die realsozialistische Phase unterdrückte alle Formen von rechten politischen Bewegungen. Heute ist das Land ein Vorbild für viele Rechtsaußenparteien, bietet Raum für offen neofaschistische Gruppierungen und stellt ein Modell für das Konzept einer «illiberalen Demokratie» (Orbán 2014) dar.

3 DIE LINKE UND DER FASCHISMUS

Der Begriff des Faschismus wurde in der Zeit der Entstehung faschistischer Bewegungen und Parteien von der Linken, insbesondere von den kommunistischen Parteien, als Kampfbegriff genutzt, mit dem die imperialistische und prokapitalistische Ausrichtung ihres politischen Gegners demaskiert werden sollte: Die (Nazi-)Faschist*innen sollten den proletarischen Massen als Steigbügelhalter des ausbeuterischen und kriegerischen Imperialismus offenbart werden. Zugleich diente der Antifaschismus als Leitbegriff für eine gemeinsame, klassenübergreifende und transnationale «Volksfront» gegenüber der faschistischen Gefahr. Der bekannteste Ausdruck internationaler antifaschistischer Solidarität waren die Internationalen Brigaden zur Zeit des Spanischen Bürgerkriegs (Copsey 2017: 29 f.). Doch jenseits von mobilisierenden Aspekten erwachsen in linken Intellektuellenkreisen unterschiedlich gelagerte analytische Erklärungsversuche für das neuartige Phänomen des Faschismus und seine unterschiedlichen nationalen Ausdrucksformen. In diesem Kapitel werden exemplarisch unterschiedliche linke Deutungsversuche vorgestellt, wobei insbesondere das – für linke und materialistische Analyse Kriterien zentrale – Verhältnis von Faschismus und Wirtschaft in den Blick genommen wird.

3.1 Marxistische Faschismusanalyse

Oftmals wird marxistisch grundierten oder beeinflussten Deutungsversuchen des Faschismus der Vorwurf gemacht, einseitig ideologierend zu sein und eine Form von Verschwörungstheorie zu betreiben, die eine angeblich realitätsferne Verknüpfung von faschistischen Herrschafts- mit kapitalistischen Machtinteressen beinhaltet. Als Beleg bzw. prominentestes Beispiel für eine solches Verständnis des Faschismus gilt zumeist der Verweis auf die KPD-Politik sowie die der Kommunistischen Internationale (Komintern) in den 1930er Jahren. Wegweisend diesbezüglich war die Rede von Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der Komintern im Sommer 1935, in

der er den Faschismus als die «offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals» deutete (Dimitroff 1982: 50).³² Diese viel zitierte Beschreibung des Faschismus galt in der bürgerlichen Faschismusforschung fortan als Beleg für ein angeblich rein politisch motiviertes, verkürztes und gar diffamierendes Verständnis des Faschismus als Ausdruck kommunistischer Propaganda. Bei der «orthodox-marxistischen Faschismustheorie, die als der älteste Erklärungsversuch des Nationalsozialismus gelten kann», handele es sich um ein Deutungsmuster, das im Nationalsozialismus «nur eine Spielart der europäischen Faschismen der Zwischenkriegszeit» und einen Agenten «im Dienste kapitalistischer Wirtschaftsinteressen, traditioneller Eliten und Reaktionäre» sehe (Kißener 2005 16).

In der Tat liegt einer solchen «Agententheorie» eine politisch inspirierte Simplifizierung und Verzerrung des Gegenstands zugrunde. Denn weder die Nationalsozialisten noch die anderen faschistischen Bewegungen in Europa lassen sich auf ihre Funktion als «Büttel des Kapitals» reduzieren: Vielmehr waren es gerade die völkisch-nationalistischen Erhebungsversprechen, die der faschistischen Propaganda ihre verhängnisvolle Wirkungsmächtigkeit gaben: «Man glaubte an die Versprechen einer korporativen Klassenversöhnung anstatt an den Kampf zwischen Arbeiterklasse und Kapitalisten.» (Borejsza 1999: 299) Das faschistische Versprechen einer «nationalen Erneuerung» erzeugte eine gewalttätige Dynamik, die in ihren weiteren Entwicklungs- und Extremformen in eine nationalistische, rassistische und antisemitische Verfolgungs- und Vernichtungspraxis mündete und die allein aus einer bloßen kapitalistischen Verwertungslogik heraus nicht erschöpfend erklärbar ist.

Allerdings führte die – oftmals politisch motivierte – Kritik an der Faschismusdeutung der Kommunistischen Internationale auch zu Pauschalurteilen über die gesamte marxistisch orientierte Faschismusanalyse. Die einseitige Fixierung der Kritik an linker kapitalismuskritischer Faschismusdeutung auf die sogenannte Dimitroff-Formel verschüttete den Blick auf die unterschiedlichen und teils im Gegensatz zur Dimitroffschen Deutung stehenden Erklärungsversuche über den Faschismus aus dem linken – und hier besonders aus dem nicht-orthodoxen marxistischen – Spektrum.³³

Schon während der faschistischen Herrschaft in Italien entwickelten kommunistische Gegner*innen Analysen über die Gründe dieses Umbruchs zur Diktatur. Der vom Mussolini-Regime inhaftierte kommunistische Parteiführer (1924–1927) und

32 Ursprünglich wurde diese Deutung auf dem 13. Plenum des Exekutivkomitees der Komintern im Dezember 1933 formuliert, also zu einem Zeitpunkt, an dem Dimitroff laut Auskunft von Werner Röhr selbst inhaftiert war, weshalb ihm die Urheberchaft dieser Deutungsformel möglicherweise zu Unrecht zugeschrieben worden ist (Röhr 2002: 233).

33 Die Literatur hierzu ist so vielfältig, dass sie in unserem vorgegebenen Rahmen nur äußerst selektiv behandelt werden kann. Für Überblicksdarstellungen vgl. Abendroth (1972); Kühnl (1974 u. 1979); Müller/Maruszczyk (2014); Saage (2007); Wippermann (1997a).

Parlamentsabgeordnete der Kommunistischen Partei Italiens Antonio Gramsci analysierte schon früh die Praxis des Faschismus, rechte Politik mit linker Phraseologie zu betreiben: mit der nationalistischen Aufladung linker Begrifflichkeiten «das Konzept der ‹proletarischen Nation› zu schaffen, das heißt zu behaupten, dass ganz Italien ‹proletarisch› sei und dass Marx' Konzept auf den Kampf Italiens gegen die anderen kapitalistischen Staaten angewandt werden müsse, nicht auf den Kampf des italienischen Proletariats gegen den italienischen Kapitalismus» (Kebir 1991: 159). Gramsci deutet das Charakteristische im Faschismus dahingehend, «dass es ihm gelungen ist, eine Massenorganisation des Kleinbürgertums zu bilden» (Gramsci 1924: 113). Dessen historische Besonderheit bestehe darin, «eine adäquate Organisationsform für eine gesellschaftliche Klasse gefunden zu haben, die immer unfähig war, ein einheitliches Gefüge und eine einheitliche Ideologie zu haben: diese Organisationsform ist das Heerlager. Die Miliz ist der Angelpunkt des Partito Nazionale Fascista.» (Ebd.) Gramscis Hoffnungen, der Faschismus werde mangels ausreichender Basis in der Arbeiterklasse «untergehen, weil er keines seiner Versprechen gehalten hat» (ebd.), erfüllte sich bekanntermaßen nicht: Der kommunistische Parteistrateg und theoriegewandte Querdenker erlebte den Sturz des Mussolini-Regimes nicht mehr, er starb an den Folgen seiner Gefängnishaft.

Auch in Deutschland entstanden schon während der NS-Herrschaft bedeutende Faschismusanalysen aus marxistischen Kreisen. So wies der Gründer der Kommunistischen Partei-Opposition (KPD/O) und Theoretiker August Thalheimer schon Ende der 1920er Jahre auf die Parallelen zwischen Bonapartismus und Faschismus hin. Seine später als «Bonapartismustheorie» bekannt gewordene Faschismusanalyse nimmt Bezug auf die von Karl Marx im «Achtzehnten Brumaire des Louis Bonaparte» verfasste Analyse des Regimes Napoleons III. Laut Thalheimer verzichtete die industrielle Bourgeoisie als herrschende Klasse sowohl im bonapartistischen wie später auch im faschistischen Herrschaftssystem auf die unmittelbare politische Machtausübung. Vielmehr stimmte sie einer «Verselbständigung der Exekutivgewalt» zu (Thalheimer 1928: 1), um ökonomisch weiterhin vorherrschend zu bleiben. Weitere Ähnlichkeiten sah Thalheimer in den vorausgegangenen und gescheiterten proletarischen Revolutionsversuchen, die in beiden Systemen offene Diktaturen nach sich gezogen hatten, die er als Ausdruck einer Abwehr bürgerlicher Staatsmacht gegenüber proletarischen Umsturzbestrebungen kennzeichnete. Unterschiedlich hingegen seien die ökonomischen Entwicklungen, die sich vom freien Wettbewerb hin zum Monopol entwickelt und zu einer «Veränderung des allgemeinen Charakters des Kapitalismus» (ebd.: 4) geführt hätten.

Bonapartismustheoretische Bezüge in der Faschismusdeutung wurden auch im sozialdemokratischen Lager jener Zeit aufgegriffen, unter ihnen erlangten Schriften von Otto Bauer und Ernst Fraenkel größere Bekanntheit. Im Unterschied zur sogenannten Agententheorie der Komintern betonte etwa der Austromarxist Otto Bauer, dass der Sieg des Faschismus das Resultat eines «Gleichgewichts der Kräfte oder vielmehr der Schwäche beider Klassen» sei und dass der Faschismus «die Arbeiterklasse im

Dienste der Kapitalisten niederwirft, aber im Solde der Kapitalisten ihnen so über den Kopf wächst, dass sie selbst ihn [den Faschismus] schließlich zu unbeschränkten Herren über das ganze Volk und damit auch über sich selbst machen müssen» (Bauer 1936: o. S.).

Der deutsche jüdische Rechtsanwalt Ernst Fraenkel begann die Niederschrift seiner Auseinandersetzung mit dem NS-Regime noch im «Dritten Reich» und beendete sein Werk Ende 1940 nach seiner Emigration in die USA. Darin kennzeichnet er die NS-Herrschaft als «Doppelherrschaft» von «Normenstaat» und «Maßnahmenstaat». Mit Normenstaat beschreibt Fraenkel die Aufrechterhaltung von Rechtsordnungen und rationalem Verwaltungshandeln zum Funktionieren der wirtschaftlichen (kapitalistischen) Ordnung, der «Maßnahmenstaat» hingegen äußere sich als «Herrschaftssystem der unbeschränkten Willkür und Gewalt, das durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt» sei (Fraenkel 1974: 21).

Aus den marxistisch inspirierten Kreisen in Deutschland waren es vor allem die Intellektuellen aus dem Umfeld der Kritischen Theorie des Frankfurter Instituts für Sozialforschung, die auch aus heutiger Perspektive anregende und vielschichtige Deutungen des Faschismus verfassten. Zur damaligen Zeit jedoch galten ihre Positionen als minoritär und entfalteten geringe Resonanz. In seinem 1936 im Pariser Exil erschienenen, jedoch erst Ende der 1960er Jahre breiter rezipierten Aufsatz «Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit» macht Walter Benjamin auf den zentralen Stellenwert der «politischen Ästhetik» für die faschistische Herrschaftspraxis aufmerksam: Der Faschismus entkleide emanzipatorische Kulturformen durch völkische Umdeutung ihrer ursprünglichen Inhalte. Walter Benjamin zieht daraus den Schluss, dass das NS-Regime sein Heil darin sehe, durch propagandistische Inszenierungen «die Massen zu ihrem Ausdruck (beileibe nicht zu ihrem Recht) kommen zu lassen» (Benjamin 1991: 402 f.).

Besondere Bekanntheit erlangten die Autoritarismusstudien der Kritischen Theorie und das philosophische Hauptwerk Horkheimers und Adornos, die «Dialektik der Aufklärung». In den sozialpsychologischen Studien zur «Autoritären Persönlichkeit» versuchen Adorno und sein Forschungsteam anhand der Entwicklung einer sogenannten Faschismusskala mittels Befragungen, Grundmuster einer für faschistisches Denken anfälligen Persönlichkeitsstruktur zu erfassen (Adorno 1973: 41 ff.). Ziel der Befragungsstudien war es, «potenziellen Faschismus zu diagnostizieren und seine Determinanten zu ergründen». Ursprünglich war bei dieser Untersuchung zum potenziell faschistischen Individuum «der Antisemitismus Angelpunkt aller Reflexionen» (ebd.: 41). Doch die Autor*innen gingen davon aus, «(1) dass der Antisemitismus wahrscheinlich keine spezifische oder isolierte Erscheinung ist, sondern Teil eines breiteren ideologischen Systems, und (2) dass die Empfänglichkeit des Individuums für solche Ideologien in erster Linie von psychologischen Bedürfnissen abhängt» (ebd.: 3). Daraus resultierend steht das «damals entwickelte Konzept des autoritätsgebundenen Charakters» sinnbildlich für die Anfälligkeit für rechtsautoritaristische und

faschistische Politikangebote, die in der Folgezeit Grundlagen für die sozialwissenschaftliche und empirische Forschung gegeben haben, so Ludwig von Friedeburg im Vorwort zur 1973 neu aufgelegten Teilveröffentlichung der Autoritarismusstudien.³⁴

Horkheimer und Adorno haben in der «Dialektik der Aufklärung» unter philosophischen und psychologischen Aspekten nach dem Ursprung der faschistischen Barbarei und – im Unterschied zu vielen anderen Faschismusanalysen jener Zeit – nach den Gründen des antisemitischen Massenwahns der Nationalsozialist*innen gesucht. Im antisemitischen Weltbild erkennen die Autoren das Resultat einer ritualisierten manischen Projektion unverstandener abstrakter Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse auf personalisierte (eingebildete) Mächte, die im «Juden» versinnbildlicht werden: «Die antisemitische Verhaltensweise wird in den Situationen ausgelöst, in denen verblendete, der Subjektivität beraubte Menschen als Subjekte losgelassen werden.» (Horkheimer/Adorno 1988: 180)

Eine erste systematische Auseinandersetzung mit dem NS-Regime, die zum Standardwerk avancierte, verfasste der ebenfalls emigrierte Mitarbeiter des Frankfurter Instituts für Sozialforschung Franz Neumann. Der Jurist und Politologe geht darin auch auf Distanz zu den an die Bonapartismustheorie angelehnten Faschismusdeutungen seines früheren Studienkollegen und Mitstreiters aus einer sozialistischen Studiengruppe Ernst Fraenkel. In seiner im Jahr 1942 in den USA veröffentlichten Studie «Behemoth» kennzeichnet er das neue Herrschaftssystem in Anlehnung an die jüdische Mythologie als Ungeheuer, als Ausdruck eines bürgerkriegsähnlichen «Unstaates» (Neumann 1984: 531). Nach Neumann ist der NS-Staat ein pluralistisches Herrschaftssystem, das durch die fortwährende Konkurrenz und Radikalisierung von vier Machtzentren und Gewaltapparaten aus Partei, Wehrmacht, Bürokratie und Großkapital geprägt ist. Der Autor setzt sich auch mit der Frage faschistischer Aneignungspraktiken auseinander: Um die Wirkungsmächtigkeit faschistischer Propaganda auch auf die Arbeiterschaft zu veranschaulichen, illustriert er in einer Gegenüberstellung, «wie marxistische Formeln von der nationalsozialistischen Politik übernommen und auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten wurden» (s. Tabelle 1).

Hierdurch versucht Neumann die Tragweite völkisch-nationalistischer Umdeutungen der kommunistischen Revolutionsutopien zu verdeutlichen: «Doch der Nationalsozialismus bietet dem Arbeiter alles an, was der Marxismus ihm bietet, und das ohne Klassenkampf. Er bietet ihm eine höhere Form des Lebens, die Volksgemeinschaft, und die Herrschaft der Arbeit über das Geld, ohne ihn zum Kampf gegen seine eigene herrschende Klasse zu zwingen.» (Neumann 1984: 237) Ein vergleichbarer Mechanismus zeigt sich nach Neumann auch in der «Verwendung marxistischer Symbole, etwa der roten Fahne (wenngleich mit dem Hakenkreuz verziert), der Erhebung des 1. Mai zum nationalen Feiertag, der Übernahme vieler Arbeiterlieder, wenn auch mit

34 Ludwig von Friedeburg habilitierte sich 1960 bei Adorno und amtierte von 1975 bis 2001 als geschäftsführender Direktor des Frankfurter Instituts für Sozialforschung.

neuen Texten» (ebd.: 241). Rund 50 Jahre später hat der marxistische Historiker Eric Hobsbawm in ähnlicher Weise die Bedeutung der faschistischen Aneignung sozialrevolutionär aufgeladener Symbole und Begriffe hervorgehoben, die auf diejenigen eine gewaltige Anziehungskraft ausgeübt habe, die sich als «Opfer der Gesellschaft empfanden» (Hobsbawm 1997: 153).

Tabelle 1: Faschistische Aneignungspraktiken

Marxistische Form	Nationalsozialistische Form
Klassenkampf	proletarischer Krieg gegen kapitalistische Staaten
Arbeitswertlehre	Geld als Fetisch der volkswirtschaftlichen Produktivität
klassenlose Gesellschaft	Volksgemeinschaft
das Proletariat als Träger der Wahrheit	die deutsche «Rasse» als proletarische «Rasse» ist die Verkörperung der Sittlichkeit

Quelle: Neumann 1984: 240

3.2 Faschismus und Wirtschaft

Zur Zeit der Blockkonfrontation war die Auseinandersetzung mit dem Zusammenhang zwischen Faschismus und Wirtschaft stark von politischen Auseinandersetzungen bestimmt. In der DDR machte der Wirtschaftswissenschaftler Jürgen Kuczynski die sogenannte Monopolgruppentheorie bekannt (Kuczynski 1965), die weltanschaulich an Lenins Thesen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus in dessen Schrift «Was tun?» angelehnt ist. Kuczynski unterteilt die kapitalistische Entwicklung Deutschlands zwischen 1918 und 1945 in vier Phasen: Eine erste Phase zwischen 1918 und 1923 charakterisiert er als demokratischen bzw. antietatistischen staatsmonopolistischen Kapitalismus; eine zweite Phase zwischen 1924 und 1932 als Zeit der Krisenbekämpfung; eine dritte Phase zwischen 1933 und 1939 zeichne sich ihm zufolge durch staatsinterventionistische Arbeitsmarktregelungen und Kriegswirtschaft aus; sowie eine vierte Phase von 1939 bis 1945, die von einer intensiven Verflechtung von Staat und Monopolen sowie Raubwirtschaft durch Kriegshandlungen gekennzeichnet sei. Kuczynski beschreibt innerhalb dieser Phasen den Wandel des Einflusses der Wirtschaftsmonopolgruppen der Chemie- und Elektroindustrie hin zur Gruppe der Kohle-, Eisen- und Stahlmonopole. Demnach wirkte der nationalsozialistische Staat in Form von Lohnsenkungen und Notverordnungen als eine Art «Arbeitsdirektor» (ebd.: 119) der Kohle-, Eisen- und Stahlmonopole.

In der etablierten westdeutschen Historikerkunft galt zu jener Zeit die These vom konstitutiven Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Faschismus als Ausdruck bloßer kommunistischer Agitation – schon allein die Verwendung des Faschismusbegriffs stand unter Generalverdacht.

Nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems und des Staatenblocks des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) hat sich laut Wolfgang Schieder das althergebrachte Lagerdenken auch in Bezug auf die Faschismusforschung aufgelöst: «Man kann geradezu von einer Historisierung des Faschismusproblems sprechen.» (Schieder 2005: 162) Seiner Einschätzung nach wird mittlerweile mit großer Selbstverständlichkeit «über die kulturellen, die wirtschaftlichen und die sozialpolitischen Gemeinsamkeiten von Faschismus und Nationalsozialismus geforscht» (ebd.). Inzwischen ist die Unterstützung faschistischer Politik durch Wirtschaftskreise allgemein bekannt. Kontroversen bestehen hingegen in Bezug auf den Grad dieses Zusammenwirkens und dessen Charakterisierung.

Zur Frage der Unterstützung des Faschismus durch wirtschaftliche Eliten muss Lutz Klinkhammer zufolge ein Blick auf dessen Ursprünge geworfen werden:

«Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich Italien in der Demobilmachungskrise und gleichzeitig explodierte die Agrarfrage, da die dezimierten Fronttruppen eine Kompensation für die enormen Opfer im Krieg erwarteten. Der städtische Ursprungsfaschismus, der als post-interventionistischer Kampfbund von Weltkriegsveteranen, futuristischen Intellektuellen und radikalen Gewerkschaftlern ins Leben gerufen wurde, entwickelte seinen durchschlagenden Erfolg erst, als er sich mit dem äußerst gewalttätigen Agrarfaschismus verband, der vor allem in Norditalien verbreitet war. Er wurde von Grundbesitzern und Industriellen unterstützt, welche sich angesichts von Streiks, Fabrik- und Landbesetzungen in den beiden «roten Jahren» extrem gefährdet fühlten. Der paramilitärische Arm des Agrarfaschismus waren die «squadre d'azione», höchst gewalttätige freikorpsähnliche Stoßtrupps, die in schwarzen Hemden auftraten und die – getrieben von der Obsession eines kommunistischen Feinds im eigenen Land – terroristische Gewalttaten gegen die politisch organisierte Linke verübten und die sozialistischen sowie die katholischen Gewerkschaften weitgehend ausschalteten.» (Interview Klinkhammer 2019)

In der Phase der Machtübernahme entwickelte sich der Faschismus nach Ansicht des kommunistischen Zeitgenossen Ignazio Silone zu einem «korporativen System» – zu einem «neuen Staatstypus», der «aufgebaut ist auf den Wirtschaftsbeziehungen des Staatskapitalismus. Die Wirtschaft verschmilzt mit der Politik. Die Lüge der formellen Demokratie wird ersetzt durch die Lüge der korporativen Wirtschaft.» (Silone 1984: 229)³⁵

Mittlerweile ist in der historischen Forschung weitestgehend anerkannt, dass das Unternehmerlager auf breiter Ebene «durch die Ablehnung der parlamentarischen Demokratie und die Hinneigung zu einem autoritären System die Auflösung

35 Silones 1934 fertiggestelltes Werk «Der Faschismus. Seine Entstehung und seine Entwicklung» gilt als die erste umfassende Auseinandersetzung eines (aus der KPI ausgeschlossenen) kommunistischen Aktivisten mit dem Aufstieg und der Machtübernahme des Faschismus in Italien.

der Weimarer Republik vorangetrieben und der Diktatur vorgearbeitet» hat (Kolb 2000: 231). Roger Eatwell (2003: 118) weist darauf hin, dass «die Nationalsozialisten nach 1933 ein relativ klares wirtschaftliches Programm verfolgten, das auf einer staatlich-privaten Marktsymbiose mit dem Ziel einer stabilen Steigerung der Produktion basierte». Lutz Raphael betont in diesem Zusammenhang den Tatbestand, dass das NS-Regime wesentlich wirkungsvoller als der italienische Faschismus seine eigenen imperialen Traditionen bündelte, da «das imperialistische Erbe aus Kaiserzeit und Erstem Weltkrieg» tiefer in der deutschen Gesellschaft verankert war (Raphael 2011: 213). Dies schuf die Voraussetzung «für die nationalsozialistische Inszenierung der Volksgemeinschaft, bei der es auch immer um die Wiederherstellung von Großmachtstatus und Weltgeltung ging. Diese Dimension sicherte dem Regime die Unterstützung der Eliten, vom preußischen Adel bis zu den rheinisch-westfälischen Unternehmern, den nationalkonservativen oder nationalliberalen Hochschullehrern und der Ministerialbürokratie.» (Ebd.)

Eric Hobsbawm gibt diesbezüglich einschränkend zu bedenken, dass der Faschismus «kein stärkerer Ausdruck der Interessen des Monopolkapitals als der amerikanische New Deal, die britischen Labour-Regierungen oder die Weimarer Republik» gewesen sei; allerdings habe der Faschismus «bedeutende Vorteile» für das Großunternehmertum gehabt (Hobsbawm 1997: 168).

Werner Röhr betont, dass die Großkonzerne in der nazistischen Vierjahrespolitik zur Kriegsvorbereitung entscheidenden Einfluss gehabt haben. Er charakterisiert den sogenannten Vierjahresplan der NS-Regierung als «das Werk führender Monopolvertreter, voran die IG-Farben, und diese nahmen auch die entscheidenden Positionen ein und favorisierten ihre eigene Konzernstrategie. Die Reichsgruppe Industrie baute seit 1934 wirksame staatsmonopolistische Organisationen für den Krieg aus. Im «kleinen Kreis» schufen sich die Montankonzerne von der Ruhr ein einflussreiches Instrument. In der Wehrwirtschaftsorganisation des OKW [Oberkommando der Wehrmacht] firmierten die zivilen Industriellen als «Wehrwirtschaftsführer», mit deren Hilfe das Reichswirtschaftsministerium zugleich die Mobilmachung vorbereitete.» (Röhr 2001: 26)

Eine umfassende Auseinandersetzung mit der Wirtschaftspolitik der NSDAP – hauptsächlich mit deren Kriegswirtschaft – und der Rolle der Industrie darin hat Adam Tooze vorgelegt. Entgegen der Thesen von einer «Gefälligkeitsdiktatur»³⁶ weist er nach, dass die nazistische Kriegsökonomie zu massiven wirtschaftlichen Einschränkungen in der breiten deutschen Bevölkerung geführt hat. Tooze belegt an zahlreichen Beispielen «die Bereitschaft des deutschen Großunternehmertums, Hitler bei der Aufstellung seines diktatorischen Regimes beizustehen» (Tooze 2007: 129). Toozes Einschätzung nach waren «Krupp und Konsorten» willige «Partner bei der

36 Diese These wurde von Götz Aly vertreten und öffentlich breit und kontrovers diskutiert (vgl. Aly 2005).

Vernichtung des politischen Pluralismus in Deutschland» (ebd.). Bestätigt wird eine solche Interpretation von dem Marxisten Alfred Sohn-Rethel, der beruflich in den frühen Jahren der NS-Zeit selbst als eine Art politisches «U-Boot» im Mitteleuropäischen Wirtschaftstag e.V., einem industriellen Lobbyverein, tätig war. Laut Sohn-Rethel (1973: 111) lasse sich eine «politische Gefangenschaft der Bourgeoisie in ihrer faschistischen Diktatur» deutlich feststellen.

Der Historiker Karl Heinz Roth fordert zusammenfassend zu Recht, in den Blick zu nehmen, dass der Faschismus sich «in allen seinen Varianten als Hüter und Bewahrer des kapitalistischen Eigentums» verstand: Aus diesem Blickwinkel heraus stellt er eine «spezifische Entwicklungsvariante des kapitalistischen Weltsystems» dar, unter der «neue staatsinterventionistische und ordnungspolitische Konzepte zur ökonomischen Konsolidierung der ›nationalen Wiedergeburt‹ [...] mit mittelfristigen Rüstungsprojekten und langfristigen sozialökonomischen Programmen zur Sicherung und Stabilisierung der neo-imperialistischen Machtstellung Hand in Hand gingen.» (Roth 2004: 42 f.)

4 VERGLEICHENDE DEUTUNGEN UND KONTROVERSEN

Seit es den Faschismus als Eigenbezeichnung gibt, haben sich Kontroversen über dessen inhaltlichen Gehalt entfaltet.³⁷ Im Folgenden wollen wir zuerst komprimiert Ansätze vergleichender Faschismusforschung vorstellen und deren Bedeutung für das Verständnis dieses Phänomens erörtern. In einem zweiten Schritt stellen wir am Beispiel der Auseinandersetzung um die Vergleichbarkeit von italienischem Faschismus mit dem deutschen Nationalsozialismus kontroverse Standpunkte zur vergleichenden Faschismusforschung vor.

4.1 Vergleichende Merkmale des Faschismus

Trotz der Fülle unterschiedlicher Definitionen des Faschismus lassen sich aus der Erforschung der autoritären Regime in der Zeit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts in Europa vergleichbare Kernmerkmale herausstellen. Im Zentrum faschistischen Strebens stand die «Schaffung einer neuen Elite», um «eine holistische [ganzheitliche] Nation und einen neuen Staat des dritten Weges» zu errichten (Eatwell 2003: 98).

Auf breite Resonanz wie zugleich auf Widerspruch ist der Versuch von Roger Griffin gestoßen, ein «faschistisches Minimum»³⁸ in Form einer idealtypischen Definition

37 Pointiert zusammengefasst und gut lesbar sind grundlegende Kontroversen aus Deutschland über den Faschismus bzw. den NS-Staat bei Kershaw (1994). Auseinandersetzungen um kontroverse Standpunkte der vergleichenden Faschismusforschung lassen sich nachverfolgen in Veröffentlichungen der Zeitschrift *Erwägen – Wissen – Ethik, vormals Ethik und Sozialwissenschaften* (Erwägen – Wissen – Ethik 3/2004; Loh/Wippermann 2002). Den Stand der marxistischen Ideologiekritik aus dem Umfeld der Zeitschrift *Das Argument* liefert Weber (2007). Einen lesenswerten inhaltlichen Überblick über den aktuellen Forschungsstand geben Schlemmer/Woller (2014a). Einen guten Einstieg bieten Wiegel/Speckmann (2012). Zusammenfassende Literaturübersichten finden sich bei Reichardt (2007) und Esposito (2016).

38 Schon 1979 versuchte Ernst Nolte, ein «faschistisches Minimum» zu definieren, indem er Faschismus mit den Merkmalen Antimarxismus, Antiliberalismus, Antikonservatismus, Führerprinzip, Parteienarmee und Totalitätsanspruch kennzeichnete (Nolte 1979: 315 [Fußnote 127]).

zu bestimmen: Laut Griffin sei Faschismus als Ausdruck von «palingenetischem Ultrationalismus»³⁹ zu verstehen, der von der Wahrnehmung kultureller Dekadenz und nationalem Niedergang gekennzeichnet sei (Griffin 2011).⁴⁰ Der Vorteil einer solchen Minimaldefinition ist, dass – ausgehend von einem zentralen Kernmerkmal – damit deutlicher Vergleichbarkeiten unterschiedlicher historischer und aktueller, länderspezifischer Entwicklungen sichtbar gemacht werden können.

Bei tiefer gehender Betrachtung offenbart sich jedoch, dass in der vergleichenden Faschismusforschung kein Konsens in der Zuordnung einzelner länderspezifischer Bewegungen vorherrscht. Zeev Sternhell, von dem Griffin viel an ideologischen Deutungen übernommen hat, geht sogar so weit, den Nationalsozialismus als ein von anderen faschistischen Systemen zu unterscheidendes System zu verstehen.⁴¹

Das Problem ideologie- und kulturzentrierter Deutungsmuster des Faschismus, wie sie unter anderem auch von Sternhell vertreten werden, liegt in der widersprüchlichen Theorieproduktion faschistischer Denker. Im Unterschied zum Konservatismus, Liberalismus und Sozialismus fehlen dem Faschismus allgemeingültige, theoretisch ausgereifte, weltanschauliche Rahmungen. Zentrale Quellentexte faschistischer Führer wie Hitlers «Mein Kampf» und Mussolinis zweiteilige Programmschrift «Der Geist des Faschismus» zeugen eher von heroischem Pathos und aggressiver Rhetorik als von einer analytisch hergeleiteten und in sich konsistenten Weltanschauungstheorie. Gegen eine solche ideologisch fixierte Deutung wendet sich unter anderem Sven Reichardt. Er untersucht in seinem fulminanten Standardwerk vergleichend die politische Praxis italienischer Faschisten und deutscher NS-Kampfverbände und kommt zu der Einschätzung, dass der «praxeologischen» Ausrichtung in der Forschung viel mehr Bedeutung zugemessen werden müsse, um die Dynamik und Anziehungsfähigkeit des Faschismus erfassen zu können (Reichardt 2009). In Anlehnung an Pierre Bourdieu versteht Reichardt unter Praxeologie eine «Theorie sozialer Praktiken», welche die «körperlichen Verhaltensroutinen, kollektiven Sinnmuster und subjektiven Sinnzuschreibungen der historischen Akteure und die Verankerung ihrer Symbole zum zentralen Gegenstand ihrer Analyse und Theoriebildung macht» (Reichardt 2004: 129). Aus einer solchen Deutungssicht heraus geht es darum, «den Faschismus anhand der Wechselwirkungen und der gegenseitigen Verflochtenheit von (erstens) politischen

39 Palingenese (griechisch: Neugeburt) ist bei Griffin als mythisches Streben nach «Nationaler Wiedergeburt» zu verstehen. Roger Eatwell verweist darauf, dass der Begriff Palingenesis in diesem Kontext scheinbar erstmals von Emilio Gentile (1975) genutzt worden sei (vgl. Eatwell 2003: 95).

40 Eine zusammenfassende Erläuterung seiner Minimaldefinition bringt Griffin in einem Interview zum Ausdruck, das wir im Rahmen der vorliegenden Studie mit ihm geführt haben und das im Anhang in voller Länge zu finden ist.

41 Sternhell hat seine grundsätzliche Differenzierung zwischen dem NS-Regime und dem italienischen Faschismus dahingehend eingeschränkt, dass er Faschismus und Nazismus als «zwei verwandte, jedoch gleichzeitig sehr verschiedene Phänomene» (Sternhell 2011: 31) bezeichnet hat. Beide wiederum seien «ein Ergebnis (unter vielen möglichen) der Revolte gegen die Demokratie, gegen Gesellschaft und Nation als Aggregat von Individuen» (ebd.).

Einstellungen, (zweitens) lebensweltlicher Erfahrung und (drittens) gruppenspezifischen Symbol- und Regelsystemen zu analysieren» (ebd.: 148).

Hilfreich ist daher die Forderung von Robert O. Paxton, den Faschismus mehr an dessen Taten als an dessen Worten zu messen (Paxton 2004: 21). Faschismus kann demnach definiert werden als

«eine Form politischen Verhaltens, das gekennzeichnet ist durch eine obsessive Beschäftigung mit Niedergang, Demütigung oder Opferrolle einer Gemeinschaft und durch kompensatorische Kulte der Einheit, Stärke und Reinheit, wobei eine massenbasierte Partei von entschlossenen nationalistischen Aktivisten in unbequemer, aber effektiver Zusammenarbeit mit traditionellen Eliten demokratische Freiheiten aufgibt und mittels einer als erlösend verklärten Gewalt und ohne ethische oder gesetzliche Beschränkungen Ziele der inneren Säuberung und äußerlichen Expansion verfolgt» (Paxton 2004: 319).

Nach Paxton lassen sich die faschistischen Ideen treffend als «mobilisierende Leidenschaften» deuten, die folgende Merkmale aufweisen:

- «ein überwältigendes Krisengefühl jenseits aller traditionellen Handlungsoptionen;
- der Glaube an die Vormachtstellung einer Gruppe, gegenüber der man Pflichten hat, die über jedem Recht stehen, sei es individuell oder universell, und die die Unterordnung des Individuums fordert;
- der Glaube, die eigene Gruppe sei ein Opfer, ein Gefühl, das jede Handlung gegen einen inneren oder äußeren Gegner rechtfertigt, ohne gesetzliche und moralische Grenzen;
- Angst vor dem Niedergang der Gruppe durch die «zersetzenden» Effekte von individualistischem Liberalismus, Klassenkonflikten und Einfluss aus dem Ausland;
- das Bedürfnis einer engeren Integration einer «reineren» Gemeinschaft, wenn möglich durch Konsens, wenn nötig durch ausschließende Gewalt;
- das Bedürfnis nach Autorität durch geborene (immer männliche) Führungspersönlichkeiten, kulminierend in einem nationalen «Führer», der als Einziger fähig ist, das Schicksal der Gruppe zu verkörpern;
- die Überlegenheit der Instinkte des Führers über abstrakte und universelle Vernunft;
- die Ästhetik der Gewalt und der Kraft des Willens, wenn diese dem Erfolg der Gruppe gewidmet werden;
- das Recht der Auserwählten, andere ohne die Schranken irgendeines menschlichen oder göttlichen Gesetzes zu beherrschen, ein Recht, das einzig nach dem Kriterium der Tapferkeit der Gruppe in einem darwinistischen Kampf zugemessen wird» (Paxton 2004: 320).

Karl Heinz Roth schlägt vor, bei jeder vergleichenden Untersuchung des Faschismus zwischen drei Reflexionsebenen zu unterscheiden: «Erstens zwischen der faschistischen Ideologie als gouvernementalem Gebrauch von Massenerfahrungen, Mentalitätä-

ten und Massenvorurteilen; zweitens zwischen der kontextabhängigen faschistischen Programmatik, aber auch programmatischen Entscheidungsvarianten; und drittens zwischen der zur Realität gewordenen politischen Sozialgeschichte, die wir anhand der Quellen rekonstruieren.» (Roth 2004: 32 f.)

Hilfreich zur vergleichenden Verortung spezifischer Erscheinungsformen im extrem rechten Spektrum kann die Unterscheidung zwischen drei möglichen Formen eines autoritären Nationalismus sein, die Stanley Payne vornimmt (also «Faschisten, radikale Rechte und konservative Rechte»; s. Tabelle 4). Im Unterschied zur originär faschistischen Rechten tendiere die autoritäre radikale Rechte laut Payne eher zu unterschiedlichen Formen von Militärdiktatur, ohne zugleich eine Massenmobilisierung für eine Reinkarnation der Nation zu entwickeln, wie es Merkmal faschistischer Erhebungsversprechen sei. Die konservative autoritäre Rechte hingegen «zog es vor, bei der Bildung neuer Eliten, wie in der Diktatur, neuartige Formen zu vermeiden, während die radikale Rechte in beiden Punkten bereit war, weiter zu gehen, aber nicht so weit wie die Faschisten» (Payne 2001: 30).

Paynes Eintreten für eine «epignostische Theorie des Faschismus»⁴² beinhaltet eine Auflistung von 20 kulturellen, politischen, sozialen, ökonomischen und internationalen Faktoren als Voraussetzungen für eine Machtübernahme einer faschistischen Bewegung (s. Tabelle 2).

Zusammenfassend lassen sich hieraus folgende Bedingungen für ein erfolgreiches Wachstum einer faschistischen Bewegung ableiten:

- kulturelle Orientierungsverluste infolge einer Kulturkrise;
- ein schon vor dem Ersten Weltkrieg ausgeprägter, organisierter Nationalismus;
- eine politische Situation, die als Niederlage, Statusverlust oder Mangel wahrgenommen wurde;
- eine vergleichsweise junge Entwicklung von Formen liberaler Demokratie;
- eine Situation zunehmender politischer Zersplitterung;
- eine politische Repräsentationskrise;
- eine wirtschaftliche Krise, die auf einen inneren oder äußeren Feind als Verursacher geschoben werden kann (vgl. Payne 2001: 603).

42 Unter Epignose ist im Unterschied zur zukunftsweisenden Prognose die Vorhersage vergangener, noch nicht aufgefundener Tatsachen zu verstehen.

Tabelle 2: Faktoren faschistischer Machtübernahme

<p>Kulturelle Faktoren</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Verhältnismäßig starker Einfluss der Kulturkrise des Fin de Siècle 2. Bereits existierende verhältnismäßig starke Strömungen des Nationalismus 3. Vermeintliche Krise im Bereich der kulturellen Werte 4. Starker Einfluss einer Säkularisierung (oder Herausforderung durch sie)
<p>Politische Faktoren</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ein verhältnismäßig junger Staat, der nicht älter war als drei Generationen 2. Ein politisches System, das sich zeitweilig einer liberalen Demokratie annäherte, aber nicht länger als eine Generation bestand 3. Ein zersplittertes oder erheblich polarisiertes Parteiensystem 4. Bedeutsame frühere politische Äußerungen von Nationalismus 5. Der Eindruck einer entweder im Innern oder von außen drohenden Gefahr vonseiten der Linken 6. Effektive Führung 7. Bedeutende Verbündete 8. Um siegen zu können, eine Regierungsform, die zum Zeitpunkt der direkten Machtübernahme zumindest halbdemokratisch war
<p>Soziale Faktoren</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine Situation, die durch ausgeprägte soziale Spannungen oder Konflikte gekennzeichnet war 2. Ein großes Kontingent von Arbeitern beziehungsweise Bauern, die entweder nicht repräsentiert oder unterrepräsentiert waren oder aber außerhalb des Hauptsystems der Parteien standen 3. Erhebliche Unzufriedenheit in den Mittelklassen über das existierende Parteiensystem entweder infolge von Unterrepräsentierung oder wegen größerer Verschiebungen bei Parteien oder Wählern 4. Existenz einer jüdischen Minderheit
<p>Ökonomische Faktoren</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eine wirtschaftliche Krise entweder infolge von Erschütterungen oder von Unterentwicklung, die durch Krieg, Niederlage oder «ausländische» Herrschaft verursacht war oder sich nominell auf diese Faktoren zurückführen ließ 2. Eine Entwicklung von Politik und Wirtschaft, die weit genug gediehen war, um das Militär zu neutralisieren
<p>Internationale Faktoren</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Ein ernstes Problem hinsichtlich Statusverlust, erhebliche Statusaspirationen bzw. Unterentwicklung 2. Existenz eines faschistischen Rollenmodells

Quelle: Payne 2001: 595

4.2 Faschismus versus Nationalsozialismus?

Für eine grundlegende Unterscheidung zwischen italienischem Faschismus und deutschem Nationalsozialismus werden in der wissenschaftlichen Debatte – neben politisch motivierten Deutungen – zumeist zwei Argumente aufgeführt: die im Vergleich zum Mussolini-Regime viel stärker und verhängnisvoller ausgeprägte kriegsimperialistische und rassistische Dimension der NS-Politik und der Vernichtungsantisemitis-

mus des NS-Regimes. Dessen Vernichtungswille mache jede Form von Vergleichbarkeit mit dem italienischen und anderen Faschismen unmöglich.

In der Tat ist der systematisch betriebene Massenmord an den Jüdinnen und Juden Europas durch NS-Deutschland einzigartig, sowohl in seiner systematischen Durchführung als auch in seinem Ausmaß. Während der Antisemitismus in der Frühzeit des italienischen Faschismus keine herausragende Bedeutung gehabt hat, stand er von Beginn an im Zentrum nationalsozialistischer Propaganda. Im Zuge zunehmender Radikalisierung des NS-Regimes nach innen und außen entfaltete die antisemitische Logik des Terrors mehr und mehr genozidale Züge. Der Holocaustforscher Raul Hilberg (1990: 60) spricht hierbei von einer «Verschmelzung» der konkurrierenden Machtgruppen des NS-Systems «zu einer Vernichtungsmaschinerie». Diese Vernichtungsmaschinerie ist laut Hilberg als Produkt vierer, aufeinander aufbauender Stufen zu begreifen: 1. Definition der Opfer, 2. ihre politische, (bürger-)rechtliche und wirtschaftliche Enteignung, 3. ihre Konzentration und schlussendlich 4. ihre Vernichtung.

Shulamit Volkow verweist darauf, dass sich in Deutschland schon «seit etwa 1892/1893 alle Gruppen und Verbände, die militanten Nationalismus, Expansion des Reiches, Rassismus, Antisozialismus, Militarismus und die Unterstützung einer starken Regierung predigten», mehr oder weniger klar «zum Antisemitismus bekannten» (Volkow 2009: 22). Der Antisemitismus wurde demnach zu einem «kulturellen Code» zur Unterscheidung zwischen dem Schutz des «Eigenen» und dem Hass auf das «Fremde» geformt.

In diesem Zusammenhang muss betont werden, dass Antisemitismus nicht als bloße Ausdrucksform von Rassismus zu verstehen ist, denn er hat unterschiedliche Ausprägungen durchlaufen – vom frühen religiös geprägten Antijudaismus bis zum rassistisch-nationalistisch geprägten modernen Antisemitismus. Der Begriff des Antisemitismus ist insofern irreführend, als dass dessen Inhalt – der Juden Hass – wesentlich älter ist als die sich Ende des 19. Jahrhunderts etablierende Wortschöpfung. In seiner «modernen» Variante stellt der Antisemitismus laut Steven Beller (2009: 9) eine «selbst ernannte politische Ideologie und Bewegung» dar, wie sie in Deutschland 1879 in der von Wilhelm Marr gegründeten «Antisemiten-Liga» zum Ausdruck kam. Der moderne Antisemitismus darf laut Moïse Postone (1995: 30 f.) auch nicht «mit dem täglichen antijüdischen Vorurteil verwechselt werden» – er muss als «Ideologie, als eine Denkform, die in Europa im späten 19. Jahrhundert auftrat», verstanden werden. Charakteristisch hierfür ist nicht nur sein säkularer Inhalt, sondern «auch sein systemischer Charakter: Er beansprucht, die Welt zu erklären.» (Ebd.) Mit Bezug auf die Marx'sche Waren- und Wertformanalyse und den Begriff des Fetischs weist Postone auf die Bedeutung antisemitischer Zuschreibungen für den rechten «Antikapitalismus» hin: Ein solcher verkürzter Antikapitalismus nimmt den Kapitalismus nur selektiv in Form seiner abstrakten Erscheinungsform wahr (z. B. «Geld ist die Wurzel allen Übels»), dem «die bestehende, konkrete Seite dann als das «natürliche»

oder ontologische Menschliche, das vermeintlich außerhalb der Besonderheit kapitalistischer Gesellschaft stehe, positiv entgegengestellt» wird (ebd.: 35 f.). Deshalb wurden die Jüdinnen und Juden «nicht nur mit dem Geld, das heißt der Zirkulationssphäre, sondern mit dem Kapitalismus überhaupt gleichgesetzt» (ebd.). Vereinfacht ausgedrückt: In der antisemitischen Personifizierung unverstandener abstrakter kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse drückt sich hiernach der rechte «Antikapitalismus» im modernen Antisemitismus aus. Die Sicht auf Jüdinnen und Juden als «wurzellos, international und abstrakt» und als Personifizierung der unverstandenen Ausbeutungsmechanismen im Kapitalismus bedinge, dass dessen Überwindung «mit der Überwindung der Juden» gleichgesetzt wurde (ebd.: 38 f.).

Der italienische Faschismus hingegen wies in seiner Anfangsphase keinen besonders hervorstechenden Antisemitismus auf. Es war für Juden sogar möglich, in die faschistische Partei einzutreten. Aber diese Stimmung änderte sich im Lauf der 1930er Jahre, verschiedene antisemitische Gesetze folgten ab 1938: Die rassistische Propaganda, dass Italiener einer höheren «Rasse» angehören würden, wurde Staatsdoktrin:

«Mussolini war wie besessen von dem Gedanken, seinem Volk ein neues Format zu geben. Er wollte ihm die alte bürgerliche und bäuerliche Gesittung austreiben und ihm eine neue Moral, ein klares Bewusstsein der eigenen überlegenen Rasse einimpfen.» (Woller 2016: 153)

Raul Hilberg (1990: 702) deutet die antijüdischen Maßnahmen im späteren faschistischen Italien mit den knappen Worten: «Die antijüdischen Maßnahmen im italienischen Herrschaftsbereich wurden ohne deutsche Beteiligung ergriffen.»

Eine rassistische Politik und Verfolgungspraxis zeigte sich in nahezu allen faschistischen Bewegungen (Schlemmer/Wolter 2014a: 11 f.). Die Verheerungen des Zweiten Weltkriegs lassen sich nicht zuletzt auch als Folgeerscheinungen eines nazistischen «Lebensraumkrieges» erklären, der seine Verbrechen mit einer rassistischen Herrenmenschenideologie rechtfertigte (Traverso 2003: 71). Die unterschiedlich gelagerte Vernichtungsdimension beider imperialistischer Diktaturen hat in der Faschismusforschung die Unterscheidung zwischen einem (italienischen) «Normalfaschismus» und einem deutschen «Radikalfaschismus» zur Folge gehabt.⁴³ Doch auch das Mussolini-

43 In der vergleichenden Faschismusforschung ist eine solche Unterscheidung vielfältig unternommen worden, teilweise versehen mit weiteren Kriterien und Spezifika zur Ausdifferenzierung. Der Historiker Ernst Nolte (1963) mit seiner Ausdifferenzierung von unterschiedlichen faschistischen Erscheinungsformen in einen «Frühfaschismus» (für die französische *Action française*), einen «Normalfaschismus» (für das Mussolini-Regime) und einen «Radikalfaschismus» für den NS-Staat als unterschiedliche Ausdrucksformen faschistischer Bewegungen wird in der Literatur oftmals als ursprünglicher Stichwortgeber dieser Unterscheidungen aufgeführt. Zwar gilt Nolte durch seine Deutungen des Faschismus als Reaktion auf den Bolschewismus zu Recht als revisionistischer Historiker, der von der heutigen Rechten zur Relativierung des Faschismus herangezogen wird. Seine quellengesättigte Frühschrift ist dennoch in der vergleichenden Faschismusforschung vielfach Orientierungs- und Ausgangspunkt für weitere Forschungen gewesen.

Regime hatte im Rahmen seiner Möglichkeiten – die eben nicht denen des Deutschen Reichs entsprachen – eine äußerst aggressive Außenpolitik betrieben. Beispielsweise schickte Mussolini im Vergleich zu den Deutschen ein Vielfaches an Soldaten in den Kampf gegen die gewählte republikanische Regierung in den Spanischen Bürgerkrieg. Zudem offenbarte der Krieg gegen Abessinien einerseits erneut die mangelnde Effizienz der italienischen Streitkräfte, andererseits aber auch die Brutalität des Faschismus. Erst durch den massiven Einsatz von Giftgas und extrem gewaltsamen Befriedungsaktionen konnte der Widerstand der Äthiopier*innen gebrochen werden, Hunderttausende Afrikaner*innen überlebten die italienische Aggression nicht. Entsprechend kommt der italienische Historiker und Faschismusexperte Brunello Mantelli (2004: 109) mit Blick auf den Abessinienkrieg zu dem Ergebnis, dass «Mussolini und seine Generäle Äthiopien mit Methoden ‚befriedeten‘, die denen, die später Adolf Hitler anwandte, in nichts nachstanden». Die neuere Forschung verweist auf den Tatbestand, dass auch im italienischen Faschismus ein ausgeprägter Rassismus eine Symbiose einging mit einem imperialistischen Gebaren, das in einer «genozidalen Kriegsführung» in Ostafrika zum Ausdruck kam:

«In globaler Perspektive bildet der Abessinienkrieg die ‚Brücke‘ zwischen den Kolonialkriegen des imperialistischen Zeitalters» und der Nazi-Kriegspolitik (Mattioli 2006: 24 f.). «Was Mussolinis Legionäre in Ostafrika erprobten, setzten Hitlers Weltanschauungssoldaten im Osten Europas ein paar Jahre später mit radikalierter ideologischer Energie, effizienterer Organisation und mit technologisch noch einmal potenzierten Gewaltmitteln im großen Stile fort.» (Ebd.)

Die Kolonialkriege haben «ein Laboratorium» für den Faschismus dargestellt (Traverso 2003: 96 ff.). Beim türkischen Massenmord an den Armenier*innen zur Zeit des Niedergangs des Osmanischen Reichs handelte es sich «um den ersten Völkermord im Namen des modernen Nationalismus und den Gründungsakt eines Nationalstaates westlicher Prägung, der nun an die Stelle eines alten multinationalen Imperiums trat» (Traverso 2008: 139). Der Erste Weltkrieg und die ihm folgenden lokalen Bürgerkriege stellten laut Traverso nicht bloß einen Konflikt zwischen Nationen dar, sondern sind zudem als Ausdruck eines Widerspruchs «zwischen Revolution und Konterrevolution» zu begreifen (ebd.: 64 f.).

Brunello Mantelli stellt angesichts des neueren Forschungsstands auch infrage, dass der faschistische Rassismus und Antisemitismus in Italien lediglich als eine späte Folge der Kooperation mit dem Nationalsozialismus zutage traten:

«Dabei hatte der Faschismus bereits vor der Einführung der antisemitischen Maßnahmen des Jahres 1938 den Beweis militanten Rassismus von Staats wegen erbracht. 1937 wurde eine Reihe von gesetzlichen Bestimmungen erlassen, die Heiraten und jede Form von festen sexuellen Beziehungen zwischen italienischen Bürgern und Untertanen in den

Kolonien Libyen, Eritrea und dem gerade 1936 eroberten Äthiopien verbot und dort eine Art Vorläufer der Apartheid ein Regime strikter Rassentrennung errichtete.» (Mantelli 2005: 208 f.)

Auch Arnd Bauerkämper (2017: 9 f.) verweist mit Blick auf das «Manifest rassistischer Wissenschaftler» («Manifesto degli scienziati razzisti» oder kurz «Manifesto della razza») vom 14. Juli 1938 darauf, dass der italofaschistische Antisemitismus dort offen proklamiert wurde und deshalb «keineswegs ausschließlich auf den Einfluss des deutschen Nationalsozialismus» zurückgeführt werden kann.

Bei den hier erwähnten antisemitischen Maßnahmen handelt es sich auch um die «vom Faschistischen Großrat verabschiedete «Erklärung über die Rasse» vom Oktober 1938, in der zum ersten Mal definiert wurde, wer als Jude anzusehen war und wer nicht» (Schlemmer/Wolter 2014c: 139 f.). In einem zwei Monate später verabschiedeten Gesetz zum «Schutz der italienischen Rasse» wurden diese Erlasse zusammengefasst und verschärft. Sie kulminierten in einem von Mussolini 1940 ersonnenen «Projekt einer «Endlösung all'italiana», die darauf hinausgelaufen wäre, die überwiegende Mehrheit der im Königreich Italien lebenden Juden binnen zehn Jahren aus dem Land zu jagen und diejenigen, die in sogenannten Mischehen lebten, gewissermaßen zu arisieren» (ebd.).

Nach Einschätzung von Wolfgang Schieder besteht mittlerweile «am Vorbildcharakter des Italofaschismus für den Nationalsozialismus» kein Zweifel mehr (Schieder 2005: 162). Der Faschismusforscher kommt zu dem Urteil:

«So wie man den Aufstieg des Nationalsozialismus nur verstehen kann, wenn man ihn dem Faschismus zurechnet, gilt auch das Gegenteil: ohne Einbeziehung des Nationalsozialismus bleibt jede Faschismusdefinition unvollständig.» (Schieder 2008: 12) Und weiter: «Nicht das Totalitäre, sondern das Faschistische führt zum Kern des Verständnisses von Hitlers Gewaltregime in Deutschland. Nur weil er im Kern faschistisch war, konnte der Nationalsozialismus die Kumulierung von Modernisierungskrisen in Deutschland dazu nutzen, sich als ein Diktaturregime der besonderen Art [zu] etablieren, und eine einzigartige Zerstörungskraft entfalten.» (Schieder 2005: 28)

5 RECHTSEXTREMISMUSFORSCHUNG UND FASCHISMUS

In diesem Kapitel steht die aktuelle Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und autoritärem Nationalismus bzw. Etatismus (im Sinne von Staatszentrierung) im Mittelpunkt. Hierbei wird die Frage erörtert, ob und falls ja, in welchem Maß der Faschismusbegriff für die Auseinandersetzung mit aktuellen Erscheinungsformen im politischen Rechtsaußenspektrum dienlich sein kann. Weil die Diskussion um den Rechtspopulismus im Kontext des Aufstiegs neuer Rechtsaußenparteien in Deutschland und Europa besondere öffentliche Relevanz hat, wird zudem das Verhältnis von Rechtspopulismus zum historischen Faschismus in den Blick genommen.

5.1 Rechtsextremismus und Neofaschismus

Rechtsextremismus wird in dieser Studie als allgemeingebräuchlicher Samlungsbegriff für die Bündelung autoritaristischer, demokratiefeindlicher, nationalistischer sowie antifeministischer, rassistischer und antisemitischer Weltbilder und Politikansätze verwendet. Dessen zentrale Merkmale lassen sich laut dem Politikwissenschaftler Hans-Gerd Jaschke aus der Gesamtheit von Einstellungen, Verhaltensweisen und Aktionen ableiten, «die von der rassisch oder ethnisch bedingten sozialen Ungleichheit der Menschen ausgehen, nach ethnischer Homogenität von Völkern verlangen und das Gleichheitsgebot der MenschenrechtsDeklaration ablehnen, die den Vorrang der Gemeinschaft vor dem Individuum betonen, von der Unterordnung des Bürgers unter die Staatsräson ausgehen und die den Wertepluralismus einer liberalen Demokratie ablehnen und Demokratisierung rückgängig machen wollen» (Jaschke 2001: 30). Er umfasst das gesamte politische Rechtsaußenspektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Parteien und Gruppierungen. Damit steht die Begriffsverwendung zugleich in Abgrenzung zu einem quasiamtlichen Extremismusbegriff, der dem Inlandsgeheimdienst in

seinen jährlichen Verfassungsschutzberichten als Definitionsmerkmal zur Kennzeichnung verfassungsfeindlicher Bestrebungen dient.⁴⁴

Seitens der etablierten bundesdeutschen Zunft der Historiker*innen wurde der Faschismusbegriff zur Kennzeichnung aktueller rechtsextremer Bewegungen lange Zeit weitestgehend abgelehnt, so schon in den 1960er Jahren von Karl Friedrich Bracher, der darin einen politischen «Kampfbegriff» sah, der «von der kommunistischen Polemik weithin auch auf die intakten Demokratien ausgeweitet wird» (Bracher 1969: 532) (s. Kapitel 3).

Nach der Wiedervereinigung haben sich die Wogen der hitzig geführten Auseinandersetzung geglättet – allerdings ist zu konstatieren, dass die zunehmende Akzeptanz für eine vergleichende Faschismusforschung mit dessen mehr oder weniger strikter Historisierung einhergegangen ist. Zusammengefasst: Faschismus wird weitestgehend als ein vergangenes Phänomen angesehen, das zur Analyse heutiger Erscheinungsformen im Rechtsaußenspektrum wenig bis gar nichts beitragen könne.

Auf der anderen Seite wird nicht ernsthaft bestritten, dass seit der bundesdeutschen Nachkriegszeit bis heute neonazistische Gruppen und Parteien existieren ebenso wie neofaschistische Pendanten in nahezu allen anderen Ländern Europas. Schon in den 1960er Jahren machte der Sozialphilosoph Theodor W. Adorno darauf aufmerksam, dass die «Voraussetzungen faschistischer Bewegungen trotz des Zusammenbruchs gesellschaftlich, wenn auch nicht unmittelbar politisch, nach wie vor fortbestehen» (Adorno 2019: 10). Die kapitalistische Krisenhaftigkeit produziere die «Möglichkeit der permanenten Deklassierung von Schichten, die ihrem subjektiven Klassenbewusstsein nach durchaus bürgerlich waren, die ihre Privilegien, ihren sozialen Status festhalten möchten und womöglich ihn verstärken» (ebd.). Laut Adorno verschieben diese Gruppen «die Schuld an ihrer eigenen potenziellen Deklassierung nicht etwa auf die Apparatur, die das bewirkt, sondern auf diejenigen, die dem System, in dem sie einmal Status besessen haben, jedenfalls nach traditionellen Vorstellungen, kritisch gegenübergestanden haben» (ebd.).

Der französische Rechtsextremismusforscher Jean-Eve Camus fordert, die Begriffe Neonazismus und Neofaschismus nur auf jene Bewegungen zu beziehen, die «auf das gleichbleibende Phänomen des Nationalsozialismus (vor allem in Deutschland)

44 Bei der Extremismusforschung handelt es sich um einen wissenschaftlich wie politisch höchst umstrittenen Forschungsansatz. In der Rechtsextremismusforschung wird der nivellierende Extremismusbegriff aufgrund seiner fehlenden inhaltlichen Differenzierungsmöglichkeiten als unterkomplex gedeutet und abgelehnt. Im Unterschied zu ausdifferenzierten Analyse- und Operationalisierungskriterien der politikwissenschaftlichen Rechtsextremismus- wie der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung beinhaltet der extremismustheoretische Forschungsansatz ein simples dualistisches Deutungsmuster, das nicht die Gesellschaft abbildet, sondern «lediglich den Grenzbereich zwischen den Grundprinzipien der Demokratie und demokratiefeindlichen Bestrebungen» zu markieren versucht (Stöss 2005: 19). Zugleich werden dort rechte und linke Ausdrucksformen radikaler Weltanschauungen quasi gleichgesetzt und von einer anscheinend per se demokratischen «Mitte» abgegrenzt. Aus diesem Grund wird kritisiert, dass es sich bei der Extremismustheorie weniger um eine wissenschaftliche Theorie als vielmehr um ein «Extremismuskonstrukt» bzw. um eine politisch motivierte «Extremismus-Formel» handelt (Zimmermann 2010: 264; Kopke/Rensmann 2000: 1455).

oder des mussolinischen Faschismus (Movimento Sociale – Fiamma tricolore) abzielen (Camus 2003: 236). Nach Camus lassen sich drei unterschiedliche Wellen des Aufkommens extrem rechter Parteien unterscheiden: Als Beispiele für die erste Welle nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs nennt er unter anderem für Italien den 1946 gegründeten Movimento Sociale Italiano (MSI) sowie für Deutschland und Österreich die 1949 gegründete Sozialistische Deutsche Reichspartei (SRP) und den 1949 gegründeten österreichischen Verband der Unabhängigen (VdU), der 1956 in Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) umbenannt wurde, welche gleichermaßen ideologisch an den Faschismus und den Nationalsozialismus anschließen. Die zweite Welle des Aufkommens der extremen Rechten lasse sich am Beispiel der französischen Poujadisten, der niederländischen Boerenpartij und der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) versinnbildlichen: Alle Parteien haben laut Camus zwar «klare Verbindungen zur nationalistischen Rechten von vor 1939» (ebd.: 237), seien jedoch schon stärker vom Faschismus und Nationalsozialismus losgelöst. Seit dem Jahr 1973 lasse sich eine dritte Welle dahingehend erkennen, dass mit der dänischen Fremskridtpartiet (DF) und der norwegischen Anders-Lange-Partei (ALP) «zwei in erster Linie neoliberale und in zweiter Linie ausländerfeindliche Parteien in skandinavische Parlamente einziehen, die den Protest gegen Steuerbelastung und den Wohlfahrtsstaat verkörpern» (ebd.). Die dritte Welle verstärkte sich in den 1980er Jahren mit dem Durchbruch des französischen Front National (FN, 2018 umbenannt in Rassemblement National, RN), «der zahlreichen anderen Parteien lange als ideologischer Bezugspunkt und organisatorisches Modell dienen sollte» (ebd.).

In der deutschen Rechtsextremismusforschung findet der Faschismusbegriff in Bezug auf aktuelle Erscheinungsformen im Rechtsaußenspektrum allgemein nur sehr eingeschränkte Verwendung. Dort, wo sich bei rechten Gruppierungen erkennbar deutlich Bezugnahmen auf den historischen Faschismus nachweisen lassen, wird von Neofaschismus oder – spezifizierend – von Neonazismus gesprochen. Weitgehende Zustimmung in der Forschung findet die Charakterisierung der gewaltaffinen rechtsextremen «Kameradschafts»-Szene, die sich selbst als «Nationaler Widerstand» begreift, als neonazistisch. Neofaschistische Züge werden etwa von dem Rechtsextremismusforscher Christoph Schulze auch in aktuellen Erscheinungsformen des bewegungsförmigen Rechtsaußenspektrums wie der Identitären Bewegung erkannt:

«Schält man von den zugänglichen Äußerungen der Identitären ihre Lippenbekenntnisse zu Demokratie und Gewaltlosigkeit ab – die taktisch motiviert sind, der Repressionsvermeidung und dem Zugang zum öffentlichen Diskurs dienen –, dann bleibt Folgendes übrig: ein radikal ethnischer, auch biologisch-rassistischer Begriff von Volk und eine hohe Bedeutung von Mythen, eine Gegenwartsanalyse, die Dekadenz und Verfall wittert, jeden Liberalismus verdammt, nach einer nationalen Wiedergeburt verlangt, Gewalt legitimiert und die Tat verherrlicht. Die Denkschulen, auf die sich die Identitären beziehen, stammen aus dem Kanon der sogenannten Konservativen Revolution und inkludieren offen

faschistische und/oder früh-/protofaschistische Ideen. Dazu kommen ihre Beziehungen zu (anderen) internationalen, faschistischen Bewegungen, zum Beispiel CasaPound. Diese Kooperationen sind nicht widersprüchlich, sondern haben eine Sachlogik. Zu berücksichtigen ist auch die aktivistische Biografie vieler Identitärer in neonazistischen Gruppen.» (Interview Schulze 2019)

Die Entwicklung der extremen Rechten in Deutschland seit der Nachkriegszeit wird in der Forschung anhand von fünf Wandlungsphasen beschrieben: Eine *erste Phase der Neuformierung* der extremen Rechten nach 1945 wird allgemein auf das Ende der Nachkriegszeit und bis zur Mitte der 1960er Jahre datiert. Die *zweite Entwicklungsphase* des Rechtsaußenspektrums vollzog sich im Kontext des kulturpolitischen Aufbruchs der 1960er Jahre und dem postindustriellen Strukturwandel seit den 1970er Jahren. Das Aufkommen neuer sozialer Bewegungen in den 1980er Jahren prägte die *dritte Wandlungsphase*, die von einer rechten Hinwendung zu jugend- und subkulturellen Neuausrichtungen gekennzeichnet ist, was zur Folge hatte, dass die extreme Rechte zunehmend in den Blickpunkt der Jugendsoziologie und Bewegungsforschung geriet (vgl. Minkenberg 2010: 195). Globalisierung und Wiedervereinigung, postmoderne Lebensstilpluralisierung und Ausdifferenzierung der Jugendkulturen und sozialen Bewegungen sind Ausgangsbedingungen für die *vierte Wandlungsphase* der extremen Rechten, die ebenfalls erhebliche Ausdifferenzierungen in ihren Erscheinungsbildern und Organisationsstrukturen erfuhr. Zentrale Merkmale sind hierbei soziale und auch jugendkulturelle Bewegungsausrichtung sowie ab den 1990er Jahren die Herausbildung einer in «Kameradschaften» informell organisierten neonazistischen Bewegung und die Bestrebungen zur rechten Verankerung in den ostdeutschen Bundesländern. Deshalb wird auch von einem «Rechtsextremismus neuen Typs seit 1989» (Funke 2010: 62) gesprochen.⁴⁵ Die *fünfte Wandlungsphase* des Rechtsaußenspektrums erfolgte im Zuge der Wahlerfolge der 2013 gegründeten rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD). Diese Phase ist geprägt von massiven Veränderungen im parteiförmigen rechten Spektrum, von einer neuen realpolitischen Einflussnahme des neurechten Spektrums, dem Aufkommen von milieuübergreifenden rassistischen Straßenprotesten und von gesamtgesellschaftlich sich vollziehenden politischen Polarisierungstendenzen. Während im Zuge der Wahlerfolge der AfD alle anderen Rechtsaußenparteien massiv an Einfluss verloren haben, hat sich die AfD zu einem neuen parteipolitischen Dach des gesamten Rechtsaußenspektrums entwickelt. Die unterschiedlichen Phasen der Modernisierung neonazistischer und rechtsautoritärer Strömungen im Kontext des Wandels politischer Kultur in Deutschland veranschaulicht überblicksartig Tabelle 3.

45 Diese Phaseneinteilung ist einem früheren Aufsatz entnommen, in dem die rechtsextremen Wandlungsphasen ausführlicher beschrieben werden (vgl. Häusler/Schedler 2011).

Tabelle 3: Modernisierungsphasen rechter bzw. rechtsextremer Gruppen und Milieus

Politische Kultur	Rechte Gruppen und Milieus	Rechte Ausdrucksformen
1949 ff. Entstehung der Bundesrepublik; NS-Verdrängung; Adenauer-Ära; Kalter Krieg	(Re-)Organisation: DP u. DRP; SRP-Verbot; NPD-Gründung	Reformierung parteiförmiger extremer Rechter; Revisionismus; Antikommunismus
1966 ff. Große Koalition; formierte Gesellschaft; Ost-Politik; kultureller Aufbruch 1968; wohlfahrtsstaatliches «Modell Deutschland»	NPD-Einzug in Landesparlamente; Aktion Neue Rechte/ Nationalrevolutionäre; Neue Rechte; Wehrsportgruppe Hoffmann; Gründung DVU	Anpassungsversuche an Ausdrucksformen der «Neuen Linken»; Dynamisierung der extremen Rechten
1980er ff. «geistig-moralische Wende»; Asyldebatte; Etablierung der Grünen; Lebensstilpluralisierung; neue soziale Bewegungen; jugendorientierte Subkulturen	Gründung REP; rechte Skinhead-Subkultur; Kühnen: ANS/FAP; Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front (GdNF)	Herausbildung bewegungs-förmiger Strukturen; Subkulturorientierung; Bedeutung von Musikszenen
1990er ff.: informationstechnologischer u. sozialer Wandel; Zusammenbruch RGW-Staaten; Wiedervereinigung; rassistische Gewaltwelle; Ausdifferenzierung sozialer Bewegungen	Ausweitung von Neonazi-strukturen in Ostdeutschland; Verbot neonazistischer Organisationen; Konzept: Freie Kameradschaften	informelle Netzwerke; taktische Bündnisse NPD/Kameradschaften; jugendkulturelle Ausdifferenzierung
2000 ff.: Neoliberalismus- u. Globalisierungsdiskurs; Zunahme rechter u. linker EU-Kritik; NGO-Aktivismus; Finanzmarktkrise	Modifizierung des Neonazismus durch Autonome Nationalisten (AN); Wachsender Einfluss der Neuen Rechten; Gründung des Instituts für Staatspolitik (IFS) mit Zeitschrift <i>Sezession</i> ; Bekanntwerden der rechtsterroristischen NSU-Mordserie	völkisch-nationalistische Globalisierungskritik; Übernahme links besetzter politischer Ästhetik; Digitalisierung der Propaganda
Ab 2013: Sarrazin-; Euro-; Flüchtlingsdebatte; anti-muslimischer Rassismus; Willkommenskultur; Rechtsruck u. Marginalisierung der Volksparteien; zunehmende Polarisierung in politischer Kultur; Aufkommen neuer Klimaproteste; MeToo-Debatte; Zunahme Grüne-Wähler*innen	Gründung u. Wahlerfolge AfD; Gründung Neonazipartei Der III. Weg; Hooligans gegen Salafisten (Kurzform: HoGeSa); Pegida; Vereinsgründung Identitäre Bewegung Deutschland (IBD); rechtsextreme «Bürgerwehr»-Formierungen; Ermittlungen gegen terrorismus-förmige Gruppen (Weiße Wölfe Terrorcrew; Gruppe Freital; Revolution Chemnitz u. a.)	Umstrukturierung des extrem rechten Parteienspektrums durch AfD-Wahlerfolge; Entstehung neuer rechtsextremer Mischszenen; Zunahme rassistischer Protestmobilisierung; Zunahme von AfD-Aufstandsrhetorik/Bezugsnahme auf Wende 1989; AfD-Revitalisierung von NS-Sprachjargon; antisemitischer Terroranschlag in Halle; Mord an CDU-Politiker Walter Lübcke; Morde in Hanau

Quelle: eigene Darstellung basierend auf Häusler/Schedler 2011: 312

Anhand der tabellarischen Gegenüberstellung wird deutlich, dass Neofaschismus und neue Formen von profaschistischer Mobilisierung und Gewaltförmigkeit hierzulande wieder einen Aufschwung erfahren haben – nicht zuletzt auch in ihrer terroristischen Dimension. Zugleich wird ersichtlich, dass die Wandlungsprozesse der extremen Rechten in Deutschland maßgeblich eine Reaktion oder Anpassung an veränderte hegemoniale Muster politischer Kultur darstellen, die ihrerseits neue politische Erscheinungsformen und entsprechende Angebote hervorgebracht haben. Kann der historische Faschismus in der industriellen Phase kapitalistischer Gesellschaften als «soziale Bewegung zur Beendigung aller sozialen Bewegung» gedeutet werden, so stellt die extreme Rechte im postindustriellen Kapitalismus eine «soziale Bewegung eigenen Typs» dar, die einen «backlash zu den vorherrschenden, kulturell indifferenten Ausdifferenzierungstendenzen» bildet (Leggewie 1994: 328, 325 u. 336).

Daraus lässt sich schließen: Die extreme Rechte im Allgemeinen und der Neofaschismus im Besonderen rekurren beide auf weltanschauliche und kulturelle Grundzüge faschistischer Bewegungen zur Zeit der Weltkriege. Auf der anderen Seite erwachsen sie aus weitestgehend grundlegend anderen Kontextbedingungen und erweisen sich hierbei als zum Teil mehr oder weniger anpassungsfähig an den veränderten kulturellen und politischen Zeitgeist. Zugleich versuchen sie – wie ihre historischen Vorläufer –, sich als mythisch-nationalistisch verklärte antimodernistische Bewegung mit dem Versprechen nach Wiedergeburt nationaler Größe und als eine autoritäre und nationalistische Alternative zum liberaldemokratischen, globalisierten Kapitalismus zu inszenieren. Hierin sieht Brunello Mantelli inhaltliche Bezugnahmen auf den historischen Faschismus:

«Was unverändert bleibt, ist indes die antibürgerliche Polemik, die die ›Finanzen‹ ins Visier nimmt und weniger den Modus des kapitalistischen Wirtschaftens – ganz im Sinne eines typisch völkischen Rasters. Gleiches gilt für die (verbale) Verteidigung der sogenannten traditionellen Familie, einen latenten Antifeminismus, der sich jedoch mit den Errungenschaften der Frauenbewegung und der veränderten Selbstwahrnehmung der Frauen und ihrer sozialen Rolle auseinandersetzen muss, und einen ausgeprägten Rassismus oder auch ›weißen Suprematismus‹ gegenüber der arabischen und afrikanischen Bevölkerung. Ebenso ist weiterhin ein Klerikalismus zu konstatieren, der sich in dem Gebrauch traditioneller religiöser Symbole des Katholizismus ausdrückt (etwa dem Rosenkranz), aber auch nicht selten mit den Positionen des Papsttums und der katholischen Kirche kollidiert. Auch der latente Antisemitismus, der quasi der faschistischen Vergangenheit zuzwinkert, und der radikale Antisemitismus sind Wesensmerkmale der heutigen Rechten, wobei letztgenannter Punkt eine qualitative Neuerung ist, verglichen mit dem historischen Vorläufer des Faschismus.» (Interview Mantelli 2019)

5.2 Faschismus und Populismus

Populismus ist ein schillernder Begriff. Als eine spezifische Form der politischen Ansprache setzt Populismus auf dichotome und simplifizierende «Welterklärungen», die

von dem Versprechen zur Rückkehr in eine fiktive zurückliegende heile Welt gekennzeichnet sind. «Retrotopia» nannte der inzwischen verstorbene Soziologe Zygmunt Bauman diese rückwärtsgewandte Gesellschaftsutopie. Sie sei geprägt durch «die Rehabilitation des tribalen Gemeinschaftsmodells, den Rückgriff auf das Bild einer ursprünglichen/unverdorbenen ‹nationalen Identität›, deren Schicksal durch nicht-kulturelle Faktoren und solche, die Kultur gegenüber immun sind, vorherbestimmt sei, und ganz allgemein die derzeit in den Gesellschaftswissenschaften wie in der öffentlichen Meinung populäre Ansicht, es gebe wesensmäßige, nicht verhandelbare Sine-qua-non-Voraussetzungen ‹zivilisatorischer Ordnung›» (Bauman 2017: 18).

Der italienische Soziologe Marco Revelli versteht Populismus in erster Linie als «politische Form», dessen Merkmal die Anrufung des «Volkes» ist, «jenseits der Institutionen, die es repräsentieren, sondern in vieler Hinsicht sogar gegen diese» (Revelli 2016: 39). Ein solcher Populismus arbeite «mit einer Rhetorik oder einer Erzählung, die auf der emotionalen Identifikation der ‹Masse› mit der ‹Führung› beruhe; kennzeichnend hierfür seien eine «starke Personalisierung der Herrschaft» und «eine radikale Feindschaft gegenüber allen Formen gesellschaftlicher Vermittlung und Vertretung» (ebd.). In seiner aktuellen Form ist der Populismus als Reaktion «auf den postdemokratischen Liberalismus» zu verstehen (Jörg/Selk 2017: 15). Hierbei inszeniert sich der Populismus als Anwalt eines – homogen verstandenen – «Volkes» gegen eine als korrupt, antidemokratisch und «volksfeindlich» angeprangerte Elite. Da der Populismus «dünne» ideologische Ausprägungen aufweist, kann er sich mit unterschiedlichen Ideologiefragmenten verknüpfen – im Falle des Rechtspopulismus mit nationalliberalen, nationalkonservativen und extrem rechten ideologischen Ausrichtungen.

Auf einen grundlegenden Zusammenhang zwischen Faschismus und Populismus verweist der italienische Populismusforscher Stefano Cavazza. Seiner Ansicht nach sind im italienischen Faschismus vier populistische Elemente hervorzuheben: «Die Betonung der Zugehörigkeit zum Volk, die Bauernideologie, der Kampf gegen die Bourgeoisie Ende der 1930er Jahre, die Inszenierung der Figur von Mussolini.» (Cavazza 2012: 238) In der Tat lassen sich Analogien zwischen historischem Faschismus und aktuellem Rechtspopulismus benennen: Beide zielen darauf, «über die liberale, konstitutionelle demokratische Repräsentation hinauszugehen und eine vermeintlich direkte Verbindung mit dem Volk herzustellen» (ebd.).

Der französische postmarxistische Philosoph Étienne Balibar hat auf die historischen Analogien zwischen dem gegenwärtigen europäischen Rechtspopulismus und der faschistischen Tradition politischer «Obsessionen, der Programme und der Persönlichkeiten» hingewiesen (Balibar 2016: 107). Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Parole des extrem rechten Front National «Nicht rechts, nicht links, sondern französisch» und deren Ursprung in der präfaschistischen Rechten in den 1920er Jahren. Während der historische Faschismus als eine völkisch-militaristisch radikalisierte Zuspitzung einer damals allgemein vorherrschenden Nationalisierung der Massen zu

begreifen ist, propagiert der aktuelle Rechtspopulismus eine geschichtsvergessene «Re-Nationalisierung», die zu einem Rückbau europäischer Integration und einer Zerstörung der Idee von der Überwindung nationalstaatlicher Zentralität führt (ebd.).

Daher spricht der Historiker Federico Finchelstein (2017: 43) vom «Populismus» als Form von «Postfaschismus». Für den italienischen Historiker Enzo Traverso stellt der Postfaschismus eine neue Spielart des Populismus dar. Er nutzt den Begriff, «um die Bewegungen vom Neofaschismus zu unterscheiden» (Traverso 2019: 12). Was seiner Ansicht nach den Postfaschismus charakterisiert, «sind die besonderen Umstände zu Beginn des 21. Jahrhunderts – was seinen fluiden, instabilen, häufig widersprüchlichen Inhalt ausmacht, in dem sich gegensätzliche politische Philosophien vermischen» (ebd.). Nach Einschätzung des Soziologen Dietmar Loch liegt das Politische des Populismus darin, «dass er wie der Faschismus darauf abzielt, über die liberale konstitutionelle demokratische Repräsentation hinauszugehen und eine vermeintlich direkte Verbindung mit dem Volk herzustellen. Die permanente autoritäre Versuchung kommt in Form eines Chamäleons. Populismus ändert sich schnell. Er verschwindet und taucht bald wieder auf. Seine Wirkungen auf die Demokratie scheinen ebenso unsicher zu sein. Da sich der Rechtspopulismus langsam in die politische Kultur eines Landes schleicht und die politische Kultur von Anfang an sein Nährboden ist, muss dem Populismus vor allem dort mit demokratischem Bewusstsein und demokratischer Praxis entgegnet werden.» (Loch 2019: 70 f.)

Die aktuellen Entwicklungen im Rechtspopulismus zeigen, dass sich dort in vielen Parteien populistische Inszenierungsformen mit rechtsextremen Ausdrucksformen überschneiden. Deshalb plädiert der Politikwissenschaftler Caas Mudde dafür, «vom Zeitalter der extremen Rechten zu sprechen statt von Populismus», da sich der rechte Populismus rechtsextremer Argumentationsmuster bediene:

«Rechtsextreme Parteien waren noch nie so populär wie heute und die Politik der extremen Rechten wurde von vielen Mainstream-Parteien als ‚gesunder Menschenverstand‘ übernommen.» (Mudde 2019)

In der Tat lassen sich hierzulande auch bei der rechtspopulistischen AfD in zunehmendem Maß rechtsextreme Merkmale erkennen. Die AfD hat eine dynamische, «kumulative» Radikalisierung⁴⁶ durchlaufen und lässt sich zum gegenwärtigen Zeit-

46 Der Begriff der «kumulativen Radikalisierung» wurde von dem Historiker Hans Mommsen (1996) in Bezug auf die Entwicklung der NSDAP geprägt: Seiner Ansicht nach «ersetzte die Partei das, was wir unter Politik verstehen, durch bloße politische Mobilisierung vor dem Hintergrund eines vage definierten visionären Endziels. Das erzeugte die irrationale Dynamik, die diese Bewegung ausgezeichnet hat.» Diese Dynamisierung prägte zuerst der Partei, später dem Regime, «ein sozialdarwinistisches Muster auf». Diese Mobilisierung von «institutionell nicht gebundenen Energien bei Teilen der NSDAP setzte dann den Prozess in Gang, den ich ‚kumulative Radikalisierung‘ nenne. Man fand einen Ausgleich zwischen divergierenden Interessen nie im Kompromiss – das war vielmehr ein Schimpfwort – sondern immer nur in der Annäherung der jeweiligen Interessen an eine visionäre Gesamtlösung.»

punkt als eine Partei des «völkisch-autoritären Populismus» bezeichnen, also einem Rechtspopulismus mit völkisch-nationalistischen und autoritär-rechtsextremen Merkmalen (Häusler 2018). Claus Leggewie erkennt bei der AfD gar Züge eines völkisch-autoritären «National-Sozialismus» (Leggewie 2017: 22). In der Propaganda der erfolgreichsten Rechtsaußenpartei in der Geschichte Nachkriegsdeutschlands offenbart sich die rechte Mobilisierung des «Volkszorns»: So erklärte der AfD-Bundestagsabgeordnete Marc Jongen in einer Rede anlässlich einer aktuellen Stunde im Bundestag gegen Hassrede und Hasskriminalität: «Wir geben dem gerechten Zorn in Deutschland einen zivilen, einen parlamentarischen Ausdruck.» (Jongen 2019) Zwar lässt sich die AfD nicht als genuin neofaschistische Partei mit organisierten Schlägertrupps in SA-Manier in ihren Reihen charakterisieren. Allerdings ist sie durch ihr Zusammenwirken mit rechtsradikalen Gruppierungen und Protestakteuren in steigendem Maße zu einem parteipolitischen Dach einer völkisch-rassistischen Bewegung auf der Straße geworden: Sie droht gerade in Ostdeutschland zu einem Mobilisierungsfaktor einer völkisch-rassistischen Massenbewegung zu werden. Angetrieben wird dieser völkische Nationalismus unter anderem von dem Thüringer AfD-Landesvorsitzenden Björn Höcke,⁴⁷ der eine «strategische Option der «gallischen Dörfer» für eine «Re-Tribalisierung im Zuge des multikulturellen Umbaus» fordert, die sich «zu einer Auffangstellung und neuen Keimzelle des Volkes» entwickeln sollen (Höcke 2018: 253). Nach Wunsch des AfD-Politikers könne «diese Auffangstelle eine Ausfallstellung werden, von der eine Rückeroberung ihren Ausgang nimmt» (ebd.). Hier offenbart sich ein völkisch-nationalistisches Vokabular, das angelehnt ist an die «Sprache im Faschismus» (Ehlich 1989). Eine Mischung aus populistischem und faschistoidem Sprachjargon hat mit der AfD mittlerweile auch Eingang in Reden im Deutschen Bundestag erhalten, wie am Beispiel eines Redeauszugs vom AfD-Bundestagsabgeordneten Martin E. Renner veranschaulicht werden kann, dessen Inhalt sich auf den Bundeshaushalt der Regierung bezog:

«Ihre überall geforderte und geförderte Vielfalt und Diversität sind dabei, unsere Kultur zu perforieren, zu zersetzen, zu überlagern. [...] Verächtlichmachung des Eigenen auf der einen Seite und allgemeines Moralisieren und permanentes Aufzwingen einer maßlos überzogenen kulturellen Vielfalt auf der anderen Seite. [...] Das zieht sich durch Ihre Politik und liegt wie Krematoriums-Asche über diesem Haushaltskapitel: Kulturmarxismus pur ist das, pure Ideologie. [...] Sie schaffen Deutschland ab und träumen Hörschen-feucht Ihr One-world-Phantasma.» (Renner 2019)

47 Laut Urteil des Verwaltungsgerichts Meiningen darf der Thüringer Landesvorsitzende der AfD Björn Höcke als Faschist bezeichnet werden. Hintergrund des Urteils ist ein Rechtsstreit um das Kundgebungsthema einer Demonstration gegen ein Familienfest der AfD am 26. September 2019 in Eisenach und den Auftritt Höckes. Das Gericht bekundete, dass das Motto «Protest gegen die rassistische AfD, insbesondere den Faschisten Höcke» deshalb rechtmäßig sei, weil der Antragsteller «in ausreichendem Umfang glaubhaft gemacht» habe, warum er den AfD-Politiker als Faschisten bezeichne (Verwaltungsgericht Meiningen 2019).

Der Rückgriff von Vertreter*innen der rechtspopulistischen AfD auf die Sprache des «Dritten Reichs» offenbart die Notwendigkeit einer historischen Kontextanalyse aktueller rechter Phänomene. Nach Ansicht des Historikers Yves Müller könnte eine Stärke zeithistorischer Rechtsextremismusforschung «in einer Perspektiverweiterung bestehen, die die historische Entwicklung der extremen Rechten nicht als eine Nachgeschichte des Nationalsozialismus begreift, sondern als Vorgeschichte der Gegenwart. Vielmehr mögen historiografisch geleitete Zugänge dabei helfen, die extreme Rechte zu verorten und mit gesellschaftlichen Entwicklungsprozessen in Beziehung zu setzen» (Müller 2019). Müller verweist hierbei auf die Anmerkung des Historikers Wolfgang Benz, dass bei «der Betrachtung des Problems ›Rechtsextremismus in der Mitte‹ die historische Perspektive als analytisches Hilfsmittel unerlässlich» sei (Benz 2015: 719).

5.3 Radikaler Nationalismus und autoritärer Etatismus

Stanley Payne weist in seinem hier wiederkehrend zitierten Standardwerk darauf hin, dass zwar der «spezifische historische Faschismus niemals wiederhergestellt» werden könne, wohl aber neue Formen «eines autoritären Nationalismus» (Payne 2001: 639). Damit weist Payne auf zwei zentrale Merkmale – Nationalismus und Autoritarismus – hin, die rechte Strömungen unterschiedlicher Couleur miteinander verbinden. In einer tabellarischen Darstellung veranschaulicht er verschiedene historische Spielarten von autoritärem Nationalismus, die wir hier in gekürzter Form im Hinblick auf die in der vorliegenden Studie behandelten Länder wiedergeben (s. Tabelle 4).

Tabelle 4: Autoritärer Nationalismus (damals)

Land	Faschisten	Radikale Rechte	Konservative Rechte
Deutschland	NSDAP	Hugenberg, Papen, Stahlhelm	Hindenburg, Brüning, Schleicher
Italien	PNF	ANI	Sonnino, Salandra
Ungarn	Pfeilkreuzler, Nationale Sozialisten	«Rechtsradikale»	Horthy, Nationale Einheitspartei
Österreich	NSDAP	Heimwehr	Christlich-Soziale, Vaterländ. Front

Quelle: Ausschnitt aus Payne 1995: 28

Dieses Muster lässt sich mit leichten Modifizierungen (unter Hinzunahme von Neonazismus und Rechtspopulismus) zum Vergleich auf die aktuelle Zeit übertragen (s. Tabelle 5).

Tabelle 5: Autoritärer Nationalismus (heute)

Land	Neonazismus/ Neofaschisten	Radikale Rechte/ Rechtspopulisten	Konservative Rechte
Deutschland	NPD, Die Rechte, Der III. Weg	AfD	CSU, Werte-Union, Freie Wähler, ÖDP,
Italien	CasaPound Italia, Fratelli d'Italia [zu Teilen]	Lega, Forza Italia, Fratelli d'Italia [zu Teilen]	Alternativa Popolare (AP), Civica Popolare
Ungarn	Jobbik, Mi Hazánk	Fidesz	KDNP
Österreich	Identitäre Bewegung Österreich (IBÖ)	FPÖ	ÖVP

Quelle: eigene Darstellung

Diese exemplarische Gegenüberstellung zeigt: Im historischen Vergleich offenbart sich ein starker Rückgang des Einflusses originär faschistisch geprägter Gruppen und Parteien zugunsten einer starken Zunahme rechtspopulistischer «modernisierter» Gruppen und Parteien im aktuellen Rechtsaußenspektrum. Zugleich jedoch lassen sich politische Verknüpfungen zwischen beiden Phänomenen erkennen, die anhand von konkreten Bezugnahmen aufeinander – beispielsweise Salvinis Verklärung des Mussolini-Regimes oder den völkisch-nationalistischen Rekurs der AfD auf NS-Terminologie – sogar auf spezifische politische «Traditionslinien» verweisen. Als ihrer Grundrhetorik nach deutschnational-völkisch ausgerichtete Partei weist die AfD vor allem historische Parallelen zur Ende November 1918 in der Weimarer Republik gegründeten Deutschnationalen Volkspartei (DNVP) auf. Die DNVP war nationalkonservativ, antisemitisch und republikfeindlich orientiert, unterstützte unter anderem 1920 den Kapp-Putsch und kooperierte mit der NSDAP, mit der sie in Thüringen am 23. Januar 1930 zusammen mit anderen Rechtsaußenparteien das erste profaschistische Regierungsbündnis auf Landesebene einging.⁴⁸

Hilfreich für den historisch-analytischen Vergleich wäre es also, neben dem Aufzeigen von grundsätzlichen Differenzen zwischen historischem Faschismus und aktuellem Rechtsextremismus zugleich den Blick auf gewisse politisch tradierte «Familienähnlichkeiten» zu richten. Hierzu kann das Schaubild von Stanley Payne zu den unterschiedlichen Facetten eines autoritären Nationalismus hilfreich sein (s. Tabelle 4).

48 Erinnerungen daran weckte die Regierungskrise in Thüringen durch die Wahl von Thomas Kemmerich (FDP) zum Thüringer Ministerpräsidenten, der mit Stimmen von AfD, CDU und FDP am 5. Februar 2020 kurzzeitig ins Amt gehievt wurde. Hier bestätigt die historische Parallele die Marx'sche Formulierung von der Wiederholung der Geschichte als Farce.

Aus historiografischer Sicht ist es deshalb sinnvoller, so der Politikwissenschaftler Gideon Botsch, «statt von ›Rechtsextremismus‹ oder ›Rechtsradikalismus‹ von ›radikalem Nationalismus‹ zu sprechen. Nationalismus ist ein Eigen- und Quellenbegriff, der den Untersuchungsgegenstand für den trans- oder internationalen synchronen Vergleich erschließt und zugleich im diachronen Vergleich anschlussfähig macht» (Botsch 2019).

Der Nationalismus wiederum hat neuen Auftrieb durch das Aufkommen eines rechtsautoritären Populismus erhalten, der in Europa seit den 1970er Jahren zunächst in Skandinavien in neoliberaler Frontstellung zum sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaatsmodell in Gestalt der sogenannten Steuerrebellin in Erscheinung trat. Der britische Thatcherismus wurde nachfolgend zum Dammbrecher neoliberaler Vorherrschaft in Europa. Der britische Kulturwissenschaftler Stuart Hall stellte in seiner Auseinandersetzung mit dem Thatcherismus die Begriffe Autoritarismus und Populismus in den Mittelpunkt seiner Analyse. Er sieht im Begriff des «autoritären Populismus» die Möglichkeit, «die widersprechenden Merkmale der sich herausbildenden Lage aufzunehmen: eine Bewegung in Richtung einer ›autoritären‹ Form demokratischer Klassenpolitik von oben, paradoxerweise offenbar wurzelnd im ›Transformismus‹ [...] der Unzufriedenheiten der Massen» (Hall 2014: 125). Nach Ansicht Halls besteht der Erfolg des autoritären Populismus in einer «Schaffung von Massenzustimmung» durch die erfolgreiche Etablierung eines Diskurses zur Vereinigung der «Themen des organischen Toryismus – Nation, Familie, Amtsautorität, Maßstäbe, Traditionalismus, Patriarchalismus – mit den aggressiven Themen eines wiederbelebten Neoliberalismus – Eigeninteresse, Konkurrenzidealismus, Anti-Staatlichkeit» (ebd.: 129 f.). Mit diesem Erklärungsansatz liefert Hall eine Grundlage für das Verständnis eines neoliberalen Populismus, der sich durch die Verlagerung der sozialen Frage auf Kultur und Nation bei gleichzeitigem Frontalangriff auf Gewerkschaften und Sozialdemokratie propagandistisch die Zustimmung der Massen erkämpft. Im Zuge der Durchsetzung neoliberaler Politikkonzepte in einem globalisierten Europa verändert der autoritäre Populismus sukzessiv seine propagandistische Agenda, indem er sozialpopulistisch die Lücke besetzt, die sich ihm durch den sozialdemokratischen Schwenk in Richtung «Mitte» auftat: Fortan fokussiert er in sozialpopulistischer Manier seine Feindbildsetzungen auf die globalisierte Elite, die eine soziale (Volks-) Gemeinschaft zerstöre, und verspricht die Rückkehr zu einer angeblich heilen früheren Zeit nationalstaatlicher Sicherheit, Kontrolle und paternalistischer Führung. Der Ethnologe Arjun Appadurai sieht daher im rechten Angriff auf die liberale Demokratie eine neue Form des «populistischen Autoritarismus» (Appadurai 2017: 17). Einer seiner wesentlichen Erfolgsursachen sei «die Übersetzung von Fragen der ökonomischen Souveränität in Fragen der kulturellen Souveränität» (ebd.: 32).

Der populistische Autoritarismus verlangt zugleich nach einem «starken Staat». Der marxistische Staatstheoretiker Nicos Poulantzas prägte in den ausgehenden 1970er Jahren hierzu den Begriff des autoritären Etatismus. Poulantzas sieht im Staat keinen

bloßen «ideellen Gesamtkapitalisten», sondern begreift ihn als «Verdichtung eines Kräfteverhältnisses», das autoritäre oder auch emanzipatorische Richtungen einschlagen kann (Poulantzas 2002: 154 ff.). Der autoritäre Etatismus jedoch entspreche einer strukturellen Krise, die sich nicht nur ökonomisch, sondern auch als Krise politischer Repräsentation zeige. Dies beinhalte jedoch nicht den Übergang zu einem Ausnahmezustand im Sinne eines Faschismus. Vielmehr stelle der autoritäre Etatismus mit der ihn prägenden Einschränkung demokratischer Rechte und einem Verfall demokratischer Institutionen eine neue Normalitätsform des kapitalistischen Staates dar. Poulantzas sieht hierbei den zunehmend zerbröckelten Mythos vom Wohlfahrtsstaat als Ausgangspunkt für das «Entstehen von regionalistischen Bewegungen oder Bewegungen, die diverse Nationalitäten wiederbeleben wollen» (ebd.: 242). Eine solche Bewegung hat in der aktuellen Krise politischer Repräsentation – einhergehend mit dem zurückgehenden Einfluss der klassischen «Volksparteien» – erneut Auftrieb erhalten. Und dieser neue autoritäre Etatismus erweist sich für Teile der konservativen Elite als politische Handlungsoption.

Nach Ansicht des Sozialwissenschaftlers Alex Demirović vollzieht sich ein «autoritär-populistischer Kurzschluss» in der Zustimmung breiterer Bevölkerungskreise zu einer autoritär-konformistischen Revolte. In der herrschenden Klasse habe es «eine national-konservative Abspaltung nach rechts gegeben», die «mit ihren umfangreichen Ressourcen auf die bürgerliche Agenda und Willensbildung Einfluss nehmen kann. Sie geht ein Bündnis und eine Kooperation mit den radikalen rechten Gruppierungen aus Kleinbürgertum und Arbeiterklasse ein.» (Demirović 2018: 41) Zugleich liefere eine solche Form der rechten Radikalisierung «von oben» ein populistisches Angebot zur Mobilisierung «von unten»:

«Die Subalternen greifen diese Angebote auf, weil sie sich auf diese Weise Gehör verschaffen können, sie können radikale Kritik äußern, ohne wirklich in einen antagonistischen Konflikt mit den Herrschenden zu geraten. Ihre Revolte ist autoritär und konformistisch, nicht die bürgerliche Klasse wird angegriffen, sondern das bezahlte Personal. Zugeständnisse erfahren sie nicht. Allenfalls können sie erwarten, dass sie eine Unterschichtung der migrantischen Arbeitskräfte durchsetzen, also eine Situation, in denen diese ihnen untergeordnet sind.» (Demirović 2018: 41)

Die zeitgenössischen Formen von autoritär-populistischer Mobilisierung weisen deutliche Analogien zu den historischen Formen faschistischer Mobilisierung auf. Deshalb ist in Zeiten verstärkter politischer Polarisierung und rechter Demokratiebedrohung der kritische Rückblick auf die kumulative Radikalisierungsdynamik faschistischer Bewegungen in der Vergangenheit hilfreich, um aktuelle Entwicklungen im Hinblick auf künftige Radikalisierungstendenzen besser einschätzen zu können.

6 SCHLUSSBEMERKUNGEN UND OFFENE FRAGEN

Die eingangs aufgeworfenen Fragen zur Bedeutung und Funktion des Faschismusbegriffs bedürfen einer zusammenfassenden Einschätzung sowie einer Formulierung von weiterführenden Forschungs- und Deutungsfragen. Die abschließenden Bemerkungen und Vorschläge zur Einordnung von Faschismus in Geschichte und Gegenwart sollen Anregung für weiterführende Deutungen und Vertiefungen bieten.

(1) *Die Basis* für faschistische Propagandaerfolge waren sozioökonomische und politische Krisenerscheinungen. An die Macht gelangten faschistische Bewegungen durch Bündnisse mit Teilen der traditionellen Eliten, wie auch in den Länderbeispielen gezeigt wurde (s. Kapitel 2). Diesen Zusammenhang betont auch der Faschismusexperte Lutz Klinkhammer für das Italien der Zwischenkriegszeit:

«Der städtische Ursprungsfaschismus, der als post-interventionistischer Kampfbund von Weltkriegsveteranen, futuristischen Intellektuellen und radikalen Gewerkschaftlern ins Leben gerufen wurde, entwickelte seinen durchschlagenden Erfolg erst, als er sich mit dem äußerst gewalttätigen Agrarfaschismus verband, der vor allem in Norditalien verbreitet war. Er wurde von Grundbesitzern und Industriellen unterstützt, welche sich angesichts von Streiks, Fabrik- und Landbesetzungen in den beiden «roten Jahren» extrem gefährdet fühlten.» (Interview Klinkhammer 2019)

Ähnlich lässt sich die Machtübertragung an die Nationalsozialisten verstehen: Sie wurde erst möglich im engeren Sinne, als sich die neuen NS-Rechten «mit der alten Rechten, Teilen der konservativen Eliten in Industrie, Großlandwirtschaft, Militär und Bürokratie» verbünden konnten (Kocka 1983: 9).

(2) Der Sinn und Nutzen einer *vergleichenden Faschismusforschung* wird wissenschaftlich trotz unterschiedlicher Einschätzungen in Detailfragen mehrheitlich nicht mehr infrage gestellt. Dies impliziert zugleich eine allgemeine Akzeptanz des Faschis-

musbegriffs als analytische Kategorie jenseits politischer Instrumentalisierungen.⁴⁹

(3) Zwar herrscht kein Konsens über eine allgemeine *Definition des Faschismus*. Mehrheitlich findet jedoch die Annahme Zustimmung, dass der Faschismus als länderübergreifendes antiliberales, antikommunistisches, autoritär-nationalistisches und gewaltförmiges Massenmobilisierungs- und Herrschaftsphänomen mit rassistischer, antisemitischer und antifeministischer Stoßrichtung verstanden werden muss, das faktisch immer auf eine terroristische und kriegerische Praxis zusteuert. Mehrheitliche Zustimmung finden auch die Annahmen, dass zwischen faschistischen Bewegungs- und Regimephasen zu unterscheiden ist. Diese Unterscheidung ist zentral, wenn es darum geht, zwar zeitgenössische Bewegungen und Parteien als faschistisch zu beschreiben, nicht aber einzelne Staaten (s. Fußnote 57). Konsens ist zudem, dass ein multikausaler Ansatz zum Verständnis vom Entstehen und Wirken faschistischer Bewegungen erkenntnisfördernd ist.

(4) *Die Vergleichbarkeit des italienischen Faschismus mit dem deutschen Nationalsozialismus* ist umstritten. Allerdings bedeutet ein Vergleich weder eine automatische Gleichsetzung noch eine Relativierung: Oftmals wird daher zwischen italienischem Normalfaschismus und deutschem Radikalfaschismus unterschieden. Die Singularität der Shoah, des organisierten Massenmordes an den europäischen Jüdinnen und Juden erfordert eine besondere Beachtung. Zugleich legen der Vorbildcharakter des Mussolini-Regimes für die NS-Diktatur sowie die Strukturähnlichkeit beider Regime systematische Vergleichsanalysen nahe. So sprechen die in Kapitel 4.2 aufgeführten Argumente für eine Vergleichbarkeit beider Regime im Sinne ihrer Kennzeichnung als faschistisch.⁵⁰

(5) Das *Fortleben bzw. Wiederaufleben des Faschismus* nach 1945 wird in der historischen Forschung mehrheitlich und teils vehement bestritten.⁵¹ Besonders im deutschsprachigen Raum gilt der Faschismus weitestgehend als historisch abgeschlossenes Epochenphänomen. Einschränkend dazu wird in der Forschung zur extremen Rechten der Nachkriegszeit mehrheitlich die Existenz neofaschistischer Parteien und Bewegungen in vielen europäischen Ländern anerkannt.⁵² Neofaschismus bzw. Neo-

49 Zum Stand einer vergleichenden Faschismusforschung existiert mittlerweile umfangreiche Literatur. Empfehlenswerte Überblicksdarstellungen finden sich in Reichardt (2007); Speckmann/Wiegel (2012); Schlemmer/Woller (2016a); Esposito (2016).

50 Zusammenfassend sei hierzu auf das Fazit von Schlemmer/Woller (2014: 144) zum Forschungsstand verwiesen: «Für die Forschung gibt es hier noch viel zu entdecken; sie kann das aber nur, wenn sie sich von alten Anschauungen löst und anerkennt, dass Rassismus und Antisemitismus nicht vorwiegend Trennlinien in der faschistischen Welt markieren, sondern im Gegenteil ein gemeinsames Wesensmerkmal darstellen. Faschismus ohne Rassismus und Antisemitismus gab es nicht, Rassismus und Antisemitismus waren keine nationalsozialistische Eigenart, sondern vielmehr die Essenz des europäischen Faschismus in seiner Epoche.»

51 Allerdings verweisen querliegend zu dieser Annahme einige der in dieser Studie zitierten Forscher aus dem britischen und angloamerikanischen Sprachraum wie Roger Griffin und Robert O. Paxton auf die Möglichkeiten eines Fortlebens bzw. Wiedererstarkens des Faschismus unter anderen Bedingungen und Erscheinungsformen (s. auch das Interview mit Griffin im Anhang).

52 Bemerkenswert ist hierbei auch die Diskrepanz, die in den geführten Interviews zwischen Vertreter*innen der Soziologie, Geschichts- und Politikwissenschaften einerseits und Expert*innen aktueller extrem rechter Phänomene zu diesen Fragen andererseits zum Ausdruck kommt.

nazismus als politische Kategorisierungsbegriffe sollten jedoch nur für diejenigen politischen Strömungen Verwendung finden, die sich inhaltlich, programmatisch und praxeologisch erkennbar auf die entsprechenden historischen Vorbilder beziehen. Allerdings gilt diese Kennzeichnung als (neo-)faschistisch nur für die allermeisten Gruppierungen in der Bewegungsphase, die Existenz eines aktuell existenten faschistischen Regimes wird in der Forschung allgemein infrage gestellt.⁵³

Anknüpfend an die eingangs formulierte Arbeitsdefinition des Faschismus ist festzustellen, dass den allermeisten extrem rechten Bewegungen ein zentrales Merkmal faschistischer Bewegungen bislang fehlt: eine Miliz bzw. paramilitärische Formation.⁵⁴ Eine neue faschistische Bewegung im idealtypischen Sinne mit allen relevanten historischen Kernmerkmalen und mit erkennbarem Massenanhang lässt sich deshalb für die aktuelle Zeit in Europa weitestgehend nicht benennen.⁵⁵ Allerdings ist nicht auszuschließen, dass sich künftig in Europa aus dem Spannungsfeld zwischen Rechtspopulismus, Autoritarismus und Rechtsextremismus neue Bewegungen mit Massenanhang formieren könnten, die sich als neue und an die zeitgemäße politische Kultur angepasste Ausdrucksformen von Faschismus kennzeichnen ließen. Solange jedoch aktuelle extrem rechte Bewegungen und Parteien – wie zum Beispiel die sich in Deutschland politisch etablierende AfD – nicht die wesensbestimmenden faschistischen Kernmerkmale aufweisen,⁵⁶ sind Merkmalsbestimmungen wie extrem oder radikal rechts, völkisch-nationalistisch, autoritär und rechtspopulistisch zum aktuellen Zeitpunkt eher zutreffend. Allerdings schließt eine solche Deutung nicht aus, dass innerhalb der AfD völkisch-nationalistische Strömungen zu erkennen sind, die Grundmerkmale (neo-)faschistischer Weltanschauungen aufweisen. Insgesamt stimmen wir Guido Speckmann und Gerd Wiegel (2012: 124) resümierend zu, dass «eine enge Auslegung des Faschismusbegriffs ratsam» ist.

(6) Aus der vorliegenden Literaturanalyse wird erkennbar, dass es an einer vertiefenden *Verknüpfung von historischer Faschismusforschung und aktueller Rechtsextre-*

53 Einen aktuellen Streitfall stellt die Regierungsform in Brasilien nach dem Regierungsantritt von Jair Messias Bolsonaro dar (vgl. Ruffato 2019). Allerdings wird dessen Regime mehrheitlich als autoritär bzw. rechtsextrem charakterisiert.

54 Hier lässt sich mit Blick auf das terroristische Potenzial des deutschen Neonazismus einschränkend festhalten, dass es von der Nachkriegszeit bis in die heutige Zeit hinein wiederkehrende Bestrebungen gegeben hat, solche Strukturen zu entwickeln (Virchow 2016).

55 Auch hierzu muss einschränkend darauf verwiesen werden, dass es beispielsweise gewaltorientierte rechtsextreme Massenaufmärsche in Polen mit neofaschistischer Stoßrichtung gibt (vgl. Pilawski/Politt 2016). Zudem wird außerhalb von Europa die hindu-nationalistische indische Regierungspartei BJP und ihr Anhang von kritischen Intellektuellen als Ausdruck einer neuen faschistischen Massenbewegung gedeutet (Roy 2019).

56 Ein «faschistisches Minimum», wie es etwa Roger Griffin im Interview definiert, reicht unserer Ansicht nach allein nicht dazu aus, etwa die AfD vollumfänglich als faschistisch zu definieren, denn demnach wären nahezu alle rechtspopulistischen Parteien in Europa von der Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) über die Fidesz bis zur Lega «faschistisch», was die Einschätzung nach sich ziehen müsste, wir würden aktuell eine Welle von Faschisierungsprozessen einschließlich faschistischer Regimeformierungen durchleben.

mismusrforschung fehlt bzw. eine solche Verknüpfung erst am Anfang steht:⁵⁷ Die strikte historische Eingrenzung des Faschismusbegriffs hat dazu geführt, «dass die Geschichtswissenschaft bisher sehr wenig zur Analyse rechtsextremer Bewegungen nach 1945 beigetragen und diese Aufgabe weitestgehend an die Politikwissenschaft delegiert hat» (Schildt 2015: 25).

Forschungsaufgaben

Der Mangel an Verknüpfungen von zeitgenössischer Rechtsextremismusforschung mit historischer Faschismusforschung lässt sich auch im Hinblick auf die aktuelle Populismus- und Autoritarismusforschung konstatieren. Hier sowie in weiteren forschungsanalytischen Leerstellen liegen wichtige Herausforderungen für die künftige Forschung:

- Anknüpfend an Forschungsansätze zur neomarxistischen Staatstheorie (Regulationstheorie; Studien zum autoritären Etatismus) lassen sich gewinnversprechende Ansätze zur Verknüpfung von Autoritarismus-, Populismus- und Rechtsextremismusforschung weiterentwickeln, um die jeweiligen Forschungsansätze und Ergebnisse zu diesen Phänomenen komparativ anzureichern. Daran anschließend wären weitere vertiefende Versuche zur Verknüpfung von neuer Klassenanalyse (vgl. Becker/Dörre/Reif-Spirek 2018) mit neuen Milieustudien (vgl. Vester 2017) und zeitgenössischer kritischer Rechtsextremismusforschung wünschenswert.
- Eine weitere Herausforderung liegt in der Verknüpfung von historischen Vergleichsanalysen (Stichwort: Weimarer Verhältnisse) mit aktuellen Debatten um Postdemokratie/«große Regression» (vgl. Geiselberger 2017).
- Die notwendige Auseinandersetzung mit aktuellen postdemokratischen Transformationsprozessen, mit Wahlerfolgen zeitgenössischer Rechtsaußenparteien sowie mit zunehmenden politischen Annäherungen von konservativen und rechtspopulistischen/rechtsextremen Parteien erfordern zugleich eine breit geführte kritische Debatte über die sogenannte Extremismustheorie und deren Paradigma: Eine angeblich per se demokratische «Mitte» werde durch ihre demokratiefeindlichen rechten und linken Ränder bedroht. In der Realität hingegen zeigen sich aktuell Tendenzen einer zunehmend «enthemmten Mitte» (Decker/Kies/Brähler 2016) in Form eines sich radikalierenden Konservatismus, der dem Rechtsextremismus die Tür öffnet. Deshalb sollte ein vertiefender Blick der Forschung auf historische und aktuelle politische «Familienähnlichkeiten» (s. Kapitel 5.3) in nationalkonservativen, nationalliberalen und rechtsextremen sowie neofaschistischen Spektren gelegt werden.

57 Im Kontext extrem rechter Wahlerfolge sind empfehlenswerte Bücher erschienen, die sich mit der Frage auseinandersetzen, was aus der Vergangenheit zur Verhinderung eines Wiederauflebens von Nationalismus und Autoritarismus gelernt worden ist bzw. wo und in welchen Formen todgeglaupte faschistische Erscheinungsformen eine Wiederauferstehung erfahren: vgl. Holtmann (2016); Wirsching/Kohler/Wilhelm (2018); Frei/Maulbach/Morina/Tändler (2019) und Botsch/Kopke (2019). Einen interessanten Versuch zur Vertiefung stellt das Projekt Zeitgeschichte-online dar, vgl. Müller/Rigoll (2019).

- Hinsichtlich der aktuellen Zunahme und Ausdifferenzierung von unterschiedlichen Formen neofaschistischer Organisierung (neofaschistische Massenaufmärsche unter anderem in Polen; Formierungen gewaltorientierter «Bürgerwehren» in Deutschland; CasaPound in Italien und Identitäre Bewegung in Frankreich, Österreich und Deutschland etc.) können sich komparative Verknüpfungen mit historischer Faschismusforschung als hilfreich erweisen, wie jüngere Untersuchungen zum Vigilantismus (vgl. Quent 2016) und zur sozialen Bewegungsforschung (vgl. Häusler/Virchow 2016) zeigen.
- Ein weiteres Forschungsdesiderat liegt bislang noch weitestgehend in der vergleichenden Analyse der Sprache des Rechtspopulismus mit der Sprache des Faschismus.⁵⁸
- Von besonderer Bedeutung für die machtpolitische Umsetzbarkeit extrem rechtsgerichteter Gesellschaftsbilder ist die erfolgreiche Bündnisarbeit zwischen Rechtsextremismus und radikalisiertem Konservatismus. Die aktuelle Forschung zum Rechtspopulismus weist auf die Umsetzung solcher Prozesse in Gestalt von rechtspopulistischen Parteien hin. Aus dieser Perspektive wären vertiefende und vergleichende Forschungen zur Erosion des demokratisch gebundenen Konservatismus hilfreich für die weitere Auseinandersetzung.

Abschließend sei hinsichtlich dieser Auseinandersetzung mit dem Faschismusbegriff auf die Frage nach der Bedeutung des Antifaschismus verwiesen: Nicht nur aus einem explizit linksgerichteten Geschichtsverständnis heraus stellt dieser Begriff ein historisch tradiertes Narrativ dar für das Lernen aus der und das Erinnern an die Vergangenheit («Nie wieder!»). Es dient der Versinnbildlichung politischer Gefahren und gesellschaftlicher Verantwortung zum aktiven Handeln gegen Inhumanität. In Zeiten zunehmender Infragestellung dieses Begriffs und gar der politischen Diskreditierung von Gruppen, die ihn vertreten, wäre eine breitenwirksame Begriffsrevitalisierung hilfreich für die politische Bildung im Sinne von Adorno: «Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.» (Adorno 1970: 356)

58 Hier wäre eine Vertiefung von diskursanalytischen Vergleichen des neuen völkisch-nationalistischen Jargons der AfD mit der «Sprache im Faschismus» (vgl. Ehlich 1989; Maas 1984; Detering 2019; Murgia 2019; Botsch/Kopke 2019) von großem Nutzen für die aktuelle Auseinandersetzung.

7 INTERVIEWS MIT FASCHISMUSEXPERT*INNEN

Im Kontext der vorliegenden Studie zu Faschismus in Geschichte und Gegenwart haben wir Befragungen (teils in mündlicher und teils in schriftlicher Form) durchgeführt mit Expert*innen aus der historischen und der vergleichenden Faschismusforschung, der Soziologie und den Politikwissenschaften, der Forschung zur extremen Rechten und mit Fachleuten aus dem Feld aktueller antifaschistischer und antirassistischer Recherche und Analyse.

Die vorliegenden Interviews ermöglichen einen separaten, eingängigen und beispielreich konkreten Zugang zu zentralen Fragestellungen der Studie.

Interview mit Roger Griffin	91
Interview mit Karin Priester	102
Interview mit Lutz Klinkhammer	107
Interview mit Brunello Mantelli	111
Interview mit Stefano Cavazza	114
Interview mit Bulcsú Hunyadi	116
Interview mit Endre Borbath	118
Interview mit Kurt Bauer	120
Interview mit Andreas Peham	126
Interview mit Christoph Schulze	132
Interview mit dem Team des apabiz	135
Interview mit der Redaktion der Zeitung <i>der rechte rand</i>	137
Interview mit der Redaktion der Zeitung <i>Lotta</i>	139

INTERVIEW MIT ROGER GRIFFIN

Roger Griffin, geboren 1948, lehrte an der Oxford Brookes University Zeitgeschichte. Sein Werk «The Nature of Fascism» aus dem Jahr 1991 wurde zu einem Standardwerk der vergleichenden Faschismusforschung und dient als Grundlage zur Formulierung einer Minimaldefinition des Faschismus.

Ihre Definition eines faschistischen Minimums ist sowohl auf große Zustimmung als zugleich auch auf massive Kritik gestoßen. Von welcher Seite bekam Ihre Faschismusdefinition die meiste Zustimmung und woher kam die heftigste Kritik?

Das sind zwei verschiedene Fragen, die ohne verwirrende Vereinfachungen nicht kurz beantwortet werden können.

Die erste Frage betreffend der «Zustimmung» zu meinem Ansatz impliziert, dass es zwei «Seiten» der historischen und gegenwärtigen Debatte über die Definition des Faschismus gebe, was aber eine falsche Voraussetzung ist. Es gibt im Großen und Ganzen vier akademische Lager, die sich um diese Frage herum gebildet haben. (1) Die Marxisten; (2) Nicht-Marxisten («Liberales»), die über den Faschismus vor den 1990er Jahren geschrieben haben; (3) Forscher, die sich mit dem Faschismus befassen, meistens seit den 1990er Jahren und die ihn als eine revolutionäre Form von Ultrationalismus betrachten, der eine alternative, moderne, aber in der nationalen Vergangenheit verwurzelte Gesellschaft und einen ebensolchen Staat im Gegensatz zur liberalen Demokratie und dem Kapitalismus anstrebt, unabhängig davon, ob sie direkt von mir beeinflusst wurden oder nicht; (4) diejenigen, die diesen Ansatz generell ablehnen oder ihm kritisch gegenüberstehen, oder meinem Ansatz ganz besonders. Einige, die ihm (und mir auch persönlich) eindeutig negativ gegenüberstehen.

(1) Marxistische Einwände

Die marxistische wissenschaftliche, journalistisch-politische und aktivistische Tradition war immer – und ist es immer noch – eine höchst kraftvolle und produktive Tradition, sich mit dem Faschismus als Todfeind seines emanzipatorischen Kreuzzugs für die Befreiung der Menschheit von den Mächten der Ausbeutung, Unterwerfung und Verfolgung durch eine sozialistische Bewegung, die vielleicht einmal in einer weltweiten kommunistischen Gesellschaft gipfelt, zu befassen. Der Faschismus ist ein tödlicher Feind, weil er als Ausdruck eines extremen, gewalttätigen und totalitären Kapitalismus gesehen wird, der wegen der wachsenden Bedrohung durch den radikalen Sozialismus, die heuchlerische Fassade der bürgerlichen Demokratie niederreißt und die darunterliegende gewalttätige und unterdrückende Natur enthüllt. Die faschistische Variante des Kapitalismus wird dann gebraucht, wenn der Sieg des proletarischen Sozialismus über die Klassengesellschaft bevorsteht, ein Sieg, der die Grundlage seines langfristigen Programms der systemischen Ausbeutung und wirtschaftlichen Versklavung der Mehrheit der Menschheit zerstören würde. Diese

Ausbeutung findet sowohl im «imperialistischen» Kontext der Kolonisierung und Dehumanisierung von Völkern statt, die als «primitiv» oder «rassisch minderwertig» gelten, als auch im inländischen nationalen Kontext eines entmenslichenden Klassensystems, das systematisch Armut, Entfremdung und Verzweiflung erzeugt. Ein absoluter Grundsatz all der vielen Varianten marxistischer Analysen des Faschismus ist der Glaube, dass es sich um eine grundsätzlich *reaktionäre* historische Kraft handelt, die daher nur als antirevolutionär, konterrevolutionär oder pseudorevolutionär und, indem sie den Prozess der menschlichen Emanzipation aufhält, in einem tiefen Sinne als antimodern angesehen werden kann. Beinahe alle im sowjetischen Einflussbereich tätigen Wissenschaftler (insbesondere die in der DDR, die versuchten, das «Dritte Reich» zusammenfassend darzustellen) und die Marxisten, die an westlichen Universitäten und Instituten arbeiteten, nahmen diesen Faschismusansatz in unterschiedlicher Komplexität an.

Mein Ansatz zeigt Faschismus als *alternative* Revolution zum Marxismus, die (unmittelbar in der Interpretation der Faschisten der Zwischenkriegszeit und schließlich im Falle der tiefer denkenden Ideologen der Nachkriegszeit) darauf abzielt, einen eigenen alternativen modernen Staat und ein neues kulturpolitisches System zu schaffen. Er besteht auch auf der klassenübergreifenden, nicht ausschließlich «bürgerlichen» Unterstützung faschistischer Bewegungen in der Zwischenkriegszeit und ihrem letztlich *antikapitalistischen* Drang, eine neue Art von politischer Ökonomie zu schaffen, die auf verschiedenen Mischformen von Staatskapitalismus und liberaler Ökonomie basiert. Dies wäre völlig unvereinbar mit dem Funktionieren einer marktwirtschaftlichen Weltwirtschaft und ist damit zutiefst feindselig und destruktiv gegenüber dem materialistischen und individualistischen Ethos des Kapitalismus.

Es ist also kaum überraschend, dass marxistische Faschismusforscher (aus ihrer Sicht zu Recht) überwältigend unempfindlich gegenüber meinem Ansatz waren und ihn im Allgemeinen völlig ignorierten. Nur sehr wenige marxistische Faschismusexperten waren bereit, sich an der Initiative zu beteiligen, die ich vor einigen Jahren mit David Roberts ergriffen habe, um einen sinnvollen Dialog zwischen marxistischen und liberalen Theoretikern in einer Zeitungssonderausgabe darüber zu erzeugen, wie «unsere» Ansätze harmonisiert werden könnten. Einmal hat ein trotzkistischer Intellektueller meine Theorie in seinem eigenen Buch über den Faschismus sogar dahingehend kritisiert, dass meine Theorie die Wirkung habe, wenn nicht die Absicht, den Faschismus zu rehabilitieren, indem ich ihn als politische Theorie ernst nähme.

(2) «Liberale» Verwirrungen vor den 1990er Jahren

Vor den 1990er Jahren gab es, bis auf eine Handvoll Ausnahmen (Eugen Weber, George Mosse, Stanley Payne, Zeev Sternhell und Emilio Gentile), eine ganze Menge konkurrierender Ansätze über den Faschismus als übergeordneter politischer Kraft («generischer Faschismus»). Sie gingen jedoch von der Annahme aus, dass er als politisches Phänomen keinen zusammenhängenden ideologischen Kern auf Augenhöhe

mit Konservatismus, Liberalismus oder Sozialismus hat, abgesehen von einem intensiven, irrationalen Nationalismus, und dass seine Rhetorik und Propaganda einen im Wesentlichen hasserfüllten, nihilistischen, zerstörerischen Angriff auf humanistische Werte und Zivilisation verbarg. Zum Beispiel behauptete ein englischer Kritiker, dass der Faschismus die «Form einer Ideologie ohne Inhalt» habe, ein anderer, dass er einfach nur ein «unlösbares Rätsel» sei. Es gebe keinen Sinn im Faschismus als Ideologie oder politischem System, und er wurde daher am besten dadurch definiert, was er ablehnte (als antimodern, antiliberal, antikommunistisch usw.), anstatt durch irgendeine Art von zusammenhängenden (nach seinem eigenen Wertesystem) «positiven» Zielen. «Faschistische Kultur» wäre deshalb ein Widerspruch in sich.

Einige respektierte oder zumindest etablierte Akademiker behaupteten, dass er undefinierbar sei, und viele, insbesondere in Westdeutschland, dass er als Staatsform am besten als eine Form von Totalitarismus mit einem zerstörerischen, antihumanen Programm zu verstehen sei (den Ansatz der deutschen Marxisten auf beiden Seiten der (Berliner) Mauer ablehnend, die ihn als extreme Form des Kapitalismus behandelten).

Mehrere prominente Experten auf diesem Gebiet forderten, dass der Begriff insgesamt als sinnlos verbannt werden sollte. Gleichzeitig schrieben Historiker im Allgemeinen über faschistische Staaten der Zwischenkriegszeit, ohne sie zu definieren, oder fokussierten sich auf spezielle nationale Varianten des Faschismus (wie etwa Salazar, Franco und Dollfuß), ohne auf das internationale Phänomen in einem vergleichenden Sinne zu zeigen (dies gilt besonders für Historiker in Italien und Deutschland). Andere stellten nationale einzelne extreme Bewegungen in den Mittelpunkt, ohne sie zum Faschismus in Bezug zu stellen, oder sie behaupteten, dass sie zu eigenständig und einzigartig seien, um unter einem Begriff wie Faschismus zusammengefasst zu werden (eine immer noch dominante Tendenz in Frankreich).

Meine Lösung des «Rätsels»

Als ich Mitte der 1980er Jahre anfang, das Problem der Definition des Faschismus zu lösen, waren meine beiden Prämissen unorthodox:

(a) Es gibt keine absolute und definitive Definition von irgendeinem Konzept, zumal wenn es «Gattungsbegriffe» in den Geisteswissenschaften betrifft, nur das, was Max Weber eine «idealtypische» nannte. Kein idealer Typ kann «wahr» sein, aber er kann mehr oder weniger «heuristisch» nützlich für Forscher sein, die versuchen, generische Muster nomothetisch in einer Masse von verstrickten sozialen, politischen, anthropologischen, wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Phänomenen zu erkennen (die auch «idiographisch» als einzigartig behandelt werden können).

(b) Ein heuristisch nützlicher Ansatz, um Faschismus zu definieren, war, ihn wie jede andere politische Ideologie zu behandeln und zu definieren, nämlich durch die Untersuchung, wie sie in Bezug auf proklamierte Werte, Bestrebungen, Programme, Politik und die Diagnose des Status quo durch ihre eigenen Protagonisten charakteri-

siert wird, und die Definition weniger darauf zu basieren, wie sie von ihren Gegnern und Feinden gekennzeichnet wurde (was nicht bedeuten soll, dass Faschismus *nur* eine Ideologie ist, genauso wenig wie Liberalismus und Katholizismus *nur* das sind).

Ich begann mit einer Vielzahl von (italienischen) faschistischen Quellen zu seiner Ideologie und begann, «spiralförmig» eine breite Palette von «vermeintlichen» faschistischen Phänomenen zu untersuchen, von denen mir Beispiele zugänglich waren (entweder direkt auf Italienisch, Deutsch, Französisch und Spanisch oder in Übersetzung). Zunächst startete ich mit einer Bewegung, die sich *selbst* als faschistisch bezeichnete, der British Union of Fascists (BUF), dann dem Nationalsozialismus und den anderen großen Bewegungen, die mit dem Faschismus verbunden sind. Ich wurde mir eines unverwechselbaren Musters bewusst, das mir als nützlicher, idealtypischer Lackmestest zur Unterscheidung zwischen Faschismus und anderen politischen Phänomenen dienen könnte. Die Darstellung meiner Analyse des daraus resultierenden «faschistischen Minimums» (zusammengefasst in der Formulierung «palingenetischer Ultrationalismus») erfolgte in meiner DPhil [britische Form von Promotion] für die Oxford University (1990) und wurde in der Anwendung in «The Nature of Fascism» (1991) weiterentwickelt und erweitert. In der Folge wandte ich das in allen meinen Folgeveröffentlichungen zum Faschismus (über 100) bis heute mit minimalen Verfeinerungen an.

«Palingenetischer Ultrationalismus» ist eine Kurzform oder begriffliche Konzeption für eine politische Vision/Mythos/Ideologie/Aktionsprogramm, in der die (mythisch aufgefasste) organische, über dem Individuum stehende Nation (manchmal in Form einer biologischen Variante des Rassismus ohne Bezugnahme auf einen Nationalstaat konzipiert) wegen der Mächten der *Dekadenz* in Lebensgefahr ist und durch einen Prozess der *Wiedergeburt* oder *Palingenese* [griechisch für «Widergeburt»] noch gerettet werden kann. Der palingenetische Prozess muss, wie jede Revolution, von einer aufgeklärten oder «aufgewachten» Avantgarde veranlasst werden, die eine kritische Masse an populistischer Unterstützung für eine nationale Revolution entwickelt hat.

(3) Liberale Zustimmung

Was zunächst einige etablierte und viele jüngere Wissenschaftler dazu brachte, meinem Ansatz zuzustimmen, war die Tatsache, dass er empirisch sinnvoll war, sobald sich jemand auf die Zeugnisse von Faschisten, Nazis, Mitgliedern der BUF und einer großen Anzahl ähnlicher Bewegungen konzentrierte, die vor und nach dem Krieg revolutionäre Formen des Nationalismus verfolgten. Bereits auf wenigen Seiten von Manifesten oder Reden von faschistischen Zwischenkriegsführern wie Mussolini, Hitler, Mussert, José Antonio Primo de Rivera (aber nicht Miguel Primo de Rivera oder Francisco Franco), Szálasi, Preto (aber nicht Salazar), Mosley, Pavelić, Quisling, Salgado, Codreanu (aber nicht Antonescu) und ihren vielen anderen Ideologen springt das beschriebene Muster ins Auge: die Überzeugung von der gegenwärtigen Dekadenz und Schwäche der Nation unter der liberalen Demokratie und die bevorstehende

Wiedergeburt nach einer nationalen Revolution voller reinigender Gewalt. Auch nach 1945 strebten alle «wahren» Faschisten immer noch danach, das gegenwärtige «dekadente» liberale demokratische System durch eine neue Ordnung zu ersetzen, ob durch die Wiedergeburt der Nation oder der ganzen weißen «Rasse», die durch kulturelle Transformation, einen rassistischen Bürgerkrieg oder die Wahl einer faschistischen Regierung auf dem Höhepunkt einer nationalen Krise zustande kommen soll.

Kurz gesagt, mein Ansatz war für alle Forscher attraktiv, die intellektuell offen für den Wert vergleichender, kollaborativer Studien zu Aspekten des Faschismus waren, und bereit waren, meinen Vorschlag auf der Grundlage eines echten Verständnisses davon zu bewerten, unabhängig davon, ob er in meinen Publikationen oder denen gleich gesinnter Kollegen vorgestellt wurde. Um es noch einmal zu sagen, dieser Vorschlag, der auf der Grundlage einer gründlichen Auseinandersetzung mit den primären Quellen gemacht wurde, war/ist, dass der Faschismus durch einen ideologischen Kern oder ein Minimum definiert werden soll, wie er von den überzeugtesten Befürwortern einer ultranationalistischen Revolution artikuliert wird, um die bevorstehende oder letztendliche Wiedergeburt der «Ultranation» herbeizuführen. Der allgemeine Begriff «Faschismus» wurde zuerst von einigen Ultranationalisten verwendet, die in ihrer eigenen Nation der Revolution naheifern wollten, die zuerst vom italienischen Faschismus ausgegangen war, aber legitim und sinnvoll auf Bewegungen ausgedehnt werden konnte, die sich mit diesem Begriff nicht selbst beschrieben (z. B. Nazismus, Falangismus, Hungarismus, die Eiserne Garde). Meinem Ansatz (der von den zuvor genannten Historikern vollständig vorbereitet worden war) zu folgen bedeutete zu akzeptieren, dass der Faschismus, auch wenn er keine vollständig durchdachte intellektuelle oder lehrmäßige Grundlage wie Marxismus oder Liberalismus hatte, eine aktivistische Ideologie war, die sich auf das utopische Ziel konzentrierte, sowohl die liberale Zivilisation als auch ihre marxistische Alternative durch eine neue Art von totalitärem Staat auf der Grundlage des Ultranationalismus zu ersetzen (der in einigen Fällen exterminatorische Formen des kulturellen oder biologischen Rassismus umfasste).

Dieser Ansatz zog auch eine Reihe von Wissenschaftlern an, wie Roger Eatwell, Martin Blinkhorn, Robert Paxton, A. J. Gregor und Michael Mann, die meine Theorie ablehnten, manchmal durch eine falsche Darstellung meiner Argumentation, und stattdessen ihre eigenen Versionen der von mir vorgeschlagenen Definition anboten, von denen sich einige wie eine (schlechte) Umschreibung meiner ursprünglichen Formulierung lesen. Trotz ihrer Kritik wurde meine Theorie von zahlreichen ernsthaften Wissenschaftlern aufgegriffen, die an ihren eigenen nationalen faschistischen Phänomenen in der gesamten europäisch geprägten Welt arbeiteten, und sie wurde von so großen Historikern wie Aristoteles Kallis, Constantin Iordachi und David Roberts verfeinert. Mein Ansatz hat auch einen wesentlichen Beitrag zur Initiative zur Gründung der Open-Access-Zeitschrift *Faschismus* sowie der International Association for Comparative Fascist Studies (COMFAS), geleistet, deren Tagungen zu einem Treffpunkt für gleichgesinnte Wissenschaftler aus vielen Ländern geworden sind.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der Hauptgrund, warum «meine» Definition von so vielen postgradualen Forschern und erfolgreichen Wissenschaftlern in allen Ländern, die keine «geschlossene Werkstatt» gegenüber «fremden» Ansätzen betreiben (wie in Deutschland bis vor Kurzem, in Frankreich, Italien und Russland bis heute), verwendet wird, darin besteht, dass mein Ansatz eine Arbeitsdefinition hervorgebracht hat, die in Bezug auf Zwischenkriegs- und Nachkriegsfaschismus tatsächlich *funktioniert*. Aber sie funktioniert nur, wenn alte Vorurteile überwunden werden, Vorurteile, die immer noch von Historikern wie Richard Bosworth und vielen anderen in der Blogosphäre aufrechterhalten werden, die davon überzeugt sind, dass der Faschismus mit jeder Form von illiberalem Nationalismus gleichzusetzen ist, auch wenn das Kennzeichen von einem palingenetischem Mythos nicht vorhanden ist.

Unvermeidlich werden Marxisten nie von meinem Ansatz überzeugt sein, denn er beinhaltet, die Überzeugung aufzugeben, dass ihr Ansatz die einzige «wahre» revolutionäre Bewegung und die einzige Grundlage einer alternativen modernen Welt in der Geschichte ist. Dennoch existiert heute trotz des Widerstands derjenigen, die mit ihrem eigenen Idealtyp von Faschismus arbeiten oder glauben (mit methodischer Naivität oder Anmaßung), dass sie auf eine kohärente, anspruchsvolle Definition ganz verzichten können, eine wachsende produktive akademische Gemeinschaft, bestehend aus denen, die sich ernsthaft mit faschistischen Phänomenen der Zwischen- oder Nachkriegszeit beschäftigen und den heuristischen Wert meines Ansatzes verstehen und ihn mit einem kritischen und originellen Geist anwenden.

(4) Massive Kritik

Es gibt viele Gründe, warum mein Ansatz ignoriert oder kritisiert wurde, manchmal vehement. Hier sind zehn:

(a) Der Wissenschaftler ist ein konsequenter Marxist.

(b) Der Wissenschaftler hat seine eigene Faschismustheorie entwickelt, die sich als angemessen und heuristisch nützlich für seine eigenen Forschungs-/Lehrzwecke erwiesen hat, und sieht daher keine Notwendigkeit, sich durch eine andere Theorie überzeugen zu lassen. Beispiele dafür sind A. J. Gregor, Zeev Sternhell oder Stefan Breuer, der in einem Artikel aus dem Jahr 2008 erklärte, dass der von mir ein Jahrzehnt zuvor angekündigte «neue Konsens» bereits tot sei. Ironischerweise hat der von Breuer vorgeschlagene alternative Idealtyp, der parteibezogen nach 1945 nicht angewendet werden kann, keine praktische Anwendung durch andere Wissenschaftler gefunden und ist damit spurlos verschwunden, was seinen minimalen heuristischen und empirischen Wert beweist. Es erlitt damit ein ähnliches Schicksal wie der von Ernst Nolte auf der Grundlage von Faschismus, Nazismus und der *Action Française* in einem Buch (Deutsch 1963, Englisch 1965) vorgeschlagene Idealtypus, der als erstes ernsthaftes Beispiel für vergleichende faschistische Studien äußerst berühmt wurde. Seine metapolitische Definition blieb jedoch heuristisch steril und in vergleichenden Faschismusstudien seither für Forschungszwecke nicht nützlich und daher ungenutzt.

Inzwischen dient das Modell dessen, was Mosse 1999 als «faschistische Revolution» bezeichnete, das er und Stanley Payne als Erste entwickelt haben und das ich zu einer Definition in einem Satz gemacht habe, heute als allgemeiner Standard für die Erforschung des Faschismus in allen Ländern, bis auf eine Handvoll, die für die «ausländische» Forschung besonders unempfindlich sind. Zu den jüngsten «Rekruten» dieser florierenden Gemeinschaft gehören führende Forscher in Norwegen, Deutschland, Spanien, Portugal, der Tschechischen Republik und der Slowakei, wo Jakub Drábik gerade eine 644-seitige Tour de Force zum Thema Faschismus in Slowakisch veröffentlicht hat. «Fašismus» (2019) basiert vollständig auf dem «neuen Konsens» und stellt einen noch umfassenderen Überblick über den Faschismus in seiner Gesamtheit dar als Stanley Paynes Meisterwerk «A History of Fascism» von 1995 (wird aber, da auf Slowakisch geschrieben, tragischerweise nur einer Minderheit von Forschern zugänglich sein).

(c) Der Wissenschaftler ist davon überzeugt, dass die rechtsextreme Bewegung, die er oder sie untersucht, so einmalig und außergewöhnlich ist oder sich so vom originalen italienischen Faschismus unterscheidet, dass sie nicht zusammengebracht werden kann mit einem generischen Begriff wie «Faschismus» oder dass nichts gewonnen wird in Bezug auf Erkenntnis und Verständnis, wenn man das täte (eine häufige Einschätzung innerhalb von Nazi- und Faschismusstudien).

(d) Der Wissenschaftler gehört zu einer Sorte von Historikern, die sich der Idee widersetzen, dass Historiker sich um Debatten über generische Phänomene kümmern sollten, die im Zusammenhang stehen mit «Sozialwissenschaften» und dass sie in ihren Forschungen sehr wohl das Eigentümliche beschreiben und dabei generische Konzepte prinzipiell vermeiden können. So hat zum Beispiel Sir Ian Kershaw, der brillante Hitler-Biograf und produktive Analytiker des Nazismus, meine Definition des Faschismus gebilligt, aber nie den Nutzen gesehen, den Begriff «Faschismus» in seinen vielen aufschlussreichen Publikationen über das «Dritte Reich» zu gebrauchen. Andererseits hat sich der Faschismusexperte und Mussolini-Biograf Richard Bosworth immer extrem abwertend und spöttisch über Versuche, Faschismus zu definieren, geäußert, und dennoch ein Handbuch über generischen Faschismus bei Oxford University Press herausgegeben (das aufgrund des Fehlens eines zwingenden Idealtyps oder einer Definition, der dem Buch Zusammenhalt verleiht, unvermeidlich äußerst fehlerhaft und lückenreich geworden ist).

(e) Der Wissenschaftler glaubt, dass der Begriff Faschismus undefinierbar ist (was er in jedem definitiven Sinne ist, genau wie jedes andere Konzept in den Geisteswissenschaften) und dass man keinen Versuch unternehmen sollte, Studenten oder anderen Wissenschaftlern einen heuristisch nützlichen Idealtyp davon zu geben (eine Prämisse, die zu einer postmodernen Verbreitung ungelöster widersprüchlicher Narrative über den Faschismus ermutigt und eine vergleichende und kooperative Erforschung des Faschismus als generisches Phänomen unmöglich macht). Ein Beispiel ist Kevin Passmore in seiner «Kurzen Einführung in den Faschismus».

(f) Der Wissenschaftler kritisiert den Ansatz, weil er meine Behauptung (in einem 1998 veröffentlichten Buch und in einem 2004 in der *EWE [Erwägen-Wissen-Ethik]* veröffentlichten Artikel), dass sich Ende der 90er Jahre eine breite, internationale Konvergenz zur Definition des Faschismus als revolutionäre Form des Ultrationalismus herausgebildet habe, von vornherein ablehnt. Natürlich habe ich nie Einstimmigkeit über die Definition des Faschismus beansprucht (was in den Geisteswissenschaften unmöglich ist), und immer betont, dass der Bereich der Einigung im Entstehen und dabei umstritten sei. Der Überbegriff, den ich für die Entwicklung benutzte, der «neue Konsens», erschien einigen jedoch zu arrogant, vor allem denen, die noch nicht von den Vorteilen meines Ansatzes überzeugt oder damit nicht vertraut waren. Darüber hinaus hat der sarkastische und polemische Ton, den ich für den *EWE*-Artikel gewählt habe, viele, besonders deutsche Wissenschaftler, (vielleicht zu Recht) befremdet und geärgert, insbesondere in den Passagen, in denen ich die unverständliche Abstraktion der Definition von Ernst Nolte kritisiert und vorgeschlagen habe, dass sich deutsche Wissenschaftler mit anglofonen Theoretikern vertraut machen sollten und bereit sein sollten, «die schmutzige Unterwäsche des ›Dritten Reichs‹ in der Öffentlichkeit zu waschen», sogar mit ausländischer Hilfe, anstatt den Nationalsozialismus als ein Thema ausschließlich für deutsche Historiker zu behandeln. Ein deutscher Wissenschaftler war dermaßen verärgert, dass er die Vagheit meiner Faschismusdefinition mit der der Nazidefinition eines Juden verglich!

(g) Insbesondere dann, wenn der Wissenschaftler sich weigert, die Idee Faschismus wie eine andere relativ kohärente Ideologie zu behandeln, besonders die einer revolutionären und modernisierenden, findet er das Wort «palingenetisch» abstoßend abstrakt und unverständlich und möchte weder Zeit noch Energie aufwenden, um weiter zu untersuchen. Viele Kritiker scheinen übrigens überhaupt nicht gelesen zu haben, was ich geschrieben habe, und kritisieren meine Theorie auf der Grundlage anderer Kritiker oder irreführenden Zusammenfassungen meiner Theorie.

(h) Der Wissenschaftler lehnt die Theorie als «essenzialistisch» (z. B. Mann, Paxton) ab, was zeigt, dass er «The Nature of Fascism» nicht wirklich gelesen hat. Meiner Definition wird «Essenzialismus» vorgeworfen, obwohl im Buch ausführlich erklärt wird, dass es sich um einen idealen Typ handelt und sie daher wesentlich nicht-essenzialistisch und anti-essenzialistisch ist.

(i) Der Wissenschaftler lehnt die Theorie als «statisch» ab (z. B. Mann, Paxton), eine, die nicht zulässt, dass sich der Faschismus im Laufe der Zeit ändert, und zeigt damit, dass sie oder er die vier Kapitel in meinem ersten Buch, in dem ich einen Überblick über die Geschichte des italienischen Faschismus, des Nationalsozialismus und des misslungenen Zwischenkriegsfaschismus gebe und noch ein Kapitel über den Nachkriegsfaschismus, das zeigt, wie er sich seit 1945 entwickelt hat, und wie außerordentlich *unstatisch* er ist, nicht kennt.

(j) Wie oben angedeutet, ist der Wissenschaftler tatsächlich von der Tragfähigkeit meines Ansatzes zum Faschismus überzeugt, aber aus Gründen der Konkurrenz, der

Kleingeistigkeit oder des Fehlens eines Gemeinschaftsgeistes sieht er sich gezwungen, meine Theorie anzugreifen und stattdessen eine leicht modifizierte Variante meiner Definition vorzuschlagen.

Hat die Kritik zu Modifizierungen Ihrer Faschismusdefinition geführt?

(a) In den Veröffentlichungen seit der Debatte in *EWE* im Jahr 2004 habe ich darauf geachtet, meinen Ton zu ändern und mein Vertrauen in die empirische Robustheit und den heuristischen Wert meiner Theorie in einer gemäßigeren und versöhnlicheren Sprache auszudrücken.

(b) Die Kritik an meiner Theorie kommt überwiegend von Menschen, die sie nicht gelesen oder nicht verstanden haben, die sie nicht brauchen oder die eine eigene effektive Theorie haben, und ist daher kaum ernst zu nehmen.

(c) Die wichtigste Änderung (dank Iordachi und Roberts) besteht darin zu akzeptieren, dass der Faschismus nicht als ein Einzelphänomen betrachtet werden darf, das sich eindeutig von nicht-faschistischen Phänomenen unterscheidet. Er ist sowohl in der Zwischenkriegs- als auch in der Nachkriegszeit stark mit anderen rechten und sogar linken Phänomenen und anderen generischen Phänomenen wie Totalitarismus, patriarchaler Politik, Populismus, Rassismus, Identitätspolitik, politischer Religion/Sakralisierung verbunden. Er ist auch in zahlreiche *histoires croisées* [Verflechtungen] eingebettet, die sich auf viele nicht-faschistische Phänomene wie Nationalismus-Eugenik, Rassismus-Antisemitismus, Geschlechterpolitik, christliche Politik und die Sehnsucht nach Gemeinschaft stützen, und hat sowohl eine komplexe nationale und internationale Dimension, viele konkurrierende und widersprüchliche interne Strömungen als auch eine Vielzahl von Wechselwirkungen zwischen Bewegungen und verschiedenen Rollenmodellen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Obwohl Franco selbst kein Faschist war, erlaubte er aus pragmatischen Gründen bis 1942 einen weitaus größeren Einfluss faschistischer Identität durch die Falange, als ich früher dachte.

(d) Ich bin mir auch der Grobheit meiner Kategorien des Nachkriegsfaschismus in «The Nature of Fascism» bewusst, meiner gewaltigen Unwissenheit über viel nationale Geschichte und meiner bedauerlichen Auslassung von Hinweisen auf die extrem faschistische kroatische Ustascha, die eindeutig faschistische Ideologie (aber nicht Praxis) der Croix de Feu in ihrer Bewegungsphase und auf andere Phänomene. Wenn ich sie jetzt schreiben würde, würde ich das terroristische Potenzial des Nachkriegsfaschismus mehr betonen und zudem seine subtile Beziehung zum Islamismus, christlichem Extremismus und nicht-revolutionärer Identitätspolitik unterstreichen: Aber nichts davon war für mich in den späteren 1980er Jahren ersichtlich.

(e) Ich habe den Begriff der «Nation» verfeinert, indem ich den Neologismus «Ultra-nation» eingeführt habe, um a) historisch geschaffene Nationalstaaten und b) nicht-territoriale, überstaatliche ethnische Nationen, nämlich die weiße «Rasse»/arische «Rasse», ausdrücklich zu erfassen.

(f) Ich möchte auch betonen, dass die «Wiedergeburt» zwar von den Zwischenkriegsfaschisten als unmittelbar bevorstehend angesehen wurde, aber jetzt von den intelligentesten Neofaschisten (kein Widerspruch in sich selbst) als bis zur nächsten tiefen Strukturkrise der Nation/der Zivilisation verschoben angesehen wird. Bis dahin sind die Faschisten dazu verdammt, im «Interregnum» zu leben (ein Begriff schon 1950 von Armin Mohler in seinem höchst einflussreichen Werk «Die Konservative Revolution in Deutschland 1918–1932» eingeführt).

(g) Allerdings hat sich im Allgemeinen meine Theorie im Lauf der Zeit bewährt und ich habe ihre Anwendung erweitert (z. B. auf Zeit, Kultur und Modernität/Modernismus, Terrorismus), aber nicht grundlegend verändert. Wie man auf Amerikanisch sagt «If it aint broke, don't fix it.» Bis jetzt ist sie nicht kaputt.

Wie lässt sich Ihre Definition eines faschistischen Minimums mit dem Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten in Einklang bringen?

(a) Faschismus ist eine revolutionäre Form des Ultrationalismus, der alle Hindernisse auf dem Weg zur ultranationalen Revolution, der Wiedergeburt der Ultration, wegräumen und die Gesellschaft reinigen will (nicht unbedingt durch Vernichtung) von aller wahrgenommenen Dekadenz und den Feinden der Wiedergeburt, ideologischen wie kulturellen, und in einigen Fällen auch rassistisch und biologisch, um die neue Ordnung herzustellen.

(b) Wenn die Nation als eine (teilweise) biologische, rassische, genetische Entität begriffen wird, dann werden die «fremden» ethnischen Gruppen mit ihren eignen Kulturen wegen biologischer oder eugenischer Gründe (wie in Nazideutschland, dem Rumänien der Eisernen Garde, dem Ungarn der Hungaristen und der kroatischen Ustascha) ins Ziel genommen. Ausnahmen entstanden dort, wo die fremde Ethnie als rassistisch gleichwertig respektiert wurde. So wurden etwa (wenigstens in der Außenpolitik) die japanischen Eliten wegen ihrer «arischen» Kriegerideale respektiert, und einige norwegische Faschisten respektierten die Sami wegen ihrer authentischen Kultur (im Gegensatz zu der «Unkultur» der Juden, Slawen und Roma und Sinti).

(c) Die Hauptantriebsfeder rassistischer Verfolgung und Vernichtung ist der Mythos der Nation. Der Mainstreamfaschismus in Italien setzte sich bis zum Ende der 1930er Jahre wie der brasilianische Faschismus für eine multiethnische Version der Nation ein, die die These von der rassistischen Reinheit ausschloss. Erst als dieses Model im Faschismus offiziell marginalisiert und der Ersatzbegriff der italienischen Arier aufkam, arbeitete man bei der Naziverfolgung der Juden mit und sprach sich schließlich im Holocaust ab.

(d) Daher betont meine Definition die revolutionäre Natur des generischen Faschismus, die sich aus seinem palingenetischen Angriff auf den Status quo in all seiner Dekadenz ergibt. Sie ist vollkommen kompatibel mit den sonstigen und entmenslichenden zahlreichen Kategorisierungen von Menschen innerhalb der manichäischen Weltanschauung der Nazis, mit ihrer Entfernung aus Deutschland, Verfolgung,

Ghettoisierung und schließlich der Massenvernichtung mit fordistischen, zweckrationalen Industrietechniken.

Welche Bedeutung hat der Faschismusbegriff für die Kennzeichnung und Analyse aktueller rechter Erscheinungsformen?

Er ermöglicht die Unterscheidung zwischen *revolutionären* rechtsextremen ultranationalistischen Phänomenen und nicht-revolutionären Formen der populistischen und staatlichen Rechten und damit auch die Unterscheidung zwischen religiösen (christlichen/muslimischen) Formen des revolutionären Extremismus und solchen, die auf säkularem Nationalismus basieren.

Sehen Sie die Möglichkeit der Herausbildung einer neuen faschistischen Massenbewegung weltweit?

Nein, die Bedingungen dafür sind nicht vorhanden. Aber sie sind ideal für:

(a) eine steigende Anzahl von terroristischen Angriffen, zumal von «einsamen Wölfen»;

(b) einen ständigen Anstieg der Identitätspolitik und der rechtsradikalen (illiberalen) Politik, die teilweise von der neuen europäischen Rechten vorangetrieben wird, die eine metapolitische Form des Faschismus ist;

(c) den Aufstieg des islamistischen Dschihadismus, der eine psychodynamisch verwandte, aber im Grunde andersartige Form des revolutionären Extremismus ist;

(d) der anhaltende Trend in vielen Ländern mit schwachen oder nicht-existierenden liberal-demokratischen Traditionen, Regierungen hervorzubringen, die einige der Merkmale der Demokratie aufweisen (genauso wie viele autoritäre Staaten zwischen den Kriegen Merkmale faschistischer Staaten der faschistischen Ära hatten), die aber grundsätzlich Feinde der Demokratie sind. Orbán hat Ungarn unter seiner Herrschaft stolz als «illiberale Demokratie» bezeichnet. Es sind Verwaltungen, die auf liberalem Populismus basieren (Trumps USA, die Partei Recht und Gerechtigkeit in Polen), illiberale Demokratien und Pseudodemokratien, die sich auf das «Volk» (Putin, Erdoğan usw.) berufen, die die größte Bedrohung für humanistische liberale Staaten darstellen und eben nicht der Faschismus.

Ich möchte meine Dankbarkeit für die Geduld sowohl meines Übersetzers als auch derjenigen Leser ausdrücken, die bis zum Ende gelesen haben. Ich bedauere, dass die Antworten unvermeidlich viel komplexer waren als die Fragen, und hoffe, dass ich diese einmalige Gelegenheit, meine Theorie für ein deutsches Publikum besser zu erläutern, gewissenhaft wahrgenommen habe.

INTERVIEW MIT KARIN PRIESTER

Karin Priester, geboren 1941, ist emeritierte Professorin am Institut für Soziologie der Universität Münster und hat zahlreiche Werke unter anderem zum italienischen Faschismus, Rechtspopulismus und Rassismus veröffentlicht.

Lässt sich der Begriff Faschismus auch für das «Dritte Reich» benutzen?

Natürlich lässt sich der Begriff Faschismus auch für das «Dritte Reich» benutzen. Der Historiker Ernst Nolte bezeichnete den italienischen Faschismus als «Normalfaschismus», das NS-Regime als «Radikalfaschismus». Andere Forscher reservieren den Begriff nur für das italienische Regime und arbeiten mit dem Gattungsbegriff des Totalitarismus, zu dem sie auch das Sowjetregime zählen. Meines Erachtens ist es aber sinnvoll, auch Faschismus als Gattungsbegriff zu verwenden, um die Familienähnlichkeit, aber auch die regimespezifischen Unterschiede deutlich zu machen.

Gibt es Ähnlichkeiten und Kontinuitäten zwischen der NS-Herrschaft und dem heutigen Rechtsextremismus/Rechtspopulismus?

Ähnlichkeiten und Kontinuitäten zwischen historischen Vorläufern und dem heutigen Rechtsextremismus sind in Italien und Deutschland unterschiedlich stark ausgeprägt. Allerdings spricht der Rechtsextremismus nicht mit einer einzigen Stimme. Es gibt auf ideologischer und organisatorischer Ebene Unterschiede hinsichtlich der Kontinuität. In Deutschland reicht das Spektrum von einer Absage an das NS-Regime und einem «Neuanfang» nach 1945 bis zu einer selektiven Berufung auf bestimmte Traditionslinien (z. B. den Strasser-Flügel, die nationalrevolutionäre Richtung, die SS oder die Völkischen). In Italien berufen sich rechtsextreme Organisationen unverhüllt auf den historischen Faschismus zwischen 1922 und 1943 und werden daher zu Recht als neofaschistisch bezeichnet. In Deutschland ist das aus historischen und verfassungsrechtlichen Gründen nicht möglich und hat, wenn auch teilweise zögerlich, zum Verbot von NS-Nachfolgeorganisationen und/oder der Verurteilung von Holocaustleugnern geführt.

In Italien konkurrieren derzeit mindestens vier neofaschistische Parteien um die Hegemonie über die rechte «schwarze» Galaxie: Fiamma Tricolore, Forza Nuova, CasaPound und Fratelli d'Italia. Das Movimento Sociale Italiano (Fiamma Tricolore) ist gewissermaßen die Mutterpartei, versteht sich als Nachfolgeorganisation des Faschismus der Zwischenkriegszeit und hat diverse Abspaltungen radikalerer Kräfte erlebt. Forza Nuova steht für einen faschistischen Traditionalismus und vor allem für einen Ultrakatholizismus und katholischen Integralismus, kämpft gegen Immigration und Homosexuelle und sieht die Rolle der Frau in gottgewollter Mutterschaft. Ihre neofaschistischen Gegner werfen ihr vor, rückwärtsgewandte Folklore zu betreiben. Sie bestehe nur aus Schlägertypen und SS-Nostalgikern, halte sich für den «harten und reinen» Faschismus und sei nicht gerüstet für einen zeitgemäßen Faschismus des 21. Jahrhunderts.

Auf der gegnerischen Seite innerhalb des Neofaschismus steht CasaPound, die sich auf den US-amerikanischen Dichter Ezra Pound beruft. Er hatte, damals in Italien lebend, für Mussolini Propaganda betrieben. CasaPound steht für die «proletarische Rechte», versteht sich als laizistisch und hat ein weit verzweigtes kulturelles Netzwerk aufgebaut (Bücher- und Musikverlage, Zeitschriften, Sportzentren, Jugendvereine, Frauen- und Studentenorganisationen, soziale Dienste für unterprivilegierte Italiener etc.). Kulturell ist sie offen für Impulse aus der amerikanischen Subkultur in Musik und Literatur. Insgesamt strebt sie einen moderneren und zugleich sozialeren Faschismus als die Traditionalisten der Forza Nuova an. CasaPound hat sich erst spät als Partei konstituiert. Nach dem fulminanten Erfolg der Lega unter Matteo Salvini will sie künftig aber nicht mehr als Partei mit dem Zwang zu Wahlkämpfen und eventueller Parlamentsarbeit auftreten, sondern versteht sich wieder ausschließlich als rechte soziale und ökologische Bewegung. Ihre Stärke liegt in ihrer landesweiten Vernetzung, in ihrem Modernismus und in einem neuen Typ von Kameradschafts- und Gemeinschaftsgeist.

Von diesen neofaschistischen Parteien, Strömungen und Tendenzen ist der Rechtspopulismus zu unterscheiden. Auch er hat in Italien eine lange, bis auf die 1950er Jahre zurückgehende Tradition und erlebte Ende der 1990er Jahre mit der Lega Nord einen Aufschwung. Die Lega Nord hatte alle Merkmale einer kleinbürgerlichen Protestpartei, die vor allem gegen das Parteienestablishment mobilisierte. Fremdenfeindlichkeit und Sexismus nicht nur gegen Homosexuelle, sondern auch gegen Frauen wurden von ihrem damaligen Vorsitzenden Umberto Bossi in vulgärer Stammtischmanier gepflegt. Indessen berief sie sich nicht auf den historischen Faschismus. Vielmehr betonte sie ihre antifaschistischen, gegen den starken Zentralstaat gerichteten Wurzeln. Ideologisch hatte sie kein eigenes Profil und konnte daher viele von den Christdemokraten enttäuschte Wähler für sich gewinnen. Ihr Ziel war der Umbau des italienischen Staates hin zu einem Föderalismus und zu größerer Autonomie der Regionen. Unter der Führung von Matteo Salvini ist sie von einer Regionalpartei zu einer landesweit aktiven Partei umgebaut worden. Ihr fulminanter Erfolg beruht auf Euroskeptizismus und Anti-Immigrationspolitik.

Wo sind die Ziele, Programme, Organisationsstrukturen und Agitationsformen in Deutschland gleichgeblieben und wo unterscheiden sie sich von ihren historischen Vorläufern?

Diese sehr komplexe Frage lässt sich nicht in wenigen Sätzen beantworten. Auch wenn ich es analytisch und typologisch nicht für sinnvoll halte, Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in einem Atemzug zu nennen, gibt es eine gemeinsame Schnittmenge, die sich je nach Land und politischer Lage nach rechts verschieben kann. Rechtspopulismus stellt nicht von vornherein die Systemfrage, sondern artikuliert zunächst Unzufriedenheit, Wut und Verdrossenheit über die vermeintliche kulturelle Hegemonie der Linken (die sogenannten 68er), die technokratische EU und die unkoordinierte Immigration von Menschen mit muslimischem oder schwarzafrikanischem

Hintergrund. Konkrete Krisen wie die Banken- und Finanzmarktkrise 2008/09 und die ungeordnete Masseneinwanderung im Herbst 2015 wirken als Verstärker.

Hat eine solche Protestbewegung wie zum Beispiel die AfD Wahlerfolge, die weit über die von marginalisierten rechtsextremen Parteien wie etwa der NPD hinausgehen, springen etliche Rechtsextreme auf diesen Zug auf und versuchen, die neue Partei programmatisch und agitatorisch auf ihre Linie zu bringen. Aktuell lassen sich bei der AfD diese Flügelkämpfe zwischen liberal-konservativen und national-konservativen Kräften beobachten. Der sogenannte «Flügel» um seine Galionsfigur Björn Höcke ist derzeit im Aufwind und führt zu einer Aufweichung der Grenze zwischen rechtsextrem und rechtspopulistisch.

Ein Vergleich zu historischen Vorläufern lässt sich nur sehr cursorisch ziehen, weil sich oppositionelle Parteien/Bewegungen nicht mit Regimen an der Macht vergleichen lassen. Grundsätzlich stehen faschistische Regime im Spannungsfeld eines «Doppelstaates» (Ernst Fraenkel). Es besteht ein Dualismus zwischen den Organisationen des neuen Regimes und den alten staatlichen Institutionen (Miliz bzw. SA gegen Armee, Gestapo gegen Polizei, Volksgerichtshöfe gegen die traditionelle Justiz etc.). Mit dieser strukturellen Verdoppelung gehen unterschiedliche Entscheidungsstrukturen einher.

Wie sehen es die Rechten heute selbst? Was sind heute Vorbilder: Konservative Revolution, nationalrevolutionäre oder deutschnationale Strömungen?

«Deutschnational» ist keine Strömung, sondern das Identitätsmerkmal der gesamten AfD oder «französisch-national» das Markenzeichen des gesamten Rassemblement National (vormals Front National) in Frankreich. Erst unterhalb dieses gemeinsamen Schirms verzweigen sich unterschiedliche Strömungen und kämpfen parteiintern um die Vorherrschaft. Bezogen auf Deutschland stehen Anhänger der Konservativen Revolution, hier vor allem der Jungkonservativen, dem national-konservativen «Flügel» innerhalb der AfD nahe. Aber auch die Konservative Revolution der Weimarer Republik war ein Amalgam unterschiedlicher Richtungen und Tendenzen. Von beträchtlichem ideologischem und programmatischem Einfluss sind der Publizist und Verleger Götz Kubitschek vom Institut für Staatspolitik in Schnellroda (Sachsen-Anhalt) und der Philosoph und AfD-Politiker Marc Jongen. Beide schlagen Brücken zum Rechtspopulismus und verstehen sich als Anwälte des Volkes. Kubitschek und der von ihm beeinflusste Björn Höcke plädieren dafür, neben der EU und der Immigration auch die «soziale Frage» in den Vordergrund zu stellen. Ihr konkretes Vorbild ist die ungarische Fidesz unter Viktor Orbán.

Wie sehen Sie das? Entsteht in der Bundesrepublik Deutschland eine neue faschistische Massenbewegung?

Auch wenn Historiker wie Paul Nolte (nicht zu verwechseln mit dem inzwischen verstorbenen Historiker Ernst Nolte) oder manche Publizisten Parallelen der derzeitigen Krise der Repräsentation zur Weimarer Republik ziehen, halte ich das für überschie-

ßende Dramatisierung. Von einer neuen faschistischen Massenbewegung kann gar nicht die Rede sein. Erinnern wir uns kurz an den Hintergrund, der in Deutschland und Italien zu faschistischen Massenbewegungen geführt hat: Der verlorene Erste Weltkrieg,⁵⁹ Millionen von jungen Männern, die in den Schützengräben dieses Krieges ihr Leben ließen, aber auch die Erfahrung von Gemeinschaft und Solidarität gemacht hatten. Sodann die katastrophale soziale und ökonomische Lage nach Kriegsende (Inflation, Massenarbeitslosigkeit, eine noch ungefestigte junge Demokratie ohne den Rückhalt einer demokratischen Zivilgesellschaft, drückende Reparationszahlungen, paramilitärische Organisationen wie die Freikorps). Im Vergleich dazu geht es Deutschland heute ökonomisch gut. Aber selbst in südeuropäischen Ländern mit hoher Massenarbeitslosigkeit, mit Perspektivlosigkeit der Jugend und Verarmung der Mittelschicht ist kein Faschismus in Sicht.

Der wohl wichtigste Unterschied zur Weimarer Republik liegt aber im Selbstverständnis der heutigen Wirtschaftseliten in der global agierenden Großindustrie sowie im Banken- und Finanzsektor. Die Weimarer Eliten waren mehrheitlich republikfeindlich und obrigkeitstaatlich eingestellt, die heutigen sind neoliberal. Nichts fürchten sie mehr als die «abgehängten» Volksschichten, die sich entweder resigniert von der Politik abwenden oder sich als Protestwähler von der AfD mobilisieren lassen. Die Gefahr liegt heute nicht mehr in der Wiederkehr faschistischer Massenbewegungen, sondern in einer schleichenden Tendenz zum Autoritarismus, der gerade keine Massenbewegungen anstrebt. Es ist daher kein Zufall, dass Ideologen der AfD wie Jongen oder Kubitschek ihr Vorbild in der ungarischen Fidesz sehen.

Ist der Begriff Faschismus für Sie heute noch hilfreich für die Kennzeichnung aktueller neuer rechtspopulistischer und rechtsautoritärer Parteien und Bewegungen in Europa?

Der Begriff Faschismus hat zunehmend weniger Erklärungskraft für das, was derzeit in Europa vorgeht. Vielmehr hat er die Funktion eines undifferenzierten *catchwords* zur Bezeichnung des generalisierten Anderen übernommen. Er ist keine historisch-politische Kategorie mehr, sondern eine moralische. Faschisten sind dann einfach Menschenfeinde, die es immer gegeben hat und immer geben wird. Damit verlässt man aber das Terrain einer Analyse von Klassenverhältnissen und politischen Kräfteverhältnissen und sitzt – gewollt oder ungewollt – im gleichen Boot wie die politischen und ökonomischen Eliten. Auch sie haben kein Interesse an einer Wiederkehr des Faschismus, der ja immer auch ein Ultrationalismus und Imperialismus war und wirtschaftspolitisch für Protektionismus und Autarkismus stand. Die Formel «Nie wieder Faschismus» könnte sich als Leerformel zur Gewinnung von Massenloyalität gegenüber dem immer noch hegemonialen Neoliberalismus erweisen.

59 Das gilt auch für Italien, das zwar aufseiten der Entente gestanden hatte, sich aber bei den Friedensverhandlungen um die Früchte seines Sieges betrogen fühlte und Gebietsabtretungen in Nordostitalien hinnehmen musste.

Wie ich am Beispiel Italiens zu zeigen versucht habe, ist der Begriff nur dann hilfreich, wenn in einem Land neofaschistische Parteien oder Bewegungen auftreten. Das französische Rassemblement National ist zwar rechtsextrem, aber nicht (neo-)faschistisch. Es ist der Parteivorsitzenden Marine Le Pen weitgehend gelungen, den alten Front National zu «entdiabolisieren» und zu einer normalen, den Wechsel von Regierung und Opposition akzeptierenden Partei umzugestalten. Ob diese Normalisierungsstrategie von Dauer sein wird, hängt von ihrem Erfolg ab. Er beruht derzeit weitgehend auf dem Phänomen der Protestwähler, die sich weder für rechts noch für links halten, sondern eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen fordern. Das sind eigentlich klassisch linke Themen, aber die parlamentarische Linke ist im Niedergang. Die antiparlamentarisch-anarchistische Linke wartet nur auf die nächste Gelegenheit, Argumente durch Steine zu ersetzen und sie gegen die Polizei als Repräsentanten des Staates zu richten.

Faschismus, um diese Frage abschließend zu beantworten, ist ein Phänomen der Zwischenkriegszeit. Faschismus bedeutet Militarisierung der Gesellschaft, bedeutet Krieg, imperialistische Eroberung, Ausbeutung und Unterdrückung ganzer Länder innerhalb oder außerhalb Europas. Sozialwissenschaftler sind keine Propheten, aber für eine nüchterne Analyse der gegenwärtigen Konflikte ist der Begriff des Faschismus wenig hilfreich und erkenntnisfördernd. Insbesondere dann nicht, wenn das *conceptual stretching*, die Begriffsausdehnung, so weit geht, dass er nur noch zur Verunglimpfung von politischen Gegnern taugt.

INTERVIEW MIT LUTZ KLINKHAMMER

Lutz Klinkhammer, geboren 1960, ist stellvertretender Direktor des Deutschen Historischen Instituts in Rom. Seine Dissertation «Zwischen Bündnis und Besatzung. Deutschland und die Republik von Salò 1943–1945» fand in Fachkreisen große Beachtung.

Welche wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsgruppen waren offen für den italienischen Faschismus, welche nicht?

Die Antwort erfordert einen Blick auf die historischen Ursprünge des Faschismus: Nach dem Ersten Weltkrieg befand sich Italien in der Demobilmachungskrise und gleichzeitig explodierte die Agrarfrage, da die dezimierten Fronttruppen eine Kompensation für die enormen Opfer im Krieg erwarteten. Der städtische Ursprungsfaschismus, der als post-interventionistischer Kampfbund von Weltkriegsveteranen, futuristischen Intellektuellen und radikalen Gewerkschaftlern ins Leben gerufen wurde, entwickelte seinen durchschlagenden Erfolg erst, als er sich mit dem äußerst gewalttätigen Agrarfaschismus verband, der vor allem in Norditalien verbreitet war. Er wurde von Grundbesitzern und Industriellen unterstützt, welche sich angesichts von Streiks, Fabrik- und Landbesetzungen in den beiden «roten Jahren» extrem gefährdet fühlten. Der paramilitärische Arm des Agrarfaschismus waren die *squadre d'azione*, höchst gewalttätige freikorpsähnliche Stoßtrupps, die in schwarzen Hemden auftraten und die – getrieben von der Obsession eines kommunistischen Feinds im eigenen Land – terroristische Gewalttaten gegen die politisch organisierte Linke verübten und die sozialistischen sowie die katholischen Gewerkschaften weitgehend ausschalteten.

Der Polizei- und Justizapparat des Königreichs war weit nachsichtiger gegenüber diesen faschistischen Schlägertrupps als bei Gesetzesverstößen vonseiten der Sozialisten, die ihrerseits aber nicht in der Lage waren, mit der katholischen Volkspartei ein antifaschistisches Bündnis zu schließen. Die faschistischen Gewerkschaften erkämpften sich aber auch eine Massenbasis, indem sie in den agrarischen Gebieten, analog zur Strategie der Sozialisten, die Arbeitgeber unter Druck setzten und sich so eine Massenbasis verschafften.

Wie sprachen die Faschisten die Arbeiterschaft und andere untere gesellschaftliche Gruppen an? Welche Mittel und welche Ideologie wurden dafür benutzt?

Der Anführer der Faschisten, Benito Mussolini, verhielt eine Kontrolle über die unruhigen Massen, eine Unruhe, die für die alten Eliten eher von der Linken auszugehen schien. Das führte den durch die revolutionären Entwicklungen in Europa ohnehin schon um seinen Thron besorgten König Viktor Emanuel III. dazu, Mussolini als Krisenlöser zu akzeptieren. Mit einer Mischung aus Drohungen und Versprechungen erreichte er es, vom König zum Ministerpräsidenten einer Koalitionsregierung ernannt zu werden, die er zum konsequenten Ausbau einer auf seine Person zugeschnittenen Diktatur nutzte, die mittels Repression den Dissens unterdrückte, die alten Eliten jedoch weitgehend unangetastet ließ. Das Regime versprach aber auch Ver-

sorgungsleistungen und Aufstiegschancen für seine Anhänger und Trägerschichten, die zu großen Teilen in den aufsteigenden Mittelschichten zu finden waren, während sich die Oberschicht in vielerlei Weise mit dem Regime arrangierte. Die Industriearbeiterschaft konnte nur schwerlich für das Regime gewonnen werden, auch wenn der Propagandaapparat des Regimes andere Bilder zu produzieren versuchte.

Wie reagierten Politik und Zivilgesellschaft auf die Rechtsentwicklung?

Nach der Ermordung des sozialistischen Spitzenpolitikers und Parlamentsabgeordneten Giacomo Matteotti befand sich Mussolinis Herrschaft in der Krise. Mit der Proklamation der offenen Diktatur, der Schaffung eines umfassenden Polizeiapparats, der Unterdrückung oppositioneller Parteien und ihrer Presseorgane, waren der Zivilgesellschaft die legalen Mittel zur Äußerung von Dissens genommen worden. Die antifaschistische Opposition ging ins Exil oder in die innere Emigration. Aktive Widerstandsgruppen im Untergrund wurden durch die Geheimpolizei und ihre Netzwerke, die sich auf informelle Mitarbeiter stützten, ausspioniert und gewaltsam bekämpft, manchmal sogar noch im Ausland verfolgt und ermordet wie im Fall der Brüder Rosselli.

Welche intellektuellen Strömungen unterstützten den Faschismus und wie veränderte sich die intellektuelle Atmosphäre?

Das faschistische Regime mit seinem enormen Propagandaapparat und der dazugehörigen Ideologieproduktion verhielt gerade für Intellektuelle Stellenchancen und Aufstiegsmöglichkeiten. Von den über 1.000 Universitätsprofessoren lehnten 1931 nur zwölf Hochschullehrer den Eid auf das Regime ab. Auch andere Berufskategorien dienten sich dem Regime an: neben Journalisten auch Künstler, Musiker, Schriftsteller und andere mehr. Viele von ihnen versuchten, eine Audienz bei Mussolini zu erhalten, um bessere Vermarktungschancen für ihre Werke zu haben.

Was sind die heutigen Triebkräfte des Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und Neofaschismus?

Die militärischen Niederlagen im Zweiten Weltkrieg führten mit der Palastrevolte der Altfaschisten und der Monarchie zum Sturz Mussolinis. Der gigantische Apparat des Regimes brach am 25. Juli 1943 in sich zusammen, doch mit der Besetzung Italiens durch die Wehrmacht am 8. September 1943 und der Wiederherstellung einer faschistischen Herrschaft wurde Italien zum Schauplatz eines blutigen Krieges und Bürgerkriegs, der traumatische Folgen für die Italiener hatte und dessen Erinnerung das Land bis heute spaltet. Nach dem 8. September 1943 mussten die Italiener, nach 20 Jahren Diktatur, in kürzester Zeit eine existenzielle Entscheidung treffen: für oder gegen Hitler und Mussolini? Antifaschistische sowie königstreue Italiener standen den Anhängern Mussolinis gegenüber, die ihrem Führer die Nibelungentreue hielten. Der italienische Faschismus entwickelte sich 1943 in einen radikalen «Nazifaschismus»

und der Partisanenkrieg in Italien entwickelte sich zu einem der blutigsten im westlichen Europa.

Nach 1945 blieb ein Sockel von überzeugten Faschisten übrig, die sich um den Movimento sociale italiano scharten, die neofaschistische Partei, deren Ausformungen auch nach etlichen parteiinternen Spaltungen immer noch im italienischen Parteienspektrum präsent sind. Daneben gab es nach 1945 eine Verharmlosung des 20-jährigen Regimefaschismus (weit weniger eine des Bürgerkriegsfaschismus), die auch im bürgerlichen Lager eine breite Zustimmung fand. Aus dem neofaschistischen Milieu heraus haben sich seit den 1960er Jahren verschiedene rechtsextremistische Gruppierungen gebildet, die auch den Rechtsterrorismus unterstützt haben und deren Nachfolger immer noch aktiv sind.

Worin besteht die soziale Basis?

Die soziale Basis dieser Gruppen ist ähnlich wie die des historischen Faschismus: sich marginalisiert fühlendes oder vom sozialen Abstieg bedrohtes (bzw. sich bedroht fühlendes), vor allem selbstständig oder in prekären Arbeitsverhältnissen tätiges Kleinbürgertum; zudem auch viele Mitglieder der jüngeren Generation, die überwiegend aus der Unterschicht kommen, aber auch in der wohlhabenden oberen Mittelschicht zu finden sind.

Der durch gruppenbezogene Ausgrenzungen und Anfeindungen sowie durch verbale Gewalt gekennzeichnete Rechtspopulismus ist nicht mit dem Neofaschismus oder gar mit dem gewaltsam gegen Personen agierenden Rechtsextremismus gleichzusetzen. Er findet sich quer durch alle Bevölkerungsschichten. In Norditalien verzahnt sich heute eine spezifische Lebensform und Distanz-vom-Süden-Identität mit dem politisch sich radikalierenden Rechtspopulismus.

Gibt es wirtschaftliche und politische Gruppen, die sich besonders offen für rechte Tendenzen zeigen?

Bei den Anhängern handelt es sich vor allem um ideologisch geprägte politische Gruppen, die sich am Vorbild des historischen Neofaschismus orientieren – darunter all die Parteien, die die *flamma tricolore*, die in die Nationalfarben eingehüllte Feuerflamme, im Parteisymbol tragen und die früher mit dem Akronym der neofaschistischen Partei (MSI) verbunden war, das von den Anhängern stets auch interpretiert wurde als Abkürzung für «Mussolini semper immortalis».

Wie reagieren Politik und Zivilgesellschaft heute darauf?

Der Rechtspopulismus ist seit Jahren fester Bestandteil des italienischen Parteienspektrums. Die Zivilgesellschaft und die Politik tolerieren in viel größerem Maß als in Deutschland die politischen Extreme – und dies seit Jahrzehnten. Bis 1989 gab es die Ausgrenzung der neofaschistischen Partei aus dem Kreis der verfassungstragenden Parteien, dies ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des traditionellen

italienischen Parteiensystems weggefallen. Seit 1994 sind neue Akteure an die Regierung gelangt – Lega Nord, MSI/Alleanza Nazionale und Berlusconis Forza Italia – die sich mit der aus der Resistenza geborenen Nachkriegsrepublik nicht mehr verbunden fühlen. Das sehr elastische italienische Regierungssystem hat diese Spannungen bis heute ausgehalten und weitgehend über die parlamentarischen Mechanismen ausgeglichen.

Gibt es direkte Wege und Kontinuitätslinien von den historischen Vorbildern zum heutigen Rechtsextremismus?

Der Bürgerkrieg 1943/45 wurde in den 1970er Jahren unterschwellig von kleinen Gruppen fortgeführt, mit vielen Toten auf beiden Seiten, ein bis heute kaum beachtetes Phänomen. Diese Jahre der Gewalt sind bisher zum Glück nicht wiedergekommen. Verbale Gewalt ist hingegen sehr verbreitet, vor allem in Gruppierungen wie CasaPound, die großen Zulauf von Jugendlichen bekommt. CasaPound orientiert sich in Parteesymbolik und -name offiziell nicht an den «historischen» neofaschistischen Parteien (wie dem MSI), trägt aber den Verweis auf den Dichter Ezra Pound im Namen, der als Propagandist und Bewunderer Mussolinis 1945 als Kollaborateur verurteilt wurde.

Wo unterscheiden sich die historischen von den heutigen Rechten?

Die historische faschistische Rechte war gekennzeichnet durch eine terroristische Gewaltpraxis, die die der nationalsozialistischen SA in der Spätphase der Weimarer Republik antizipierte. In der Republik Italien gibt es diese squadristische Gewalt nicht mehr, dafür kommt es heutzutage zu vereinzelt Übergriffen rechtsextremistischer Täter, allerdings in geringerer Zahl als in Deutschland, vor allem aber zu verbalen Attacken und Einschüchterungen.

INTERVIEW MIT BRUNELLO MANTELLI

Brunello Mantelli, geboren 1948, ist Professor für Neue Geschichte an der Universität Turin und Experte zur Geschichte der Mussolini-Ära. Seine «Kurze Geschichte des italienischen Faschismus» gilt als Standardwerk.

Lässt sich der Faschismusbegriff universell und auch für das «Dritte Reich» benutzen?

Die meisten Faschismushistoriker*innen, unter ihnen auch mein akademischer Lehrer Enzo Collotti, vertreten die These, dass man das Konzept des «Faschismus» für all jene Regime und Bewegungen verwenden kann, die zwischen 1919 und 1945 entstanden sind und sich entwickelt haben. Alle seien demnach, in Gänze oder teilweise, von dem politischen Modell, das sich in Italien zwischen 1919 und 1925 herausgebildet hat, inspiriert worden. Darunter fällt demgemäß auch der Nationalsozialismus in seinem Formierungsprozess sowie auch das sogenannte «Dritte Reich» nach der Machtübernahme Hitlers. Diesbezüglich stimme ich gänzlich mit der Auffassung meines Kollegen Wolfgang Schieder überein. Fraglich bleibt hingegen, die Kategorie des «Faschismus» für die Bewegungen und Regime, die sich nach 1945 herausbildeten und entwickelten, zu verwenden.

Gibt es Ähnlichkeiten und Kontinuitäten zwischen dem historischen Faschismus in Italien und dem heutigen Rechtsextremismus/Rechtspopulismus?

Selbstverständlich ja, aber nicht im Sinne einer direkten Kontinuitätslinie zwischen den gegenwärtigen Phänomenen und den historischen «Faschismen». Es ist evident, dass die historischen «Faschismen» strenggenommen keine sonderlich originellen Weltanschauungen entwarfen, sondern vielmehr wie ein Trichter operierten, in dem bereits bestehende reaktionäre Visionen zusammenflossen, sich vermengten und wirkten. Diese Gemengelage ist es, die wir auch heute beim Rechtsextremismus und Populismus beobachten können. Ich glaube übrigens nicht, dass es einen Linkspopulismus gibt, weswegen ich bewusst nicht vom Rechtspopulismus spreche, da der Populismus per se ein Phänomen der Rechten ist.

Wo sind die rechten Ziele, Programme, Organisationsstrukturen und Agitationsformen in Italien gleichgeblieben und wo unterscheiden sie sich von ihren historischen Vorläufern?

Die Frage scheint mir falsch gestellt zu sein. Zwischen dem historischen Faschismus (in den beiden Formen, die er in Italien annahm: einmal zwischen 1919 und 1943 und dann zwischen 1943 und 1945 in Form des Kollaborationsregimes) und heute sind über 70 Jahre vergangen. Es versteht sich daher von selbst, dass sich eine Menge geändert hat. Was unverändert bleibt, ist indes die antibürgerliche Polemik, die die «Finanzen» ins Visier nimmt und weniger den Modus des kapitalistischen Wirtschaftens (ganz im Sinne eines typisch völkischen Rasters). Gleiches gilt für die

(verbale) Verteidigung der sogenannten «traditionellen» Familie, einen latenten Antifeminismus (der sich jedoch mit den Errungenschaften der Frauenbewegung und der veränderten Selbstwahrnehmung der Frauen und ihrer sozialen Rolle auseinandersetzen muss) und einen ausgeprägten Rassismus (oder auch «weißer Suprematismus») gegenüber der arabischen und afrikanischen Bevölkerung. Ebenso ist weiterhin ein Klerikalismus zu konstatieren, der sich in dem Gebrauch traditioneller religiöser Symbole des Katholizismus ausdrückt (etwa dem Rosenkranz), aber auch nicht selten mit den Positionen des Papsttums und der katholischen Kirche kollidiert. Auch der latente Antisemitismus, der quasi der faschistischen Vergangenheit zuzwinkert, und der radikale Antiislamismus sind Wesensmerkmale der heutigen Rechten, wobei letztgenannter Punkt eine qualitative Neuerung ist, verglichen mit dem historischen Vorläufer des Faschismus.

Wie sehen es die Rechten in Italien heute selbst? Was sind ihre Vorbilder?

Es gibt die Perspektive, innerhalb eines Jahres an die Regierung zu kommen, mit einer Koalition angeführt von Matteo Salvini (Lega Nazionale, ehemalige Lega Nord). Dann könnte es in einer Option Orbán oder einer Option PiS münden. Das bleibt abzuwarten. Die Basis der Lega im Nordosten (Lombardei und Veneto) bilden jedoch Unternehmer, die eng an den deutsch-österreichischen Wirtschaftsraum gebunden sind, es ist daher schwierig, dass Salvini und die Lega ernstlich antieuropäische und Anti-EU-Positionen einnehmen. Bislang haben sie dies vor allem in propagandistischer Manier getan. Selbstredend würde eine neue Krise auftreten, die wie jene von 2008 zu einer größeren Radikalisierung aufseiten der national-populistischen Kräfte führen könnte.

Was ist Ihre Meinung: Entsteht in Italien oder in anderen Ländern eine neue faschistische Massenbewegung?

Ja und nein. Es sind bereits in Italien und andernorts Bewegungen der antirepublikanischen Rechten (ich benutze diesen Begriff hergeleitet von den Ereignissen in der Weimarer Republik, um eine Rechte zu benennen, die die bestehenden demokratischen Verfassungen nicht achtet und tendenziell radikal/autoritär/charismatisch ist) entstanden. Ich glaube aber, dass es historisch und konzeptuell ungenau wäre, diese Bewegungen als «faschistisch» zu definieren.

Ist der Faschismusbegriff für Sie heute noch hilfreich für die Kennzeichnung aktueller neuer rechtspopulistischer und rechtsautoritärer Parteien und Bewegungen in Europa?

Diesbezüglich habe ich bereits einiges gesagt. Ich denke, dass diese Bewegungen sich aus den gleichen Wurzeln und aus den gleichen Quellen speisen wie die historischen «Faschismen» und ein ähnliches politisches Vokabular verwenden. Dennoch wäre es wenig hilfreich, an diese Parteien und Bewegungen die interpretative Kategorie des

«Faschismus» anzulegen. Es ist müßig, so zu der tiefergehenden Natur der heutigen Phänomene vorzudringen. Es versichern sich alleine die Antifaschisten ihrer Sache damit, aber das ist freilich ein geringer analytischer Zweck.

INTERVIEW MIT STEFANO CAVAZZA

Stefano Cavazza ist außerordentlicher Professor für Zeitgeschichte, Abteilung der Künste (Mitglied der Fakultät). Seit November 2015 ist er Delegierter des Vize-Rektors für internationale Lehre und Ausbildung. Derzeit ist er Mitherausgeber des Peer-Review-Journals «Ricerche di storia Politica» (Erforschung der politischen Geschichte), Redaktionsleiter zur politischen Geschichte beim Rubbettino-Verlages und in der Geschäftsleitung der SISCALT (Italienische Gesellschaft für Zeitgeschichte in deutscher Sprache).

Sie vertreten die These, dass sich die faschistische Propaganda einer populistischen Rhetorik bedient hat. Welche Bedeutung messen Sie der Verknüpfung der Faschismusforschung mit der Populismusforschung bei und wo sehen Sie hierbei besonders gewinnbringende Ansätze?

Meiner Ansicht nach kann die Verknüpfung der Faschismusforschung mit der Populismusforschung bei der Untersuchung der folgenden Fragestellungen von Interesse sein:

1. Analyse der Rolle des rechtsorientierten intellektuellen Diskurses sowie der entsprechenden kulturellen Vereine und Stiftungen in der präfaschistischen Periode im Vergleich zu aktuellen Entwicklungen,
2. Analyse der rechtsorientierten Kritik in Bezug auf internationale Kontexte,
3. Analyse der Strategien der Delegitimierung von politischen Eliten.

Sind die von Ihnen skizzierten Verschmelzungen von populistischer Rhetorik mit faschistischer Weltanschauung zeitlich beschränkt auf die historische Epoche des Faschismus oder lassen sich Elemente davon im aktuellen Diskurs des Rechtspopulismus in Italien wiederfinden?

Die Antwort hängt davon ab, wie man Faschismus definiert. Ich vertrete die Auffassung, dass der Faschismus eine Erscheinung der Moderne ist. In dieser Hinsicht interpretiere ich die faschistischen Ideologien und Bewegungen nicht als zeitlich begrenzte Phänomene. Allerdings ist hierbei auch der historische Kontext zu berücksichtigen. Elemente der faschistischen Ideologie finden sich zwar im aktuellen Diskurs des Rechtspopulismus wieder, aber es handelt sich dabei momentan nur um marginale Aspekte. Diese zeigen sich in einem bestimmten historischen Revisionismus, einer Kritik an der «offiziellen Kultur» und an der «Political Correctness» sowie der Verteidigung eines extrem konservativen Katholizismus. Der Erfolg des rechtspopulistischen Diskurses basiert aber auf der Kritik am Establishment und richtet sich gegen die politischen Eliten Europas. Neo-nationalistische Elemente spielen eine zentrale Rolle in diesem rechtspopulistischen Diskurs. Da es sich beim Nationalismus um eine «thin ideology» (Freedon) handelt, muss ein neo-nationalistischer Ansatz im Prinzip nicht unbedingt zu einer rechten oder faschistischen Ideologie führen. In Italien und in ganz Europa hat der neo-nationalistische Ansatz (im Italienischen: *sovranismo*) eine deutlich «rechte» Ausprägung. Dies könnte zwar theoretisch zu einer neofaschisti-

schen Ideologie führen, doch tendiert der italienische Wähler zurzeit nicht dazu, sich ideologisch am Faschismus zu orientieren.

Während die italienische Lega mit ihrer schillernden Führungsfigur Salvini allgemein als rechtspopulistisch charakterisiert wird, stilisieren sich Bewegungen wie CasaPound explizit als neofaschistisch. Auch Salvini selbst operiert wiederholt propagandistisch mit positiven Anleihen an das Mussolini-Regime. Wie schätzen Sie mögliche aktuelle Verknüpfungen von Rechtspopulismus, Rechtsradikalismus und Neofaschismus in Italien ein?

Meiner Ansicht nach hat Salvini sich zu einem klaren neo-nationalistischen Kurs entschlossen, der das Risiko von Konflikten mit den Anhängern der regionalistischen/separatistischen Positionen innerhalb der Lega in sich birgt. Allerdings hat Salvini zurzeit keine politischen Opponenten in seinen Reihen. Dass seine politische Position autoritäre und illiberale Elemente aufweist, liegt meiner Meinung nach auf der Hand, aber das sehen viele Wähler anders. So plädieren einige Wähler für eine stärkere Vertretung der italienischen Interessen in der Europäischen Union und/oder einer deutlichen Abgrenzungspolitik in Bezug auf Migranten. Meines Erachtens zeichnet sich in diesem Kontext eine zunehmende Radikalisierung der «Salvini-Bewegung» nach rechts ab. Im Moment sind allerdings auch noch alternative Entwicklungen möglich. Der historisch-revisionistische Sprachgebrauch spiegelt das Anti-Establishment Ressentiment wider, weil Antifaschismus als wichtiger Punkt der sogenannten linksorientierten Political Correctness betrachtet wird. Würde eine solche Radikalisierung tatsächlich stattfinden, würde die oben erwähnte Verknüpfung an Gewicht gewinnen. Im Prinzip ist eher eine Entwicklung nach ungarischem Modell in Italien nicht auszuschließen, obwohl es noch zu früh scheint, ein solches künftiges Szenario zu entwerfen.

INTERVIEW MIT BULCSÚ HUNYADI

Bulcsú Hunyadi arbeitet als politischer Analyst beim ungarischen Thinktank Political Capital Institute und zudem am Social Development Institute in Budapest.

Würden Sie den Begriff Faschismus für Ungarn zur Zeit des Horthy- und des Pfeilkreuzlerregimes benutzen?

Das Horthy-Regime würde ich nicht als faschistisch bezeichnen, aber für das Pfeilkreuzlerregime würde ich den Begriff schon verwenden. Es gab gewaltige Unterschiede zwischen beiden Regimen. Das Horthy-Regime war zwar undemokratisch, von Nationalismus und Antisemitismus geprägt, aber es war kein totalitäres Regime, es existierte Pluralismus und das Individuum war dem Kollektiv nicht völlig untergeordnet.

Gibt es direkte Wege und Kontinuitätslinien von den historischen rechten Bewegungen in Ungarn hin zum heutigen Rechtsextremismus/ Rechtspopulismus?

Nachdem der Rechtsextremismus sich nach der politischen Wende 1989/1990 in Ungarn neu konstituierte, erschienen neonazistische und Neo-Pfeilkreuzler-Organisationen, die an die Pfeilkreuzlerbewegung und deren Anführer Ferenc Szálasi und den deutschen Nationalsozialismus anknüpften. «Mildere» rechtsextreme Organisationen, aber auch Anhänger*innen von konservativen Bewegungen und Parteien knüpften an das politische, gesellschaftliche und ideologische Gedankengut der Horthy-Ära an. Es gibt in Ungarn heutzutage immer noch neonazistische Organisationen, deren Bedeutung und gesellschaftlicher Einfluss stark zurückgegangen ist. Die rechtsextreme Szene versucht deswegen, sich neu auszurichten und über das Faschismus-/Nazismus-/Pfeilkreuzler-Erbe hinauszugehen. Gleichzeitig mehren sich jedoch Fälle, in denen führende Funktionäre/Funktionärinnen von Fidesz die Horthy-Ära öffentlich loben, Horthy-Statuen einweihen usw. Das Orbán-Regime knüpft an das Horthy-Regime als sein politisches Vorgängerregime an und verwendet auch viele symbolische Elemente dieser Ära.

Wo sind die Ziele, Programme, Organisationsstrukturen und Agitationsformen gleichgeblieben und wo unterscheiden sie sich von ihren historischen Vorläufern?

Die größten rechtsextremen Organisationen, die früher an Szálasi anknüpften, meinen heutzutage, dass dieses Gedankengut nicht mehr zeitgemäß ist. Die Hauptthemen sind jetzt eher Zuwanderung, die Verteidigung von europäischen Völkern und Werten gegen die Invasion der Muslime, Anti-Liberalismus, Anti-Individualismus, Anti-Kommunismus. Viele der rechtsextremistischen Organisationen haben jedoch die militärische Ausrichtung, Symbole und Organisationsstruktur beibehalten.

Wie sehen es die Rechten heute selbst? Sind z. B. die Pfeilkreuzler und/oder Horthy Vorbilder oder Objekte politischer Abgrenzung?

Die Pfeilkreuzler und Szálasi spielen zwar im rechtsextremen Gedankengut weiterhin eine Rolle, ihre Vorbildfunktion hat jedoch nachgelassen. Er wird nicht mehr (bzw. kaum noch) öffentlich gelobt und als Referenz verwendet (in neonazistischen Veranstaltungen wird Szálasi jedoch weiterhin öfters von Redner*innen zitiert). Horthy, seine Ära und Weggefährten*innen werden zunehmend als Referenz vor allem von Fidesz-Politiker*innen verwendet.

Wie sehen Sie das? Ist Ungarn auf dem Weg in einen neuen Faschismus?

Nein, ich glaube nicht. Für mich ist Faschismus ein historischer Begriff, und ich benutze ihn nicht dafür, aktuelle Ereignisse und Tendenzen zu beschreiben. Ich glaube, dass der autoritäre Rechtspopulismus, der sich heutzutage verbreitet, in seiner Natur, Charakteristik, Ausprägung und seinen Zielen sich vom historischen Faschismus unterscheidet, auch wenn einige seiner Elemente sich bei den heutigen autoritären rechtspopulistischen Regimen und Parteien (z. B. Türkei, Ungarn, AfD, FPÖ, Lega, Le Pens Bewegung usw.) finden. Wobei diese Akteure auch nicht identisch sind, weil sie unterschiedliche Entwicklungsphasen durchlaufen. Ich glaube, wenn wir die Unterschiede zwischen dem historischen Faschismus und dem heutigen autoritären Rechtspopulismus verwischen, werden wir die richtigen Antworten auf die heutigen Tendenzen und Herausforderungen nicht finden.

INTERVIEW MIT ENDRE BORBATH

Dr. Endre Borbath ist Politik- und Sozialwissenschaftler. Nach Studium in Budapest und Promotion in Florenz arbeitet er aktuell am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung des Wissenschaftszentrums für Sozialforschung (WZB) in Berlin, wo er unter anderem zu Ost-West-Unterschieden forscht.

Würden Sie den Begriff Faschismus in Bezug auf Ungarn benutzen, um die Horthy- und die Pfeilkreuzler-Zeit zu beschreiben?

Ja, ganz besonders das Pfeilkreuzler-Regime. Es war mit NS-Deutschland verbündet, und es ist in Ordnung, dafür den Begriff Faschismus zu benutzen. Sie hatten den ideologischen Hintergrund des Faschismus vollständig angenommen, so etwa in der Frage der Judenverfolgung. Zeitweise war Ungarn von der deutschen Wehrmacht besetzt, und es gibt historische Dokumente aus dieser Periode, die zeigen, dass die deutsche Administration die ungarischen Behörden gebeten hatte, mit den Deportationen etwas langsamer zu verfahren, weil es für die Deutschen zu viel wurde. Aber die Ungarn ignorierten dies und hörten nicht auf, immer neue Transporte zu schicken. Das beweist, dass dieses Regime nicht nur mit den Deutschen kooperierte, sondern auch selbst aktiv solche Ideen unterstützte.

Gibt es eine Kontinuität von der historischen zur heutigen extremen Rechten?

In manchen Dingen schon. Einige Rechte heute sind sehr verbunden mit den Regimen während des Zweiten Weltkriegs, andere haben Referenzen dazu. Ich würde sie trotzdem nicht faschistisch nennen. Ich glaube nicht, dass sie heute so weit gehen würden, Menschen zu ermorden, aber sie provozieren mit den alten Symbolen, sehen nicht so viel Schlechtes in den alten Regimen, und ihre Politiker formulieren heftige Statements, die eher an ihre Basis gerichtet sind und diese daran erinnern, dass sie rassistische Themen exklusiv besetzen. Ich erinnere mich, dass ein Jobbik-Parlamentarier forderte, dass Juden nicht im Parlament sitzen dürften. Die Presse spielte verrückt, es sei unakzeptabel, zu solchen Ideen zurückzukehren. Der Politiker betonte, dass er das alles nicht so gemeint habe, aber eigentlich war für jeden klar, dass es eine gezielte Provokation für die eigene Basis war.

Wo sind die Programme, Strukturen und Agitationsformen dieselben wie damals?

Es gibt Ähnlichkeiten, aber auch Unterschiede. Die extreme Rechte wird außerhalb des Parlaments organisiert, zum Beispiel Jobbik, die Partei, die bis zu 15 bis 20 Prozent der Stimmen bekam, jetzt aber im Niedergang ist mit etwa sechs Prozent. Sie versuchen, außerhalb des Parlaments auf der Straße und in der Presse Unterstützung zu bekommen, organisieren Demonstrationen. Sie haben aber auch ein politisches Programm formuliert und haben sich professionalisiert.

Ist es sinnvoll, Jobbik mit den Pfeilkreuzlern zu vergleichen und Orbán mit Horthy?

Ich bin damit nicht einverstanden, das ist alles komplizierter. Horthy war damals vor allem mit der Außenpolitik befasst und etablierte die Beziehung zu NS-Deutschland. Er war eher ein Gouverneur als ein Premierminister wie Orbán. Ein gewaltiger Unterschied war, dass damals alle, bis auf die kommunistische Partei und einige Sozialdemokraten, für die Revision des Vertrags von Trianon 1920 waren, in dem Ungarn große Gebiete verloren hatte, die man zurückgewinnen wollte. NS-Deutschland zu unterstützen war eine Chance, dieses Ziel zu erreichen. Ab und an flirteten Orbán und Jobbik mit diesen Dingen, aber diese Themen sind nicht sehr populär. Selbst für Jobbik ist heute der Antiziganismus viel wichtiger als der Geschichtsrevisionismus. Das ist nur eins von vielen Beispielen.

Wie sehen die Rechten das selbst?

Sie sind gespalten. Es gibt Skinheadaktivisten und andere Gruppen, für die das ein stolzes Erbe ist. Jobbik-Anhänger sind da gespalten, viele würden so etwas wie ein Pfeilkreuzler-Regime nicht unterstützen. Horthy ist populärer, aber auch das ist nicht einhellig. Ich bin sicher, dass die Popularität von Jobbik und Fidesz nicht mit den historischen Bewegungen erklärt werden kann, sondern zum Beispiel wirtschaftliche Bedingungen eine größere Rolle spielen.

Sehen Sie die Gefahr eines neuen Faschismus?

Es gibt einige besorgniserregende Dinge. Für mich ist die größte Gefahr nicht, dass Jobbik 15 bis 20 Prozent bekam, es sind heute nur noch sechs Prozent, sondern dass sich die Fidesz von einer eher Mitte-Partei in eine extrem rechte, populistische Partei verwandelt hat, die die Institutionen des Landes umformt, das Wahlrecht verändert hat und auch das System von *checks and balances*. Und sie treten immer so auf, als ob es keine Minderheiten gäbe. Sie sind heute eine provokante, extreme rechte Partei, die das auf einem hohen Level durchzieht – man denke nur an die Reaktion der Regierung auf die Flüchtlingskrise. Alle Regierungen verschwinden irgendwann, aber ich fürchte, dass diese die Einstellungen in der ungarischen Bevölkerung verändert hat. Fidesz steht heute dazwischen: Sie ist keine konservative Partei, aber auch keine mit einer faschistischen Vision. Ich würde sie nicht faschistisch nennen und bevorzuge den Begriff der neuen populistischen Rechten.

INTERVIEW MIT KURT BAUER

Kurt Bauer, geboren 1961, ist Historiker und promovierte an der Universität Wien. Er ist bekannter Buchautor zur jüngeren Geschichte Österreichs, insbesondere des Nationalsozialismus. Sein aktuelles Werk aus dem Jahr 2019 ist unter dem Titel «Der Februaraufstand 1934. Fakten und Mythen» erschienen.

Halten Sie den Begriff Austrofaschismus für Österreich vor dem März 1938 für passend und lässt sich die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich als faschistisch bezeichnen?

Die Frage, ob die Bezeichnung «Austrofaschismus» für den österreichischen «Ständestaat» 1933/34–1938 zutrifft, wird in Österreich seit Jahrzehnten diskutiert. Mir scheint, dass sich diese Diskussion schon lange im Kreis dreht und auch neue Forschungsergebnisse – die es durchaus gibt – kaum Bewegung in ideologisch festgefahrene Fronten bringen.

Ich halte den Begriff «Austrofaschismus» für unangemessen und liege damit auf der Linie von österreichischen Historikern wie Ernst Hanisch, Gerhard Botz oder dem US-amerikanischen Faschismusforscher Stanley Payne. Das Dollfuß-Schuschnigg-Regime ist dem autoritären, aber nicht dem faschistischen Typus zuzurechnen. Helmut Wohnout folgend, verwende ich daher die Bezeichnung «Kanzlerdiktatur», um dieses Regime zu charakterisieren.

Zur zweiten Teilfrage: Wenn man den Nationalsozialismus als Faschismus sieht – und das tue ich wie viele andere Historiker –, dann lässt sich die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich selbstverständlich als faschistisch bezeichnen.

Gibt es direkte Wege und Kontinuitätslinien von den historischen rechten Bewegungen in Österreich hin zum heutigen Rechtsextremismus/ Rechtspopulismus?

Für Österreich gilt nach wie vor die von Adam Wandruszka in den 1950er Jahren entwickelte Drei-Lager-Theorie der österreichischen Politik. Gemeint sind das christlich-sozial-konservativ-katholische, das sozialdemokratisch-marxistische sowie das deutschnationale Lager, das häufig als «Drittes Lager» bezeichnet wird. Alle drei Lager haben sich im Wesentlichen in den 1880er Jahren gebildet. Wir haben es hier also mit erstaunlichen Kontinuitäten zu tun. Andererseits ist es klar, dass alle drei politischen Lager im Lauf von rund 130 Jahren und über fünf politische Systeme hinweg zahlreiche Brüche und Transformationen durchgemacht haben.

Die meisten Wandlungen hat zweifellos das deutschnationale Lager vollzogen. Zuerst einmal muss man es von seinen Wurzeln her als eigentlichen Erben des österreichischen Liberalismus ansehen, der in den 1880er Jahren unterging. Bald aber überlagerte ein irredentistischer und radikal antisemitischer Pangermanismus die liberalen Prinzipien. Hier ist vor allem Georg von Schönerer zu nennen, den Hitler verehrte und geradezu imitierte. Es ist aber zu betonen, dass es neben dieser Minderheits-

position der österreichischen Alldeutschen und Schönerianer viele weitere und wesentlich gemäßigte Richtungen im deutschnationalen Lager gab, die zumeist über eine ungleich größere Anhängerschaft verfügten. Des Weiteren muss man bedenken, dass das Dritte Lager stets stark fragmentiert war und sich in viele einander bekämpfende Parteien aufspaltete.

Dieses deutschnationale Lager ging Anfang der 1930er Jahre völlig im Nationalsozialismus auf.

Nach 1945 formierte sich das Dritte Lager langsam wieder aus den Trümmern. Die personellen und – natürlich abgeschwächt, aber doch – ideologischen Kontinuitäten der frühen FPÖ und ihrer Vorgängerpartei «Verband der Unabhängigen» zum Nationalsozialismus liegen klar auf der Hand. Diese Parteien waren zum Zeitpunkt ihrer Gründung und in den ersten Jahrzehnten der Zweiten Republik eindeutig ein Sammelbecken der «Ehemaligen».

Wobei anzumerken ist, dass sich auch die beiden großen Lagerparteien ÖVP (die früheren Christlichsozialen) und SPÖ sehr um diese Gruppe bemühten und viele ehemalige NSDAP-Mitglieder aufnahmen, von denen manche in diesen Parteien beachtliche Karrieren hinlegen konnten.

Bei Jörg Haider, der 1986 FPÖ-Obmann wurde, war diese deutschnationale Ausrichtung anfangs noch deutlich erkennbar. Haider bezeichnete in seinen Anfangsjahren die österreichische Nation als eine «ideologische Missgeburt» und sprach von der «ordentlichen Beschäftigungspolitik» des «Dritten Reichs». Das lag noch klar auf der deutschnationalen, durchaus als postnazistisch zu bezeichnenden Linie der früheren FPÖ, in der er politisch sozialisiert worden war. (Sein Elternhaus spielte dabei die entscheidende Rolle.)

Davon hat er sich dann aber bald abgewendet und die FPÖ Schritt für Schritt in die rechtspopulistische Partei umgewandelt, als die sie heute bezeichnet wird. Ich möchte sogar behaupten, dass Haider der Erfinder des europäischen Rechtspopulismus war, jedenfalls aber eine ihrer wichtigsten Galionsfiguren bis in die 2000er Jahre hinein.

Der Deutschnationalismus in der FPÖ ist heute größtenteils verschwunden. Die Partei tritt mit ihrer Positionierung als «Soziale Heimatpartei» bewusst österreichisch-patriotisch auf. Nirgendwo sind so viele rot-weiß-rote Fahnen zu sehen wie bei Veranstaltungen dieser Partei. Der stets heftig akklamierte Parteisonng lautet «Immer wieder Österreich», und zum Abschluss einer Veranstaltung wird die Bundeshymne regelrecht inszeniert.

Allerdings hat diese Partei nach wie vor einen starken deutschnationalen, um nicht zu sagen braunen Rand. Die vielen sogenannten Ausrutscher einzelner Funktionäre, die zumeist über die sozialen Medien verbreitet werden, gehen regelmäßig durch die Presse. Inwieweit sie der Partei bei den Wählern wirklich schaden, sei dahingestellt. Nach wie vor klar deutschnational und teilweise sogar postnazistisch ausgerichtet sind zweifellos manche Burschenschaften (oder Teile davon), die eine wichtige Rolle als Vorfelddorganisation der FPÖ und zur Elitenrekrutierung spielen.

Zusammengefasst: Keine politische Bewegung in Österreich hat so viele Wandlungen, Brüche und Transformationen erlebt wie das schon seit den Anfängen sehr heterogene und fragmentierte deutschnationale Lager. Die Kontinuitäten sind trotzdem deutlich sichtbar. Aber als faschistisch, nazistisch oder auch nur rechtsextrem ist die Partei in ihrer Gesamtheit bzw. in ihrer Majorität heute nicht mehr zu einzustufen.

Wo sind die Ziele, Programme, Organisationsstrukturen und Agitationsformen gleichgeblieben und wo unterschieden sie sich von ihren historischen Vorläufern?

In 130 Jahren hat sich naturgemäß sehr viel getan. Alle drei Lager haben sich stark verändert, notgedrungen am stärksten – wegen der Katastrophe des Nationalsozialismus, des Zweiten Weltkrieges und des Holocaust – bestimmt das Dritte Lager, dem ja Ihr Hauptinteresse gilt.

Mit «Agitationsformen» meinen Sie vermutlich die Politpropaganda oder, wie es heute heißt, politische Kommunikation. Hier hat das Internet ohne Zweifel sehr viel geändert. Gerade die Rechten kommen in den traditionellen Medien, in den großen Tages- und Wochenzeitungen, im Radio und TV etc. eher schlecht davon. (Allein schon deshalb, weil die meisten professionellen Journalisten eher linksliberal und rotgrün eingestellt sind.) Für die Rechten haben sich mit dem Internet und den sozialen Medien alternative Wege der Kommunikation gefunden, die ihnen vorher nicht offenstanden.

Der mittlerweile zurückgetretene FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache hat auf Facebook fast 800.000 Follower, und das in einem Land mit rund acht Millionen Einwohnern. Das heißt, er erreicht mit einem Facebook-Posting wesentlich mehr Menschen als mit Interviews in den meisten Tageszeitungen und Magazinen. Insgesamt haben sich die sozialen Medien für die FPÖ und verwandte rechte Gruppierungen als Segen herausgestellt, obwohl diese Medien ja allen politischen Richtungen offenstehen und tatsächlich auch von allen genutzt werden. Ich habe aber manchmal das Gefühl, dass die Rechten das einfach besser können.

Wie sehen es die Rechten heute selbst? Sind zum Beispiel Dollfuß/Schuschnigg oder die frühen österreichischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen Vorbilder oder Objekte politischer Abgrenzung?

Aus eigener Erfahrung in der intensiven Beschäftigung mit der Epoche des Dollfuß-Schuschnigg-Regimes kann ich sagen, dass sich in der ÖVP in den letzten Jahrzehnten der Blick auf diese Zeit und die Person des Kanzlers Dollfuß stark gewandelt hat. Von einem Dollfuß-Kult, der in dieser Partei nach dem Krieg bis in die 1990er und 2000er Jahre hinein intensiv gepflegt wurde, kann heute keine Rede mehr sein. Es sind bestenfalls noch Rudimente davon vorhanden. Jahrzehntelang war das Bild des Diktators Dollfuß, das in den Klubräumlichkeiten der ÖVP im Parlament hing, ein Politikum und heftig umstritten. Im Zuge der laufenden Renovierung des Par-

lamentsgebäudes ist es nun dem neuen Parteichef Kurz gelungen, das Bild elegant verschwinden zu lassen und an das Geschichtsmuseum in St. Pölten abzugeben. Ich denke, das war ein Vorgang von großer Symbolik.

Aber auch der Rückgriff auf ältere Vorbilder ist für die ÖVP schwierig, so etwa auf Karl Lueger, den Begründer der Christlichsozialen Partei. Als Bürgermeister von Wien war er ein sehr verdienstreicher Politiker, allerdings auch ein schlimmer Antisemit. Oder, ein anderes Beispiel, der christliche Arbeiterführer Leopold Kunschak. Er war einer der wenigen in der Christlichsozialen Partei, die sich der autoritären Entwicklung 1933 entgegenstimmten, zudem hat er vehement gegen die Nazis gekämpft. Er wäre also eine geeignete Identifikationsfigur. Allerdings war er nicht nur ein aufrechter Demokrat, sondern auch ein fanatischer Antisemit, den man – nicht ganz zu Unrecht – als «Streicher» der Christlichsozialen Partei charakterisiert hat. Dass die ÖVP nach wie vor Leopold-Kunschak-Preise vergibt, halte ich für eine überaus problematische Angelegenheit. In beiden Fällen, also Lueger und Kunschak, schweigt man am liebsten über den Antisemitismus oder versucht, ihn herabzuspielen oder auf antisemitische Auswüchse in der Sozialdemokratischen Partei der Zwischenkriegszeit zu verweisen (Whataboutism). Daher verlegt sich die ÖVP bei ihren Identifikationsfiguren lieber auf die großen Männer der Anfänge der Zweiten Republik, als es darum ging, Österreich neu aufzubauen und den Staatsvertrag zu erringen – nämlich auf Leopold Figl und Julius Raab, später dann vielleicht noch Alois Mock.

Noch wesentlich schwieriger hat es diesbezüglich die Freiheitliche Partei, die als Sammelbecken der «Ehemaligen» entstanden ist.

Die FPÖ selbst tut sich immens schwer mit geeigneten Identifikationsfiguren aus der Geschichte der deutschnationalen Bewegung. Fast alle auch nur ansatzweise geeigneten Persönlichkeiten sind schwer belastet. Zwei Beispiele: Der erste Parteiobmann der FPÖ Anton Reinthaller war 1938 Minister für Land- und Forstwirtschaft im «Anschlusskabinett» Arthur Seyß-Inquarts und fungierte auch später als hochrangiger NS-Funktionär. Er hatte einen hohen Ehrenrang in der SS und trug das Goldene Parteiabzeichen der NSDAP. Als illegaler Nazi 1933–1938 gehörte er zwar dem gemäßigten Flügel der österreichischen NSDAP an, aber wie man es dreht und wendet: Dieser erste Parteiobmann der FPÖ war ein hochrangiger Nazi, völlig ungeeignet als Führer einer demokratischen Partei. Sein Nachfolger Friedrich Peter war als SS-Obersturmführer vermutlich an Massenmorden an Juden an der Ostfront beteiligt. Erst die folgenden Bundesparteiobmänner der FPÖ ab 1978 waren schon wegen ihres Alters nicht mehr nationalsozialistisch belastet.

So hat man schließlich Franz Dinghofer als historische Identifikationsfigur der FPÖ gefunden, den sehr verdienstreichen Bürgermeister von Linz während des Ersten Weltkrieges. Dieser spielte bei der Ausrufung der Republik 1918 eine wichtige Rolle, war später Minister, Vizekanzler und Präsident des Obersten Gerichtshofes. Im Grunde ein sehr honorierter Mann. Die FPÖ benannte ein Parteiinstitut nach ihm und versuchte, ihn als Leitfigur aufzubauen. Allerdings hat sich kürzlich herausgestellt, dass

auch bei Dinghofer eine NSDAP-Belastung bestand. Des Weiteren versucht man, auf die bürgerlich-demokratischen-liberalen Traditionen des Jahres 1848 zurückgreifen, und blendet die Zeit des Nationalsozialismus, aber auch Schönerer und Konsorten, völlig aus.

Zusammengefasst: Die ÖVP hat gewisse Schwierigkeiten mit historischen Leitfiguren und der autoritären Vergangenheit der Jahre 1933–1938, ist aber in den letzten Jahren von einer apoletischen Betrachtung dieser Ära weitgehend abgekommen. Ihre Vorbilder sucht sie vor allem in der Zweiten Republik. Die FPÖ versucht einerseits, auf die 1848er- und die nationalliberale Tradition des 19. und frühen 20. Jahrhunderts zu rekurrieren, andererseits sucht sie sich einigermaßen unbelastete Vorbilder aus der pränazistischen Zeit. Bezüglich des Umgangs mit der NS-Vergangenheit und den vielen ehemaligen Nazis, die in der Frühzeit der Partei eine Rolle gespielt haben, hat sie nach wie vor keinen vernünftigen Modus Operandi gefunden.

Wie sehen Sie das? Ist Österreich auf dem Weg in einen neuen Faschismus?

Nein! Das halte ich schlichtweg für Panikmache und Politpropaganda. Mir fällt dazu ein Zeitungskommentar des Philosophen Rudolf Burger ein. Er schrieb Anfang 2018, einige Wochen nach der Installierung der neuen ÖVP-FPÖ-Regierung, mit viel Sarkasmus: «Der Faschismus bricht in Österreich dann aus, wenn die SPÖ nicht in der Regierung sitzt.»

Nichts an der heutigen Situation ist mit der Lage in den frühen 1930er Jahren in Österreich zu vergleichen: Damals herrschte soziale Not und ungeheure Arbeitslosigkeit, heute Wohlstand und (beinahe) Vollbeschäftigung. Eine Situation, von der die damaligen Menschen nicht einmal zu träumen gewagt hätten. Von uniformierten, schwer bewaffneten Parteiarmeen, von Bombenanschlägen und Terroraktionen wie in den 1930ern kann keine Rede sein und schon gar nicht von einem revanchistischen, expansiven deutschen Nationalismus, der nach neuer Stärke strebt. Nirgendwo sehe ich Trupps von Rechtsradikalen, die – wie die SA anno 1932/33 – durch Wien ziehen, um über politische Gegner und Juden herzufallen. Die damalige Situation mit heute zu vergleichen erscheint mir geradezu absurd. Niemand will die Verfassung außer Kraft setzen. Kein Bundeskanzler Kurz oder Innenminister Kickl lässt die Polizei den Zugang zum Parlament sperren und die Abgeordneten auseinanderjagen, wie es 1933 in Österreich geschehen ist. Das Parlament spricht der Regierung das Misstrauen aus und die Minister verlassen selbstverständlich sofort ihre Ämter – so wie es vor wenigen Monaten geschehen ist. Wie ein «neuer» Faschismus aussehen könnte, darüber kann ich nur spekulieren. Der politische Islamismus erscheint mir à la longue jedenfalls eine wesentlich größere Bedrohung in diese Richtung als die nicht allzu vielen Rechtsextremen und Neonazis, die es in Österreich gibt. Ich möchte die Sache nicht kleinreden, aber wir haben größere Probleme. Die FPÖ mag sehr weit rechts stehen und eine mir unsympathische Politik betreiben, aber eine Bedrohung für die Demokratie oder einen neuen Faschismus kann ich derzeit nicht erkennen.

Ist der Begriff Faschismus für Sie heute noch hilfreich für die Kennzeichnung aktueller neuer rechtspopulistischer und rechtsautoritärer Parteien und Bewegungen in Europa?

Da müsste man sich die Parteien im Einzelnen anschauen. Für Gruppierungen wie die NPD, die Goldene Morgenröte in Griechenland, eventuell auch die Fratelli d'Italia oder die ungarische Jobbik-Partei mag dies zutreffen. Der heutigen FPÖ in ihrer Gesamtheit wird man mit dem Faschismusbegriff bestimmt nicht mehr gerecht. Ähnliches gilt meines Erachtens beispielsweise auch für die Schwedendemokraten, die niederländische «Partei für die Freiheit» oder die AfD. Hier halte ich es für überzogen und nicht zielführend, von Faschismus, Neofaschismus oder auch nur Rechts extremismus zu sprechen. Der wahllose Einsatz der «Nazikeule» nützt diesen Parteien bei ihren Anhängern und Wählern eher, als dass es ihnen schadet. Es entsteht die Haltung: Jetzt erst recht! Zumindest was die FPÖ betrifft, konnte ich diesen Effekt durch Jahrzehnte aus nächster Nähe beobachten.

Aber über viele dieser Bewegungen weiß ich einfach zu wenig, als dass ich mir ein Urteil anmaßen möchte. Ich bin keineswegs ein Experte für rechtspopulistische und rechtsextreme Parteien in Europa.

INTERVIEW MIT ANDREAS PEHAM

Andreas Peham, geboren 1967, arbeitet für das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und hat zahlreiche Bücher, Buchbeiträge und Artikel zumeist zum Thema des Rechtsextremismus veröffentlicht.

Halten Sie den Begriff Austrofaschismus für Österreich vor dem März 1938 für passend und lässt sich die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Österreich als faschistisch bezeichnen?

Grundsätzlich ja. Ich halte diesen Begriff für berechtigt, vor allen Dingen in der historischen Perspektive und zwar aufgrund der Selbstverortung des damaligen Regimes. Dass es ein diktatorisches Regime war, wird auch von den Konservativen nicht bestritten, die lieber vom Ständestaat sprechen und den Faschismusbegriff ablehnen. Aber beginnend mit der außenpolitischen Orientierung am faschistischen Italien, das ein auch innenpolitisches und ideologisches Vorbild war, haben wir auch hier die Auflösung der Parteien und zudem die Einführung der Vaterländischen Front. Wenn man die Liste von Reinhard Kühnl anlegt – die für historische Fälle wichtigste Checkliste, um Faschismus zu definieren – dann erfüllt dieses Regime genug Kriterien, um faschistisch genannt zu werden. Nicht nur Konservative wollen das aber aus ganz durchsichtigen Gründen nicht, auch in der Forschung sind viele dagegen. Denn auch im Kühnl'schen Sinne fehlte dem Austrofaschismus die Massenbasis. Das ist für uns aber nicht entscheidend, denn es ist ja egal, ob sie erfolgreich waren oder nicht, denn der Austrofaschismus hat versucht, mit der Vaterländischen Front die Massenbasis im Nachhinein zu etablieren.

Für mich ist das Entscheidende, wie viel Faschismus es im Vergleich zu anderen faschistischen Ländern und Regimen hier gab. Da gibt es Unterschiede und dem versuchen wir Rechnung zu tragen und sprechen daher vom Austrofaschismus oder auch vom Klerikalfaschismus. Es ist wichtig, den Unterschied zum Nazismus oder, wenn man bei der Faschismusbegrifflichkeit bleiben will, dem *deutschen* Faschismus zu benennen – wobei ich «deutsch» kursiv setzten würde, da es ja gerade «Deutsche» aus Österreich waren, die sowohl personell als auch ideologisch maßgeblich am Siegeszug dieser extremsten Form von Faschismus beteiligt waren. Das passiert, gerade von sozialdemokratischer Seite her. Das beginnt schon bei Bruno Kreisky, bei dem Hintergrund seiner Biografie ist das verständlich. Er saß im austrofaschistischen Kerker und schaffte es dann 1938 nach Schweden und hat daher den deutschen Faschismus «nur» im Exil erlebt. In den 1970er Jahren hatte er dann in seinem ersten Kabinett fünf ehemalige Nationalsozialisten, auch SS-Leute darunter. Er hat immer lieber mit den Nachfolgern der Nazis und deren Nachfolgepartei, der FPÖ, paktiert als mit seinen, wegen seiner persönlichen Erfahrung, schlimmeren Feinden, den Konservativen, der ÖVP. In der Sozialdemokratie gibt es eine unselige Gleichsetzung von Austrofaschismus und deutschem Faschismus, aber man bedenke, um nur einen Unterschied zu nennen, die sechs Millionen Toten des Holocaust. Gegen diese Gleichsetzung muss

man sich wehren und dazu sagen: Ja, es war ein Faschismus in Österreich, aber im Vergleich zum deutschen der mildere oder die weniger extreme Form.

Gibt es direkte Wege und Kontinuitätslinien von den historischen rechten Bewegungen in Österreich hin zum heutigen Rechtsextremismus/Rechtspopulismus?

Ja, die gibt es. Aber vor allem gab es mindestens zwei Rechtsextremismen, die dann zueinander in Konkurrenz gegangen sind. Zwei Faschismen, der österreichische und der deutsche. Der Deutsche war kein fremder, sondern wurde in Österreich von Leuten betrieben, die bis heute ein Thema sind und sich politisch für Deutsche halten, die österreichische Nationalität leugnen und in Burschenschaften organisiert sind. Und es gibt die Tradition des christlichsozialen Austrofaschismus. Da gibt es nach 1945 Kontinuitäten. Bundeskanzler Raab etwa war ein früherer Heimwehrlführer. Ich würde diese Kontinuität aber nicht als bruchlos verstehen. Ähnlich wie in Deutschland ist der Konservatismus heute – es gibt immer Ausnahmen – nicht mehr der Konservatismus der Zeit der Weimarer oder der Ersten Republik hier. Es gibt aber in den letzten Jahren rund um das Feindbild Islam, die Rettung des Abendlands und den Mythos von den Türkenkriegen Dinge, die von den Identitären aufgekokocht werden. Und da gibt es Anzeichen, dass sich wieder ein Bündnis wie in den 1920er Jahren bildet. Bis Ende der 1920er Jahre gingen sie gemeinsam gegen die Linke vor und waren gegen die Juden, der Antisemitenbund war von beiden Faschismen getragen. Teilweise gab es in Österreich dieses Bündnis an den Universitäten bis in die 1930er Jahren oder zum Beispiel in den Heimwehren in der Steiermark bis 1938.

Die Kontinuität ist beim «deutschen Faschismus» hier sicher ausgeprägter und wird repräsentiert und organisiert durch die Burschenschaften, die zunächst 1945 verboten wurden. Aber der Eifer der Entnazifizierung lässt Ende der 1940er schnell nach. 1951 dürfen sie wieder Mensur fechten und an die Unis, wieder mit Mütze und Band. Das ist das deutschnationale Milieu, das gesamtgesellschaftlich immer unbedeutender wird. Kontinuitäten gibt es sowohl ideologisch als auch personell, von den Burschenschaften vermittelt und parteipolitisch repräsentiert durch die FPÖ. Sie stellen sich in die Tradition des sogenannten Dritten Lagers. Das erste ist das konservativ-großbürgerliche Lager, das zweite das linke-sozialdemokratische Lager, die Arbeiterbewegung. Das Dritte Lager ist das deutschnationale, das, mehr noch als in Deutschland, wo es wenigstens – in Ansätzen – Stichwort Stauffenberg – einen Widerstand gegeben hat, unverändert blieb. So etwas wie den 20. Juli gab es in Österreich nicht. Dieses Dritte Lager ist vollständig im Nationalsozialismus aufgegangen und hat sich aber dann, das lag auch am Kalten Krieg, noch in den 1940er Jahren sehr schnell reorganisieren können. 1955, kaum war der letzte alliierte Soldat draußen, gründet sich die FPÖ als Partei des Dritten Lagers. Sie bezieht sich ganz offen auf Parteien wie die Großdeutsche Volkspartei in der Ersten Republik oder den Landbund. Parteien, die schon sehr früh, als die NSDAP 1932 noch legal war, Kampfgemeinschaften und Bündnisse mit ihr gebildet haben.

Alles in allem: Kontinuität ja, vor allem im deutschnationalistischen Lager.

Wo sind die Ziele, Programme, Organisationsstrukturen und Agitationsformen gleichgeblieben und wo unterschieden sie sich von ihren historischen Vorläufern?

Zunächst haben sich natürlich die Strukturen verändert, das hängt allein schon am Verbot der NSDAP und aller Unterorganisationen zusammen. Man kann die FPÖ, auch wenn wir sie als rechtsextrem bezeichnen, heute nicht geschlossen in der Zeit vor Jörg Haider bis 1986 in diese Tradition stellen, sie ist heterogener geworden. Was auch vor Haider und danach jetzt ganz stark, aber immer der Fall war, ist, dass der innere Kern der FPÖ konstant von Korporierten und Burschenschaftlern getragen wurde, da hat sich ideologisch wenig geändert.

Viel war von der Tagespolitik vorgegeben. So war das erste große Thema der Kampf gegen die Restitutionsen, dann gegen das Verbotsgesetz und gegen die Verfolgung von Kriegsverbrechern usw. Das lief in den 1950er Jahren auch biografisch und politisch aus. Was dann bis in die jüngere Vergangenheit und bei der FPÖ bis heute wichtig ist, ist der Kampf gegen die Idee einer österreichischen Nationalität, der Deutschnationalismus. Die FPÖ hat 2011 das Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft, das Jörg Haider 1998 aus taktischen Gründen hat streichen lassen, wieder ins Parteiprogramm aufgenommen. Das zeigt auch auf programmatischer Ebene, dass die FPÖ nach der Abspaltung des BZÖ [Bündnis Zukunft Österreich] von Haider 2005, wieder das wurde, was sie vorher war: eine rechtsextreme Partei, getragen von Burschenschaftlern. Jetzt weiß die FPÖ aber, dass sie mit dem Bekenntnis zur deutschen Volksgemeinschaft in der Wahlauseinandersetzung nicht viel erreichen kann. In Österreich liegt das Potenzial für diesen offenen Deutschnationalismus bei maximal zwei Prozent. Deswegen wird diese Tradition hinter Bekenntnissen zu Österreich und einem aggressiven Patriotismus versteckt. National-soziale Heimatpartei nennt sich die FPÖ auch gerne. Der Trick dabei ist, dass dies nur für die Staatlichkeit gilt. Zur Nation, so wie sie das verstehen, das Volk als Abstammungsgemeinschaft, da bleibt man bei der deutschen Volksgemeinschaft. Es ist gar nicht so leicht jemandem, der ständig die Österreichfahne schwenkt, den deutschen Nationalismus nachzuweisen, aber es erscheint uns wichtig. Damit verbunden ist der Antisemitismus, wobei hier in den letzten Jahren ein Versuch einer Veränderung zu bemerken ist. Das läuft seit 2010, als Heinz-Christian Strache zum ersten Mal nach Israel reiste. Man glaubte, aus der Kritik zu kommen durch ein demonstratives Bekenntnis zu Israel und seinen Sicherheitsinteressen. Das ist nichts Ungewöhnliches für Leute, die dieses Milieu länger beobachten. In den 1960er Jahren wurde zum Beispiel in der deutschen *National-Zeitung* Mosche Dayan als neuer Wüstenfuchs gefeiert. Man kann sich durchaus für Israel starkmachen, wenn man ein bestimmtes verzerrtes Bild von dem Land und vom Nahostkonflikt hat – und doch Antisemit bleiben. Das zeigt die FPÖ, sie leugnet den Antisemitismus bei sich. Mit dieser Leugnung geht die Projektion einher, dass die Muslime allesamt antisemitisch seien. Beim letzten Punkt, bei aller Tradition – ich bin ein Anhänger der Kontinuitätsthese – hat sich schon etwas verändert: Man hat den Rassismus modifiziert, wobei die grundsätzliche Modifikation, nicht nur in

Deutschland und Österreich, nach 1945 in Richtung eines Neorassismus, Antimigrationsrassismus und Kulturrassismus ging, der antimuslimisch umjustiert wurde. Da war Österreich neben Belgien vorne dabei, wir sprechen von antimuslimischem Rassismus. Das wird in manchen Ländern als Islamfeindlichkeit oder Islamophobie bezeichnet. Das halten wir für falsch. Es geht weniger um die Religion, sondern gegen die Muslime, die hier leben. Diese Modifikation war intern umstritten. Gerade die Burschenschaftler – repräsentiert durch die Zeitung *Die Aula* aus Graz, die es seit 1951 bis letztes Jahr gab und die ein Opfer der Koalitionsfähigkeit wurde – protestierten gegen diese Umorientierung. Je weiter rechts die Burschenschaften, desto lauter wurde die Kritik. Man hat an die lange Tradition der Kooperation mit dem Mufti von Jerusalem erinnert und wollte den Antisemitismus nicht unterordnen. Mit der Zeit haben sie aber kapiert, was sie mit dieser Modifikation gewonnen haben, wie ein Neonazi es in der *Deutschen Stimme* formuliert hat: «Das ist unser Einfallstor. Die nationale Opposition ist gut beraten, die Ausländerfrage als Moslemfrage zu betrachten.» Sie bleiben aber nicht dabei. Man sieht schon, wie das nach wie vor gut zusammengeht: auf der einen Seite der modifizierte Rassismus gegen Muslime und auf der anderen Seite der Antisemitismus, aber nicht mehr der offene, sondern eher der versteckte.

Das zeigt ein wunderbares Zitat von Johann Gudenus – ehemals Klubobmann der FPÖ und deutsch national korporiert wie fast alle Führungskader – der meinte, es gebe stichhaltige Gerüchte, wonach der Jude George Soros hinter dem großen Bevölkerungsaustausch steht, der in Europa vorgeht. Georg Soros, der steht für internationale Hochfinanz, das sind alte Codes. Sie kommen ohne Antisemitismus nicht aus. Nicht alles in der Politik und Agitation ist rechtsextrem, das macht ihre Bekämpfung so schwer, aber gerade in Fragen von Rassismus, Antisemitismus und auch Autoritarismus sind sie es. Auch ihre Vorstellungen von Law and Order: viel Sicherheit und wenig Freiheit. In anderen Bereichen – das spricht weniger gegen die FPÖ, mehr gegen Österreich – sind die Unterschiede zu den anderen Parteien gar nicht so groß wie in der Europa- oder Umweltpolitik.

Wie sehen es die Rechten heute selbst? Sind zum Beispiel Dollfuß/Schuschnigg oder die frühen österreichischen Nationalsozialisten und Deutschnationalen Vorbilder oder Objekte politischer Abgrenzung?

Das hängt davon ab. Ich würde zum Beispiel über Dollfuß sagen, dass er für Teile der Konservativen als Vorbild gilt, aber nicht als Austrofaschist oder Zerstörer der österreichischen Demokratie, sondern als erstes Opfer des Nationalsozialismus. Das macht es schwierig, denn es hat einen wahren Kern. Er wurde ja von den Nazis beim Putschversuch 1934 ermordet und man hat es sich hier in der Opferrolle eh bequem gemacht. Das macht ihn zu einem Märtyrer in den Augen der Christlichsozialen. Zu Dollfuß als Antinazi bekennt man sich offen. Auch Schuschnigg wird nicht als Austrofaschist hochgehalten, sondern als jemand, der bis zum Schluss versuchte, sich

gegen Hitler zu stellen. Da wird viel Geschichtsklitterung betrieben. Die Deutschen tun sich da schwerer. Sie haben mit Georg von Schönerer einen Gründungsvater, auf den sie sich offen berufen. Aber die meisten Akteure aus der Ersten Republik waren belastet, so zum Beispiel Anton Reinthaler. Er war Landwirtschaftsminister im sogenannten «Hochverräterkabinett» im März 1938, auch ein SS-Mann, der dann 1955/56 der erste Obmann der FPÖ wurde.

Ähnlich wie in Deutschland gibt es in der Neonaziszene Gruppen, die sich offen als Hitleristen sehen und diese Tradition hochhalten, die sind aber eher marginal und aussterbend. Aber was wir in der Neonaziszene immer noch haben, ist der positive Bezug auf Rudolf Hess, aber auch das ist im Vergleich der letzten 10–15 Jahren weniger geworden. Wir haben da noch österreichische Spezialfälle wie Walter Nowotny. Er war ein hochdekorierter Pilot, wurde im Krieg abgeschossen, da gab es 1944 noch ein Staatsbegräbnis in Wien. Der wurde schon im Nationalsozialismus als mythologische Figur inszeniert und das hat sich in Österreich und später in der Neonaziszene der Stadt Wien bis zur Jahrtausendwende gehalten. Nach den Debatten in Deutschland um die Wehrmachtsausstellung war das nicht mehr so leicht möglich. Wer sich positiv auf die Waffen-SS oder bestimmte Teile der Wehrmacht und den Vernichtungskrieg bezieht, der ist ein Neonazi und die Gruppe derer, die das offen machen, ist sehr beschränkt.

Die Identitären, die allesamt aus Burschenschaften kommen, fahren eine neue Strategie und versuchen, sich zu Fragen der Geschichte wie dem Nationalsozialismus, dem Holocaust oder dem Antisemitismus einfach nicht mehr zu äußern, denn da können sie nur verlieren. Da gilt einerseits das Verbotsgesetz, das steckt Grenzen. Wer vom Kampf der Waffen-SS für ein freies Europa spricht, wird heute als identifiziert, was er ist. Weite Teile der extremen Rechten in Österreich, die halten sich bei der NS-Geschichte nicht mehr auf, sondern holen stattdessen weiter aus. Österreich ist nicht mehr das Bollwerk gegen die Horden aus dem Osten und den jüdischen Bolschewismus, sondern wieder gegen den Islam. Der Mythos von den Türkenkriegen, der war das letzte Mal 1933 und 1934 hoch im Kurs. Der Austrofaschismus hatte versucht, gegen den deutschen Faschismus zu sagen: «Wir sind besser als ihr, wir haben das Abendland schon früher gegen den Islam verteidigt und mehr Opfer gebracht.» Man redet nicht mehr von der Waffen-SS, sondern von der europäischen Anstrengung, diese «Typen» zurückzuschlagen. Aber diese Botschaft wird mit modernen Mitteln vertrieben. Die Identitären bedienen sich schamlos an der Jugendkultur und nutzen Dinge, die sie vor ein paar Jahren noch als amerikanische Massenkultur angegriffen haben, bedienen sich auch bei den Linken. Da gibt es Veränderungen, die ich als Modernisierungen bezeichnen würde. Wenn von ihnen auf Vorbilder Bezug genommen wird, dann nicht auf die Nazis, sondern auf Vorläufer, wie etwa aus der konservativen Revolution wie Arthur Moeller van den Bruck oder Oswald Spengler, an die knüpft man offen an. Andere Heroen sind Yukio Mishima, ein japanischer Faschist und verhindertes Putschist, oder Julius Evola.

Wie sehen Sie das? Ist Österreich auf dem Weg in einen neuen Faschismus?

Nein, so würde ich das nicht nennen. Aber es gibt die Bemerkung von Viktor Orbán, der das Ziel der illiberalen Demokratie ausgegeben hat. Das kann man als Vorstufe des neuen Faschismus sehen, aber ich würde das nicht so drastisch sagen. Aber es geht um mehr Autorität und Sicherheit statt Freiheit. In der Wahlauseinandersetzung 2017 zwischen Strache und Kurz gab es zu 95 Prozent Einigkeit. Worüber sie gestritten haben, war die Frage, wer Viktor Orbán nähersteht, wer besser mit ihm kann. Das ist bezeichnend. Die ÖVP steht auf der Bremse gegen jeden Versuch, einen Strich zu Fidesz in der Europäischen Volkspartei im Europaparlament zu ziehen.

Die ÖVP sehe ich heute nicht so nahe an der CDU, sondern näher an Fidesz. Man sah das 2015, als Kurz als Außenminister Angela Merkel ja auch als liberale Gefahr sah und sich von den extremen Rechten wie Salvini und Orbán feiern ließ.

Ist der Begriff Faschismus für Sie heute noch hilfreich, um die neuen rechten und rechtspopulistischen Parteien in Europa zu kennzeichnen?

Nur zum Teil. Im Falle der europäischen rechten Parteien und für die FPÖ in Österreich halte ich ihn nicht für brauchbar. Mit einer Ausnahme, allerdings keine Partei, die nennen wir neofaschistisch: Das sind die Identitären, die wir so bezeichnen, da sie sich offen auf Faschisten wie Evola und Mishima beziehen und Kontakt haben zu neofaschistischen Gruppen wie CasaPound. Ganz verzichten wir auf den Begriff nicht, er bleibt ideologiekritisch der Vergleichs- und Referenzrahmen. Aber etwas wie die AfD oder Fidesz ist für uns nationalpopulistisch oder rechtspopulistisch. Bei den Intellektuellen hinter diesen Bewegungen da sehe ich sehr viel Faschistisches, auch bei den Identitären und Götz Kubitschek. Roger Griffin hat in den 1980er Jahren eine Debatte angestoßen, eine Kritik der Neuen Rechten, und da hat er plausibel argumentiert, dass es dabei Sinn macht, mit dem Begriff des Faschismus zu arbeiten.

INTERVIEW MIT CHRISTOPH SCHULZE

Christoph Schulze arbeitet als Rechtsextremismusforscher am Moses Mendelssohn Zentrum Potsdam. Er hat zahlreiche Veröffentlichungen zu aktuellen Entwicklungen in der extremen Rechten veröffentlicht sowie seine Dissertation zu Szenenwandlungsprozessen im Neonazismus mit dem Titel «Etikettenschwindel: Die Autonomen Nationalisten zwischen Pop und Antimoderne».

Welche Relevanz hat der Faschismusbegriff für die aktuelle Rechtsextremismusforschung?

Der Begriff des Faschismus findet nach meinem Eindruck derzeit zuvorderst in historischen Studien Anwendung, die sich entsprechenden politischen Bewegungen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts widmen. In der aktuell orientierten Rechtsextremismusforschung, aber auch in der – meines Erachtens nach insgesamt noch unterentwickelten – zeitgeschichtlichen Forschung zum Rechtsextremismus in der DDR und in der Bundesrepublik findet der Begriff selten Anwendung. Der Begriff hat daher in der aktuellen Rechtsextremismusforschung eine geringe Relevanz. Vermutlich hat dies auch außerwissenschaftliche Gründe. «Faschismus» oder auch «Antifaschismus» klingt im Alltagsverständnis nicht weniger Menschen nach überholtem, als ideologisiert wahrgenommenem (DDR-)Sprachgebrauch und nach simplifizierendem Dimitroff'schem Denken («Hinter dem Faschismus steht das Kapital»). Das ist bedauerlich, weil die Rechtsextremismusforschung aus den Erkenntnissen der Faschismusforschung, nicht zuletzt aus dem englischsprachigen Raum, profitieren könnte. Um nur ein Stichwort zu nennen: Ein dem jeweiligen Forschungsansinnen angemessener, sinnvoller Begriff von Faschismus kann es ermöglichen, die entsprechenden Bewegungen vor und nach 1945 (in Deutschland und auch international) zu analysieren und vergleichbar zu machen.

Welchen Sinn haben aus Ihrer Sicht Hilfsbegriffe wie Protofaschismus, Postfaschismus oder Neofaschismus zur Kennzeichnung spezifischer Erscheinungsformen im Spektrum der heutigen extremen Rechten?

Es gilt, was für alle Arbeits- und Hilfsbegriffe gilt: Sie können Sinn haben und Erklärungskraft entfalten, wenn sie für das jeweilige Forschungsvorhaben sinnvoll begründet und definiert werden. Wenn der Begriff Protofaschismus so lasch definiert wird, dass jeder kulturpessimistischen Äußerung attestiert wird, ihr wohne ein potenziell faschistischer Geist inne, dann handelt es sich um keine sinnvolle Definition. Doch natürlich gibt es Bewegungen, mindestens historisch nachweisbar, die einen faschistischen Kern hatten oder faschistisches Denken ermöglichten und hervorbrachten. Kriterien zu erarbeiten und anzuwenden, um dies herauszustellen, ist eine Aufgabe für die Forschung. Den Begriff Neofaschismus halte ich für brauchbar, um ein Spektrum im Rechtsextremismus bezeichnen zu können, das von anderen rechtsextremen Spektren abgrenzbar ist. Ein Spektrum, das den Neonazismus im Zentrum hat, sich

aber eben nicht unbedingt auf einen reinen, restaurativen Nationalsozialismus beschränkt.

Lässt sich der Begriff des Faschismus aus Ihrer Sicht auf spezifische Strömungen der heutigen extremen Rechten anwenden?

Ja. Auf der einen Seite gilt dies für das gesamte neonazistische Spektrum. Auf der anderen Seite gibt es das Spektrum, das sich ideengeschichtlich auf die sogenannte Konservative Revolution in der Weimarer Republik bezieht. Diese Bezeichnung behauptet die Existenz eines rechten, auch radikalen, politischen Lagers in dieser Periode, das vom Nationalsozialismus klar abgrenzbar sei und durchaus konservative, also diskurstaugliche Züge trage. Diese Trennung ist wohl nicht aufrechtzuerhalten. Treffender wäre das Bild eines rechtsextremen, antidemokratischen Lagers, zu dem neben den Nazis eben auch andere Akteure gehörten und das man als faschistisch charakterisieren kann. So auch heute. Bekanntester derzeitiger Akteur in dieser Tradition ist wohl die Identitäre Bewegung [IB]. Schält man von den zugänglichen Äußerungen der Identitären ihre Lippenbekenntnisse zu Demokratie und Gewaltlosigkeit ab – die taktisch motiviert sind, der Repressionsvermeidung und dem Zugang zum öffentlichen Diskurs dienen –, dann bleibt Folgendes übrig: ein radikal ethnischer, auch biologisch-rassistischer Begriff von Volk und eine hohe Bedeutung von Mythen, eine Gegenwartsanalyse, die Dekadenz und Verfall wittert, jeden Liberalismus verdammt, nach einer nationalen Wiedergeburt verlangt, Gewalt legitimiert und die Tat verherrlicht. Die Denkschulen, auf die sich die Identitären beziehen, stammen aus dem Kanon der sogenannten Konservativen Revolution und inkludieren offen faschistische und/oder früh-/protofaschistische Ideen. Dazu kommen ihre Beziehungen zu (anderen) internationalen, faschistischen Bewegungen, zum Beispiel CasaPound. Diese Kooperationen sind nicht widersprüchlich, sondern haben eine Sachlogik. Zu berücksichtigen ist auch die aktivistische Biografie vieler Identitärer in neonazistischen Gruppen. Ihre Abkehr vom Neonazismus begründen sie, wenn man den Aussagen auf den Kern geht, nicht mit einer inhaltlich-programmatischen Abkehr, sondern politisch-strategisch und stilistisch – der NS-Stil wird als altbacken und rückwärtsweisend gesehen im Gegensatz zum IB-Stil, der als modern und jung beschrieben wird. Diese Skizze soll zeigen: Es gibt zahlreiche Aspekte an der IB (hier wurden genannt: ideologischer Kanon, Weltansicht, politische Praxis, Herkunftsmilieus), die eine Einordnung unter einen Faschismusbegriff rechtfertigen, ja sogar erfordern (etwa, wenn man Definitionen wie jene von Griffin als Maßstab anlegt).

Und wo passt der Begriff eher nicht?

Nicht jede Form des konservativen Autoritarismus oder Nationalismus hat faschistische Züge, auch dann nicht, wenn sie rechtsextrem oder antidemokratisch ist. Um ein Beispiel zu nennen: Die AfD-Jugendorganisation Junge Alternative tritt, zumindest

wie ich sie hier in Brandenburg einordnen kann, formal prodemokratisch-konservativ auf, ist im Kern aber rechtsextrem ausgerichtet. Ihre Beteiligung an rassistischer Mobilisierung, ihre Positionierung in der Partei, viele ihrer Äußerungen, ein autoritäres Verständnis von Staat und Gesellschaft und ein deutlicher Nationalismus zeigen dies. Funktional sind sie eine Brückenorganisation zwischen der Partei und der rassistischen Mobilisierung. Sie stehen unter deutlichem Einfluss und in einem Austauschverhältnis zu den Identitären, so gibt es personelle Überschneidungen und Ähnliches. Aber: Eine faschistische Ausrichtung, die sich der Organisation als solcher zuschreiben lässt, kann ich nicht erkennen.

Sehen Sie neue Anzeichen für die Herausbildung einer milieuübergreifenden neofaschistischen Bewegung?

Was bedeutet «milieuübergreifend»? Der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik ist seit längerer Zeit bewegungsförmig, und ein Teil des Rechtsextremismus sind seine neofaschistischen Strömungen. Diese Bewegung als Ganzes erstreckt sich ganz sicher über verschiedene soziokulturelle und lebensstilistische Milieus. Größe, Grad der Vernetzung und politische Wirkung der Bewegung sind in den letzten Jahren ebenso sicher gewachsen. Die faschistischen Akteure spielen darin eine Rolle, sie dominieren aber nicht; sie selbst sind in verschiedenen Milieus zu finden, das ist für sich aber noch keine neue Entwicklung.

Welche Bedeutung und Berechtigung haben Ihrer Meinung nach die Begriffe Faschismus und Antifaschismus für die heutige politische Auseinandersetzung mit rechten und linken Bewegungen?

Die Bedeutung des Faschismusbegriffs ist zurzeit sicherlich eher gering, eine Berechtigung, ihn zu verwenden, gibt es jedoch. Interessanterweise hat Antifaschismus als Gegenbegriff eine höhere Verbreitung und somit Bedeutung. Verbunden ist er derzeit wohl in erster Linie, ob zustimmend oder ablehnend gemeint, mit den meist jungen oder sogar jugendlichen, alternativen, subkulturellen, linken, manchmal linksradikalen losen Gruppen und Organisationen und mit der Protestkultur, die es gegen rechtsextreme Straßenaktionen und ähnliche Formen gibt. Eine Berechtigung für Antifaschismus (nicht nur inhaltlich, sondern vor allem in Hinsicht auf die Frage, ob die Begriffsverwendung angemessen ist) ist meiner Meinung nach gegeben. Ich sehe einige Ansätze für ein erweitertes Verständnis von Antifaschismus, das den Begriff für eine politisch und gesellschaftlich breite, demokratische Opposition gegen Rechtsextremismus nutzbar macht. Das ist sicherlich zu begrüßen. Manche anderen Begriffe taugen sicher als positive Zielbestimmungen (für Demokratie, Toleranz, Weltoffenheit), beschreiben das konkrete Problem aber nicht oder nur ungenau und können im schlechtesten Fall wie leere Schlagworte wirken.

INTERVIEW MIT DEM TEAM DES APABIZ

Das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin e. V., kurz apabiz, entstand Mitte der 1980er Jahre als Antifa-Pressearchiv im «Papiertiger – archiv & bibliothek der sozialen bewegungen», einem linken Archiv in Berlin-Kreuzberg. 1991 wurde ein eigener Trägerverein gegründet und es wurde eine Fabriketage in der Lausitzer Straße 10 in Berlin bezogen. Das Archiv des apabiz ist das umfangreichste öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten nach 1945 in Deutschland.

Welche Relevanz hat der Faschismusbegriff für die heutige Arbeit gegen rechts?

Der Begriff Faschismus wird in den Diskursen und Untersuchungen, die bei uns auf dem Tisch landen, kaum verwendet, zumindest nicht, um die aktuellen extrem rechten Strömungen zu beschreiben. Einzelne Ausnahmen sind etwa die Identitären – die sich mit bestimmten Faschismusdefinitionen, etwa von Griffin, durchaus gut fassen lassen. Den Begriff wird man vor allem selten in den Texten von öffentlich geförderten Projekten finden – außer in Schriften über den Nationalsozialismus, wo der Begriff nur in einem historisierenden Sinne verwendet wird. Vor allem der linksradikale Teil der antifaschistischen Bewegung verwendet allerdings den Begriff (neo-)nazistisch exzessiv. Die Verwendung orientiert sich aber – mit Einschränkungen – selten an theoretischen Herleitungen, sondern reflektiert meistens die Selbstbeschreibung solcher Gruppierungen, die sich – auch im europäischen Kontext – selbst als Nachfolger historischer Strömungen verstehen.

Lässt sich der Begriff des Faschismus aus eurer Sicht auf die heutige extreme Rechte anwenden?

Die Beschreibung als faschistisch passte ja schon immer auf den (neo-)nazistischen Teil der extremen Rechten. Auf die gesamte extreme Rechte lässt sich der Begriff ebenfalls anwenden, allerdings nicht als Gattungsbegriff, sondern als Analysekategorie. Gibt es Teile der extremen Rechten, die sich in Richtung Faschismus bewegen, denen ein faschistisches Denken innewohnt, auch wenn es nicht bestimmend ist? Das wäre zum Beispiel eine Frage, die man auf den AfD-Flügel um Höcke anwenden sollte. Um den Begriff faschistisch überhaupt erfolgreich anwenden zu können, müssen wir ja vor allem den Faschismus in seiner Bewegungsphase (nicht den an der Macht!) ausreichend verstanden haben. Der Faschismus war eben selten konsistent, schon gar nicht widerspruchsfrei und wo er erfolgreich war, auch deshalb, weil er ohne Rücksicht auf ideologische Reinheit pragmatische Veränderungen durchgeführt hat.

Und wo passt der Begriff eher nicht?

Nun ja, auf die extreme Rechte wiederum angewendet, die ja auch einen deutsch-nationalen oder nationalkonservativen Flügel beinhaltet, eben auf Letztere, die ja eine nationalistische, exklusive, autoritäre, aber doch demokratisch legitimierte Herrschaft

anstreben. Das sollte man tunlichst genau von faschistischen Modellen trennen können, sowohl analytisch als auch propagandistisch.

Seht ihr Anzeichen für die Herausbildung einer neofaschistischen Internationale?

Am weitesten entwickelt scheinen die Kontakte und der Austausch zwischen den Kreisen der Identitären Bewegungen in Europa und den Alt-right-Aktivist*innen in den USA zu sein, obwohl sich das sehr deutlich an personellen Kontakten auszurichten scheint.

Seht ihr die heutige extreme Rechte als neue faschistische Massenbewegung?

Nein, sie trägt teilweise das Potenzial dazu in sich. Das hat sie aber auch schon immer. Ist sie darin vorangekommen? Ja, es gab Momente, in denen dies deutlicher wurde (Chemnitz, Köthen, HoGeSa), wenn der breite Schulterschluss gelang.

Welche Hilfestellungen kann eurer Meinung nach eine wissenschaftliche Faschismusforschung für die antifaschistische Bewegung leisten?

Ach, es wäre ja schon ganz schön, wenn es eine solche Disziplin in Deutschland überhaupt in einem angemessenen Umfang geben würde. Faschismus-, genauso wie Rechtsextremismusforschung, beschreibt im besten Falle die langanhaltenden Entwicklungen und zieht historische Vergleiche heran, die sich in das politische Gedächtnis eingeschrieben haben. Ansonsten kommt die antifaschistische Bewegung schon ganz gut selber mit der Theorieproduktion klar. Sprich: Es wäre zu begrüßen, wenn die akademische Forschung auch Erkenntnisse liefert, die für die antifaschistische Gegenwehr nutzbar sind. Meistens sind die Forschungen aber um Jahre hinterher und eine antifaschistische Bewegung tut gut daran, sich selbstständig um die Nutzbarmachung wissenschaftlicher Erkenntnisse zu kümmern. Den größten Nutzen hätte ein enges Zusammenwirken beiderseitiger Erkenntnisse.

INTERVIEW MIT DER REDAKTION DER ZEITUNG DER RECHTE RAND

Der rechte rand – Magazin von und für AntifaschistInnen ist ein antifaschistisches Magazin, das seit 1989 alle zwei Monate in ganz Deutschland erscheint. Neofaschistische, rechtsextreme und geschichtsrevisionsistische Bestrebungen werden analysiert und öffentlich gemacht.

Welche Relevanz hat der Faschismusbegriff für die heutige Arbeit gegen rechts?

Wir sind ein antifaschistisches Magazin, begreifen uns also explizit als Zeitschrift, die sich gegen Faschismus engagiert. Genauso stehen wir antifaschistischen Engagierten und Initiativen nahe – sie bilden einen Großteil unserer Leser*innenschaft, und sie wollen wir mit unserer Arbeit unterstützen.

Der Faschismusbegriff ist aber auch aus historischer Perspektive relevant. An den Kernelementen des (historischen) Faschismus lässt sich herausarbeiten, wo sich die heutige extreme Rechte auf ihre historischen Vorbilder beruft. Dies muss nicht unbedingt der historische Nationalsozialismus mit seinem radikalen Antisemitismus sein, sondern können zum Beispiel auch faschistische Ästhetik oder faschistische Gewaltpraxen sein, die mitunter viel schwerer zu identifizieren sind. Eine aktuelle extrem rechte Gruppierung, Partei oder Strömung als faschistisch zu erkennen und als solche zu bezeichnen hilft, ihre Mechanismen zu entlarven und ihre Bezüge auf den historischen Faschismus offenzulegen.

Lässt sich der Begriff des Faschismus aus eurer Sicht auf die heutige extreme Rechte anwenden?

Nur auf einzelne Strömungen innerhalb der extremen Rechten; während es in anderen Ländern (z. B. Italien) bei der extremen Rechten grundsätzlich weniger Berührungspunkte gibt, explizit faschistische oder neofaschistische Elemente in Politikstil, Äußerungen und Ästhetik zu integrieren, herrscht in Deutschland doch mehr Distanz dazu. Einzelne Gruppierungen bedienen sich faschistischer Aspekte, zum Beispiel mit einem Aufmarsch- oder Demonstrationsstil, der eine Massenbewegung suggerieren soll, einer faschistischen Ästhetik oder der Überbetonung des Gemeinschaftsgedankens. Andere bedienen sich mythischer (oder pseudoreligiöser) Elemente bzw. verstehen sich als Verfechter einer organischen/völkischen Gemeinschaft, die für den Faschismus ebenso zentral ist.

Und wo passt der Begriff eher nicht?

Bei Parteien, Gruppierungen etc., die zwar eine extrem rechte Weltanschauung vertreten, aber keinen faschistischen Politikstil betreiben. Damit der Begriff des Faschismus passend ist, müssen Ideologie und Praxis zusammenwirken. In der deutschen extremen Rechten, auch wenn sie durchaus hierarchisch strukturiert ist, fehlt ferner der für den Faschismus zentrale Führer.

Seht ihr Anzeichen für die Herausbildung einer neofaschistischen Internationale?

Nein, dazu gibt es viel zu unterschiedliche Ansichten über Strategien und Utopien, als dass hier von einer neofaschistischen Internationalen gesprochen werden kann.

Seht ihr die heutige extreme Rechte als neue faschistische Massenbewegung?

Wir sehen die extreme Rechte als zu zersplittert an, als dass sie als Massenbewegung gedeutet werden kann. Ein für den Faschismus radikaler Erneuerungsgedanke mag bei Einzelnen vorhanden sein, äußert sich jedoch weder auf der Straße noch in den Parlamenten, den Wahlerfolgen der AfD zum Trotz. Außerdem fehlt ganz entscheidend ein gemeinsamer Führer bzw. der Versuch, eine Verbindung zwischen einem faschistischen Führer und dem «Volk» herzustellen, was für den Faschismus ein entscheidendes Element darstellt.

Welche Hilfestellungen kann eurer Meinung nach eine wissenschaftliche Faschismusforschung für die antifaschistische Bewegung leisten?

Sie kann Argumentationslinien liefern, um mit der Extremismustheorie umzugehen. Eine fundierte Faschismusforschung hilft, Kernelemente des Faschismus in der extremen Rechten zu identifizieren und mögliche Gegenstrategien zu entwickeln.

INTERVIEW MIT DER REDAKTION DER ZEITUNG LOTTA

Die antifaschistische Zeitung Lotta wird seit 1999 von einem Zeitungskollektiv publiziert und berichtet über die rechte Szene schwerpunktmäßig in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Hessen.

Welche Relevanz hat der Faschismusbegriff für die heutige Arbeit gegen rechts?

Eine große natürlich, denn wir sind Antifas und beziehen uns auf den Kampf gegen den Faschismus. Die Antifabewegung steht insgesamt in einer historischen Tradition des linken Kampfes gegen den Faschismus. Des Weiteren wird im Vergleich zum Begriff des Faschismus der Begriff des Rechtsextremismus von antifaschistischer Seite her oft deshalb abgelehnt, weil in der Extremismustheorie rechts und links als gleich gefährliche extremistische Bedrohungen der angeblich per se demokratischen Mitte postuliert werden. Der Begriff des Faschismus liefert uns zudem ein Schlagwort, das jede*r versteht.

Lässt sich der Begriff des Faschismus aus eurer Sicht auf die heutige extreme Rechte anwenden?

Teilweise schon! Gruppen wie CasaPound in Italien sowie auch Teile der sogenannten Neuen Rechten verwenden den Begriff des Faschismus affirmativ. Auch Neonazis wie Die Rechte oder Der Dritte Weg stehen in eindeutig faschistischer Tradition, obwohl sie sich selber nicht als Faschisten, sondern als Nationale Sozialisten bezeichnen. Wir sehen auch in den rassistisch motivierten Protestbewegungen gegen Geflüchtete sowie in den selbsternannten rechten Bürgerwehren ein gewaltbejahendes Aufbegehren mit protofaschistischem Charakter. Auch bei der AfD halten wir die Charakterisierung als rechtspopulistisch für verharmlosend: Strömungen wie Der Flügel und dessen Betätigung auf der Straße zeugen unserer Ansicht nach ebenfalls von einer protofaschistischen Mobilisierung.

Und wo passt der Begriff eher nicht?

Die AfD als Ganzes lässt sich nicht auf ihren protofaschistischen Teil reduzieren. Ihre größte Gefährlichkeit liegt vielmehr in der Anschlussfähigkeit an den konservativen und nationalistischen Mainstream. Auch andere Strömungen der extremen Rechten wie Burschenschaften, rechtskonservative Zeitungsprojekte und nationalkonservative Stiftungen wie etwa das Studienzentrum Weikersheim lassen sich nicht als faschistisch bezeichnen. Deswegen verwenden antifaschistische Initiativen dafür eher den Begriff «extreme Rechte» als übergeordnete Definition für ein Spektrum, dass von der nationalkonservativen Rechten bis hinein in die neofaschistische – und nazistische – Rechte reicht. Kurz gesagt: Die offen faschistischen Bewegungen machen nur einen Teil der extremen Rechten hierzulande aus.

Seht ihr Anzeichen für die Herausbildung einer neofaschistischen Internationale?

Wir stellen seit etlichen Jahren eine länderübergreifende Kooperation im Neonazibewegungsspektrum fest. Das zeigt sich in regelmäßigen Besuchen von deutschen Neonazis in Italien, Tschechien, Polen und Russland usw. sowie umgekehrt. Organisationen wie das im Jahr 2000 verbotene Netzwerk Blood & Honour und ihr Anfang 2020 verbotener bewaffneter Arm Combat 18 zeigen die länderübergreifende Organisation einer agilen Neonazibewegungsszene auf, die terroristische Ausmaße haben kann. Auch über den offen faschistischen Rand hinaus zeigt sich die extreme Rechte in Europa kooperationswillig; etwa wenn Geert Wilders bei Pegida in Dresden redet oder wenn die europäischen Rechtsaußenparteien im Europaparlament eine Fraktion bilden.

Seht ihr die heutige extreme Rechte als neue faschistische Massenbewegung?

Hier in Deutschland sicherlich noch nicht. In Ländern wie Ungarn mit zum Beispiel der Jobbik-Partei sieht das schon anders aus. Aber wenn wir uns Berichte von unseren Genossinnen und Genossen aus bestimmten Regionen Ostdeutschlands vor Augen führen, so kann man durchaus begründet von ersten Tendenzen dafür reden, dass die extreme Rechte ihrem Wunsch nach national befreiten Zonen deutlich näher kommt. Ein weiteres Thema sind die Wahlerfolge der AfD. Auch wenn man hierbei noch nicht von einer gänzlich faschistischen Massenbewegung reden kann, zeigen sich trotzdem erste Anzeichen dafür, dass die Propaganda der AfD faschistoide Stereotype fördert und verfestigt.

Welche Hilfestellungen kann eurer Meinung nach eine wissenschaftliche Faschismusforschung für die antifaschistische Bewegung leisten?

Vertiefung von Kenntnissen, Hilfe bei der Analyse des Rechtspopulismus, der extremen Rechten und des Faschismus. Unserer Ansicht nach ist der Faschismus nicht im Jahre 1945 endgültig zu Ende gegangen, sondern lebt in der Kontinuität neuer rechtsextremer Bewegungen weiter. Deshalb kann kritische wissenschaftliche Faschismusforschung dazu beitragen, eine Hilfestellung zur aktuellen Auseinandersetzung mit der rechten Gefahr zu geben.

LITERATUR

Abendroth, Wolfgang (Hrsg.) (1972): *Faschismus und Kapitalismus. Theorien über die sozialen Ursprünge und die Funktion des Faschismus*, Frankfurt a. M.

Abendroth, Wolfgang (1981): *Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung*, Frankfurt a. M.

Adorno, Theodor W. (1970): *Negative Dialektik*, Frankfurt a. M.

Adorno, Theodor W. (1973): *Studien zum autoritären Charakter*, Frankfurt a. M.

Adorno, Theodor W. (2019): *Aspekte des neuen Rechtsradikalismus. Ein Vortrag [1967]*, Berlin.

Albrecht, Jan Philipp (Hrsg.) (2015): *Europa Rechtsaußen. Die radikale Rechte im Europäischen Parlament nach den Europawahlen 2014*, Brüssel.

Aly, Götz (2005): *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt a. M.

Apabiz (2019): *Der rechte Blick auf Ostdeutschland*, in: *magazine* 5/2019, Berlin.

Appadurai, Arjun (2017): *Demokratiemüdigkeit*, in: Geiselberger, Heinrich (Hrsg.): *Die große Regression. Eine internationale Debatte zur geistigen Situation der Zeit*, Berlin.

Bach, Maurizio/Breuer, Stefan (2014): *Faschismus als Bewegung und Regime. Italien und Deutschland im Vergleich*, Wiesbaden.

Balibar, Étienne (2016): *Europa: Krise und Ende?*, Hamburg.

Barth, Rüdiger/Friederichs, Hauke (2018): *Die Totengräber: Der letzte Winter der Weimarer Republik*, Frankfurt a. M.

Bauer, Otto (1936): *Der Faschismus*, in: ders.: *Zwischen Zwei Weltkriegen? Die Krise der Weltwirtschaft, der Demokratie und des Sozialismus*, Bratislava, unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/bauer/1936/zwischen/faschismus.html.

Bauerkämper, Arndt (2006): *Der Faschismus in Europa 1918–1945*, Stuttgart.

Bauerkämper, Arndt (2017): Der Neue Mensch, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 4.7.2017, unter: http://docupedia.de/zg/bauerkaemper_neue_mensch_v1_de_2017.

Bauman, Zygmunt (2017): *Retrotopia*, Berlin.

Becher, Phillip (2018): Mobilisierungspraxen der extremen Rechten am Beispiel von Casa Pound Italia. Casa Pound – ein «gemeinsames Haus» für Europas Neofaschisten?, in: Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 192, S. 459–473.

Becker, Karina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Ralf (Hrsg.) (2018): Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte, Frankfurt a. M./New York.

Beller, Steven (2009): *Antisemitismus*, Stuttgart.

Benjamin, Walter (1991): Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit. Erste Fassung [1936], in: ders.: *Gesammelte Schriften*, hrsg. von Rolf Tiedemann und Hermann Schweppenhäuser, Bd. 1.2, Frankfurt a. M., S. 431–470.

Benz, Wolfgang (2015): Einführung, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 63, S. 717–720.

Blaschke, Olaf (2019): *Die Kirchen und der Nationalsozialismus*, Bonn.

Borejsza, Jerzy W. (1999): *Schulen des Hasses. Faschistische Systeme in Europa*, Frankfurt a. M.

Botsch, Gideon (2019): Zeitgeschichtliche Impulse für die Rechtsextremismus-Forschung, in: *Zeitgeschichte-online*, Oktober 2019, unter: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/zeitgeschichtliche-impulse-fuer-die-rechtsextremismus-forschung>.

Botsch, Gideon/Kopke, Christoph (2019): «Umvolkung» und «Volkstod». Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, Ulm.

Bracher, Karl Dietrich (1969): *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./Wien/Zürich.

Bundesverfassungsgericht (BVerfG) (2017): Urteil des Zweiten Senats vom 17. Januar 2017 – 2 BvB 1/13 –, Rn. (1-1010), unter: www.bverfg.de/e/bs20170117_2bvb000113.html.

Busch, Klaus (2016): *Das Versagen Europas. Die Euro- und die Flüchtlingskrise sowie die «BREXIT»-Diskussion*, Hamburg.

Camilli, Annalisa (2019): Italien. Lega: Der Superstar aus dem reichen Norden, in: Gürgen, Malene/Hecht, Patricia/Horaczek, Nina/Jakob, Christian/Orde, Sabine am (Hrsg.): *Angriff auf Europa. Die Internationale des Rechtspopulismus*, Berlin, S. 48–54.

Camus, Jean-Eve (2003): Strömungen der europäischen extremen Rechten, in: Backes, Uwe (Hrsg.): *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*, Köln/Weimar/Wien, S. 235–260.

Carsten, Francis L. (1969): *Der Aufstieg des Faschismus in Europa*, Frankfurt a. M.

Cavazza, Stefano (2012): War der Faschismus populistisch? Überlegungen zur Rolle des Populismus in der faschistischen Diktatur in Italien (1922–1943), in: *Totalitarismus und Demokratie* 2/2012, S. 235–256.

Centre-Robert-Schuman (2009–2011): Bilanz in Ziffern des Ersten Weltkriegs (2009–2011), unter: www.centre-robot-schuman.org/userfiles/files/REPERES%20-%20Modul%201-1-1%20-%20Notiz%20-%20Bilanz%20in%20Ziffern%20des%20Ersten%20Weltkriegs%20-%20DE.pdf.

Christians, Georg (1990): «Die Reihen fest geschlossen». Die FAP – zu Anatomie und Umfeld einer militant neofaschistischen Partei in den 80er Jahren, Marburg.

Copsey, Nigel (2017): Von Rom nach Charlottesville – eine sehr kurze Geschichte des Globalen Antifaschismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42–43/2017, S. 29–34.

Cornwall, Mark (Hrsg.) (2004): Die letzten Jahre der Donaumonarchie. Der erste Vielvölkerstaat im Europa des frühen 20. Jahrhunderts, Essen.

Decker, Oliver/Kies, Johannes/Brähler, Elmar (Hrsg.) (2016): Die enthemmte Mitte. Autoritäre und rechtsextreme Einstellung in Deutschland, Gießen.

Demirović, Alex (2018): Autoritärer Populismus als neoliberale Krisenbewältigungsstrategie, in: *Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft* 190, S. 27–42.

Detering, Heinrich (2019): Was heißt hier «wir»? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten, Stuttgart.

Di Stefano, Simone (2019): Pressestatement, Übersetzung unter: www.brennerbasisdemokratie.eu/?entity=cpi (depubliziert, letzter Zugriff 3.9.2019).

Dimitroff, Georgi (1982): Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften, Leipzig.

Dipper, Christof/Hudemann, Rainer/Petersen, Jens (Hrsg.) (1998): Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, Köln.

Eatwell, Roger (2003): Zur Natur des «generischen Faschismus», in: Backes, Uwe (Hrsg.): *Rechtsextreme Ideologien in Geschichte und Gegenwart*, Köln/Weimar/Wien, S. 93–122.

Ehlich, Konrad (1989): Über den Faschismus sprechen – Analyse und Diskurs, in: ders. (Hrsg.): *Sprache im Faschismus*, Frankfurt a. M., S. 7–34.

Erwägen – Wissen – Ethik (3/2004).

Esposito, Fernando (2016): Faschismus – Begriff und Theorien, Version: 1.0, in: *Docupedia-Zeitgeschichte*, 6.5.2016, unter: http://docupedia.de/zg/esposito_faschismus_v1_de_2016.

Finkelstein, Frederico (2017): Populismus als Postfaschismus, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42–43/2017, S. 42–46.

Flügge, Manfred (2019): *Stadt ohne Seele. Wien 1938*, Berlin.

Fraenkel, Ernst (1974): *Der Doppelstaat*, Frankfurt a. M./Köln.

Frei, Norbert/Maulbach, Franka/Morina, Christina/Tändler, Maik (2019): *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin.

Funke, Hajo (2010): Rechtsextremismus in Deutschland, in: Spöhr, Holger/Kolls, Sarah (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich*, Frankfurt a. M., S. 61–78.

Gallmetzer, Lorenz (2019): Von Mussolini zu Salvini. Italien als Vorreiter des modernen Nationalpopulismus, Wien.

Garscha, Winfried R. (2012): Nationalsozialisten in Österreich 1933–1938, in: Talós, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (Hrsg.): Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938, Wien.

Gauland, Alexander (2019): Nation, Populismus, Nachhaltigkeit. Drei Vorträge, Schnellroda.

Geiselberger, Heinrich (Hrsg.) (2017): Die große Regression. Eine internationale Debatte über die geistige Situation der Zeit, Berlin.

Gentile, Emilio (1975): *Le origini dell'Ideologia Fascista (1918–1925)*, Rom.

Gentile, Emilio (1998): Der Liktorenkult, in: Dipper, Christof/Hudemann, Rainer/Petersen, Jens (Hrsg.): Faschismus und Faschismen im Vergleich. Wolfgang Schieder zum 60. Geburtstag, Köln, S. 247–262.

Gentile, Emilio (2007): Der Faschismus. Eine Definition zur Orientierung, in: *Mittelweg* 36 1/2007, Hamburg, S. 81–99.

Gessner, Dieter (2019): Volksgemeinschaft 1933–1945. Zur Entstehung und Bedeutung eines politischen Schlagwortes, Wiesbaden.

Göllner, Ralf Thomas (2007): Grundzüge der ungarischen Geschichte, in: *OWEP* 2/2007, unter: www.owep.de/artikel/596/grundzuege-ungarischen-geschichte.

Goodrick-Clarke, Nicholas (2000): Die okkulten Wurzeln des Nationalsozialismus, Graz/Stuttgart.

Gramsci, Antonio (1924): Die italienische Krise, in: *Ordine Nuovo*, 1. September 1924, Nachdruck in: Riechers, Christian (Hrsg.) (1967): Antonio Gramsci. Philosophie der Praxis. Eine Auswahl, Frankfurt a. M., S. 108–120.

Griffin, Roger (2011): Rechtsextremismusforschung in Europa: «From new consensus to new wave?», in: Globisch, Claudia/Pufelska, Agnieszka/Weiß, Volker (Hrsg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden, S. 295–314.

Griffin, Roger (2014): Palingenetischer Ultrationalismus. Die Geburtswehen einer neuen Faschismusdeutung, in: Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (Hrsg.): Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung, Oldenburg, S. 17–33.

Grunert, Robert (2012): Der Europagedanke westeuropäischer faschistischer Bewegungen 1940–1945, Paderborn/München/Wien/Zürich.

Grüttner, Michael (2014): Das Dritte Reich 1933–1939 (=Gebhardt: Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 19), Stuttgart.

Gürgen, Malene/Hecht, Patricia/Horaczek, Nina/Jakob, Christian/am Orde, Sabine (2019): Angriff auf Europa. Die Internationale des Rechtspopulismus, Berlin.

Häusler, Alexander (Hrsg.) (2018): Völkisch-autoritärer Populismus. Der Rechtsruck in Deutschland und die AfD, Hamburg.

Häusler, Alexander/Schedler, Jan (2011): Neonazismus in Bewegung: Verortung der Autonomen Nationalisten in der sozialwissenschaftlichen Bewegungsforschung, in: dies. (Hrsg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus in Bewegung, Wiesbaden, S. 305–323.

Häusler, Alexander/Virchow, Fabian (Hrsg.) (2016): Neue soziale Bewegung von rechts? Zukunftsängste, Abstieg der Mitte, Ressentiments, Hamburg.

Hall, Stuart (2014): Populismus, Hegemonie, Globalisierung, Ausgewählte Schriften 5, Berlin.

Hamann, Brigitte (1998): Hitlers Wien. Lehrjahre eines Diktators, München.

Hamann, Brigitte (2001): Elisabeth, Kaiserin wider Willen. Wien, München.

Hamann, Brigitte (2002): Winifred Wagner oder Hitlers Bayreuth, München.

Hamann, Brigitte (2004): Rudolf. Kronprinz und Rebell. München.

Heller, Friedrich Paul/Maegerle, Anton (1998): Thule – Vom völkischen Okkultismus bis zur Neuen Rechten, Stuttgart.

Herbst, Ludolf (2011): Hitlers Charisma, Frankfurt a. M.

Hilberg, Raul (1990): Die Vernichtung der europäischen Juden, Bd. 1–3, Frankfurt a. M.

Hilberg Raul (1997): Täter, Opfer, Zuschauer: die Vernichtung der Juden 1933 – 1945. Frankfurt a. M.

Hitler, Adolf (1933): Mein Kampf, München.

Hobsbawm, Eric (1997): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München/Wien.

Höcke, Björn (2018): Nie zweimal in denselben Fluss. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Henning, Lüdinghausen/Berlin.

Holtmann, Everhard (2018): Völkische Feindbilder. Ursprünge und Erscheinungsformen des Rechtspopulismus in Deutschland, Bonn.

Horkheimer, Max (1981): Gesellschaft im Übergang. Aufsätze, Reden und Vorträge 1942–1970, Frankfurt a. M.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1988): Dialektik der Aufklärung, Frankfurt a. M.

Jaschke, Hans-Gerd (Hrsg.) (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Wiesbaden.

Jesi, Furio (1979): Kultur von rechts, Frankfurt a. M.

Joll, James (1988): Die Ursprünge des Ersten Weltkriegs, München.

Jongen, Marc (2019): Rede von Marc Jongen (AfD) im Deutschen Bundestag zu «Gegen Hassrede und Hasskriminalität» am 7.11.19, unter: www.youtube.com/watch?v=thg-JDUm4PQ.

Jörke, Dirk/Selk, Veith (2017): Theorien des Populismus zur Einführung, Hamburg.

Karsten, Arne (2019): Der Untergang der Welt von gestern. Wien und die k.u.k. Monarchie 1911–1919, München.

Kebir, Sabine (1991): Gramsci's Zivilgesellschaft. Alltag – Ökonomie – Kultur – Politik, Hamburg.

Keller, Mija/Kögler, Lena/Krawinkel, Moritz/Schlemermeyer, Jan (2011): Antifa. Geschichte und Organisation, Stuttgart.

Kershaw, Ian (1994): Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Hamburg.

Kershaw, Ian (1999): Der Hitler-Mythos, Stuttgart.

Kershaw, Ian (2000): Hitler. 1936–1945, Stuttgart.

Kershaw, Ian (2002): Hitler. 1889–1936, München.

Kershaw, Ian (2011): Das Ende, München.

Kißener, Michael (2005): Das Dritte Reich, Darmstadt.

Klemperer, Victor (2010): LTI. Notizbuch eines Philologen [1946], Stuttgart.

Klinkhammer, Lutz (2005): Staatliche Repression als politisches Instrument. Deutschland und Italien zwischen Monarchie, Diktatur und Republik, in: Dipper, Christoph (Hrsg.): Deutschland und Italien 1860–1960. Politische und kulturelle Aspekte im Vergleich, Oldenburg, S. 133–157.

Klinkhammer, Lutz (2010): Der neue «Antifaschismus» des Gianfranco Fini, in: Terhoeven, Petra (Hrsg.): Italien, Blicke. Neue Perspektiven der italienischen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Göttingen, S. 257–280.

Knip, Kersten (2018): Die Kommune der Faschisten. Gabriele D'Annunzio, die Republik von Fiume und die Extreme des 20. Jahrhunderts, Darmstadt.

Koch, Heiko (2013): Casa Pound Italia. Mussolinis Erben, Münster.

Kocka, Jürgen (1983): Ursachen des Nationalsozialismus, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Beiträge zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Bonn, S. 1–13.

Köhler, Joachim (1999): Wagners Hitler. Der Prophet und sein Vollstrecker, München.

Kolb, Eberhard (2000): Die Weimarer Republik, München/Wien.

Koob, Andreas/Marcks, Holger/Marsovszky, Magdalena (2013): Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn, Münster.

Kopke, Christoph/Rensmann, Lars (2000): Die Extremismus-Formel. Zur politischen Karriere einer wissenschaftlichen Ideologie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/2000, S. 1451–1462.

Kuczynski, Jürgen (1965): Studien zur Geschichte des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1918–1945 (=Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 16), Berlin.

Kühnl, Reinhard (Hrsg.) (1974): Texte zur Faschismuskonversation I. Positionen und Kontroversen, Hamburg.

Kühnl, Reinhard (1979): Faschismustheorien. Texte zur Faschismuskonversation 2. Ein Leitfaden, Hamburg.

Kühnl, Reinhard (1980): *Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten*, Köln.

Kühnl, Reinhard/Hardach, Gerd (1979) (Hrsg.): *Die Zerstörung der Weimarer Republik*, Köln.

Langewiesche, Dieter (2019): *Der gewaltsame Lehrer. Europas Kriege in der Moderne*, Bonn.

Lausberg, Michael (2012): *Die extreme Rechte in Ostdeutschland 1990–1998*, Marburg.

Leggewie, Claus (1994): *Rechtsextremismus – eine soziale Bewegung?*, in: Kowalsky, Wolfgang/Schroeder, Wolfgang (Hrsg.): *Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz*, Wiesbaden, S. 325–338.

Leggewie, Claus (2017): *Europa zuerst! Eine Unabhängigkeitserklärung*, Berlin.

Lehnstaedt, Stephan (2017): *Der Kern des Holocaust. Bežec, Sobibór, Treblinka und die Aktion Reinhardt*, München.

Link, Jürgen (2008): *Diskurstheoretische Überlegungen zur neuesten Konjunktur des «Populismus»-Begriffs (mit Bezug auf Ernesto Laclau)*, in: Faber, Richard/Unger, Frank (Hrsg.): *Populismus in Geschichte und Gegenwart*, Würzburg, S. 17–30.

Loch, Dietmar (2019): *Rechtspopulistische Parteien in Europa. Protektionistisch gegen die Globalisierung*, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Panreck, Isabelle-Christine (Hrsg.): *Rechtspopulismus in Einwanderungsgesellschaften. Die politische Auseinandersetzung um Migration und Integration*, Wiesbaden, S. 43–75.

Loh, Werner/Wippermann, Wolfgang (Hrsg.) (2016): *Faschismus kontrovers. Erwägungskultur in Forschung, Lehre und Praxis*, Stuttgart.

Longerich, Peter (2003): *Geschichte der SA*, München.

Maas, Utz (1984): *«Als der Geist der Gemeinschaft eine Sprache fand». Sprache im Nationalsozialismus*, Opladen.

Mann, Michael (2007): *Der Faschismus und die Faschisten. Vorbereitende Überlegungen zur Soziologie faschistischer Bewegungen*, in: *Mittelweg* 36 1/2007, Hamburg, S. 26–54.

Mantelli, Brunello (2004): *Kurze Geschichte des italienischen Faschismus*, Berlin.

Mantelli, Brunello (2005): *Rassismus als wissenschaftliche Welterklärung. Über die tiefen kulturellen Wurzeln von Rassismus und Antisemitismus in Italien und anderswo*, in: Dipper, Christoph (Hrsg.): *Deutschland und Italien 1860–1960. Politische und kulturelle Aspekte im Vergleich*, Oldenburg, S. 207–226.

Mattioli, Aram (2006): *Ein vergessenes Schlüsselereignis der Weltkriegsepoche, in: Asserate, Asfa-Wossen/Mattioli, Aram (Hrsg.): Der erste faschistische Vernichtungskrieg. Die italienische Aggression gegen Äthiopien 1935–1941*, Köln, S. 9–25.

Mattioli, Aram (2010): *«Viva Mussolini!» Die Aufwertung des Faschismus im Italien Berlusconi*, Paderborn.

Mayer, Arno J. (1989): *Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die «Endlösung»*, Reinbek.

- Mense, Thorsten (2016): *Kritik des Nationalismus*, Stuttgart.
- Minkenber, Michael (2010): *Das neue Europa? Rechtsradikale Profile im Regimewandel Mittel- und Osteuropas*, in: Spöhr, Holger/Kolls, Sarah (Hrsg.): *Rechtsextremismus in Deutschland und Europa. Aktuelle Entwicklungstendenzen im Vergleich*, Frankfurt a. M., S. 195–202.
- Minkenber, Michael (2011): *Die radikale Rechte in Europa heute*, in: Globisch, Claudia/Pufelska, Agnieszka/Weiß, Volker (Hrsg.): *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*, Wiesbaden, S. 111–131.
- Mittermaier, Karl (1995): *Mussolinis Ende. Die Republik von Salò 1943–1945*, München.
- Mommsen, Hans (1996): «Ständige Radikalisierung». Interview, Focus Online, 16.9.1996, unter: www.focus.de/politik/deutschland/deutschland-staendige-radikalisation_aid_159859.html.
- Mosse, George L. (1991): *Die völkische Revolution*, Frankfurt a. M.
- Mosse, George L. (1993): *Die Nationalisierung der Massen. Von den Befreiungskriegen bis zum Dritten Reich*, Frankfurt a. M./New York.
- Mosse, George L. (2003): *Aus großem Hause. Erinnerungen eines deutsch-jüdischen Historikers*, München.
- Mudde, Caas (2019): «Die radikale Rechte ist stark wie nie», in: *Journal Internationale Politik und Gesellschaft online*, 21.10.2019, unter: www.ipg-journal.de/interviews/artikel/die-radikale-rechte-ist-stark-wie-nie-3817/.
- Müller, Jost (1995): *Mythen der Rechten. Nation, Ethnie, Kultur*, Berlin/Amsterdam.
- Müller, Natascha/Marusczyk, Oliver (2014): *Marxistische Faschismusanalysen als Zeitdiagnose. Zur unterschiedlichen Rezeption des Nationalsozialismus*, München.
- Müller, Yves (2019): «Normalfall» Neonazi – Oder: Gibt es eine zeithistorische Rechtsextremismus-Forschung?, in: *Zeitgeschichte-online*, Oktober 2019, unter: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/normalfall-neonazi-oder-gibt-es-eine-zeithistorische-rechtsextremismus-forschung>.
- Müller, Yves/Rigoll, Dominik (2019): *Rechtsextremismus als Gegenstand der Zeitgeschichte*, in: *Zeitgeschichte-online*, Oktober 2019, unter: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/rechtsextremismus-als-gegenstand-der-zeitgeschichte>.
- Murgia, Michela (2019): *Faschist werden. Eine Anleitung*, Berlin.
- Nachtwey, Oliver (2016): *Die Abstiegs-gesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne*, Berlin.
- Neumann, Franz (1984): *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944 [1944]*, Frankfurt a. M.
- Niethammer, Lutz (1969): *Angepasster Faschismus. Politische Praxis der NPD*, Frankfurt a. M.

Niethammer, Lutz (2019): «Wir leben nicht mehr in der Epoche des Faschismus ... die wirklichen Konfliktpunkte sind Recht, Humanität, Bildung ...», Interview, in: Zeitgeschichte-online, Oktober 2019, unter: <https://zeitgeschichte-online.de/themen/wir-leben-nicht-mehr-der-epoche-des-faschismus-die-wirklichen-konfliktpunkte-sind-recht>.

Nolte, Ernst (1966): Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française. Der italienische Faschismus. Der Nationalsozialismus, München/Zürich.

Nolte, Ernst (1979): Die faschistischen Bewegungen. Die Krise des liberalen Systems und die Entwicklung der Faschismen, München.

Opitz, Reinhard (1994) (Hrsg.): Europastrategien des deutschen Kapitals 1900–1945, Bonn.

Opitz, Reinhard (1996): Faschismus und Neofaschismus: Der deutsche Faschismus bis 1945 – Neofaschismus in der Bundesrepublik, Bonn.

Opitz, Reinhard (1999): Liberalismus – Faschismus – Integration, Marburg.

Orbán, Victor (2014): Prime Minister Viktor Orbán's Speech at the 25th Bálványos Summer Free University and Student Camp, unter: www.kormany.hu/en/the-prime-minister/the-prime-minister-s-speeches/prime-minister-viktor-orban-s-speech-at-the-25th-balvanyos-summer-free-university-and-student-camp.

Pätzold, Kurt/Weißbecker, Manfred (2009): Geschichte der NSDAP 1920–1945, Köln.

Paxton, Robert O. (2004): Anatomie des Faschismus, München.

Paxton, Robert O. (2007): Die fünf Stadien des Faschismus, in: Mittelweg 36 1/2007, Hamburg, S. 55–80.

Payne, Stanley (2001): Geschichte des Faschismus. Aufstieg und Fall einer europäischen Bewegung, München/Berlin.

Peukert, Detlev (1982): Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unter dem Nationalsozialismus, Wuppertal.

Pilawski, Krzysztof/Politt, Holger (2016): Polens Rolle rückwärts. Der Aufstieg der Nationalkonservativen und die Perspektiven der Linken, Hamburg.

Postone, Moishe (1979): Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Redaktion diskus (Hrsg.) (1992): Küß den Boden der Freiheit. Diskus – Texte der Neuen Linken, Berlin/Amsterdam, S. 425–437.

Postone, Moishe (1982): Die Logik des Antisemitismus, in: Merkur 403, S. 13–25.

Postone, Moishe (1995): Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch, in: Werz, Michael (Hrsg.): Antisemitismus und Gesellschaft. Zur Diskussion um Auschwitz, Kulturindustrie und Gewalt, Frankfurt a. M., S. 29–43.

Poulantzas, Nicos (1973): Faschismus und Diktatur. Die Kommunistische Internationale und der Faschismus, München.

Poulantzas, Nicos (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus [1978], Hamburg.

Priester, Karin (1972): *Der italienische Faschismus. Ökonomische und ideologische Grundlagen*, Köln.

Priester, Karin (2003): *Rassismus. Eine Sozialgeschichte*, Leipzig.

Quent, Matthias (2016): *Selbstjustiz im Namen des Volkes: Vigilantistischer Terrorismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 24–25/2016, unter: www.bpb.de/apuz/228868/vigilantistischer-terrorismus?p=all.

Raphael, Lutz (2005): *Von der liberalen Kulturnation zur nationalistischen Kulturgemeinschaft: Deutsche und italienische Erfahrungen mit der Nationalkultur zwischen 1800 und 1960*, in: Dipper, Christoph (Hrsg.): *Deutschland und Italien 1860–1960. Politische und kulturelle Aspekte im Vergleich*, Oldenburg, S. 243–275.

Raphael, Lutz (2011): *Imperiale Gewalt und mobilisierte Nation. Europa 1914–1945*, München.

Reichardt, Sven (2004): *Praxeologie und Faschismus. Gewalt und Gemeinschaft als Elemente eines praxeologischen Faschismusbegriffs*, in: Hörning, Karl H./Reuter, Julia (Hrsg.): *Doing Culture. Neue Positionen zum Verhältnis von Kultur und sozialer Praxis*, Bielefeld, S. 129–153.

Reichardt, Sven (2007): *Neue Wege der vergleichenden Faschismusforschung*, in: *Mittelweg* 36 1/ 2007, Hamburg, S. 9–25.

Reichardt, Sven (2009): *Faschistische Kampfbünde. Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadrismus und in der deutschen SA*, Köln/Weimar/Wien.

Reichardt, Sven (2014): *Faschistische Beteiligungsdiktaturen. Anmerkungen zu einer Debatte*, in: Brunner, José/Avraham, Doron/Zepp, Marianne (Hrsg.): *Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte 42: Politische Gewalt in Deutschland. Ursprünge – Ausprägungen – Konsequenzen*, Göttingen.

Reichardt, Sven (2017): *Globalgeschichte des Faschismus*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42–43/2017, S. 10–16.

Reichardt, Sven/Nolzen, Armin (2005): *Faschismus in Italien und Deutschland. Studien zu Transfer und Vergleich*, Göttingen.

Reichel, Peter (2010): *Der schöne Schein des Dritten Reiches. Gewalt und Faszination des deutschen Faschismus*, Hamburg.

Reiter, Margit (2019): *Die Ehemaligen. Der Nationalsozialismus und die Anfänge der FPÖ*, Göttingen.

Renner, Jens (2002): *Der neue Marsch auf Rom. Berlusconi und seine Vorläufer*, Zürich.

Renner, Martin Erwin (2019): *Rede zum Bundeshaushalt 2020 von Bundeskanzlerin und Bundeskanzleramt im Deutschen Bundestag, 27.11.19*, unter: www.youtube.com/watch?v=jmIbe-569_c.

Revelli, Marco (2016): *Autoritär gewendet*, in: *LuXemburg* 3/2016, S. 38–43.

Röhr, Werner (2001): *Faschismus und Weltkrieg. Problemskizze zur historischen Faschismusforschung in der DDR*, in: *Supplement der Zeitschrift Sozialismus* 10/2001.

Röhr, Werner (2002): Pragmatik statt Semantik: Bemerkungen zur Replik und zur Einleitung von Wolfgang Wippermann, in: Loh, Werner/Wippermann, Wolfgang (Hrsg.): Faschismus controvers. Erwägungskultur in Forschung, Lehre und Praxis, Stuttgart, S. 231–244.

Roth, Karl Heinz (2004): Faschismus oder Nationalsozialismus? Kontroversen im Spannungsfeld zwischen Geschichtspolitik, Gefühl und Wissenschaft, in: Sozial.Geschichte 2/2004, S. 31–52.

Roy, Arundhati (2019): Explosiver Hass. Interview mit der indischen Schriftstellerin Roy, Qantara, unter: <https://de.qantara.de/inhalt/interview-mit-der-indischen-schriftstellerin-arundhati-roy-explosiver-hass?nopaging=1>.

Ruffato, Luiz (2019): Brasilien: Der neue Faschismus?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2019, S. 64–76.

Saage, Richard: Faschismus. Konzeptionen und historische Kontexte. Eine Einführung, Wiesbaden.

Sabrow, Martin (1999): Die verdrängte Verschwörung. Der Rathenau-Mord und die deutsche Gegenrevolution, Frankfurt a. M.

Sakmyster, Thomas (2006): Miklós Horthy. Ungarn 1918–1944, Wien.

Schaffar, Wolfram (2019): Globalisierung des Autoritarismus. Aspekte der weltweiten Krise der Demokratie, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin.

Scharsach, Hans-Henning (2018): Stille Machtergreifung. Hofer, Strache und die Burschenschaften, Wien.

Schieder, Wolfgang (Hrsg.) (1976): Faschismus als soziale Bewegung. Deutschland und Italien im Vergleich, Göttingen.

Schieder, Wolfgang (2005): Die Geburt des Faschismus aus der Krise der Moderne, in: Dipper, Christoph (Hrsg.): Deutschland und Italien 1860–1960. Politische und kulturelle Aspekte im Vergleich, Oldenburg, S. 159–180.

Schieder, Wolfgang (2008): Faschistische Diktaturen. Studien zu Italien und Deutschland, Göttingen.

Schildt, Axel (2011): Faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft. Sieben Thesen, in: Globisch, Claudia/Pufelska, Agnieszka/Weiß, Volker (Hrsg.): Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel, Wiesbaden, S. 267–279.

Schildt, Axel (2015): Faschismustheoretische Ansätze in der deutschen Geschichtswissenschaft, in: Bund demokratischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (BdWi) (Hrsg.): Aktualität der Faschismustheorie. Historische Forschung und aktuelle Entwicklungen der politischen Rechten. Symposium zu Ehren von Prof. Dr. Reinhard Kühnl (1936–2014) am 10.7.2015 in Marburg, Dokumentation, Marburg, S. 11–21.

Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (2014a) (Hrsg.): Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung, Oldenburg.

Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (2014b): Politischer Deutungskampf und wissenschaftliche Deutungsmacht. Konjunkturen der Faschismusforschung, in: dies. (Hrsg.): *Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung*, Oldenburg, S. 7–15.

Schlemmer, Thomas/Woller, Hans (2014c): Essenz oder Konsequenz? Zur Bedeutung von Rassismus und Antisemitismus für den Faschismus, in: dies. (Hrsg.): *Der Faschismus in Europa. Wege der Forschung*, Oldenburg, S. 123–144.

Schoeps, Julius/Schlör, Joachim (Hrsg.) (1996): *Antisemitismus. Vorurteile und Mythen*, Frankfurt a. M.

Scholz, Beate (2001): *Italienischer Faschismus als «Export»-Artikel (1927–1935). Ideologische und organisatorische Ansätze zur Verbreitung des Faschismus im Ausland* (Diss.), Trier, unter: <http://ub-dok.uni-trier.de/diss/diss30/19970213/19970213.pdf>.

Schuhmacher, Nils (2014): «Nicht nichts machen»? Selbstdarstellungen politischen Handelns in der Autonomen Antifa, Duisburg.

Schuhmacher, Nils (2017): Autonomer Antifaschismus als Begriff und Programm, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42–43/2017, S. 35–41.

Schultz, Tanjev (2018): *NSU. Der Terror von rechts und das Versagen des Staates*, München.

Silone, Ignazio (1984): *Der Faschismus. Seine Entstehung und seine Entwicklung [1934]*, Hamburg.

Sohn-Rethel, Alfred (1973): *Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus*, Frankfurt a. M.

Sohn-Rethel, Alfred (2016): *Die deutsche Wirtschaftspolitik im Übergang zum Nazifaschismus. Analysen 1932–1948 und ergänzende Texte*, Freiburg.

Sontheimer, Kurt (1962): *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933*, München.

Sternhell, Zeev (2011): Von der Gegenaufklärung zu Faschismus und Nazismus, in: Globisch, Claudia/Pufelska, Agnieszka/Weiß, Volker (Hrsg.): *Die Dynamik der europäischen Rechten. Geschichte, Kontinuitäten und Wandel*, Wiesbaden, S. 19–40.

Sternhell, Zeev/Snajder, Mario/Asheri, Maia (1999): *Die Entstehung der faschistischen Ideologie. Von Sorel zu Mussolini*, Hamburg.

Steininger, Gerhard (2007): *Das Dritte Lager. Aufstieg nach dem Fall?*, Wien.

Stöss, Richard (2007): *Rechtsextremismus im Wandel*, Berlin.

Strachan, Hew (2004): *Der Erste Weltkrieg. Eine neue illustrierte Geschichte*, München.

Sundermeyer, Olaf (2012): *Rechter Terror in Deutschland. Eine Geschichte der Gewalt*, München.

Szöllösi-Janze, Margit (1989): *Die Pfeilkreuzlerbewegung in Ungarn. Historischer Kontext, Entwicklung und Herrschaft*, München.

Tálos, Emmerich/Neugebauer, Wolfgang (2012): *Austrofaschismus. Politik – Ökonomie – Kultur 1933–1938*, Wien.

Tasca, Angelo (1969): Glauben, gehorchen, kämpfen. Aufstieg des Faschismus, Wien.

Thalheimer, Siegfried (Hrsg.) (1986): Die Affäre Dreyfus, München.

Tizian, Giovanni/Vergine, Stefano (2019): Schwarzbuch Lega, Berlin.

Tooze, Adam (2007): Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus, München.

Traverso, Enzo (2000): Auschwitz denken. Die Intellektuellen und die Shoah, Hamburg.

Traverso, Enzo (2003): Moderne und Gewalt. Eine europäische Genealogie des Nazi-Terrors, Köln.

Traverso, Enzo (2008): Im Bann der Gewalt. Der europäische Bürgerkrieg 1914–1945, München.

Traverso, Enzo (2019): Die neuen Gesichter des Faschismus. Postfaschismus, Identitätspolitik, Antisemitismus und Islamophobie, Köln.

Thalheimer, August (1928): Über den Faschismus, unter: www.marxists.org/deutsch/archiv/thalheimer/1928/xx/fasch.htm.

Turner, Henry Ashby (1972): Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien vom Verhältnis zwischen Nationalsozialismus und Wirtschaft, Göttingen.

Turner, Henry Ashby (1985): Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers, Berlin

Verwaltungsgericht Meiningen (2019): Beschluss vom 26.9.2019 – 2 E 1194/19.

Vester, Michael (2017): Der Kampf um soziale Gerechtigkeit, unter: www.fnpa.de/content/Rechtspopulismus/Michael_Vester%20Rechtspopulismus_soziale_%20Gerechtigkeit%2011Mrz2017.pdf.

Vetter, Reinhold (2017): Nationalismus im Osten Europas. Was Kaczyński und Orbán mit Le Pen und Wilders verbindet, Berlin.

Virchow, Fabian (2016): Nicht nur der NSU: Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, Erfurt.

Virchow, Fabian/Langebach, Martin/Häusler, Alexander (2016): Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden.

Volkow, Shulamit (2009): Antisemitismus als kultureller Code. Zehn Essays, München.

Von Klimó, Arpad (2006): Ungarn seit 1945, Göttingen.

Waibel, Harry (1996): Rechtsextremismus in der DDR bis 1989, Köln.

Weber, Klaus (2007): Projekt Ideologiekritik. Faschismus und Ideologie, Hamburg.

Weiß, Volker (2017): «Neue Rechte» und ideologische Traditionen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 42–43/2017, S. 4–9.

Wiegel, Gerd/Speckmann, Guido (2012): Faschismus, Köln.

Wildt, Michael (2014): «Volksgemeinschaft». Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 3.6.2014, unter: http://docupedia.de/zg/wildt_volksgemeinschaft_v1_de_2014.

Wildt, Michael (2019): Die Ambivalenz des Volkes. Der Nationalsozialismus als Gesellschaftsgeschichte, Berlin.

Wippermann, Wolfgang (1997a): Faschismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute, Darmstadt.

Wippermann, Wolfgang (1997b): Wessen Schuld? Vom Historikerstreit zur Goldhagenkontroverse, Berlin.

Wippermann, Wolfgang (1983): Europäischer Faschismus im Vergleich 1922–1982, Frankfurt a. M.

Wirsching, Andreas/Kohler, Berthold/Wilhelm, Ulrich (Hrsg.) (2018): Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie, Bonn.

Woller, Hans (2010): Geschichte Italiens im 20. Jahrhundert, München.

Woller, Hans (2016): Mussolini. Der erste Faschist, München.

Zimmermann, Jens (2010): Wissenschaftstheoretische Elemente einer Kritik an der Extremismusforschung und Kritische Diskursanalyse als alternative Perspektive für eine kritische Rechtsextremismusforschung, in: Wamper, Regina/Kellershohn, Helmut/Dietsch, Martin (Hrsg.): Rechte Diskurspiraterien. Strategien der Aneignung linker Codes, Symbole und Aktionsformen, Münster, S. 264–283.

Zumbini, Massimo Ferrari (2003): Die Wurzeln des Bösen, Frankfurt a. M.

Seit Mussolini 1922 in Italien an die Macht gelangte, reißen die Kontroversen über die inhaltliche Definition und Tauglichkeit der Begriffe Faschismus und Antifaschismus nicht ab. Diese Studie zeichnet die Ursprünge des europäischen Faschismus am Beispiel von Italien, Deutschland, Österreich und Ungarn nach und fragt, ob die aktuellen Erscheinungsformen des Rechtsradikalismus in diesen Ländern als «faschistisch» klassifiziert werden können und sollen. Dazu führten die Autoren auch zahlreiche Interviews mit zeitgenössischen Faschismusexpert*innen, die hier erstmals veröffentlicht werden.